

Soziologie und  
Gesellschaft –  
ein  
widerspruchsvolles  
Verhältnis

Soziologie und  
Gesellschaft –  
ein  
widerspruchsvolles  
Verhältnis

---

Herausgegeben von  
Walter Friedrich  
in Zusammenarbeit mit Hansgünter Meyer

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2002

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V.

*Harkortstraße 10*

*04107 Leipzig*

*Telefon: (0341) 9 60 85 31*

*Telefax: (0341) 2 12 58 77*

*RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de*

ISBN 3-89819-129-X

Redaktion/Korrektur: Gerhild Schwendler

Satz: Lutz Höll

Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH

Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

## **Inhalt**

Einführende Bemerkungen ( <i>Walter Friedrich / Hansgünter Meyer</i> ) .....	5
Soziologie und Gesellschaft – ein widerspruchsvolles Verhältnis. Reflexionen zur deutsch-deutschen Soziologie-Entwicklung seit 1945 ( <i>Helmut Steiner</i> ) .....	9
Soziologie und Gesellschaft. Gewißheiten – verlorene Alternativen – Systeme und Epochen ( <i>Hansgünter Meyer</i> ) .....	73
Globaler Kapitalismus und Transformation. Zur Frage der Perspektiven geschichts- und gesellschaftstheoretischen Denkens ( <i>Wolfgang Küttler</i> ) .....	103
Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm? Zur sozialen Reproduktion der Studierenden in der DDR und im vereinten Deutschland ( <i>Gustav-Wilhelm Bathke</i> ) .....	117
Helmut Steiner und die Frauen ( <i>Uta Schlegel</i> ).....	141
Helmut Steiner – Stationen und Leistungen einer Soziologen-Karriere ( <i>Walter Friedrich</i> ) .....	151
Eine Laudatio für Helmut Steiner zum 65. Geburtstag ( <i>Hansgünter Meyer</i> ) .....	161
Anhang	
Kurt Braunreuthers Beitrag zur Entwicklung der DDR-Soziologie ( <i>Helmut Steiner</i> ).....	165
Konzeption der Arbeitsgruppe Soziologie des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften (Archiv-Text) .....	178
Die Autoren .....	189



## **Einführende Bemerkungen**

*Walter Friedrich / Hansgünter Meyer*

Am 26. Februar 2001 fand in Leipzig, in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., ein wissenschaftliches Kolloquium anlässlich eines sehr persönlichen Jubiläums statt. Der 65. Geburtstag des Soziologen Helmut Steiner am 7. Februar 2002 war der Anlaß, einen wissenschaftlichen Werdegang zu rekapitulieren, der nicht nur einen großen geschichtlichen Abschnitt der Wissenschaftsdisziplin Soziologie einschließt, sondern auch 40 Jahre wissenschaftliche Berufstätigkeit in exponierter Position in der Soziologie, die so eng mit Politik und gesellschaftlicher Entwicklung verknüpft ist, umfaßt. Diese Jahre bedeuten zugleich 40 Jahre Zeitgeschichte und Wandel des sozialwissenschaftlichen Denkens.

Helmut Steiner gehörte seit Ende der 50er Jahre dem kleinen Gründerzirkel der DDR-Soziologie an, was in den hier folgenden Texten ausführlich dargestellt und gewertet wird. Bereits als Doktorand von Kurt Braunreuther war er nicht nur einer der Ersten, die mit bemerkenswerten Untersuchungen und Publikationen hervortraten, sondern von Anfang an entfaltete er auch eine äußerst aktive Gründertätigkeit. Er organisierte Konferenzen und gewährleistete durch die Einladung wissenschaftlich renommierter Teilnehmer sowie durch sein eigenes Auftreten deren hohes Niveau. Darüberhinaus sorgte er für wachsende Öffentlichkeit der neuen Disziplin-Unternehmung in der Presse, knüpfte unermüdlich internationale Kontakte, reiste viel und hielt Vorträge. Infolge dessen gewann er auch das Interesse prominenter bundesdeutscher Soziologen.

Obgleich wegen unangepaßter bzw. eigenmächtiger theoretisch-konzeptioneller Entwürfe bei »zentralen Organen« auffällig bis mißliebig, gelang es ihm, mit ebenso wissenschaftlich unangreifbaren Ansprüchen wie diplomatischem Geschick, Gespräche und Verständigungen herbeizuführen, die für die Entwicklung der soziologischen Forschung in der DDR, für ihre thematische Akzeptanz wie Personal- und Ressourcen-Ausstattung unerlässlich waren. Diese institutionelle Organisations- und Vermittlerrolle hielt er 20 Jahre mit Erfolg durch.

Auf dem Leipziger Kolloquium, dessen Beiträge nachfolgend publiziert werden, ging es aber nicht ausschließlich, ja nicht einmal vorrangig um den

Vortrag von Laudationes zu diesem bemerkenswerten Jubiläum. Es war ganz im Sinne des Jubilars, aus diesem Anlaß nicht nur Glückwünsche und Erinnerungen auszutauschen.

Helmut Steiner selbst leitete das Thema mit dem Vortrag »Soziologie und Gesellschaft – ein widerspruchsvolles Verhältnis in Geschichte und Gegenwart« ein. Er führt es in der Form eines disziplingeschichtlichen Exkurses aus, bei dem auch weniger bekannte Fakten und Zusammenhänge dargelegt wurden. Auch die Beiträge von Wolfgang Küttler und Hansgünter Meyer stellten Soziologie heute und sozialwissenschaftliches Denken in zeitgeschichtliche Zusammenhänge und Kontroversen.

Damit Ergebnisse jüngerer empirischer Forschung nicht zu kurz kamen, ergriffen Uta Schlegel und Wilhelm-Gustav Bathke das Wort zu neueren Forschungsergebnissen. Erstere mit Blick auf überraschende Steinersche »Gender studies«, die dem Leser (noch) unbekannt sein dürften, letzterer mit eigenen Untersuchungen in dem von ihm vertretenen aktuellem Fachgebiet der Jugend- und Bildungsforschung.

Es ist hier eine gute Gelegenheit zu erwähnen, daß Uta Schlegel viele Jahre eine umfangreiche Arbeit zur wissenschaftlich-soziologischen Begleitung des ostdeutschen Transformationsprozesses, namhaftes im Rahmen der Untersuchungsprogramme der »Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW)« geleistet hat.

G.-W. Bathke gehört zu der kleinen Gruppe renommierter Soziologen mit DDR-Karriere, denen die Hochschulbehörden der neuen Bundesländer kürzlich erst die Übertragung einer Professur nicht vorenthalten konnten. Bathkes Arbeiten finden heute bundesweit zunehmend Beachtung in der Jugend-, Bildungs-, Eliten- und Hochschulforschung.

Die Herausgeber haben sich entschlossen, zusätzlich ein Referat von Helmut Steiner aufzunehmen, das er auf dem Gedächtnis-Kolloquium zum 75. Geburtstag von Kurt Braunreuther (1988) hielt. Die Würdigung des Nestors der DDR-Soziologie dürfte als Zeitdokument noch heute von Interesse sein, denn es zeigt, wie sich die DDR-Soziologie verstand und wie weit sich ein Autor von engstirnigen Doktrinierungen zu entfernen vermochte, wenn er wollte und wenn er das fachliche Format dazu hatte. Das galt für Braunreuther und es gilt für seinen Schüler Helmut Steiner.

Am 26. Februar 2001 fanden sich die Teilnehmer des Kolloquiums im stilvollen Vortragsraum der Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen. Der Kreis war nicht groß. Der zweifache Anlaß, Würdigung einer erfolgreichen Wissenschaftler-Biographie und das Bemühen um Standortbestimmung der Fachdisziplin in Zeiten des Wandels, schuf eine erwartungsvolle wie geistig konzentrierte Atmosphäre.

Walter Friedrich, von dem die Idee für die Veranstaltung ausging und dem die Vorbereitung oblag, eröffnete. Sodann skizzierte er die ungewöhnlich produktive und verdienstvolle wissenschaftliche Karriere des Jubilars.

Die anregende und niveauvolle Diskussion konzentrierte sich auf den im Mittelpunkt der Veranstaltung stehenden Vortrag von Helmut Steiner. Daran beteiligten sich u. a. aus Leipzig Barbara Bertram, Ingrid Deich, Ernstgert Kalbe, Helmut Seidel, Ilse Wolf, aus Berlin Manfred Neuhaus, Horst Taubert, Georg Thurn und aus Dresden Elenor Volprich.

Klaus Kinner, der Geschäftsführer der Stiftung, hob die langjährige gute Zusammenarbeit mit Helmut Steiner hervor. Er dankte ihm für seine gehaltvollen Vorträge und Publikationen zur Geschichte der Leipziger Soziologie sowie über die Lebensleistungen großer Leipziger Gelehrter, die mit Förderung der Stiftung zustande gekommen seien.

Das Kolloquium klang mit einem geselligen Beisammensein in freundschaftlicher und angeregter Atmosphäre aus.





## **Soziologie und Gesellschaft – ein widerspruchsvolles Verhältnis. Reflexionen zur deutsch-deutschen Soziologie-Entwicklung seit 1945\***

*Helmut Steiner*

### Vorbemerkung

Berlin war und ist seit 1954 der Mittelpunkt meiner Arbeit und meines Lebens. Von allen anderen Städten, mit denen mich seit Jahrzehnten Arbeitsbeziehungen, persönliche Kontakte und Freundschaften verbinden, denen ich viele Anregungen verdanke, kommen Leipzig und Moskau ein besonderer Stellenwert zu.

Ich bin deshalb froh, heute in Leipzig zu sein, und ich danke den Initiatoren dieser Veranstaltung, allen voran meinem Freund Walter Friedrich und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen.

Da sich der Eintritt in ein neues Lebensdrittel nicht für Nachrufe eignet, habe ich ein Thema gewählt, das nicht nur Erinnerungen, sondern auch kritische und selbstkritische Retrospektiven sowie aktuelle Einmischung erlaubt, um sich frohgemut zu Beginn der neuen Lebensphase zwischen einige Stühle zu setzen.

»Soziologie und Gesellschaft« ist ein solches Thema. Es beinhaltet Selbstverständigung, Funktionen und Legitimität der Soziologie als Wissenschaftsdisziplin und charakterisiert zugleich eine persönliche »Spielwiese« über ca. vier Jahrzehnte. Ich will deshalb damit beginnen und wünsche uns einen anregenden Verlauf der Veranstaltung.

### I. Gesellschaftliche Funktionen der Soziologie

1996 leitete Warnfried Dettling mit dem Aufsatz »Fach ohne Boden. Brauchen wir überhaupt noch Soziologen?« eine öffentliche Diskussion mit den

---

\* Vortrag bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. in Leipzig am 23. Februar 2001. – Für wertvolle Anregungen und kritische Hinweise zur ersten Fassung des Beitrages danke ich Walter Friedrich, Hansgünter Meyer, Michael Thomas und Georg Thurn.

Sätzen ein: »Die Alarmrufe sind nicht länger zu überhören. Vom ›Zerfall einer Wissenschaft‹ ist die Rede, und gemeint ist der Niedergang der Soziologie. Sie wird, so scheint es, ihren Forschungsgegenständen immer ähnlicher. Mit den politischen Parteien und den Kirchen, mit den Gewerkschaften und den Universitäten teilt sie offensichtlich ein gemeinsames Schicksal: Institutionell sind sie gut ausgebaut, ansonsten werden sie immer bedeutungsloser. Noch nie waren sie so viele, die Soziologie lehren und lernen [...] Doch zu den Fragen der Zeit haben immer mehr Soziologen immer weniger zu sagen [...].«<sup>1</sup>

An der sich daran in »Die Zeit« anschließenden Debatte beteiligten sich Ralf Dahrendorf mit: »Warum es heute nicht mehr aufregend ist, ein Soziologe zu sein«, Pierre Bourdieu mit: »Zur Demokratie gehört eine Forschung, die Ungerechtigkeiten aufdeckt«, Dirk Kaesler mit: »Schonungsloser Individualismus ist eine kleinbürgerliche Illusion. Der Kult des Individuums kann die Utopien nicht ersetzen« u. a. Diese und weitere Beiträge von Renate Mayntz, Hans-Peter Müller, Gerhard Schulze, Joachim-Fritz Vannahme und Peter Wagner wurden von dem gegenwärtig engagiertesten deutschen Soziologie-Verlag Leske+Budrich in einer gesonderten Publikation zusammengefaßt. Auch in der Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) »Soziologie« wird diese Thematik gelegentlich aufgegriffen.<sup>2</sup> In verschiedenen Zusammenhängen äußerte ich mich im letzten Jahrzehnt hin und wieder zur aktuellen Soziologie-Entwicklung.<sup>3</sup> Spätestens vor und nach jedem Soziologie-Kongreß flammte die Diskussion erneut auf, wie dies auch beim jüngsten Kongreß im September 2000 in Köln der Fall war.<sup>4</sup>

- 
- 1 Warnfried Dettling: Fach ohne Boden. In: J. Fritz Vannahme (Hrsg.). Wozu heute noch Soziologie? Opladen 1996. S. 11.
  - 2 Siehe Matthias Wiggins: Krise oder Krisengerede der Soziologie? In: »Soziologie«. (1997) 3. S. 5–10. – Thomas Knoll / Wolfgang Meyer / Reinhard Stockmann: Soziologie im Abwärtstrend? In: »Soziologie«. (2000)4. S. 5–24. – Klaus Lichtblau: Soziologie als Kulturwissenschaft. In: »Soziologie«. (2001)1. S. 5–21.
  - 3 Siehe u. a. von Helmut Steiner: »Soziologie im Prozeß der Erneuerung«. Eindrücke vom 5. Soziologie-Kongreß der DDR. In: »Initital«. (1990)3. S. 319–322. – »Gesellschaften im Umbruch«. Deutschlands Soziologinnen und Soziologen trafen sich in Halle/Saale. In: »Deutschland Archiv«. (1995)8. S. 848–852. – Die Rolle der Sozialwissenschaften im Prozeß der deutschen Wiedervereinigung. Thesen. In: »Koreanische Wiedervereinigung und soziale Integration«. Soul 1999. (Koreanisch-deutsch). S. 327–356. – Aufruf zur Gründung eines Arbeitskreises kritischer Soziologen. In: »Das Argument«. N 222(1997)5. S. 715–716. – Zur Konstruktion sozialer Ordnungen. 30. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. 26.–29. September 2000 Universität zu Köln. In: »Das Argument«. 238(2000)5 / 6. S. 867–870. – Siehe außerdem mehrere Rezensionen zu soziologischen Neuerscheinungen in »Das Argument« u. a. m.
  - 4 Siehe u. a.: Karl Otto Hondrich: Die gute Gesellschaft. Was ist das? Eine Proberanstalt mit gebremstem Risiko. In: »Die Zeit« v. 21. September 2000. – Dirk Kaesler: Von der Selbsterkenntnis zur Selbstbeherrschung. Expertise und Einmischung – ein Plädoyer gegen die

Bemerkenswert am Argumentationsmuster der jetzigen gegenüber vergangener Selbstverständigungsdebatten der westdeutschen Soziologie ist,<sup>5</sup> daß es früher mehr um die Legitimation und Dominanz bestimmter Positionen und Richtungen ging, während heute die Soziologie als Wissenschaftsdisziplin selbst in Frage gestellt wird.

Die immer wiederkehrenden Krisen- und Legitimationsdiskussionen sind nicht nur ein Problem der gegenwärtigen Soziologie. Sie begleiten die Soziologie mehr als andere Wissenschaftsdisziplinen seit ihrer Geburt. Man kann es bei Georg Simmel, Ferdinand Tönnies, Max Weber u. a. nachlesen. Sie sind auch kein Spezifikum der west- oder ostdeutschen Soziologie. Ich verweise nur auf Karl W. Deutsch, Norman Birnbaum, Robert W. Friedrichs, Alvin W. Gouldner, Charles W. Mills und Michael Walzer aus den USA, Stanislaw Ossowski aus Polen, Johan Goudsblom aus den Niederlanden und Göran Therborn aus Schweden<sup>6</sup> aber auch auf diesbezügliche Literatur aus der Soziologie-Entwicklung der BRD.<sup>7</sup>

---

Resignation der Soziologie. In: »Frankfurter Rundschau« v. 26. September 2000. – Ders.: Pfadfinder wieder auf festem Boden. Die Moral wird vernünftiger: Die Soziologen nehmen ihre Aufgabe als Kritiker der gesellschaftlichen Verhältnisse endlich ernst. In: »Süddeutsche Zeitung« v. 14. / 15. Oktober 2000. – Christian Geyer: Hast du was, bist du was. Wie verändert die neue Börsenkultur die Gesellschaft? Der Soziologentag in Köln. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« v. 30. September 2000. – Wolfgang Lenk: Im Unterholz des Kapitalismus. Der Soziologie-Kongreß in Köln fahndet nach der »Guten Gesellschaft«. In: »Der Tagesspiegel« v. 04. Oktober 2000. – Helmut Dahmer: »Soziologie nach einem barbarischen Jahrhundert«. Wien 2001.

- 5 Siehe Helmut Schelsky: »Ortsbestimmung der deutschen Soziologie«. Düsseldorf 1959. – Ralf Dahrendorf: »Homo sociologicus«. Köln-Opladen 1959. – Theodor W. Adorno u. a.: Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie 1957–1968. Neuwied 1968. – Jürgen Habermas / Niklas Luhmann: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie? Frankfurt/Main 1968. – Siehe dazu auch die Kongreß-Themen der DGS, wie: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft (1968); Zwischenbilanz der deutschen Soziologie und Theorienvergleich in den Sozialwissenschaften (1974); Krise der Arbeitsgesellschaft? (1982); Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung (1984); Lebensverhältnisse und soziale Konflikte (1992).
- 6 Siehe u.a. Norman Birnbaum: *Toward A Critical Sociology*. New York 1971. – Karl W. Deutsch / Andrej S. Markovits / John Platt (Eds.): *Advances in the Social Sciences, 1900–1980. What, Who, Where, How?* New York 1986. – Robert W. Friedrichs: *A Sociology of Sociology*. New York 1970. – Alvin W. Gouldner: *Die westliche Soziologie in der Krise*. 2 Bde. Reinbeck 1974. – Johan Goudsblom: *Soziologie auf der Waagschale* (1974, 1977). Frankfurt/Main 1979. – Charles W. Mills: *Kritik der soziologischen Denkweise*. Neuwied 1963. – Stanislaw Ossowski: *Die Besonderheiten in den Sozialwissenschaften*. Frankfurt/Main 1973. – Göran Therborn: *Science, Class and Society. On the Formation of Sociology and Historical Materialism*. London 1980. – Michael Walzer: *Zweifel und Einmischung. Gesellschaftskritik im 20. Jahrhundert*. Frankfurt/Main 1997.
- 7 Siehe in Ergänzung zu den obengenannten unterschiedlichen Positionen u. a.: Heiner Ahlemeyer / Rolf Schellhase (Hrsg.): *Soziologie im Arbeitnehmerinteresse. Alternative Positio-*

So verschiedenartig historischer Kontext, theoretisch-weltanschauliche Ausgangspositionen und wissenschaftliches Selbstverständnis der meisten Soziologie-Entwürfe auch ist, so erfüllen sie doch jeder für sich, auf die eine oder andere Weise, eine Reihe gesellschaftlicher Grundfunktionen, die ich – meinem Soziologie-Verständnis folgend – in einem Produktions- und Reproduktionsschema der Soziologie wie folgt zusammenfassen und strukturieren möchte:

Im Ergebnis hochgradiger Vergesellschaftungsprozesse und der damit verbundenen Komplexität alles Sozialen erlangt die *empirische Deskription* einen eigenen, zunehmend höheren wissenschaftlichen Stellenwert. Die Vielschichtigkeit der alltäglichen Oberflächenerscheinungen verlangt ihre wissenschaftlich-empirische Erfassung, Beschreibung und Analyse. Die empirische Deskription ermöglicht als empirisch-analytische Zugangsweise bereits wissenschaftliche Einsichten, bevor die ihnen eigenen Triebkräfte, zugrunde liegenden Zusammenhänge und wesentliche Charakteristika ergründet werden.

Der eigentlichen *theoretisch-wissenschaftlichen Erkenntnis* kommt die Aufgabe zu, die gesellschaftlichen Sachverhalte und Prozesse nicht nur zu beschreiben, sondern auch zu erklären, ihre Ursachen zu erforschen, die den Sachverhalten und Prozessen zugrunde liegenden inneren gesellschaftlichen Zusammenhänge aufzudecken sowie die *Dialektik von gesellschaftlicher Funktionsweise und Entwicklung* bzw. die gesellschaftlichen Entwicklungen in der alltäglichen Funktionsweise zu ergründen. Letztlich geht es bei der theoretischen Erkenntnis um die *Beantwortung der gesellschaftlichen*

---

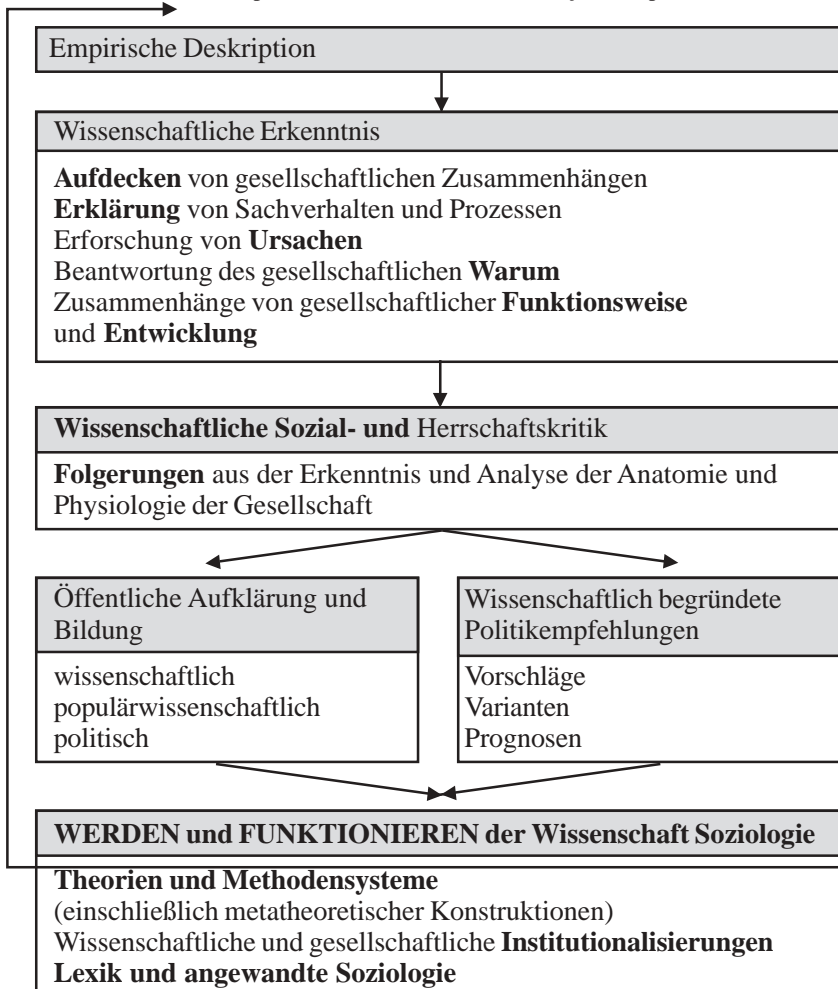
nen auf dem 18. Deutschen Soziologentag. Köln 1977. – Eva Barlösius / Elein Kürsat-Ahlers / Hans-Peter Waldhoff (Hrsg.): Distanzierte Verstrickungen. Die ambivalente Bindung soziologischer Forschender an ihren Gegenstand. Festschrift für Peter Gleichmann zum 65. Geburtstag. Berlin 1997. – Ulrich Beck (Hrsg.): Soziologie und Praxis. Erfahrungen, Konflikte, Perspektiven. Sonderband 1 der »Sozialen Welt«. Göttingen 1982. – Ders. (Hrsg.) Über Soziologie. Jubiläumshft zum 40. Jahrgang der »Sozialen Welt«. Göttingen 1989. – Gottfried Eisermann (Hrsg.): Die Krise der Soziologie. Stuttgart 1976. – Dieter Grünh / Klaus Schroeder / Werner Süß (Hrsg.): Wider das Krisengerede in den Sozialwissenschaften – oder: Wozu noch Soziologie? Bielefeld 1985. – Christoph Görg (Hrsg.): Gesellschaft im Übergang. Perspektiven kritischer Soziologie. Darmstadt 1994. – Bernhard Heidtmann / Robert Katzenstein (Hrsg.): Soziologie und Praxis. Studium, Forschung, Beruf. Köln 1979. – Hans-Jürgen Krysmanski. / Peter Marwedel (Hrsg.): Die Krise in der Soziologie. Kritische Studien zum 17. Deutschen Soziologentag in der BRD. Köln 1975. – Jürgen Ritsert (Hrsg.): Zur Wissenschaftslogik einer kritischen Soziologie. Frankfurt/Main 1976. – Bernhard Schäfers (Hrsg.): Thesen zur Kritik der Soziologie. Frankfurt/Main 1969. – Helmut Schelsky: Rückblicke eines »Anti-Soziologen«. Opladen 1981. – Friedrich H. Tenbruck: Die unbewältigten Sozialwissenschaften oder Die Abschaffung des Menschen. Graz 1984. – Peter Wagner: Sozialwissenschaften und Staat. Frankreich, Italien, Deutschland 1870–1980. Frankfurt/Main 1990.

»Warum«-Fragen. Der zum Einsatz kommende theoretisch-methodologische Analyserahmen ist entsprechend zu explizieren.

Durch den Einsatz unterschiedlicher theoretischer und methodologischer Instrumentarien findet in diesem Bereich die eigentliche wissenschaftliche Konkurrenz zwischen verschiedenen Richtungen, Schulen und Ideologien der Sozialwissenschaften statt.

## SOZIOLOGIE -

*Produktion und Reproduktion einer Wissenschaftsdisziplin*



Die empirische und theoretische wissenschaftliche Erkenntnis ist in dem Sinne bis zur *wissenschaftlichen* – im Unterschied zur publizistischen und politischen – *Sozial- und Herrschaftskritik* der Soziologie zu führen, damit entsprechende Folgerungen aus der Analyse von Anatomie und Physiologie der Gesellschaft bzw. ihrer Teilbereiche gezogen werden können. Es sei daran erinnert, daß sich die Soziologie ursprünglich u. a. als »Krisenwissenschaft« und »Oppositionswissenschaft« profilierte und über lange Zeit – wie auch immer – durch namhafte Vertreter als solche repräsentiert wurde. Dieser wissenschaftlichen, und nicht allein politischen und publizistischen, Sozial- und Herrschaftskritik sind ein *gesellschaftstheoretischer Rahmen und historisch-kritische Maßstäbe* zugrunde zu legen (z. B. soziale Gerechtigkeit, Freiheitsräume und gesellschaftspolitische Mitwirkungsmöglichkeiten der Staatsbürger, gesellschaftlicher Fortschritt).

Versteht man Wissenschaft als eindeutig gesellschaftlich-öffentliche Angelegenheit, dann hat Soziologie als Wissenschaft der Gesellschaft per se öffentlich zu sein. Die wissenschaftliche, aber auch populärwissenschaftliche und politische *Aufklärungs- und öffentliche Bildungsfunktion* ist auf der Grundlage ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse ein substanziell unverzichtbarer und nicht einzuschränkender demokratischer und humanistischer Auftrag. Im Interesse umfassender wissenschaftlicher Kommunikation ist sie zugleich eine Bedingung wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts.

Parallel zur öffentlichen Aufklärung und Bildung sind empirische und theoretische Erkenntnisse für entsprechend *wissenschaftlich begründete Politikempfehlungen* als Folgerungen aus den empirischen und theoretischen kritischen Analysen in Form von Vorschlägen und Empfehlungen, möglichen Varianten und abzusehenden Vorhersagen zu nutzen. Es ist nicht Sache der Soziologie unmittelbare planungs- und leitungswissenschaftliche Dokumente auszuarbeiten. Wohl aber sollte sie es sich zur Aufgabe machen, wissenschaftliche Grundlagen dafür bereitzustellen und im weiteren eingreifendes Denken im Hegelschen Sinne zu praktizieren.

Aufbauend auf dem bereits Vorhandenen, folgt aus all den Schritten und Bestandteilen soziologischer Produktion *das Werden und Funktionieren der Wissenschaft Soziologie als Ganzes*, die sich auf ähnliche Weise immer wieder reproduziert, erneuert, erweitert und vertieft. So abstrakt dies zunächst erscheinen mag, kann es als heuristisches Mittel für die Analyse des jeweiligen Verhältnisses von Soziologie und Gesellschaft, als »Raster« sowohl für die Alt-BRD, die DDR, wie auch für die neue gesamtdeutsche Soziologie dienen. Es wird sofort plastisch und ausdrucksstark, wenn man diese Grundfunktionen als Folie für die Detailanalyse der jeweiligen Soziologien nutzt. Beginnen wir mit der, die wir in diesem Kreis, wenn auch als unterschiedlich Beteiligte am besten kennen: der DDR-Soziologie.

## II. Die DDR-Soziologie als eine Soziologie eigenen Profils

Zur DDR-Soziologie liegen inzwischen eine Vielzahl von Veröffentlichungen von Beteiligten und Betroffenen, von DDR- und BRD-Wissenschaftlern aus der Zeit vor und nach 1989/90 vor.<sup>8</sup> Sie können hier nicht referiert oder gar analysiert werden, obwohl das im Interesse weiterführender Analysen alsbald geleistet werden sollte.

Anknüpfend an frühere Ausarbeitungen<sup>9</sup> möchte ich aus gegebenem Anlaß die Themenstellung »Soziologie und Gesellschaft« am Beispiel der DDR

- 
- 8 Siehe Peter Christian Ludz (Hrsg.): Studien und Materialien zur Soziologie der DDR. In: »Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie«. Sonderheft 8(1964). – Ders. (Hrsg.): Soziologie und Marxismus in der Deutschen Demokratischen Republik. 2 Bde. Neuwied/Berlin 1972. – Hans-Peter Schäfer: Jugendforschung in der DDR. München 1974. – Karl Wagner: Zwischen Vernachlässigung und Akzeptanz? Zu Problemen aktueller Berücksichtigung der DDR-Soziologie durch die westdeutsche Soziologie. In »Soziale Welt«. (1989)1/2. – Lothar Peter: Dogma oder Wissenschaft? Marxistisch-leninistische Soziologie und staatssozialistisches System in der DDR. Frankfurt/Main 1991. – Heinrich Best (Hrsg.): Sozialwissenschaften in der DDR und in den neuen Bundesländern. Ein Vademecum. Berlin 1992. – Hansgünter Meyer: Soziologische Forschungen in der DDR. In: »Berliner Journal für Soziologie«. (1992)3/4. – Ders. (Hrsg.): Soziologen-Tag Leipzig 1991. Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme. Berlin 1992. – Jürgen Friedrichs (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Dissertationen und Habilitationen in der DDR 1951–1991. Berlin 1993. – Rudi Weidig: Soziologische Forschung in der DDR. Einige Aspekte des Wissenschaftlichen Rates. Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, Berlin 1997. – Hans Bertram (Hrsg.): Soziologie und Soziologen im Übergang. Beiträge zur Transformation der außeruniversitären soziologischen Forschung in Ostdeutschland. Opladen 1997. – Vera Sparschuh / Ute Koch: Sozialismus und Soziologie. Die Gründergeneration der DDR-Soziologie. Versuch einer Konturierung. Opladen 1997. – Jürgen Kaube: Soziologie. In: Jürgen Kocka / Renate Mayntz (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch. Berlin 1998. – Ingrid Lötsch / Hansgünter Meyer (Hrsg.): Sozialstruktur als Gegenstand der Soziologie und der empirischen soziologischen Forschung. Beiträge zu einem Kolloquium in memoriam Manfred Lötsch. Berlin 1998. – Walter Friedrich / Peter Förster / Kurt Starke (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin 1999.
- 9 Siehe Helmut Steiner: Zur Soziologie des Neubeginns nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. In: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1988. Berlin 1988. (Nachdruck in Christoph Cobet [Hrsg.]: Einführung in die Fragen an die Soziologie in Deutschland nach Hitler 1945–1950. Frankfurt/Main 1988. – Ders.: Gesellschaftlicher Umbruch und Herausforderungen an die Sozialwissenschaften nach 1945. Leipzig ein Beispiel. In: Hansgünter Meyer (Hrsg.): Soziologen-Tag Leipzig 1991. Berlin 1992. – Ders.: Leo Koflers erzwungene Flucht aus Halle/S. 1950. In: »Utopie kreativ«. (1990)4. – Ders.: Jürgen Kuczynski als Vorreiter in der DDR-Soziologie. In: ZeitGenosse Jürgen Kuczynski. Berlin 1994. Mit einem Anhang von Wladislaw Kelle: Über eine lang zurückliegende Polemik. – Ders.: Kurt Braunreuthers Beitrag zur Entwicklung der DDR-Soziologie. Unveröffentlichtes Manuskript (1988). – Ders.: Von den Anfängen der DDR-Jugendforschung. Unveröffentlichtes Manuskript (1996). – Ders.: Aufbruch, Defizite und Leistungen der DDR-Soziologie: die 60er Jahre. In: Hans Bertram (Hrsg.): Soziologie und Soziologen



in meiner Mikrosphäre aufgreifen.»Soziologie und Gesellschaft« war das (so würde man heute sagen) selbstgewählte Logo des sich um Kurt Braunreuther an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität seit 1961 formierenden informellen soziologischen Diskussionskreises. Eigentlich war es ein Doktoranden-Seminar, nachdem Braunreuther Manfred Puschmann und mir bei der Festlegung von Dissertationsthemen 1960 sinngemäß erklärte: »Ich erwarte von euch einen selbstgewählten Themenvorschlag, aber ein soziologisches Thema muß es sein, wir müssen endlich in der DDR damit anfangen«.

Kurt Braunreuther, 1913 in Leipzig-Stötteritz geboren und dort aufgewachsen, war in diesen Jahren Professor für Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen. Seit Mitte der 50er Jahre hatte er in seinem Spezialseminar zur Kritik moderner bürgerlicher ökonomischer Theorien des 20. Jahrhunderts bereits die bürgerliche Sozialökonomik zu Beginn des 20. Jahrhunderts, ökonomisch-soziologische Themen und deren Vertreter (Joseph Alois Schumpeter, Werner Sombart, Max Weber u. a.) in den Mittelpunkt gerückt und – den Spielraum des ideologisierten Zeitgeistes nutzend – erste Publikationen dazu veröffentlicht.<sup>10</sup> 1960 entschloß er sich, unter dem Dach der Wirtschaftswissenschaften auch explizit und erklärtermaßen soziologische Themen im Rahmen seines Lehrstuhls »Geschichte und Kritik bürgerlicher

---

im Übergang. Opladen 1997. – Ders.: Von den Anfängen der DDR-Sozialstrukturforschung Erfahrungen und Grundlagen. In: Ingrid Lötsch / Hansgünter Meyer (Hrsg.): Sozialstruktur als Gegenstand der Soziologie... – Ders.: Berufsprestige im DDR-Alltagsbewußtsein der 60er Jahre. In: Ludwig Elm / Dietmar Keller / Reinhard Mocek (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. VIII. Bonn/Berlin 1997. – Ders.: Erbe und Tradition in der Soziologie – ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung der Soziologie als Wissenschaftsdisziplin in der DDR. In: »Informationen zur soziologischen Forschung in der DDR«. (1988)5. – Ders.: Soziologie in Leipzig – Erbe und Tradition. In: »Informationen zur soziologischen...«. (1989)4. – Rezension zu Walter Friedrich / Peter Förster / Kurt Starke (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990... In: »Das Argument«. 23(1999)5. S. 752–755.

- <sup>10</sup> Siehe Kurt Braunreuther: Studien zur Geschichte der politischen Ökonomie und der Soziologie. Berlin 1978. Mit einer vollständigen Bibliographie des Autors. – Zu dem Übergang Kurt Braunreuthers von der ökonomischen zur soziologischen Theoriegeschichte in den Jahren 1957/58 siehe: Kurt Braunreuther: Zur Einrichtung eines Spezialseminars über die neueste Geschichte der bürgerlichen ökonomischen Theorie. In: »Wirtschaftswissenschaft«. (1957)1. – Ders.: Der moderne Bourgeoisozialismus des Joseph Alois Schumpeter. In: »Wirtschaftswissenschaft«. (1957)3. – Ders.: Für ein Programm zur Untersuchung offener Fragen auf dem Gebiet der Geschichte des ökonomischen Denkens. In: »Wirtschaftswissenschaft« (1957)7. – Siehe auch die beiden Rezensionen von Kurt Braunreuther: Max Weber: Soziologie – Weltgeschichtliche Analysen – Politik. Stuttgart 1956. In: »Wirtschaftswissenschaft«. (1958)4. – Bemerkungen über Max Weber und die bürgerliche Soziologie. In: »Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin«. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe. (1958)1.

ökonomischer Theorien« zu bearbeiten und forderte seine Doktoranden auf, soziologische Dissertationsthemen zu bearbeiten. Auf der Grundlage erster Ausarbeitungen, von Literaturberichten und Dissertationsentwürfen begannen wir 1961 unter dem Motto »Soziologie und Gesellschaft« mit den monatlichen thematischen Sonnabend-Diskussionen. Im Februar 1962 veröffentlichten wir den ersten gemeinsamen Artikel. Kurt Braunreuther hatte denselben entscheidend vorbereitet, uns als Doktoranden aber zur Stellungnahme und Mitarbeit herausgefordert.<sup>11</sup>

An dieser Stelle einige Bemerkungen zur Funktion der Kritik bürgerlicher Gesellschaftstheorien in der DDR – wie sie auch in der Mehrzahl der anderen, von der vorherrschenden marxistisch-leninistischen Ideologie geprägten Staaten üblich war.

Zunächst ging es darum, der *marxistischen* Theorie und dem wissenschaftlichen Denken nicht nur für den gesellschaftlichen, sondern auch für den ideologischen Neubeginn eine Heimstatt zu geben. Eine Voraussetzung bzw. Bedingung dafür war, sich mit der bisherigen hegemonialen bürgerlichen Wissenschaft, Theorie und Ideologie, auseinanderzusetzen. Nach den Jahren des Nationalsozialismus war das angesichts des totalen Ausschaltens jedes marxistischen Denkens sowie des Zusammenhangs von NS-Ideologie und verschiedener Richtungen traditionell-bürgerlichen Denkens keine sozialistische, sondern eine ureigenst antifaschistisch-demokratische Zielstellung im Rahmen eines konsequenten Antifaschismus- und Demokratiekonzepts. Auf die Soziologie bezogen sind mit diesen Ambitionen Gottfried Eisermann, Max Gustav Lange, Georg Lukács, Alfred Meusel u. a. eng verbunden, sowie die von Alfred Meusel betreute Dissertation von Joachim Streisand »Kritisches zur deutschen Soziologie...« und die 1964 erschienene sozialphilosophische Untersuchung von Wolfgang Heise »Aufbruch in die Illusion...« zu nennen.<sup>12</sup>

11 Siehe Kurt Braunreuther / Manfred Puschmann / Helmut Steiner: Kritik der bürgerlichen Soziologie als Aufgabe der marxistischen Wirtschaftswissenschaft. In: »Wirtschaftswissenschaft«. (1962)2. – Dies.: Darstellung und Kritik des ökonomischen Denkens im Bereich der bürgerlichen Soziologie in Geschichte und Gegenwart. Eine Sammlung von Arbeitsthemen als vorläufiger Plan der Forschung. Mit Einleitung. Ms.-Druck. Institut für Politische Ökonomie der Humboldt-Universität zu Berlin 1961. – Kurt Braunreuther: Soziologie und Gesellschaft. In: »Die Wirtschaft«. (1962)17. – Ders.: Soziologie und Kybernetik. In: »Forum«. (1962)20.

12 Siehe Georg Lukács: Deutsche Soziologie vor dem Ersten Weltkrieg. In: »Aufbau«. (1946)5. Ders.: Die deutsche Soziologie zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg. In: »Aufbau«. (1946)6. – Ders.: Die Zerstörung der Vernunft. Berlin 1955. – Gottfried Eisermann: Pareto – Pate des Faschismus. In: »Forum«. (1947)3. – Ders.: G(eorg) Sorel und der Mythos der Gewalt. In: »Einheit«. (1948)5. – Alfred Meusel: Zur Charakteristik der soziologischen und politischen Anschauungen Friedrich Nietzsches. In: »Pädagogik«. (1948)2. – Max Gustav Lange: Wissenschaftlicher Sozialismus und Soziologie. In: »Forum«. (1948)5.

Dieser antifaschistische Impetus wurde in den 60er Jahren weiter verfolgt. Er gehörte von Anbeginn zu den Grundfesten der sich etablierenden DDR-Soziologie.

Zugleich verfolgte die SED mit dem Übergang zur Partei neuen Typus und damit zum Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung sowie zum sowjetischen Gesellschaftsmodell seit Ende der 40er Jahre eine absolute Hegemonie »marxistisch-leninistischer Positionen« und erhob einen gesellschaftstheoretischen Ausschließlichkeitsanspruch. Die Aussage Wladimir I. Lenins, keinem bürgerlichen Professor der Philosophie oder der politischen Ökonomie auch nur ein einziges Wort zu glauben, sobald er auf die allgemeine Theorie zu sprechen komme,<sup>13</sup> wurde zum vorherrschenden Verdikt im Verhältnis zu den bürgerlichen Gesellschaftstheorien. Dementsprechend wurde in den 50er Jahren ein großer Teil der Auseinandersetzungen geführt. Für die Soziologie bedeutete das: Zunächst kamen Ende der 40er / Anfang der 50er Jahre alle soziologischen Aktivitäten, vor allem auch an den Universitäten zum Erliegen. Die Soziologie hatte im vom Marxismus-Leninismus geprägten Wissenschaftssystem keinen Platz mehr. Um so wichtiger war es, bei der Neu-Institutionalisierung seit Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre, über die »Auseinandersetzung« hinaus, die positive Neubestimmung innerhalb des marxistisch-leninistischen Rahmens zu suchen und zu finden. Dabei überlagerten sich die selbst gewollte und die offiziell erwartete Standortsuche, aber auch die persönlich beabsichtigte Wahrnehmung der Ideologiefunktion, subjektiv verfolgte und auf jeden Fall objektiv bewirkte Lernprozesse in der Soziologie. Zu den Lernprozessen gehörte eine Auseinandersetzung, die allmählich über die nur ideologische und politische hinausging und sich sukzessive zu einer ebenso sachbezogenen theoretisch-methodologischen entwickelte. Das führte schließlich auch zu einer sehr zögerlichen, aber kontinuierlich fortschreitenden erweiterten Aneignung des nichtmarxistischen soziologischen Erbes. So habe ich mir, wie viele andere, auf der Grundlage einer (nicht nur ML-) marxistischen Ausbildung und parallel mit ersten Bemühungen um einen soziologischen Zugang zur DDR-Gesellschaft, durch Beschäftigung mit der (nichtmarxistischen) Geschichte der Soziologie, der internationalen Soziologie-Literatur und der westdeutschen Soziologie soziologische Professionalität erworben: erstens durch das Studium der Literatur selbst, zweitens durch die Auseinandersetzung mit ihr und die damit verbundene

---

– Joachim Streisand: Kritisches zur deutschen Soziologie. Ein Beitrag zur Überwindung des Objektivismus. Diss. Humboldt-Universität zu Berlin 1952. – Wolfgang Heise: Aufbruch in die Illusion. Zur Kritik der bürgerlichen Philosophie in Deutschland. Berlin 1964.

13 Wladimir Iljitsch Lenin: Materialismus und Empirio-kritizismus. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 14. Berlin 1962. S. 347.

Ausbildung eigener Positionen sowie drittens als Anregung für eigene Fragestellungen und Forschungen.

*Insgesamt gab es Ende der 80er Jahre in der soziologischen Zunft der DDR– auch in den offiziellen Lehrinhalten<sup>14</sup> – differenziertere Urteile über die Soziologie der BRD als unter den westdeutschen Fachkollegen über die DDR-Soziologie.*

Doch zurück zu den Anfängen. Der Kreis junger Nachwuchswissenschaftler in unserer Forschungsgruppe (FG) »Soziologie und Gesellschaft« wuchs 1962/63 auf ca. 30–50 regelmäßig Teilnehmende an. Die ersten Nichtberliner waren Günther Bohring und Herbert F. Wolf aus Leipzig. In Prieros (1962), Berlin (1963) und Merseburg (1964) führten wir auf eigene Kosten mehrtägige Jahrestagungen durch, zu denen nicht nur unsere Bemühungen unterstützende, sondern ihnen auch »skeptisch« gegenüberstehende Teilnehmer kamen. Ein besonderen Stellenwert kommt der von Günther Bohring, zu dieser Zeit Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus der Technischen Hochschule für Chemie in Leuna-Merseburg, im November 1964 organisierten III. Jahrestagung zu. An ihr nahmen mehrere Hundert Interessierte aus der DDR sowie erstmals Soziologen aus der CSSR, Polen und Bulgarien teil. Die Tagung wurde zur ersten DDR-weiten Soziologiekonferenz, auf der es wenige Wochen nach dem Soziologie-Beschluß des Politbüros des ZK der SED (September 1964) infolge unterschiedlicher Sicht- und Herangehensweisen zu einem ersten Zusammenstoß zwischen der »von unten« landesweit in zahlreichen Institutionen gewachsenen Soziologieinitiativen und der erstmals in Erscheinung tretenden zentralen Soziologie-Leitung beim Institut für Gesellschaftswissenschaften des ZK der SED kam.<sup>15</sup>

Bereits 1963 hatte die Leitung des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW) eine eigenständige offizielle »Arbeitsgruppe für Soziologie« gebildet. Ich selbst gehörte seit Ende

---

14 Siehe u. a. Helmut Steiner: Die Rezeption der Soziologie von Karl Marx und Friedrich Engels in der Geschichte der nichtmarxistischen Soziologie. In: »Soziale Welt«. (1985)2. – Dieter Bergner / Reinhard Mocek: Gesellschaftstheorien. Berlin 1986. – Soziologisches Erbe und marxistisch-leninistische Soziologie. Tagung des Wissenschaftlichen Rates für Soziologische Forschung in der DDR am 26. Oktober 1988 in Berlin. In: »Informationen zur soziologischen Forschung in der DDR«. (1988)5. – Max Weber – Dialog und Auseinandersetzung. Materialien des wissenschaftlichen Symposiums anlässlich des 125. Geburtstags von Max Weber am 21. April 1989 in Erfurt. In: »Informationen zur soziologischen Forschung in der DDR«. (1989) Sonderheft. – Lehrprogramm für die Universitäten und Hochschulen der DDR zum Fach »Geschichte der Soziologie«. Leiter des Autorenkollektivs Helmut Steiner. Berlin 1989.

15 Siehe Günther Bohring / Kurt Braunreuther (Hrsg.): Soziologie und Praxis. Beiträge zur Entwicklung der marxistischen Soziologie. Berlin 1965. – Die auf der Konferenz geführten Auseinandersetzungen sind in der Veröffentlichung nicht enthalten.

1962 mit meiner Dissertation über soziale Strukturveränderungen im gegenwärtigen Kapitalismus, der Abteilung »Geschichte und Kritik der ökonomischen Theorien« des Institutes an. Für den Aufbau des Instituts und die Leitung der Gruppe wurde mit Kurt Braunreuther ein nebenamtlicher Werkvertrag abgeschlossen. Peter Armelin, Rainer Schubert und Manfred Thiel wurden als Mitarbeiter eingestellt. Mit Manfred Lötsch (Bergakademie Freiberg) und dem Sozialpsychologen Manfred Vorweg (Friedrich-Schiller-Universität Jena) wurden weitere Werkverträge vereinbart. Zugleich schlug Fred Oelßner – 1951 mit seinem Luxemburgismus-Buch unrühmlich hervorgetreten; inzwischen im Gefolge der Revisionismus- und Fraktionsbildungs-Kampagnen 1958 aus dem Politbüro der SED ausgeschlossen – als Akademiemitglied nunmehr gemeinsam mit Fritz Behrens Institutsdirektor an der DAW Kurt Braunreuther 1963 zur Wahl als Akademiemitglied für das Jahr 1964 vor. Das waren eindeutig eigenständige wissenschaftspolitische Initiativen und Signale, die Fred Oelßner dank seiner Erfahrungen und mit Unterstützung des Instituts (durch Fritz Behrens, Peter Hess, Gunther Kohlmey, Harry Meier u. a.) und der Akademieleitung auch gegen übergeordnete Einwände durchzusetzen vermochte.

Schließlich unterstützte Fred Oelßner das Projekt, nach dem Beispiel der bereits existierenden Institutszeitschriften »Konjunktur und Krise« (zur Kapitalismusforschung) und »Geld und Kredit« (zur Finanzwirtschaft) als dritte, die nach unserem Logo benannte Zeitschrift »Soziologie und Gesellschaft« herauszugeben. Konzeption und Redaktionszusammensetzung (Herausgeber Kurt Braunreuther, verantw. Redakteur Manfred Thiel, Redaktionsmitglieder Manfred Lötsch, Helmut Steiner und Manfred Vorweg) wurden von den Institutsghremien bestätigt. Die beiden ersten Hefte waren bereits druckreif imprimiert dem Akademie-Verlag übergeben worden, als trotz aktiven Engagements des Instituts und des Verlages (Werner Mussler, Herrmann Turley) nach über zweijährigem Hin und Her mit der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED und dem inzwischen 1964 beim Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED gebildeten »Wissenschaftlichen Rat für Soziologische Forschung« das endgültige »Aus« für das Zeitschriftenprojekt gesprochen wurde. Darüber legen umfangreiche Archivunterlagen Zeugnis ab.

Es war nach dem von Ernst Bloch und Werner Krauss 1947/48 unternommenen Vorstoß für ein sozialwissenschaftliches Zeitschriftenprojekt, Olof Klohrs »Internationalen Forschungsberichten zur Religionssoziologie« in Jena Anfang der 60er Jahre, dem Projekt »Jugendforschung« des Leipziger ZIJ der meines Wissens vierte vergebliche Anlauf, eine soziologische Fachzeitschrift in der DDR zu etablieren. Erschienen die »Internationalen Forschungsberichte zur Religionssoziologie« und die Leipziger »Jugendfor-

schung« zumindest zeitweilig, so erblickten die beiden anderen gar nicht erst das Licht der Öffentlichkeit. Da die später von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED herausgegebenen »Informationen aus der soziologischen Forschung« keine offene Zeitschrift und nur eingeschränkt zugänglich waren, gab es in der DDR – als einzigem RGW-Land (selbst Rumänien hatte eine) bis 1989/90 kein wissenschaftliches Fachorgan der Soziologie.

Welcher Platz wissenschaftlichen Fachzeitschriften für die Formierung und Profilierung neuer Wissenschaftsdisziplinen zukommt, ist aus der Geschichte der Natur-, Technik- wie auch Gesellschaftswissenschaften hinreichend bekannt. Um das eigenständige Formieren und Profilieren der Wissenschaft »Soziologie« in all ihren Funktionen ging es aber, bzw. diese sollte in letzter Konsequenz bis 1989 verhindert werden. Das eingeschränkte Themen- und gesellschaftliche Funktionsspektrum der DDR-Soziologie läßt an Hand des oben vorgestellten Schemas über die gesellschaftlichen Funktionen der Soziologie die unvollkommene inhaltliche und institutionelle Ausbildung der DDR-Soziologie offensichtlich werden.

Um zum Ausgangspunkt zurückzukommen: die informelle Forschungsgemeinschaft »Soziologie und Gesellschaft« war Anfang der 60er Jahre nur eine von mehreren Gruppen und Einzelpersonen, die sich um die Etablierung einer marxistischen Soziologie in der DDR bemühten. Erinnerung sei hier in Leipzig an den Einsatz von Robert Schulz unmittelbar nach dem XX. Parteitag der KPdSU (1956), an die international beachteten repräsentativen medizin-soziologischen Akzelerations-Untersuchungen von Kurt Winter in Berlin, die erste internationale Religions-Soziologie-Konferenz sozialistischer Länder von Olof Klohr in Jena, die seit den 50er Jahren von Paul Nowotny gemeinsam mit dem Poznaner West-Institut – offiziell weithin unbekannt gebliebenen – sorbisch-polnischen Vergleichsuntersuchungen in den DDR-Grenzregionen, die sozialpsychologischen theoretischen und empirischen Forschungen von Hans Hiebsch und Manfred Vorweg in Jena, die »Psychologie des Jugendalters« von Walter Friedrich und Adolf Kossakowski, die von Hermann Scheler mit Philosophiestudenten in den 50er Jahren durchgeführten Praktika zur Sozialforschung (u. a. mit Erich Hahn und Kurt Krambach), die Berufswahluntersuchungen von Heinz Grassel, das erste soziologische Betriebslabor von Heinz Kallabis im Berliner Glühlampenwerk, die agrarsoziologischen Bemühungen an der Humboldt-Universität zu Berlin, die arbeitssoziologischen Untersuchungen der Berliner Philosophen Wolfgang Eichhorn I, Wolfgang Eichhorn II, Erich Hahn, Toni Hahn, Rainer Thiel, die Untersuchungen der Jugend-Kriminologen John Lekschas und Richard Hartmann, die soziologischen Versuche von Alfred Klein und Karl-Heinz Mehlan an der Universität Rostock sowie von Hans-

günter Meyer, Otto Rühle, Heinz Quitzsch an der Universität Greifswald und die verschiedenartigen Soziologie-Aktivitäten Jürgen Kuczynskis von der Sozialgeschichte über seine historischen Sozialstruktur-Untersuchungen und literatursoziologischen Analysen bis zu seinen wissenschaftspolitischen Vorstößen in Sachen Soziologie in der DDR und UdSSR seit den 50er Jahren.

Diese Aufzählungen betreffen unabhängig voneinander entstandene Aktivitäten in den Jahren vor dem Beschluß des Politbüros des ZK der SED zur Entwicklung der Soziologie und zur Bildung des Wissenschaftlichen Rats für Soziologie vom September 1964. Es ist daher falsch, wenn noch Ende 1989 in einer von der Redaktion der »Deutschen Zeitschrift für Philosophie« mit dem »Wissenschaftlichen Rat für soziologische Forschung« anlässlich seines 25-jährigen Bestehens durchgeführten und publizierten Rundtisch-Gesprächs für alle damals Nichtbeteiligten und Nachgeborenen der Eindruck erweckt wurde, als hätte mit der Gründung des Wissenschaftlichen Rates die Soziologieentwicklung in der DDR erst begonnen.<sup>16</sup> M. E. war es anders: Die zentralen Gremien folgten mit ihren Beschlüssen einerseits einem Manifest gewordenen gesellschaftspolitischen Bedürfnis nach präziser Information über gesellschaftliche Erscheinungen und Prozesse in Verbindung mit einem technokratisch-wissenschafts-fördernden Zeitgeist; folgten unseren Bestrebungen für eine kooperierende und kommunizierende Forschung. Andererseits bestand die politische Absicht darin, das »von unten« Gewachsene und Werdende dirigistisch »in den Griff« zu bekommen und inhaltlich sowie politisch-ideologisch zu kanalisieren. Dabei geht es nicht um die Namen des jeweiligen Verantwortlichen, wengleich jeder der Beteiligten weiß, daß die stets gegebenen »von ... bis ...«-Spielräume von einzelnen Personen und Einrichtungen auf unterschiedliche Weise so oder so genutzt wurden. Das traf selbst bei einem Vergleich funktional gleichartiger, zentral eingerichteter Wissenschaftlicher Räte zu. So integrierte der Beirat für Jugendforschung von Anbeginn die verschiedenartigen Initiativen »von unten« weitaus wissenschaftsspezifischer, gleichberechtigter und konstruktiver, als der Wissenschaftlichen Rat für Soziologie. Doch generell war das wissenschaftlich-politische System ein Abbild des gesamtpolitischen Systems und dabei erfüllten, soziologisch gesprochen, die jeweiligen Funktionsträger letztlich gesellschaftspolitische Rollen, ob sie nun »X«, »Y« oder »Z« hießen. Hinzu kam, daß die Mehrzahl der »von unten« gewachsenen Gruppen und der Vertreter der Soziologie auf die eine oder andere Weise, dirigistisch oder nur ausführend in das offizielle Institutionensystem integriert wurde.

---

16 Siehe: 25 Jahre Wissenschaftlicher Rat für Soziologische Forschung in der DDR. In: »Deutsche Zeitschrift für Philosophie«. (1990)1.



Das eigentlich Unverständliche dabei – und leider doch allzu gut Verständliche – war, daß die Beteiligten der soziologischen Initiativgruppen Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre – seien es die wenigen Alt-Kommunisten wie Kurt Braunreuther, Jürgen Kuczynski, Hermann Scheler und Kurt Winter sowie die beiden ersten Nachkriegsgenerationen von Wissenschaftlern – die um 1928–1930 und 1935–1937 Geborenen – politisch überzeugte, aktive Mitglieder der FDJ und der SED waren, die nicht im Entferntesten Abweichler und Revisionisten (oder im späteren Sprachgebrauch: Dissidenten) sein wollten und es auch nicht waren. Im Gegenteil. Sie, d. h. wir wollten uns nicht länger mit allgemeinen Prinzipaussagen über die Vorzüge unserer Gesellschaft zufrieden geben, sondern sie so konkret wie möglich kennen lernen, ihre Funktionsweise ergründen und mit Wissen, Einsichten, Erkenntnissen, Vorschlägen und Empfehlungen einen persönlichen wissenschaftlichen Beitrag zu ihrer Gestaltung leisten. Um auf die gesellschaftliche Soziologie-Funktion zurückzukommen: wir waren an umfassender empirischer Deskription, parteilich begründeter, aber unbefangener theoretischer Erkenntnis, weitgehender Öffentlichkeit und internationaler Kommunikation und sich darauf gründender Leitungsempfehlungen sowie konkreter Mitarbeit bei deren Umsetzung interessiert. Die Gesellschafts- und Sozialkritik blieb auf Grund unserer parteilichen Haltung und zunehmenden Selbstzensur von vornherein ausgespart oder, soweit in Verbindung mit unbefangener wissenschaftlicher Erkenntnis unerlässlich, systemimmanent. Dennoch wurden wir immer wieder mit Prädikaten und Aussagen wie »unmarxistisch«, »der Marxismus-Lenismus sagt ..., Ihr sagt ...«, »das ist Übernahme bürgerlicher Soziologie...«, bis zu direkter politischer Kriminalisierung in der Art: »damit will er den westdeutschen Imperialisten Schützenhilfe leisten« u. a. m. (sämtlich Original-Formulierungen aus Diskussionsaufzeichnungen und schriftlich vorliegenden Gutachten) bedacht. Und das nicht nur im wissenschaftlich-argumentativen Meinungsaustausch, sondern auch im Namen der höheren Instanz des »Wissenschaftlichen Rats«, »der Abteilung Wissenschaft«, »des Marxismus-Leninismus«, »der Partei«.

Die Unterschiede und Differenzen innerhalb der parteiverbundenen sich etablierenden Soziologen waren – zumal aus heutiger Sicht – vergleichsweise geringfügig und dennoch gravierend. Sie betrafen *das Maß der theoretischen Eigenständigkeit* der Wissenschaftsdisziplin Soziologie innerhalb des Marxismus, die Problemformulierung bzw. die Enttabuisierung bestimmter gesellschaftlicher Themenbereiche, *die eingeschränkte Öffentlichkeit und begrenzte Kommunikationsmöglichkeit* innerhalb und außerhalb der DDR, sowie die zentral-administrative Reglementierung.

Das Themenspektrum unserer Forschungsgruppe und ehrenamtlichen Gemeinschaft »Soziologie und Gesellschaft« hatte sich bereits in den ersten



zwei Jahren von der Auseinandersetzung mit der nichtmarxistischen Gegenwartssoziologie und mit theoriegeschichtlichen Themen sukzessive auf verschiedene Problembereiche der DDR-Gesellschaft, die Industrie, die Jugend, die Sozialstruktur und die gesellschaftliche Organisation erweitert. Das betraf auch die Kommunikationsbemühungen außerhalb der DDR.

Erste persönliche Kontakte zu gleichartigen Bestrebungen in Osteuropa führten mich z. B. nach Bulgarien (Schiwko Oschawkow) und Ungarn (Andras Hegedüs, Sandor Szalai). 1964 unternahmen Kurt Braunreuther und ich eine mehrwöchige Studienreise nach Polen, um uns mit der sich eigenständig entwickelnden Soziologie eines sozialistischen osteuropäischen Landes bekannt zu machen. Adam Schaff und Jan Szczepanski vom Akademie-Institut für Philosophie und Soziologie in Warschau organisierten für uns ein nahezu vierwöchiges Besuchs- und Konsultationsprogramm mit namhaften Soziologen in Warschau, Lodz, Krakau und Poznan. Damals entstanden Beziehungen, die über Jahre und Jahrzehnte währten und mit Adam Schaff und Wlodzimierz Wesolowski bis in die Gegenwart reichen. Überhaupt hat in der Institutionalisierungsphase die polnische Soziologie der DDR-Soziologie mannigfache Entwicklungshilfe gewährt. So unterstützte uns z. B. Jan Szczepanski bei der Aufnahme in Forschungskomitees der »International Sociologia Association (ISA)«, wofür seinerzeit noch offizielle Empfehlungen erforderlich waren. Auch vermittelte er durch zwei Hauptvorträge auf einer soziologischen Konferenz von Kurt Winter an der Berliner Charité unmittelbare Anregungen für die Entwicklung der Soziologie in der DDR.

Adam Schaff setzte sich für uns, die DDR war damals noch nicht diplomatisch anerkannt, bei der UNESCO ein. Weitere polnische Kollegen, so Zygmunt Bauman, Wladislaw Markiewicz und Jan Wiatr, wirkten für unsere Einbeziehung in die internationale Soziologie. Zugleich waren Peter Bollhagen und Erich Hahn die ersten, die mehrere Aufsätze polnischer Soziologen in der DDR veröffentlichten.

Die mehrwöchige Studienreise durch Polen im Jahre 1964 hinterließ mit der Vielfalt von Problem- und Fragestellungen, dem Kennenlernen soziologischer Institutionen, vieler Persönlichkeiten und mehrerer Zeitschriften, einen bleibenden Eindruck von einer soziologischen Kultur, in der die Beziehung Soziologie und Gesellschaft öffentlich Gestalt annahm.

Leider setzte sich dieser initiativreiche Beginn nicht fort. Bis auf wenige persönliche Ausnahmen reduzierte sich später die weitere Zusammenarbeit vorwiegend auf offiziell institutionalisierte multilaterale Problemkommissionen.

Eine sich daraus ableitende direkte Fortführung unserer Kontakte nach Polen ergab sich 1966 durch die Teilnahme von Hansgünter Meyer, Mitarbeiter in der Braunreuther-Gruppe, an der dreimonatigen UNESCO-Sommer-

schule in Warschau zum Studium moderner empirischer Methoden und Techniken, die von polnischen Soziologie-Professoren getragen wurde.

Mitte der 60er Jahre entwickelten sich auch Beziehungen zu tschechischen Kollegen, zu Jaroslav Klofac', Vojtech Tlustý und Pavel Machonin, die auf dem Gebiet der Sozialstruktur einen vielversprechenden Arbeitscharakter annahmen. Durch die Ereignisse von 1968 und die Entlassungen dieser und anderer Kollegen aus dem wissenschaftlichen Leben kamen die spontan gewachsenen, vielversprechenden wissenschaftlichen Kontakte wieder zum Erliegen.

Jurij A. Lewada lernte ich als ersten sowjetischen Soziologen auf der von Olof Klohr initiierten religionssoziologischen Konferenz 1965 in Jena kennen. 1966 nahm Nikolaj I. Lapin an unserer internationalen »Fluktationskonferenz« am Akademie-Institut teil. Durch die Einladung zu einem zweijährigen Arbeitsaufenthalt an die Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau 1968/69 konnte ich mir ein differenziertes Bild von der sich zu dieser Zeit geradezu euphorischen Entwicklung der Soziologie in der Sowjetunion verschaffen, wie es außerhalb der UdSSR nicht wahrnehmbar war. Ich hatte die Möglichkeit, mich an verschiedenen Aktivitäten des Bereiches von Wladislaw Sch. Kelle und an den Seminaren von Jurij A. Lewada zu beteiligen, die deutschen Ausgaben von Wladimir N. Schubkins (Nowosibirsk) »Quantitative Methoden in der Soziologie« und Wladimir A. Jadows und Andrej G. Sdrawomyslows (Leningrad) »Der Mensch und seine Arbeit« zu besorgen. Viele wissenschaftliche Kontakte und persönliche Freundschaften, die bis in die Gegenwart reichen, entstanden in diesen Jahren. Die Mehrzahl der in dem 1999 veröffentlichten Rußland-Band aufgenommenen Autoren<sup>17</sup> kenne ich aus dieser Zeit. Außer den bereits genannten betrifft das u. a. Galina M. Andrejewa, Jurij N. Dawydow, Lew A. Gordon, Boris S. Gruschin, Igor S. Kon, Rosalina W. Rywkina, Tatjana I. Saslawaskaja.

Die sowjetische Soziologie-Entwicklung jener Jahre resultierte aus dem kurzen politischen Tauwetter nach dem XX. Parteitag der KPdSU und war ein markanter Bestandteil und ein Charakteristikum der sowjetischen Generation der 60er Jahre, der »Schestidesjatniki«. Nicht ganz so abrupt wie in der CSSR veränderten sich die geistig-politischen Bedingungen nach 1968 auch für die Soziologie in der Sowjetunion. Die offizielle Kritik an Lewadas Soziologie-Vorlesungen an der Moskauer Universität seit 1969/70, Lewada war zu dieser Zeit Parteisekretär am soziologischen Akademie-Institut sowie sein schließliches »Abschieben« aus dem Institut 1972 markierte u. a. die öffentlich sichtbare Zäsur.

---

17 Helmut Steiner, Wladimir A. Jadow (Hrsg.): Rußland – wohin? Rußland aus der Sicht russischer Soziologen. Berlin 1999.

So sehr unsere Aktivitäten zur Aufnahme von Beziehungen nach Osteuropa aus Überzeugung und den gegebenen Möglichkeiten Vorrang hatten, so kam es seit Anfang der 60er Jahre auch zu Kontakten und gegenseitigen Vortragsveranstaltungen mit Soziologen aus der BRD. Allein in unserer Arbeitsgruppe am Akademie-Institut waren bis 1967 Hans-Paul Bahrdt, Ludwig von Friedeburg, Martin Irlé, Renate Mayntz und Erwin K. Scheuch zu Gast. Im Gegenzug konnten wir einzelne Vortrags-Einladungen nach Göttingen, Köln und Mannheim wahrnehmen. Klaus Korn war Gast des Heidelberger Soziologie-Kongresses 1964. Es war dem besonderen Engagement von René König als damaligem Präsidenten der ISA zu danken, daß trotz diplomatischer Blockade der DDR und des »Alliierten Travel Boards« in Westberlin, die Soziologen aus der DDR (mit einigen Abstrichen) noch rechtzeitig Einreisevisa zur Teilnahme am VI. Weltkongreß für Soziologie in Evian (Frankreich), erhielten. Eine Vielzahl von Eindrücken und Anregungen, persönliche Bekanntschaften mit Soziologen verschiedener Länder und hoffnungsvolle Absprachen für künftige Arbeitskontakte basierten auf der Teilnahme an dem Kongreß. Mit einigen Soziologen, wie z. B. Wolfgang Zapf, bestehen bis in die Gegenwart Kontakte.

Ständige Arbeits- und Forschungskontakte kamen nur mit Unterstützung von Fachkollegen der befreundeten Länder, z. B. den Nowosibirsker Soziologen Tatjana I. Saslawskaja und Wladimir N. Schubkin, zustande, während sich wissenschaftlich interessante Vorschläge aus westlichen Staaten für Publikationen und vergleichende Studien, wie z. B. von Norman Birnbaum (USA) und Ralf Dahrendorf (BRD) nicht realisieren ließen. Nur Günter Manz konnte in den folgenden Jahren an der internationalen Ost-West-Zeitbudget-Untersuchung unter Leitung von S. Szalai teilnehmen.

Die Aufnahme von Wissenschaftskontakten über die Grenzen der DDR hinaus habe ich so ausführlich erwähnt, um *erstens* unser Bemühen um eine offene und öffentliche Soziologie zu dokumentieren, um *zweitens* die innerhalb kurzer Zeit zustande gekommenen vielfältigen Beziehungen zu veranschaulichen und um drittens zu zeigen, wie reduziert sie seit Anfang der 70er Jahre weitergeführt wurden und sich erst unter veränderten Voraussetzungen in den 80er Jahren wieder belebten.

Insgesamt läßt sich zur DDR-Soziologie feststellen, daß sich von 1960 bis 1990, also vor und nach der Gründung des Wissenschaftlichen Rates 1964/65, mit seiner Hilfe und teilweise gegen ihn, sowohl offiziell, gelegentlich aber auch »im Wildwuchs«, brav aber auch »chidryj« trotz aller Einschränkungen eine »Soziologie eigenen Profils« mit nachhaltigen Ergebnissen und einem leistungsfähigen, engagierten Personalbestand entwickelte: Das betrifft zusammengefaßt:

- ein empirisches Datenmassiv über die Gesellschaft in der DDR aus allen Lebenssphären, von der biologisch-menschlichen Existenz über die Sozialisations- und Arbeitsprozesse bis zum Alltag, von der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit über ihr Institutionengefüge bis zu den kleinsten Struktureinheiten. Die durch das Informationszentrum für Sozialwissenschaften Bonn-Berlin archivierten und dokumentierten, nunmehr im Zentralarchiv Köln lagernden Bestände belegen das;
- empirische und darauf aufbauende theoretische Ergebnisse und Publikationen zur Charakterisierung, Funktionsweise und Entwicklung gesellschaftlicher Teilbereiche. Die Jugendforschung, die Frauenforschung, die Stadt- und Gemeindeforschung, die Wissenschaftssoziologie, die Kulturwissenschaften, die Soziolinguistik, ausgewählte Bereiche der Sozial- und Soziologiegeschichte u. a. m. haben im östlichen wie im westlichen Ausland wissenschaftliche Aufmerksamkeit und Anerkennung gefunden;
- die erarbeiteten methodischen Instrumentarien, bei denen außer adaptierten historischen und internationalen Erfahrungen eigenständige Entwicklungen von erkenntnistheoretischen und philosophisch-methodologischen Ausgangspositionen über den sozialwissenschaftlichen Forschungsprozeß bis zu den der Spezifik und den Problemen der DDR-Gesellschaft angemessenen methodischen Zugängen von Interesse sind sowie
- einem Potential von nahezu 1000 ausgebildeten und professionell tätigen Soziologen (darunter ca. 40 Professoren sowie Hunderte von Promovierten, B-Promovierten bzw. Habilitierten) in außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen, an Universitäten und Hochschulen, in Kultur-, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, in der Wirtschaft und in staatlichen Verwaltungen – die sich durch wissenschaftliche und praktische Ergebnisse, wissenschaftliche Publikationen im In- und Ausland sowie internationale Konferenzbeiträge ausgewiesen haben. Unter den wissenschaftlichen Einrichtungen befand sich mit dem Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) das herausragendste und produktivste sozialwissenschaftliche Institut der DDR. Mit seinem umfassenden Profil zur Jugendforschung, in seiner Einmaligkeit mehrerer langfristiger Panel-Untersuchungen, in der Originalität international vergleichender biologisch-sozialer Zwillingsforschung sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung von 17 Professoren aus den eigenen Reihen für Universitäten und Hochschulen – war es nicht vergleichbar mit dem Deutschen Institut für Jugendforschung (DIJ) in München. Das bedeutet nicht vergleichbar im umgekehrten Verständnis, als es nach Maßgabe der neuen wissenschaftspolitisch Verantwortlichen aus München, Bonn und Dresden nach 1990 aus politischen und Konkurrenzgründen »abgewickelt« und im personellen und intellektuellen Miniformat als Münchener Dependence »weitergeführt« wurde. Es kann nur verwundern, wenn der frühere Direktor

des DIJ, Hans Bertram, in einem kürzlich erschienenen Buch zur ostdeutschen Transformation im Jahr 2001 immer noch glaubhaft zu machen versucht, das ZIJ in Leipzig sei nur deshalb geschlossen worden, weil es nicht auf der Evaluierungsliste des Wissenschaftsrates gestanden habe.<sup>18</sup> Für einen Soziologen, zumal einen aktiv daran Beteiligten ist diese Erklärung, die von den macht- und gesellschaftspolitischen Realitäten der Jahre 1990/91 gänzlich absieht, höchst unbefriedigend.

Aber zugleich sind bei dieser »Soziologie eigenen Profils« auch die Defizite, vor allem die systembedingten strukturellen Defizite zu benennen und zu erklären. Sie betreffen in erster Linie die soziologische Theorie, die theoretischen und politischen Bereiche der Sozialstrukturforschung, die politische Soziologie im umfassenden Sinne sowie das »geleitete«, nicht das selbstbestimmte, Menschenbild.

Die vor allem in den 60er Jahren geführte Debatte um den Platz des Historischen Materialismus *als* oder *für* marxistische soziologische Theorie – nur um diese Differenz, nicht um seine Negation ging es den beteiligten marxistischen Diskussionsteilnehmern – wurde zwar Ende 1969 anlässlich der »Tage der marxistisch-leninistischen Soziologie« mit dem 3-Stufen-Modell (allgemeine Soziologie, spezielle Soziologien, empirisch-soziologisches Wissen) offiziell beendet und eine geeignete Kompromißformel für die konkrete Arbeit gefunden.<sup>19</sup> De facto wurden jedoch bis zum Schluß alle eigenständigen allgemein-theoretischen Soziologie-Bemühungen – und die gab es immer wieder – »abgebrochen«.

Kurt Braunreuthers Verständnis der Soziologie als Wissenschaft realer und möglicher menschlicher Verhaltensweisen, sein zunächst von ihm, dann zusammen mit Hansgünter Meyer und Manfred Lötsch entwickeltes Konzept

---

18 Hans Bertram / Raj Kollmorgen: Das fünfte Rad am Wagen? Die (ost)deutschen Sozialwissenschaften im Vereinigungsprozeß. In: Dies.: Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern. Opladen 2001.

19 Die »offiziellen Sprachregelungen« und der theoretisch-methodologische »Kompromiß-Konsens« kommen am deutlichsten zum Ausdruck in: Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie. 1. Aufl. Hrsg. Wolfgang Eichhorn I / Erich Hahn / Günter Heyden / Manfred Puschmann / Robert Schulz / Horst Taubert. Berlin 1969. – 2. Aufl. Berlin 1977. Hrsg. Georg Aßmann / Wolfgang Eichhorn I / Erich Hahn / Günter Heyden / Horst Jetzschmann / Albrecht Kretzschmar / Manfred Puschmann / Horst Taubert / Rudi Weidig. Berlin 1977. – Soziologie im Sozialismus. Die marxistisch-leninistische Soziologie im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus. Materialien der »Tage der marxistisch-leninistischen Soziologie« in der DDR vom 25.–27.11.1969 in Berlin. Hrsg. Wissenschaftlicher Rat für soziologische Forschung in der DDR. Berlin 1970. – Als Lehrbuch für die Soziologie-Ausbildung an Universitäten und Hochschulen der DDR erkannte das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen an: Grundlagen der marxistisch-leninistischen Soziologie. Hrsg. Georg Aßmann / Rudhard Stollberg. Berlin 1977.

einer gesellschaftstheoretischen – nicht technokratischen – Organisationssoziologie für die DDR-Gesellschaft, Walter Friedrichs Verhaltenstheorie und gesellschaftliches Generationenkonzept, Klaus Korns politökonomischer und soziologischer Eigentums-Aneignungs-Ansatz, Heinz Kallabis' Versuche einer politischen Soziologie am Beispiel der SED und der Gewerkschaften, meine eigenen Theorie-Versuche für eine sozialistische Klassengesellschaft mit einer in sich vertikal und nicht nur horizontal gegliederten Gesellschaft und deren gesellschaftlichen Führungsgruppen, einem methodologisch historisch-funktionalen Herangehen an die Gesellschaftsanalyse sowie schließlich mit dem gesellschaftstheoretischen Reproduktionsansatz von Manfred Lötsch, der auf Antonio Gramscis Intellektuellen-Hegemonie aufbaut – um nur die zu nennen, die mir persönlich bekannt sind – blieben in unterschiedlichen Phasen der Ausarbeitung stecken. Oder sollte man besser sagen: »Wurden steckengeblieben«?

Allgemein-theoretische soziologische Aussagen, Sozialstrukturtheorie *gesellschaftspolitischen* Charakters sowie politische Soziologie, eingeschlossen politische Meinungsforschung und Untersuchungen des gesellschaftlichen Patriarchats, sowie alle gesellschaftlichen Vertikal-Beziehungen blieben ausgespart, trotz aller quantitativen wie qualitativen Soziologie-Entwicklungen. Ungeachtet der hochgradigen Politisierung und Ideologisierung der Gesellschaft und der Wissenschaft konnten *Politik und Ideologie, die Herrschafts- und Machtverhältnisse sowie selbstbestimmtes individuelles und kollektives Handeln nicht wissenschaftlich problematisiert und analysiert* werden. Oder mit anderen Worten: Karl Marx' Hauptwerk »Das Kapital« trägt zwar den Untertitel »Kritik der politischen Ökonomie« aber es bezieht sich nicht primär auf die Wissenschaftsdisziplin Politische Ökonomie, sondern vielmehr auf die reale politische Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft. Wir haben es versäumt, bzw. waren nicht in der Lage das Marxsche Herangehen zur Analyse der Anatomie und Physiologie der Gesellschaft auf die DDR anzuwenden. Die fehlende wissenschaftliche Gesellschafts- und Sozialkritik –im Sinne des obigen Schemas der gesellschaftlichen Funktionen der Soziologie als Wissenschaft – war und ist eines der fundamentalsten Defizite der DDR-Soziologie. Hieran trägt jeder der Beteiligten Verantwortung.

Bei den Theoriebemühungen wurde das eine oder andere versucht. Manches kam so oder so »zum Abbruch«. Doch die wissenschaftlich verantwortungsbewußte Sozialkritik im Marxschen Sinne an der Gesellschaft in der DDR haben wir uns auf Grund der eigenen politischen und wissenschaftlichen Sozialisation, Parteidisziplin und Selbstzensur versagt. Ich weiß um die berechtigten Einwände und bin selbst befangen bei der Fragestellung: »Was wäre geschehen, wenn ..., denk an das Schicksal unserer durchaus systemimmanenten Theorieansätze, erst recht wenn du dich Strukturprinzipien und

Herrschaftsmechanismen konsequent zugewandt hättest...?« Diese und ähnliche Einwände, Rechtfertigungen und Entschuldigungen sind verständlich und berechtigt. Auch ich nehme sie für mich in Anspruch. Aber bei der Suche nach den Ursachen des Scheiterns der DDR ist jeder nach dem eigenen Anteil gefragt. Das bedeutet für uns als Wissenschaftler und speziell als Soziologen auch wissenschaftliche Selbstkritik. Ich weiß natürlich um die Unterschiede von Belletristik und Sozialwissenschaften. Der Vergleich mit mehreren DDR-Schriftstellern aber sei erlaubt, deren sozialkritische Ausführungen bzw. Darstellungen für sie nicht unproblematisch waren. Volker Brauns »Hinze – Kunze« - Roman, seine »Übergangsgesellschaft« und seine Rede »Die Verhältnisse zu brechen« anlässlich der Verleihung des Georg-Büchner-Preises 2000 beinhalten Belletristik mit deutlichem soziologischem intellektuell-kritischem Potential sowohl zur DDR als auch zur gegenwärtigen bundesdeutschen Gesellschaft.<sup>20</sup>

Letztlich ist jede und jeder, dem das Projekt einer alternativen, sozial gerechten Gesellschaft tatsächlich etwas bedeutet hat und vor allem auch weiterhin bedeutet, aufgefordert, nach den Ursachen des Scheiterns zu suchen: Im konkreten Fall zu denen der Wissenschaft, besonders der Sozialwissenschaften und dem eigenen Beitrag. Das ist in jedem Fall schmerzlich. Nach der totalen Abwicklung, den professionalen Denunziationen und den klischeehaften Urteilen über die DDR und ihre Wissenschaftler sind zusätzliche Hemmschwellen zu überwinden, womöglich mit dem Ergründen der Ursachen des Scheiterns und der eigenen persönlichen Verantwortung das Geschäft der Liquidatoren zu befördern, die persönliche wissenschaftliche Identität und berufliche Existenz zu zerstören. Doch wer nach sozialistischen oder generell alternativen Gesellschaftsentwürfen sucht, kommt um die wissenschaftliche Systemkritik und die Selbstkritik im Sinne eines ehrlichen und perspektivischen Neuanfangs nicht herum.

Fassen wir zusammen. Es gehört zu den entscheidenden Defiziten der Soziologie in der DDR, daß die verspätete Institutionalisierung in den 60er Jahren gekennzeichnet blieb durch:

---

20 Siehe u. a. von Volker Braun: Die Kipper. (1965). Berlin 1972. – Das ungezwungene Leben Kasts. Berlin 1972. – Hinze und Kunze. Berlin 1973. – Es genügt nicht die einfache Wahrheit. Leipzig 1979. – Training des aufrechten Gangs. Halle 1979. – Hinze–Kunze–Roman. Halle/Leipzig 1985. – Unvollendete Geschichte. (1975). Berlin 1988. — Die Übergangsgesellschaft. (1982). Berlin 1988. – Verheerende Folgen mangelnden Anscheins innerbetrieblicher Demokratie. Leipzig 1988. – Der Wendehals. Berlin 1995. — Wir befinden uns soweit wohl. Wir sind erst einmal am Ende. Äußerungen. Frankfurt/Main 1998. – Die Verhältnisse zerbrechen. Rede zur Verleihung des Georg-Büchner-Preises 2000. Frankfurt/Main 2000.



*Erstens* stark eingeschränkte wissenschaftliche Diskussionen, fehlende wissenschaftliche Öffentlichkeit und mangelnde marginale gesellschaftliche Aufklärungsfunktion;

*Zweitens* durch die trotz hochgradiger Politisierung unmögliche Problematisierung und Analyse der Herrschafts- und Machtverhältnisse, einschließlich der Bedingungen für selbstbestimmtes Handeln.

Unter diesen Vorzeichen hat die Soziologie, d. h. haben wir als ihre Vertreter, es unterlassen, den marxistischen Anspruch – Marx' Kritik der politischen Ökonomie als Anatomie und Physiologie der Gesellschaft zu verstehen – auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR anzuwenden.

### III. Zum Selbstverständnis der BRD-Soziologie

Wie verhält es sich demgegenüber mit den Funktionsbestimmungen und der öffentlichen Wirksamkeit der Sozialwissenschaften in der bundesdeutschen Gesellschaft, in der wir heute leben?

50 Jahre soziologische Fachliteratur der BRD dokumentieren reale Gesellschafts- und Sozialgeschichte sowie Wissenschafts- und Ideologiegeschichte. Vorliegende wissenschaftshistorische Analysen vermitteln sich verändernde Schwerpunkte, theoretisch-methodologische Orientierungen und wissenschaftspolitische Präferenzen in den einzelnen Entwicklungsperioden.

Im Rahmen dieser Ausführungen kann die Entwicklung der BRD-Soziologie nicht in gleicher Weise nachgezeichnet werden wie die Entwicklung der Soziologie in der DDR. Zum einen unterscheidet sich der Blick darauf: einerseits Insider-Kenntnisse und eigenes Beteiligtsein an der DDR-Soziologie, andererseits der Blick »von außen« und vier Jahrzehnte beständige kritische Distanz bezüglich der BRD-Verhältnisse, ungeachtet von Lernprozessen während dieser Zeit. Außerdem würden die Vielfalt und Widersprüchlichkeit der BRD größeren Raum verlangen. Dennoch soll dem Raster des skizzierten Funktions-Schemas folgend, auf einige Spezifika der BRD-Entwicklung hingewiesen werden.

Wurde in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands auf der Grundlage des antifaschistischen und sowjetisch demokratisierenden Gesamtkonzepts auch mit den Traditionen der in über fünf Jahrzehnten gewachsenen akademischen Soziologie gebrochen, ohne alternativ einen soziologischen »Neuanfang« für die tiefgreifenden Transformationsprozesse zwischen 1945 und 1961 zu entwickeln, setzte man in den westlichen Besatzungszonen vorrangig auf Kontinuität. Leopold von Wiese, die intellektuelle Leitfigur des »Neuanfangs«, erklärte 1948 in der ersten Nummer der neu gegründeten »Kölner Zeitschrift für Soziologie«: »Wir nehmen den Faden des Wirkens dort, wo



wir ihn fallen lassen mußten, ungebrochen wieder auf.«<sup>21</sup> Und auf dem ersten Soziologie-Kongreß nach zwölf Jahren Nationalsozialismus 1946 in Frankfurt am Main wiederholte er seine bedauernde Aussage aus dem Jahre 1936 über die ablehnende Haltung der NS-Machthaber gegenüber der akademischen Soziologie, als »ob der Aufbau des deutschen Volks- und Staatslebens die Mitarbeit der allgemeinen Soziologie entbehren kann.«<sup>22</sup> Allein Heinz Maus forderte auf dem ersten Nachkriegs-Kongreß eine kritische Auseinandersetzung mit den Verstrickungen der Soziologie und ihren Vertretern in den Nationalsozialismus. Allerdings vergeblich.

Vor allem an den Universitäten, aber auch an anderen Einrichtungen setzten bald Forschungen über die Nachkriegsjugend und -familien, zur Industrie- und Betriebssoziologie, zu Flüchtlingen und Umsiedlern sowie zu sozialstrukturellen Veränderungen ein. Aus der Emigration kehrten nur wenige namhafte Soziologen zurück, so Renè König aus der Schweiz nach Köln, Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Friedrich Pollock aus den USA nach Frankfurt am Main. Rene König versuchte später, seine einflußreichen wissenschaftspolitischen Positionen zu nutzen, um Karl Valentin Müller in Nürnberg und die sich in der von Helmut Schelsky geleiteten Sozialforschungsstelle Dortmund und anderen Orten zusammengefundenen Soziologen aus der NS-Zeit aus Entscheidungspositionen und der wissenschaftlichen Lehre in der BRD zurückzudrängen. Daß ihm das kaum gelang und die ehemaligen NS-Soziologen ihr Berufsleben in der BRD in wohl bestallten Positionen beenden konnten, ist in Königs resignierender Autobiographie »Leben im Widerspruch«<sup>23</sup> nachzulesen.

Eine erste bilanzierende Diskussion über fünf Jahrzehnte deutscher und im besonderen über zehn Jahre bundesdeutsche Soziologie fand anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der »Deutschen Gesellschaft für Soziologie« (DGS) 1959 statt. Der Verlauf des 1959 in Westberlin durchgeführten Soziologie-Kongresses, die Beiträge in der seinerzeit noch intellektuell führenden Kölner Fachzeitschrift sowie Schelskys Beitrag »Ortsbestimmung der deutschen Soziologie« spiegeln die intellektuelle Situation der BRD-Soziologie Ende der 50er Jahre wider. Schelsky sprach von vier »Schicksalstypen« in der westdeutschen Soziologie, die sich nach ihrem Verhältnis zum Nationalsozialismus unterscheiden: 1. Emigranten, 2. in Deutschland Verbliebene, 3. die in

---

21 Leopold von Wiese: Nach abermals zwölf Jahren. In: »Kölner Zeitschrift für Soziologie«, 1948/49. S. 1.

22 Siehe ders.: In: Verhandlungen des 8. Deutschen Soziologietages vom 19. bis 21. September 1946 in Frankfurt/Main / Tübingen 1948.

23 Renè König: Leben im Widerspruch. Versuch einer intellektuellen Autobiographie. München 1980.

den Jahren 1933 bis 1945 zu akademischen Ehren Gekommenen und 4. die nach dem Krieg herangewachsene Generation. Zwar machte er das unterschiedliche Verhältnis zum NS-Regime primär für Spannungen in der westdeutschen Soziologenschaft verantwortlich, ohne die notwendigen Auseinandersetzungen nachzuholen oder für sich als bis 1945 aktiv Beteiligter Konsequenzen zu ziehen.<sup>24</sup> Seine wissenschaftstheoretische Quintessenz war, anknüpfend an Hans Freyers »Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft«, vielmehr, »sich im Beschreiben dessen, was sowieso geschieht«, zusammenzufinden.

Diese Position erlaubte Schelsky, die empirische Sozialwissenschaft in der jungen Bundesrepublik inhaltlich, institutionell und personell zu fördern, ohne sie auf einen platten Empirismus zu reduzieren. Mit solchen von ihm geprägten Slogans wie »die skeptische Generation« für die Nachkriegsjugend, »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« für die sich restaurierende Sozialstruktur, »die Arbeit tun die anderen« für die kritischen Intellektuellen und »der selbstständige oder der betreute Mensch« für sein sozialpolitisches Credo, gelang es ihm, über die soziologische Zunft hinaus, öffentliche Meinungsbilder zu kreieren. Als langjähriger Leiter der Sozialforschungsstelle Dortmund übte er in den für die westdeutsche Soziologie profilbestimmenden 50er und 60er Jahren einen prägenden personellen und wissenschaftsorganisatorischen Einfluß aus.

Auch Renè König versuchte, als einer der wenigen heimgekehrten Emigranten, an der Universität Köln in der Nachfolge von Leopold von Wiese eine vor allem an den empirischen Sozialwissenschaften der USA der 30er und 40er Jahre orientierte Soziologie-Forschung und -Ausbildung zu etablieren. Das von ihm herausgegebene »Handbuch der empirischen Sozialforschung«, der aus dem Exil zurückgekehrte Alphons Silbermann sowie die Mitarbeiter und Assistenten Erwin K. Scheuch, Hansjürgen Daheim, Karl Otto Hondrich, Wolfgang Kaupen, Heidrun Kaupen-Haas, Fritz Sack, Nico Stehr u. a. wurden zu einem Ausweis der neuen Kölner Soziologie-Schule.

Die aus den USA nach Frankfurt am Main zurückgekehrten und das traditionelle Institut für Sozialforschung wieder etablierenden Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Friedrich Pollock sowie die daraus hervorgegangenen Ludwig von Friedeburg und Jürgen Habermas vermittelten mit ihren Schriften »Dialektik der Aufklärung«, »Student und Politik«, »Strukturwandel der Öffentlichkeit«, »Soziologie des Betriebsklimas« und »Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Automation« humanistische, aufklärerische und herrschaftskritische Impulse, ohne jedoch ihre marxistisch ori-

---

24 Helmut Schelsky: Ortsbestimmung der deutschen Soziologie. Düsseldorf 1959. S. 35.

entierten Arbeiten aus der Weimarer Republik und der Emigration wiederaufzunehmen und fortzusetzen.

Demokratische Mitbestimmung in der Montanindustrie verfolgten und unterstützten die in ihren theoretischen Fragestellungen interessanten industrie- und betriebssoziologischen Untersuchungen über »Arbeiter, Management, Mitbestimmung«, »Technik und Industriearbeit« sowie »Das Gesellschaftsbild des Arbeiters« von Hans Paul Bahrdt, Siegfried Braun, Burkart Lutz, Theo Pirker, Heinrich Popitz u. a.

In Westberlin formierte sich in den 50er Jahren vor allem um Otto Stammer ein Kreis von Schülern, u. a. Günter Hartfiel, Dietrich Herzog, Peter Christian Ludz, Hartmut Zimmermann, der sich auf die politische Soziologie konzentrierte und sich um eine sozialwissenschaftliche DDR-Forschung bemühte. Das von Ludz 1964 herausgegebene Sonderheft der »Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie« über »Studien und Materialien zur Soziologie der DDR« leitete einen Paradigmenwechsel in der bundesdeutschen DDR-Forschung von einer totalitarismustheoretischen zu einer immanent kritischen Analyse der DDR-Gesellschaft ein.

Schließlich verstand es Ralf Dahrendorf, gewissermaßen im Alleingang und ausgehend von seiner sozialdemokratischen Herkunft, ab Anfang der 50er Jahre von »Marx in Perspektive. Die Idee des Gerechten im Denken von Karl Marx«, über »Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft«, »Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen«, »Gesellschaft und Demokratie in Deutschland«, »Bildung ist Bürgerrecht«, »Arbeiterkinder an deutschen Universitäten«, »Pfade aus Utopia. Zur Theorie und Methode der Soziologie«, »Lebenschancen« bis zu »Fragmente eines neuen Liberalismus« bis zum Ende der 80er Jahre Gesellschaftstheorie, gesellschaftspolitische Zeitdiagnose und sozial-liberale Politikentwürfe miteinander zu verknüpfen. Er war es, der Mitte der 60er Jahre als erster professioneller Soziologe die Kontinuität der BRD-Gesellschaft und ihrer Eliten von der Weimarer Republik über den Nationalsozialismus in die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft problematisierte und analysierte. Die Dissertation seines Assistenten Wolfgang Zapf »Wandlungen in der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919–1961« bietet m. E. bis heute die umfassendste konkret-historische Untersuchung.

Weitere Gruppen und Einzelpersonlichkeiten der ersten zweieinhalb Jahrzehnte der BRD-Soziologie wären hervorzuheben. Renate Mayntz und Helge Pross markierten mit ihren Wissenschaftlerinnen-Biografien und ihren verschiedenartigen Arbeiten z. B. über Gemeinden und Organisationen, Manager und Hausfrauen den Eintritt einer steigenden Zahl von Frauen in die soziologische Professorenschaft der BRD.

Allerdings – und das ist bis auf wenige Ausnahmen in der Weimarer Republik und in der BRD charakteristisch für Deutschlands bürgerliche Universitäten im 20. Jahrhundert – fehlte nahezu vollständig die Marxsche Gesellschaftstheorie und -methode als Lehrinhalt und öffentlichkeitswirksames intellektuell-politisches Angebot. Es gehörte zu den bizarren Absonderlichkeiten der deutsch-deutschen Parallel-Entwicklungen, daß es die aus dem Osten Deutschlands verdrängten Marxisten Wolfgang Abendroth, Ernst Bloch, Leo Kofler und Hans Meyer waren, die für Suchende in der BRD zu Oasen marxistisch-intellektueller Bezugspunkte wurden, und das in mancherlei Hinsicht mit nachhaltigem Erfolg.

Der sogenannte Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, an dem sich zwischen 1957 und 1969 neben Theodor W. Adorno und Karl R. Popper auch Ralf Dahrendorf, Jürgen Habermas, Hans Albert u. a. beteiligten, sowie der Ende der 60er Jahre zwischen Jürgen Habermas und Niklas Luhmann geführte Disput um »Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie?« waren nach der von Ralf Dahrendorfs »Homo Sociologicus« 1958 ausgelösten »Soziale Rolle«-Debatte die bedeutendsten Theorie-Diskussionen in der westdeutschen Soziologie bis Ende der 60er Jahre.

Die genannten und erweiterungsfähigen Beispiele veranschaulichen ein beeindruckendes thematisches und politisch-geistiges Spektrum, ein inneres Spannungsverhältnis und öffentliches Angebot soziologischen Forschens, Lehrens und gesellschaftspolitischen Wirkens westdeutscher Soziologie. Und doch breitete sich ab Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre im wissenschaftlichen Nachwuchs, wie überhaupt unter der jüngeren Generation, heute als die »68er« bezeichnet, eine Unzufriedenheit über die in letzter Konsequenz »status quo- Soziologie« aus. Die Vielfalt und Pluralität ließ die Beschränkungen und Grenzen hinsichtlich sozialkritischer, alternativer und nicht zuletzt marxistischer Soziologie sichtbar werden.

Zum Höhepunkt des intellektuellen Aufbegehrens der jüngeren Generation wurde der 16. Deutsche Soziologentag 1968 in Frankfurt am Main, der sich anlässlich des 150. Geburtstages von Karl Marx der Frage »Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?« widmete. Ursprünglich akademisch-professionell geplant, dem 15. Soziologentag 1964 in Heidelberg über »Max Weber und die Soziologie heute« eine theoriegeschichtliche Würdigung von Karl Marx für die Soziologie folgen zu lassen, fiel seine Durchführung zeitlich mit dem alternativen Suchen und dem neu erwachten Interesses der jungen Generation für marxistische Analysen der Gegenwartsgesellschaft zusammen. Hatte Herbert Marcuse als Gastreferent aus den USA schon auf dem Heidelberger Kongreß 1964 über »Industrialisierung und Kapitalismus im Werk Max Webers« Probleme der Gesellschaftstheorie in den Blickpunkt gerückt, so kam auf dem Kongreß 1968 eine Gruppe junger Soziologen mit Gerhard Brandt,

Ernst Theodor Mohl, Claus Offè u. a. mit einem Gemeinschaftsreferat über »Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung« zu Wort. Der stürmische Verlauf des Kongresses über Grundfragen soziologischer Theorie und gesellschaftlicher Entwicklung ließ die DGS-Führung in den 70er und 80er Jahren wieder zur traditionellen Kongreß-Planung zurückkehren.

Weit bemerkenswerter als der Kongreß in Frankfurt am Main war das Jahrzehnt intellektueller und politischer Soziologie vor und nach dem Kongreß. Die wissenschaftlichen Aktivitäten: »Projekt Klassenanalyse« (Joachim Bischoff, Sebastian Herkommer, Ulf Kadritzke u. a.), »Prokla« – Probleme des Klassenkampfes– (Elmar Altvater u. a.), »Das Argument« (Frigga Haug und Wolfgang F. Haug), die »Neue Kritik«, das Institut für Marxistische Studien Frankfurt am Main (IMSF) (Heinz Jung, Johannes Henrich von Heiseler, André Leisewitz u. a.), die alternativ und marxistisch orientierten sozialwissenschaftlichen Publikationen in traditionell bürgerlichen Verlagen (z. B. bei Fischer, Rowohlt und Suhrkamp), Veröffentlichungen des Pahl Rugenstein Verlages über »Die Krise der Soziologie in der BRD« (Urs Jaeggi, Hans-Jürgen Krysmanski, Karl-Heinz Tjaden u. a.), »Soziologie im Arbeitnehmerinteresse« (Hansjürgen Daheim, Rainer Rilling, Hellmut Lange, Ingrid Lohmann u. a.) seien als thematische und personelle Stichworte für eine kurzzeitige Gesellschaftsanalyse sowie Herrschafts- und Sozialkritik der BRD-Gesellschaft durch junge Sozialwissenschaftler inner- und außerhalb akademischer Institutionen genannt.

Doch so sehr sie einige Jahre öffentliche Aufmerksamkeit fanden und wissenschaftliche Resultate vorlegten, die integraler Bestandteil einer Geschichtsschreibung der BRD-Soziologie sein sollten, vermochten nur wenige in den 70er Jahren sozialwissenschaftliche Lehrstühle und Lehraufträge zu erhalten (außer von bereits Genannten u. a. Frank Deppe, Klaus Holzkamp, Klaus Meschkat und Oskar Negt). Das Gros der akademischen Soziologie entfernte sich spätestens seit Ende der 70er Jahre erneut von wesentlichen Zentralthemen und Brennpunkten der Gesellschaftsentwicklung.

Bilanziert man die hier nur angedeutete, erstaunlich vielfältige BRD-Soziologie, so verlangt sie außer ihrer positiven Würdigung auch eine kritische Beurteilung. Einige Aspekte seien genannt:

1. Die Weiterbeschäftigung engagierter NS-Soziologen nach 1945 bis zu deren altersbedingtem Ausscheiden und der jahrzehntelange Verzicht der offiziellen BRD-Soziologen auf die Auseinandersetzung mit den Aktivitäten westdeutscher Soziologen zwischen 1933 und 1945 (Hans Freyer, Arnold Gehlen, Helmut Schelsky, Reinhard Höhn, Karl-Heinz Pfeffer, Karl V. Müller u. a.) waren immer noch nicht Gegenstand kritischer Befragung. Im Gegenteil. Das Netzwerk der »Leipziger« und »Königsberger« Sozialwissenschaftler aus den Jahren 1933 bis 1945 war in der BRD allgegenwärtig.

Für die DDR-Soziologie war die Auseinandersetzung mit der NS-Soziologie in den verschiedenen Phasen ihrer widersprüchlichen Gesamtentwicklung – vor allem Ende der 50er und in den 60er Jahren – ein entscheidender Bereich der eigenen antifaschistischen Standortbestimmung.<sup>25</sup> In der BRD setzte diese Auseinandersetzung erst in der zweiten Hälfte der 70er und verstärkt in den 80er Jahren ein, nachdem die entsprechende Akteure entweder altersbedingt ausgeschieden oder verstorben waren. Die seither vorgelegten Untersuchungen erweiterten und vertieften entscheidend die frühen DDR-Forschungen und verdienen Anerkennung und Respekt.<sup>26</sup>

2. Das theoretisch-methodologische Verständnis der Soziologie als »Wirklichkeitswissenschaft« führte, mit den erwähnten und weiteren Abwei-

25 Siehe ergänzend zu den in Anmerkung 12 genannten Titeln: Kurt Braunreuther / Helmut Steiner: Zur Situation der bürgerlichen Soziologie in Westdeutschland. Besonders Abschn. 3: Bürgerliche Soziologie und Faschismus in Deutschland. In: Kurt Braunreuther (Hrsg.): Zur Kritik der bürgerlichen Soziologie in Westdeutschland. Berlin 1962. – Herbert Wolf: Karl Valentin Müller – ein Scharlatan der Rassentheorie auf dem Lehrstuhl einer westdeutschen Hochschule. In: »Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig«. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe. (1962)5. – Ders.: Die wissenschaftliche und politische Karriere von Dr. phil. habil. Karl-Heinz Pfeffer, Professor für Soziologie der Entwicklungsländer an der Universität Münster. Hrsg. vom Komitee zur Untersuchung der Verhältnisse an westdeutschen Universitäten an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Leipzig 1962. – Gabriele Töpferwein: Zur Entwicklung der Soziologie an der Universität Leipzig bis 1945. Dissertation Karl-Marx-Universität Leipzig 1986. – Helmut Steiner: Die Leipziger Schule der Soziologie und Sozialphilosophie. Eine Variante faschistischen Selbstverständnisses. In: Helga Grebing / Klaus Kinner (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretation in der europäischen Arbeiterbewegung. Essen 1990. – Helmut Steiner (Hrsg.): Soziologie und deutscher Faschismus. Materialien eines Kolloquiums am Zentralinstitut für Geschichte der AdW der DDR. In: »Informationen zur soziologischen Forschung in der DDR«. (1990)1.

26 Siehe: Waltraut Bergmann u. a.: Soziologie im Faschismus 1933–1945. Köln 1981. – M. Rainer Lepsius: Hrsg.): Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945. In: »Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie«. Sonderheft 23(1980) – Johannes Weyer: Westdeutsche Soziologie 1945–1960. Deutsche Kontinuitäten und nordamerikanischer Einfluß. Berlin(West) 1984. – Schwerpunkt: Soziologie im Nationalsozialismus. In: »Soziale Welt«. (1984)1/2. – Carsten Klingemann (Hrsg.): Soziologie im NS-Staat. Vom Unbehagen an der Soziologiegeschichte. In: »Soziale Welt«. (1985)3. – Otthein Rammstedt: Deutsche Soziologie 1933–1945. Die Normalität einer Anpassung. Frankfurt/Main 1986. – Sven Papcke (Hrsg.): Ordnung und Theorie. Beiträge zur Geschichte der Soziologie in Deutschland. Darmstadt 1986. – Heidrun Kaupen-Haas (Hrsg.): Der Griff nach der Bevölkerung. Aktualität und Kontinuität nazistischer Bevölkerungspolitik. Nördlingen 1986. – Gerhard Schäfer: Von der Volksgemeinschaft zur nivellierten Mittelstandsgesellschaft. Anmerkungen zur wissenschaftlichen und politischen Entwicklung Helmut Schelskys von Leipzig nach Hamburg. Ms. Bremen 1986. – Ders.: »Den Krieg im Frieden gewinnen«. Zur Bedeutung des vom Reichssicherheitshauptamt 1944 in Berlin veranstalteten Soziologentreffens. In: »1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhun-

chungen und Ausnahmen, in der BRD gesellschaftspolitisch zu einer dominierenden status quo-Beschreibung der Gesellschaft.

Umfassende Gesellschaftsanalysen wurden zunehmend durch segmentierte Gesellschafts-Charakterisierung ersetzt. Bereits 1959 traf Ralf Dahrendorf, die in den folgenden Jahren mehrmals wiederholte Feststellung, es dränge sich »der Verdacht ... auf, daß es vielen deutschen Soziologen an einem Sozialmodell mangelt, weil sie als Bürger kein richtiges Gesellschaftsbild haben. Industrielle Gesellschaft, Konsumgesellschaft, Freizeitgesellschaft, offene Gesellschaft, mobile Gesellschaft – dies sind so viele Begriffe wie Verlegenheiten. Ist das geschärfte Interesse an Betrieb und Familie, Gemeinde und Schule vielleicht auch ein ängstlicher Rückzug vor dem unbewältigten Ganzen der Gesellschaft, in der wir leben?«<sup>27</sup> Inzwischen sind einige Beispiele ausgetauscht oder hinzugekommen, u. a. Risiko- und Erlebnisgesellschaft, die trotz ihres empirischen Gehalts kein Gesellschaftsbild profilieren und z. T. zu bloßen Metaphern und politisch-publizistischen Worthülsen verkommen sind.

3. Es käme darauf an, die Ursachen des weitgehenden Fehlens empirischer und theoretischer Analysen über die politisch Herrschenden zu ergründen. So fehlen Untersuchungen über die offiziellen und inoffiziellen Herrschaftsstrukturen und Herrschaftsmechanismen der Gesellschaft sowie detaillierte Analysen und Veröffentlichungen über die Reichen und Superreichen, den Reichtum, seine Entstehung und Mehrung, das Zusammenwirken von Finanzkapital und Politik und daraus abgeleitete Forschungsstrategien. Auch mangelt es an gesellschaftstheoretischen und empirischen Ursachen- und Prozeßanalysen ökonomischer und nichtökonomischer Entfremdungs- und Manipulationsprozesse.

4. Schließlich, und das last but not least, sind die Ursachen, Implikationen und Konsequenzen für den weitgehenden Ausschluß einer der einflußreichsten Traditionen des europäischen Geistes- und Kulturlebens – des marxistischen Denkens und der Marxschen Methode – aus der Universitätssoziologie

---

derts«. (1987)4 – Carsten Klingemann (Hrsg.): Rassenmythos und Sozialwissenschaften in Deutschland. Ein verdrängtes Kapitel sozialwissenschaftlicher Wirkungsgeschichte. Opladen 1987. – Ders.: Soziologie im Dritten Reich. Baden-Baden 1996.

27 Ralf Dahrendorf: Betrachtungen zu einigen Aspekten der gegenwärtigen deutschen Soziologie. In: »Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie«. (1959)1. S. 144. – Vgl. aus der jüngsten Zeit die für unsere Problematik aufschlußreiche Kontroverse zwischen Ralf Dahrendorf und Michael Walzer. Siehe dazu: Michael Walzer: Die Tugend des Augenmaßes. Über das Verhältnis von Gesellschaftskritik und Gesellschaftstheorie. In: »Neue Zürcher Zeitung« 2./3. Dezember 2000. S.49 ff. – Ralf Dahrendorf: Theorie ist wichtiger als Tugend. Gesellschaftskritik und Intellektuelle. In: »Neue Zürcher Zeitung« 2./3. Dezember 2000. S. 49 ff.



der BRD zu überwinden, zumal sich diese Ignoranz und Ausgrenzung im Unterschied zu Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Schweden und selbst den USA vollzieht.

Im Unterschied zur DDR gab und gibt es in der BRD dennoch eine ernst zu nehmende zeit- und sozialkritische Literatur, die unterschiedliche weltanschauliche, theoretische und politische Positionen reflektiert. Exemplarisch seien nur drei grundverschiedene Zugänge genannt:

- Ralf Dahrendorf, Jürgen Habermas, Friedhelm Hengsbach, Oskar Negt, Helmut Schelsky und Erwin K. Scheuch boten zu verschiedenen Zeitpunkten eine sehr unterschiedliche Sozialkritik von den sicheren Positionen und innerhalb des etablierten Wissenschaftssystems.

- In den studentischen alternativen Bewegungen der 60er und 70er Jahre, in den Neuen Sozialen Bewegungen (Frieden, Umwelt, Dritte Welt u. a.), im Umfeld der Gewerkschaften, der Kirchen und Wohlfahrtsverbände, um alternative gesellschaftspolitische und sozialwissenschaftliche Zeitschriften, in wissenschaftlichen Vereinigungen und Vereinen u. a. m. formierte sich eine »zweite Wissenschaftskultur« mit z. T. beachtlichem Ausmaß, bewundernswertem Engagement und respektablen sozialkritischen Leistungen.

- Für eine kurze Zeit wurden im Gefolge der 68er Bewegung und während der sozialliberalen Koalition in den 70er Jahren einige marxistische bzw. an Marx orientierte sowie andere alternative Sozialwissenschaftler an die Universitäten berufen, deren Dienstzeit – so weit noch nicht geschehen – im Laufe der nächsten fünf Jahre altersbedingt ausläuft und deren wissenschaftliche Biographien keine Fortsetzung erfahren werden. Deutschlands sozialwissenschaftliche Lehrstühle sind dann im Westen ebenso Marx-gereinigt, wie das in der DDR /Ostdeutschland nach der »Wende der Wende« im Prozeß der staatlichen Vereinigung 1990/91 geschah.

So verschiedenartig diese Strömungen untereinander sind und jede für sich ist, stehen sie für Segmente einer sozialkritischen wissenschaftlichen Öffentlichkeit in Deutschland. Und doch stellen sich die Fragen: Was bewirken sie? Wie werden sie wahrgenommen? Wer besitzt die geistige und politische Hegemonie in der Gesellschaft?

Jürgen Habermas' oft brillanten und treffenden zeitdiagnostischen Essays (sieht man von seinem Eintreten für den militärischen Kosovo-Einsatz ab), die von den Niederungen des politischen Alltags sich abhebenden Projektionen Sir Ralf Dahrendorfs, Erwin K. Scheuchs sarkastische Enthüllungen über Kungeleien der politischen Eliten u. a. auch zum CDU-Spendenskandal, Friedhelm Hengstbachs sozialökonomische, sozialpolitische und sozialkritische Analysen und Empfehlungen sowie Oskar Negts unermüdliche Bemühungen um die Begründung und Propagierung einer »zweiten Gesellschafts-



reform« werden wohl wahrgenommen, rezensiert, häufig sogar zitiert, zur Grundlage von programmatischen Vorträgen und Festreden, Medienauftritten und Populärartikeln gewählt. Auch die Medien stehen ihnen offen. Der Vorzug ihrer Sachkompetenz und Öffentlichkeit ist Ausdruck einer hohen politischen Kultur, die aber auch zum Objekt politischer Medien-Unterhaltung degradiert wird und damit ihre gesellschaftliche Wirkung einbüßt.

Das betrifft nicht nur die wissenschaftliche Gesellschaftskritik, sondern ist auch ein Charakteristikum der kritischen Öffentlichkeit dieser Gesellschaft.

Im Unterschied zur DDR ist öffentliche Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse und offizieller Politik möglich und wird partiell praktiziert. Nur: eine kritische Öffentlichkeit ist damit noch nicht gegeben! Denn Öffentlichkeit und kritische Öffentlichkeit sind nicht unbedingt deckungsgleich! Es geht dabei nicht um Dominanz bzw. Hegemonie über die herrschenden Meinungen als solche, sondern um die Pervertierung der öffentlichen Kritik zur politischen Unterhaltungsware und Beliebigkeit, des Medienalltags als Enthüllungsjournalismus, sich wiederholender Talkshows u. ä. Neil Postmans »Wir amüsieren uns zu Tode« hat für die öffentliche Darbietung von Politik und gesellschaftlicher Entwicklung voll durchgeschlagen.

Daß diese unkritische oder – auf jeden Fall – nicht dominant kritische wissenschaftliche Öffentlichkeit nicht allein, wenn auch sehr entscheidend der konservativen oder neoliberalen politischen Hegemonie oder gar persönlich-charakterlichen Eigenschaften ihrer Vertreter geschuldet ist, dürfte unbestritten sein. Um so mehr ist zu fragen: was sind die Gründe und Konstruktionsbedingungen für die angepaßten, funktionierenden, weithin beschreibenden, bestenfalls diagnostizierenden, offiziellen Sozialwissenschaften? Drei Momente seien genannt:

1. Der wissenschaftspolitische Einfluß wird durch die hochgradig professionalisierte, institutionalisierte, arbeitsteilige Soziologie wahrgenommen. Karrieremuster und Berufungsverfahren im Hochschulwesen, die Ausschreibungen und Drittmittelvergaben, sowie die kurz- und mittelfristigen Projektfinanzierungen fördern die Laufbahn und ergebnisorientierte Resultate, aber keine Sozialkritik. Gefördert wird der arbeitsteilige Spezialist mit ausgeprägtem Arbeitsvermögen auch bezüglich der Themenwahl, Problemstellungen und Arbeitshypothesen, nicht der unkonventionelle, andersdenkende, non-konforme Gesellschaftsanalytiker.
2. Hochschulgremien, Förder-Kuratorien und Berufsverbände normieren wissenschaftliche Standards, Persönlichkeitsprofile und politische Anpassungsmuster. Der 1996 erschienene Sammelband »Wege zur Soziologie nach 1945« stellt, so weit es die BRD-sozialisierten Vertreter betrifft, exemplarisch den sozialen Typus des erfolgreichen »Laufbahn-Soziologen« der BRD der

ersten Nachkriegsgeneration vor.<sup>28</sup> Inzwischen haben die dabei sichtbaren bürokratisierten Indikatoren akademischer Karrieren sich noch stärker herausgebildet. Die gegenwärtige Berufspraxis und selbst Drittmittelvergaben liefern hierfür alltägliche Beispiele.

3. Damit zusammenhängend sind die Gründe in der historisch gewachsenen Institutionalisierung der Sozialwissenschaften im 20. Jahrhundert zu suchen. Zum einen verstanden sich die akademischen Sozialwissenschaften ursprünglich als intellektuelle Marx- und Marxismus-Kritik sowie Marxismus-Bekämpfung, zum anderen formierten und profilierten sie sich durch das Aufgreifen der sozialen Frage, durch den Entwurf eigener sozialkritischer und sozialreformerischer Positionen unterschiedlichster Art. Wie konsequent oder inkonsequent auch immer, haben sich die akademischen Sozialwissenschaften durch Gesellschaftskritik entscheidend mit konstituiert. Das war eines ihrer wissenschaftlichen Markenzeichen. Dies aber ist ihr im Verlaufe der offiziellen staatlich-universitären Institutionalisierung abhanden gekommen. In der Weimarer Republik war die Gesellschaftskritik noch vorhanden, nach 1945 wurde sie nur vereinzelt wieder aufgenommen. Die Soziologie wurde – unbeschadet vielfältiger individueller Verdienste und Bemühungen – in das vorgegebene Wissenschafts- und Gesellschaftssystem mainstream-gerecht und kritik-abstinent integriert.

Schließlich haben sich seit Beginn der offiziellen akademischen Institutionalisierung Veränderungen in der inhaltlichen Schwerpunktsetzung für die Sozialwissenschaften ergeben, denen die Wissenschafts- und Disziplinstrukturen nicht entsprechend folgten. Zwar gab und gibt es vielerlei Bemühungen um Anpassungsprozesse, alternative Projekte und interdisziplinäre Integration. Doch dominant blieb eine über Jahrzehnte gewachsene institutionalisierte Sozialwissenschaft, die nur zum Teil den gesellschaftlichen Problemlagen der Gegenwart entspricht. Auch deshalb ist die offizielle akademische Sozialwissenschaft kritik-abstinent. Sie bewegt sich in ihrer Selbstorganisation nicht mehr im Zentrum der gesellschaftlichen Problemlagen und erweist sich auf besondere Weise ambivalent. Einerseits erfüllt sie nach wie vor ein gewisses Korrektiv für die Aufnahme aktueller praxisorientierter Themen, um andererseits bestimmte gesellschafts- und systemgegebene »Rahmenbedingungen« nicht zu problematisieren oder in Frage stellen zu lassen. Die Dahrendorfsche Feststellung zur deutschen Soziologie von 1959 gilt gegenwärtig mehr denn je.

Der ehemalige Präsident der ISA, Immanuel Wallerstein, veröffentlichte vor Jahren ein Buch mit dem Titel »Die Sozialwissenschaften >kaputt-

---

28 Siehe: Christian Fleck (Hrsg.): Wege zur Soziologie nach 1945. Biographische Notizen. Opladen 1996.

denken« ». Darin fordert er die Überwindung des überlieferten tradierten Wissenschaftssystems der Sozialwissenschaften, um ihre Funktion als kritische Sozialwissenschaft wieder wahrnehmen zu können. Im Gefolge dessen entwickelte er als Vorsitzender einer internationalen Kommission entsprechende Alternativvorschläge. Allerdings ist weder absehbar, daß sie in ihrer wohlmeinenden Absicht im gegebenen Wissenschaftssystem durchgesetzt werden, noch daß sich das Problem durch eine wissenschaftsinterne Strukturreform lösen läßt.<sup>29</sup>

Spätestens an dieser Stelle erhebt sich die Frage: Was ist und was kann sozialwissenschaftliche Kritik heute leisten, welche gesellschaftsrelevante Reichweite kommt ihr zu?

Natürlich gibt es – wie schon hervorgehoben – sozialwissenschaftlich kritische Stimmen in der BRD. Einige formierten sich im Gefolge der 68er Bewegung und in der sozialliberalen Gesellschafts-Reformphase der 70er Jahre, brachten z. T. beachtliche wissenschaftliche Leistungen hervor und behaupteten sich mehr oder weniger einflußreich am Rande oder außerhalb des offiziellen Wissenschaftssystems. Die »Kritische Psychologie« hielt Anfang 1997 in Berlin einen beeindruckenden Kongreß ab; in Hannover versammelten sich vor einigen Jahren sogar mehrere Hundert Marxisten unterschiedlichster Herkunft und Ausrichtung zu einem gemeinsamen Kongreß; die MEMO-Gruppe gibt mit ihren jährlichen Memoranden zur Wirtschaftsentwicklung ein Beispiel systematischer und eingreifender kritischer Wirtschaftswissenschaften; die »Kritische Justiz« hat ihre eigene Zeitschrift; auch die kritischen Kriminologen sind weiter wirksam und im Umfeld der Erarbeitung und Finanzierung des 15-bändigen »Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus« (HKWM) formierte seit 1996 sich um Wolfgang F. Haug das ehrenamtlich arbeitende Berliner »Institut für kritische Theorie« (INKRIT) mit seinen mehrtägigen Jahrestagungen.

Will man sich mit diesen und ähnlich gelagerten Projekten nicht zufrieden geben oder sich mit ihnen nicht nur als Alibi zieren, dann ist für das Verständnis und die Praxis von Sozialwissenschaft als Kritik das Durchbrechen bestimmter struktureller Gegebenheiten notwendig. Dazu bedarf es bewährter und neuer Überlegungen für alternative Zugänge und Möglichkeiten.

Es entspricht dem emanzipatorischen Anspruch der Marxschen Theorie, die Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse in den Mittelpunkt einer tatsächlich

---

29 Siehe Immanuel Wallerstein: Die Sozialwissenschaft »kaputtdenken«. Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts. Weinheim 1995. – Ders. u. a.: Die Sozialwissenschaften öffnen. Ein Bericht der Gulbenkian-Kommission zur Neustrukturierung der Sozialwissenschaften. Frankfurt/Main 1996.

eingreifenden Sozialwissenschaft zu rücken. Daher ist es konsequent, wenn Morus Markart feststellt: »Kritische Psychologie muß marxistisch sein!«<sup>30</sup> So sehr ich dieser Aussage folgen kann, sind in diesem Zusammenhang mindestens zwei Bemerkungen am Platz.

*Erstens* ist zu klären, was mit »marxistisch« gemeint ist. Angesichts unserer Marx-Sozialisation, früheren und z. T. fortwirkenden wechselseitigen Ausgrenzungen »im Namen Marx« erachte ich das für unverzichtbar.

*Zweitens* kann ich nichtmarxistischen Wissenschaftlern ihre gesellschaftliche Kritikbereitschaft und -fähigkeit nicht von vornherein absprechen, allenfalls die Art, die Reichweite und das Maß des Prinzipiellen der Kritik zur Diskussion stellen. Auch diesbezüglich haben wir »Altlasten im Keller«, die nicht zu revitalisieren sind. Die Beispiele von Joseph A. Schumpeter bis Peter Hengsbach, von Ulrich Beck über Jürgen Habermas bis Erwin K. Scheuch kann ich nicht von vornherein per definitionem ausschließen!

Ich wünschte aber, wir hätten in Deutschlands Soziologie darüber hinaus einen Jean Ziegler wie die Schweiz, einen Göran Therborn wie Schweden, einen Pierre Bourdieu und Luc Boltansky wie Frankreich oder gar eine Sektion Marxistische Soziologie in der DGS wie die USA in der American Sociological Association (ASA).

Demgegenüber verhält die von Oskar Negt in den letzten Jahren wiederholt begründete Forderung ergebnislos, dem Marxismus als historische und aktuelle Methode sozialwissenschaftlichen Denkens an den deutschen Universitäten eine Heimstatt zu geben. Wolfgang F. Haugs 2001 erschienene Schrift »Dreizehn Versuche marxistisches Denken zu erneuern« wünsche ich diesbezüglich eine für die Sozialwissenschaften weltanschaulich und parteiübergreifende Theorie- und Methodologie-Diskussion.

Wird wissenschaftliche Herrschafts-, Sozial- und Gesellschaftskritik als substantielles Charakteristikum oder gar als Bedingung für das Funktions- und Reproduktionsschema der Wissenschaft Soziologie eingeführt, dann sind auch die Kriterien, Maßstäbe und Ziele der Kritikfunktion zu bestimmen. Denn es kann wissenschaftlich nicht um Kritik schlechthin gehen. M. E. ist die Kritik auf zwei gesellschaftlichen und normativen Ebenen anzusiedeln. Zuerst sind das gesellschaftspolitische Selbstverständnis und die systemimmanenten Zielfunktionen der jeweiligen Gesellschaft ihr notwendiger Maßstab. Und zum zweiten sind gesellschaftsübergreifende Zivilisationsmaßstäbe gesellschaftlichen Fortschritts, sozialer Gerechtigkeit und politischer Men-

---

30 Morus Markart: Referat auf dem Kongreß »Kritischer Psychologen« an der Freien Universität in Berlin 1997.

schenrechte sowie Kriterien international anerkannter Wissenschaftlichkeit gefragt.

Der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts führte in den zwei Jahrzehnten vor und nach der Jahrhundertwende 1900 in den industriekapitalistisch entwickelten und peripheren Gesellschaften weitgehend unabhängig voneinander zur Institutionalisierung der Wissenschaftsdisziplin Soziologie, die sich im hohen Maße sozialliberal als »Oppositionswissenschaft« verstand. Die Soziologie bildete das sozialliberale Pendant – vor allem im offiziellen Universitätsbetrieb – zur Gesellschaftstheorie des Marxismus und der Arbeiterbewegung als sozialer Bewegung gegen die durch kapitalistische Ausbeutung verursachten sozialen Polarisierungen und Klassenkonflikte. Für die Gründergeneration der Soziologie als offizielle Universitätswissenschaft war »die soziale Frage« und deren Lösungsmöglichkeiten ein wesentlicher Bezugspunkt für ihr Selbstverständnis als »Oppositionswissenschaft«. In dem Maße, wie einerseits die soziale Frage kapitalistischer Ausbeutung mit all ihren sozialen Polarisierungen über Sozialsysteme und Sozialpolitik bestimmte Metamorphosen erfuhr und sich neue gesellschaftliche Problemfelder und Konfliktbereiche herausbildeten – andererseits sich die innere Logik des Wissenschaftssystems Soziologie entfaltete, ausdifferenzierte sowie sich wissenschaftspolitisch institutionalisierte, gingen der historische Impetus der Soziologie als Oppositionswissenschaft und die Kritik-Funktion weitgehend verloren. Auf jeden Fall geriet er ins Abseits. An die Stelle der wissenschaftlichen, moralischen und politischen Kritik traten zunehmend sowohl die Politikberatung und Planungsfunktion in unterschiedlicher Ausprägung, als auch die weitgehenden Spezialisierungen und Eigengesetzlichkeiten jeder Disziplin-Entwicklung, einschließlich spezifischer metatheoretischer Konstruktionen.

Wir haben es mit einer ähnlichen gesellschafts- und wissenschaftspolitischen Problemsituation zu tun, in der sich auch die marxistische Soziologie bei ihrer Neukonstituierung in den staatssozialistischen Gesellschaften der 60er Jahre befand. Die grundlegende soziale Frage schien gelöst. Später kam es auf die weitere Gestaltung sozialwissenschaftlicher Politikberatung und Planungswissenschaft an, die nicht nach Kritik von außen, sondern nach implementierter Teilhabe verlangte.

In beiden Fällen dominieren praktische Vorschläge und bestenfalls Reformen im Rahmen des Gegebenen. Die humanistischen und demokratischen Prinzipien der französischen bürgerlichen Revolution und die emanzipatorischen Maximen des Marxismus sowie die, die Gesellschaft überschreitenden Fortschritts-, Gerechtigkeits- und Menschenrechts-Maßstäbe wurden und werden zunehmend nicht oder nur partiell zu Kriterien soziologischer Analysen gewählt.

Nicht zufällig sah man sich bei den Suchprozessen der 60er Jahre mit der soziologischen Kritik-Funktion und ihren Maßstäben konfrontiert. Bernhard Schäfers wählte für seine »Thesen zur Kritik der Soziologie«<sup>31</sup> Ernst Blochs Fortschrittsverständnis zum Ausgangspunkt. »Der Fortschrittsbegriff ist uns einer der teuersten und wichtigsten. Daher ist der Fortschrittsbegriff jedes Mal auf seinen gesellschaftlichen Auftrag, also auf sein Wozu zu beobachten und zu untersuchen; denn er kann mißbraucht und geradezu kolonial-ideologisch pervertiert werden.«<sup>32</sup> Interessant ist, daß Bloch diese gesellschaftstheoretische wie politische Aussage sowohl in einem seiner Vorträge über den Fortschrittsbegriff an der Akademie der Wissenschaften der DDR 1955, als auch in einer seiner ersten Publikationen in der BRD für besonders hervorhebenswert hielt.

#### IV. Von der BRD-Soziologie zu einer gesamtdeutschen Soziologie?

Die Sozialwissenschaften in der BRD und DDR waren gleichermaßen weder analytisch noch konzeptionell auf die Wiedervereinigung vorbereitet.

Zwar gab es in der BRD eine sozialwissenschaftliche DDR-Forschung und in der DDR eine gesellschaftswissenschaftliche Imperialismusforschung – vorzugsweise am Beispiel der BRD. Doch beide beschränkten sich seit den 60er Jahren auf wechselseitige Kenntnisnahme und Analysen ohne weiterreichende Projektionen. Spätestens seit Beginn der 60er Jahre wurde politisch und sozialwissenschaftlich die Gleichzeitigkeit der Existenz beider deutscher Staaten für einen unbestimmten, längeren Zeitraum vorausgesetzt.

Bereits in diesen Jahren kam es, wie erwähnt, trotz aller wissenschaftlichen und ideologischen Kritik und Auseinandersetzung zu einzelnen Aktivitäten wissenschaftlicher Kommunikation zwischen Soziologen der BRD und der DDR.

In den 80er Jahren trug das Kulturabkommen zwischen der BRD und der DDR zu neuen institutionellen Formen der Kommunikation bei. So pflegten z. B. das dem Bonner Ministerium für Forschung und Technologie (BMFT) zugeordnete Institut »Gesellschaft und Wissenschaft« in Erlangen unter Leitung von Clemens Burrichter und das Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft an der Akademie der Wissenschaften der DDR

31 Bernhard Schäfers (Hrsg.): Thesen zur Kritik der Soziologie. Frankfurt/Main 1969.

32 Ernst Bloch: Differenzierungen im Begriff Fortschritt. In: Tübinger Einleitung in die Philosophie I. Frankfurt/ Main 1963. S. 201.

unter Leitung von Günter Kröber offizielle kontinuierliche Arbeitskontakte zur Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsforschung.

Auch die gemeinsame Erklärung von SPD und SED »Kultur des Streits«, 1987 unter Mitarbeit von Erhard Eppler, Iring Fetscher, Erich Hahn, Thomas Meyer, Otto Reinhold, Rolf Reissig und Johano Strasser u. a. ausgearbeitet, trug zur Versachlichung der Auseinandersetzungen bei und ermöglichte gemeinsame wissenschaftliche Aktivitäten. Beispiele dafür sind: das von Helga Grebing und Klaus Kinner 1989 in Bochum durchgeführte Kolloquium über »Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung« und die gemeinsam von Hans Joas und mir vorbereitete und 1989 erschienene Ost-West-Buchpublikation »Machtpolitischer Realismus und pazifistische Utopie. Krieg und Frieden in der Geschichte der Sozialwissenschaften«. <sup>33</sup>

Das »Handbuch zur deutsch-deutschen Wirklichkeit im Kulturvergleich« (Stuttgart 1983, 1988) und die vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen im Frühjahr 1990 herausgegebenen Materialien zur Lage der Nation über den »Vergleich von Bildung und Erziehung in der BRD und in der DDR« veranschaulichen die, sich in wissenschaftlichen und offiziell gesellschafts- und wissenschaftspolitischen Analysen und Darstellungen durchgesetzte Betrachtung der Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Gegensätze sowie des Vergleichs in der parallelen Existenz von BRD und DDR. Einen repräsentativen Ausdruck dieser bis zuletzt eingenommenen Position bietet das von Werner Weidenfeld und Hartmut Zimmermann 1989 – anlässlich des 40. Jahrestages der beiden deutschen Staatsgründungen – im Auftrag der regierungsoffiziellen Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn herausgegebene »Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989«. Zu den Komplexen Geschichte, Gesellschaft, Wirtschaftssystem und soziale Sicherheit, Kultur, das politische System, deutsch-deutsche Beziehungen, Außenbeziehungen und Deutschland von außen wurden in 42 Aufsätzen von namhaften BRD-Autoren die jeweiligen Themen parallel für die BRD und die DDR – ohne jeglichen Bezug auf eine potentielle Wiedervereinigung – behandelt. In dem abschließenden Beitrag des Mitherausgebers Hartmut Zimmermann vom Forschungsbereich »DDR-Forschung« der Freien Universität Berlin heißt es: »Die in den letzten Jahren auf Tagungen und bei anderen Gelegenheiten möglich gewordenen Begegnungen mit Wissenschaftlern aus der DDR belegen, daß deren Informationsstand trotz der Schwierigkeiten bei

---

33 Siehe Hans Joas / Helmut Steiner (Hrsg.): Machtpolitischer Realismus und pazifistische Utopie. Krieg und Frieden in der Geschichte der Sozialwissenschaften. Frankfurt/Main 1989. – Helga Grebing / Klaus Kinner (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretation in der europäischen Arbeiterbewegung. Essen 1990.



der Beschaffung entsprechender Materialien aus dem Westen erstaunlich hoch ist und bei ihnen eine große Diskussionsbereitschaft und -fähigkeit besteht.«<sup>34</sup>

Selbst die namhaftesten intellektuellen Kritiker und Reformer in der DDR (Rudolf Bahro, Fritz Behrens, Robert Havemann, Rolf Henrich u.a.) haben von den 50er Jahren bis 1990 – mit Ausnahme von Wolfgang Harich 1956 – nicht auf ein wiedervereinigtes Deutschland und die BRD, sondern auf eine andere, sich »verbessernde DDR« reflektiert

Auch in den sich seit Mitte der 70er Jahre – vor allem unter dem Dach der evangelischen Kirche – in der DDR formierenden Friedens-, Umwelt-, Dritte Welt- und Menschenrechtsgruppen (zunächst nicht mehr als etwa 500 Personen), sowie in den Mitte der 80er Jahre einsetzenden Bürgerrechtsbewegungen dominierten einerseits ökologische und andererseits Menschenrechtsprobleme, jedoch nicht die deutsche Wiedervereinigung.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre formierten sich innerhalb der SED verschiedene Gruppen zu Wirtschafts-, Gesellschafts- und Politikreformen in der DDR. Beispiele dafür sind: das Forschungsprojekt »Sozialismustheorie« an der Humboldt-Universität zu Berlin, spezielle Analysen am Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig, weiterführende Überlegungen an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED zu der gemeinsamen Erklärung von SPD und SED von 1987.

Zu erwähnen sind Forschungsunternehmen wie die des Instituts für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (ITW) an der AdW der DDR, die konvergente Züge der Wissenschaftsentwicklung in den OECD-Ländern wie in den RGW-Ländern nachwies (Komparatistik der Potentiale und Wissenschaftssysteme der Länder) und Anstöße für notwendige Reformen des Wissenschaftssystems in der DDR gaben. Reformorientiert war ebenfalls das an dem Institut erarbeitete kommunikationstheoretische Verständnis von Wissenschaft und Gesellschaft.

Unabhängig davon bildeten sich nach den Protesten gegen das Verbot der deutschsprachigen sowjetischen Perestroika-Zeitschrift »Sputnik« im November 1988 und gegen die Wahlfälschungen bei den Kommunalwahlen im Mai 1989, sowie parallel zu der ansteigenden Ausreisewelle von DDR-Bürgern durch offizielle Anträge, die Flucht in die BRD-Botschaften in Prag, Budapest und Warschau, die Grenzöffnung Ungarns nach Österreich im September 1989 organisierte Formen der Bürgerrechtsbewegung. Das »Neue Forum«, »Bürgerbewegung Demokratie Jetzt«, »Demokratischer Aufbruch«, »Unabhängiger Frauenverband« u. a. formierten sich als Sammlungs-

---

34 Werner Weidenfeld / Hartmut Zimmermann (Hrsg.): Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989. Bonn 1989. S. 704.



bewegungen, »die allen offen standen, die an der Demokratisierung der DDR tatkräftig teilnehmen wollten«.

»Die wichtigsten Ziele der Opposition in der DDR bestanden darin, die DDR zu demokratisieren, ein gesellschaftliches Gespräch in Gang zu setzen, die verknöcherten Strukturen aufzubrechen, den Alleinvertretungsanspruch der SED streitig zu machen, die Medien zu reformieren, Entscheidungsprozesse transparent zu gestalten, Reisefreiheit und überhaupt die allgemeinen Menschenrechte durchzusetzen, rechtsstaatliche Strukturen zu schaffen, die jüngere Geschichte ihrer ›weißen Flecken‹ zu entledigen usw. Gerade die nicht-dogmatische, die nicht-kommunistische Opposition sah ihre Aufgabe darin, Prozesse und Entwicklungen anzuschieben, aber nicht schon wieder mit fertigen Modellen und Strukturen aufzuwarten, um das eine perfekte System gegen ein neues perfektes System auszutauschen. Das ist auch ein Grund dafür, warum gesamtgesellschaftliche Alternativvorschläge fehlten und warum die deutsche Frage insgesamt eher marginalisiert diskutiert wurde.«<sup>35</sup>

In allen diesen Diskussions-Foren waren Sozialwissenschaftler außerhalb und innerhalb der SED beteiligt, ohne eine bestimmende Rolle auszuüben. Es war ein Spezifikum der DDR, daß sich in der intellektuell-gesellschaftlichen Opposition viele protestantische Theologen auch sozialwissenschaftlich engagierten, u. a. Rainer Eppelmann, Heino Falcke, Heinrich Fink, Günter Krusche, Hans-Jürgen Misselwitz, Edelbert Richter, Friedrich Schorlemmer, Hans-Jochen Tschiche, Wolfgang Ullmann.

Orientiert am Beispiel Polens bildeten die bisherigen Parteien und Organisationen, die neuen Bürgerbewegungen, Organisationen und Parteien (SDP/SPD, Grüne, Vereinigte Linke, DSU), Vertreter der Kirchen und weiterer Verbänden auf zentraler wie kommunaler Ebene ,in Betrieben und anderen Einrichtungen (z. B. in der Akademie der Wissenschaften der DDR unter Vorsitz von Hermann Klenner) 1989/90 »Runde Tische« zur gemeinsamen Erörterung der sich täglich aktuell ergebenden Entscheidungen und von Problemen der künftigen Entwicklungen. Die »Runden Tische« waren die gesellschaftspolitisch kreativsten Institutionen des Umbruchs in der DDR. Die vom zentralen »Runden Tisch« initiierte und erarbeitete gesellschaftstheoretische Innovation war der im April 1990 vorgelegte Entwurf einer neuen »Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik«, den eine Arbeitsgruppe aus Vertretern aller teilnehmenden Parteien und politischen Bewegungen unter Einbeziehung von Verfassungsexperten der DDR und der BRD erarbeitet hatte. Der Entwurf wurde nach ausführlichen Erörterungen vom

---

35 Werner Weidenfeld / Karl Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1989–1999. Frankfurt/Main 1999. S. 171 ff.

»Runden Tisch« bestätigt und der Öffentlichkeit zur Diskussion übergeben. Er beinhaltete die kritische Auswertung der DDR-Verfassungen von 1949 und 1968, vor allem ihrer Verfassungspraxis, der Programmatik und der Erfahrungen der Bürgerbewegungen und bezog Verfassungen und Grundgesetze anderer Staaten vergleichend ein. Der Verfassungsentwurf war der konzentrierte gesellschaftstheoretische Erfahrungsschatz – die sozialwissenschaftliche Innovation – des friedlichen Umbruchs der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR.

Durch die beschleunigt herbeigeführte staatliche Einheit am 3. Oktober 1990 wurde der Verfassungsentwurf weder von der Volkskammer erörtert noch als Ausgangspunkt für die Verfassung eines vereinigten Deutschlands durch den Deutschen Bundestag zur Kenntnis genommen.

Auf dem Höhepunkt der Erosion der Gesellschaft und des Staates Ende 1989/Anfang 1990 kam es – vornehmlich aus ökonomisch-monetären Gründen – zum Umschwung des politischen Massenbewußtseins in Richtung gesamtdeutscher Optionen. Die Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990 brachten den Parteien, z. T. überraschend, eine Mehrheit, die für eine baldige Wiedervereinigung eintraten. Bereits am 23. August 1990 stimmte die Mehrheit der Abgeordneten für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes. Die andere, im Grundgesetz ebenfalls vorgesehene Form einer gleichberechtigten Zusammenführung beider deutscher Staaten wurde nicht gewählt. Das hatte und hat bis heute weitreichende Folgen für den tatsächlichen gesellschaftlichen Vereinigungsprozeß.

Der »Beitritt zur BRD« bedeutete die absolute Übernahme des westdeutschen Grundgesetzes, der bundesdeutschen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung, einschließlich aller politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen, Verwaltungsrichtlinien, beruflichen Karriere-Regelungen und dem dazugehörigen Personentransfer.

Innerhalb kürzester Zeit wurden die alten und neuen politischen Parteien der DDR – mit Ausnahme der aus der SED hervorgegangenen PDS – einschließlich ihres materiellen und finanziellen Vermögens von den westdeutschen Parteien übernommen. Die West-CDU übernahm nicht nur die Ost-CDU, sondern auch die DBD, die DSU sowie Teile der aus den Bürgerbewegungen hervorgegangenen Parteien »Demokratischen Aufbruch«, und »Demokratie Jetzt«. Die SPD übernahm die noch im Aufbau befindliche SDP/SPD-Ost und Teile der Bürgerbewegungen. Die FDP übernahm die LDPD und die NDPD. Die West-Grünen übernahmen Teile des »Neuen Forum« und der anderen Bürgerbewegungen unter dem Namen »Bündnis 90/ Die Grünen«.

Am folgenreichsten wirkte sich der Beitritt auf die Eigentumsverhältnisse aus. Die im März 1990 geschaffene Treuhandanstalt (THA) war noch von der ersten DDR-Übergangsregierung unter Ministerpräsident Hans Modrow und Wirtschaftsministerin Christa Luft mit der Absicht gegründet worden, die Staatsbetriebe (VEB) zu entflechten und so zu privatisieren, daß die Produzenten Anteilseigner an den Betrieben werden können. Mit dem »Beitritt« der DDR zur Bundesrepublik Deutschland wurde die THA unter Leitung westdeutscher Wirtschaftspolitiker (Birgit Breuel, Detlev Rohwedder,) in eine Privatisierungs-Institution zugunsten westdeutscher Unternehmen umfunktioniert. Zunächst wurde die Beschäftigtenzahl auf ca. 20% der Beschäftigten des Jahrs 1989 reduziert – wodurch binnen weniger Monate eine Massenarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern entstand. Auch der größte Teil der wissenschaftlich-technischen Forschungs- und Entwicklungsbereiche in der Wirtschaft wurde der Entlassungswelle geopfert, um sie dann solchen Unternehmen und Personen zum Kauf anzubieten, die über ausreichend Kapital, neue Technologien und »unternehmerische Kompetenz« verfügten. Das ursprüngliche Anteilseigner-Konzept hatte keinerlei und selbst die von bisherigen Managern betriebene »management-buy-out« (MBO)-Bestrebungen hatten nur geringe Chancen. Von 1990 bis 1994 wurden über 15 000 DDR-Betriebe privatisiert. Obwohl es in der inzwischen Bibliotheken füllenden sozialwissenschaftlichen Transformationsliteratur m. W. keine zusammenfassenden und strukturierten Gesamtzahlen über die »neuen Eigentümer« der privatisierten DDR-Betriebe gibt, kommen unterschiedliche Autoren mit verschiedenartigen Erfassungs- und Berechnungsmethoden sowie unterschiedlichen Stichproben ausnahmslos auf einen westlichen Käufer-Anteil von über 80%. Einige Autoren kommen sogar auf 85% Käufer aus den alten Bundesländern, ca. 10% Käufer aus dem (westlichen) Ausland und lediglich 5% Käufer aus Ostdeutschland.<sup>36</sup> In dem von der Fritz Thyssen-Stiftung als einen der besten sozialwissenschaftlichen Aufsätze ausgezeichneten Beitrag von Paul Windolf über »Die Transformation der ostdeutschen Betriebe« befanden sich 1995 72% der stichprobenartig untersuchten privatisierten Treuhandbetriebe in westlichem Eigentum. Über die Hälfte der Betriebe werden als »verlängerte Werkbänke« westdeutscher Unternehmen klassifiziert. Insgesamt sind nach Windolfs Erhebungen bei einer Totalerfassung nur 280 Privatunternehmen mit über 500 Beschäftigten in Ostdeutschland angesiedelt und von den Betrieben mit über 400 Beschäftigten gehören 89,8% westdeutschen oder ausländischen Eigentümern.<sup>37</sup>

36 Unfriede in Deutschland. Weißbuch. Bd. 6: Enteignung der Ostdeutschen. Berlin 1999. S. 11.

37 Paul Windolf: Die Transformation der ostdeutschen Betriebe. In: »Berliner Journal für Soziologie«. (1996)4.

Das setzt sich in allen anderen Eigentumsarten (Grund und Boden, private Fonds, Wohneigentum und Spareinlagen u. ä.) fort.

Selbst führende BRD-Politiker konstatierten die Übereignung des ostdeutschen Eigentums an Westdeutsche. Der derzeitige Bundesinnenminister Otto Schily formulierte es auf der 243. Tagung des Bundestages am 21. September 1994 an die Adresse der damaligen Regierung so: »Sie haben eine gigantische Eigentumsumschichtung zu verantworten, bei der die ostdeutsche Bevölkerung in die Ecke gestellt wurde«.

Henning Voscherau, ehemals Erster Bürgermeister von Hamburg, schrieb am 4. Dezember 1996 in »Die Welt«: »In Wahrheit waren fünf Jahre Aufbau Ost das größte Bereicherungsprogramm für Westdeutsche, das es je gegeben hat«. Und der Veteran gesamtdeutscher SPD-Politik, Egon Bahr, urteilte im »Kölner Stadtanzeiger« vom 22. Mai 1996 über die ostdeutsche Bevölkerung: »Ich kenne kein Volk auf Erden, das so enteignet worden ist«.

Der Theologe Wolfgang Ullmann, einer der entschiedensten und zugleich ausgeglichene, konzeptionell denkenden und praktisch wirksamsten DDR-Bürgerrechtler, einer der »Väter« des Verfassungsentwurfs des Runden Tisches von 1990, kam schon 1991 zu der ernüchternden Feststellung: »Aber nun, nachdem wir uns in einer einzigen Gesellschaft wiedergefunden haben, fühlen wir uns in einem Niemandsland, dem alle idyllischen Züge ermangeln. Es ist das Niemandsland einer Zeit, die so schnell über uns kam, wie wir es uns nie und nimmer vorstellen konnten. Das Niemandsland einer unvorstellbaren Ungleichheit in einer einzigen Gesellschaft, mit allen Symptomen pathologischer Entfremdung«. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse fand diese Einschätzung noch 1999 wert, in den Glückwunsch-Aufsatz zum 70. Geburtstag von W. Ullmann aufzunehmen.<sup>38</sup>

Die Entscheidung für den Beitritt der DDR zur BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes wirkte sich auf den Vereinigungsprozeß in allen Politikbereichen, im sozialen und geistigen Leben der Gesellschaft bis in die Biographien und die persönlichen Lebensbereiche von Millionen DDR-Bürgern aus.

Zeitlich parallel mit den sozialökonomischen Umgestaltungen der Eigentums- und Vermögensverhältnisse und dem Verlust der Arbeitsplätze wurden die *16 Millionen DDR-Bürger von Akteuren des Handelns beim Zusammenbruch der DDR in hohem Maße zu Objekten des Gesellschafts-, Institutionen- und Personentransfers aus der BRD nach Ostdeutschland.*

Die Wochen und Monaten zuvor noch für eine Veränderung der DDR Demonstrierenden waren plötzlich arbeitslos, überflüssig und, wie auch immer, mehr oder weniger stigmatisiert.

---

<sup>38</sup> Zitiert nach Wolfgang Thierse: Ein Mann mit utopischem Elan. In: »Freitag« v. 13. August 1999.

Die in den 80er Jahren auch in der Bundesrepublik geführten Diskussionen um notwendige Reformen waren mit den Umbruchsprozessen in der DDR 1989/90 schlagartig gegenstandslos. Statt die Chance eines gemeinsamen Neubeginns von BRD und DDR zu nutzen, wurden alle gesellschaftlichen Institutionen und Regelungen der BRD auf die DDR übertragen und die entsprechenden DDR-Regelungen – selbst total unpolitische – außer Kraft gesetzt.

Das betraf auch das Wissenschaftssystem, wozu inzwischen eine umfangreiche Literatur vorliegt.<sup>39</sup>

Im Ergebnis der Umgestaltung blieben ca. 50% aller Professorenstellen an ostdeutschen Universitäten und Hochschulen von der Mathematik bis zur bildenden Kunst und chemischen Verfahrenstechnik von Wissenschaftlern mit DDR-Herkunft und Ausbildung besetzt. Die anderen rd. 50% der Stellen wurden westdeutschen Wissenschaftlern und einigen Ausländern zugesprochen. Das sind die Werte für alle Statusgruppen, einschließlich der Fachhochschulen. Stellt man die C4-Professoren der »Ordinarien« heraus, kommt man zu einer Verteilung, die noch wesentlich stärker zugunsten der Westprofessoren ausfällt. Und von Jahr zu Jahr nimmt die Divergenz zu. Stark unterschieden vom Gesamtwert sind auch die Werte nach Fachrichtungen. In »Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995 – Datenreport« teilt Anke Burkhard mit: In den Sprach- und Kulturwissenschaften

---

39 Siehe u. a.: Peer Pasternack: DDR-Wissenschaftsgeschichte & Umbau von Hochschule und Wissenschaft in Ostdeutschland. Bibliographie 1989–1993. Selbständige Veröffentlichungen incl. Graue Literatur. Leipzig 1994. – Ders.: Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995 – Eine Inventur. Leipziger Universitätsverlag 1996. – Ders.: Geisteswissenschaftler heute. In: »Das Hochschulwesen«. (1996)3. – Ders.: Innerdeutsche Beziehungen. Ost und West an den Osthochschulen. In: »hochschule ost. leipziger beiträge zu hochschule und wissenschaft«. (2001)1/2. – Ernst Dahlke / Holger Becker / Bernd Bludau (Hrsg.): Abwicklung von Einrichtungen der Wissenschaft und des Hochschulwesens der ehemaligen DDR. Berlin 1991. – Jürgen Kocka / Renate Mayntz (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Berlin 1998. – Renate Mayntz (Hrsg.): Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universität im Transformationsprozeß. Frankfurt/Main 1994. – Hansgünter Meyer: Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland – Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik. für Sozialforschung. In: »WZB-Paper«. P 93–402. Berlin 1993. – Ders.: Die Paradoxien der Hochschulforschung und das Neugestaltungssyndrom. In: »WZB-Paper«. P 95–401. Berlin 1995. – Ders.: Widerspruchsvolle Neugestaltung der Hochschullandschaft in Ostdeutschland. Situation, Probleme, Perspektiven. In: Gerd Grözinger / Erich Hödl: Hochschulen im Niedergang? Zur Politischen Ökonomie von Lehre und Forschung. Marburg 1994. – Hansgünter Meyer / Helmut Steiner (Hrsg.): Wissenschaft und Politik – Diskurs. Berlin 1998. – Horst Klinkmann / Herbert Wöltge (Hrsg.): 1992 – das verdrängte Jahr. Dokumente und Kommentare zur Geschichte der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1992. Berlin 1999. – Das Periodikum »hochschule ost. leipziger beiträge zu hochschule und wissenschaft«. Leipzig.

und im Sport beträgt der Anteil mit westdeutschen Karrieren 62,6% (darunter bei Männern: 66,2%); in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 64% (darunter bei Männern 66,4%; darunter Juristen: 90%). Am wenigsten »westgeprägt« sind die Ingenieurwissenschaften mit 28,1%, die stark von den Fachhochschulen bestimmt werden. Auch bei den Frauen liegt der »Westanteil« niedriger: bei 39,4%. Das Bild ändert sich abrupt bei der Unterscheidung nach Statusgruppen. Während der Anteil der Professoren mit »Ostherkunft« bei den C3- und C2-Gruppen fast 75% beträgt, kommen 82,5% (bei den Kunsthochschulen 85,5%!) der C4-Professoren aus westdeutschen Ländern.

Insgesamt, so die Autorin, fehlt die Repräsentativität der Datenlage nach Statusgruppen, da sowohl bei den Hochschulen als auch bei den Ländern Zurückhaltung herrscht, die Verteilung aufzulisten und öffentlich zu machen.<sup>40</sup>

Zu den Benachteiligungen gehört, daß den wieder oder neu berufenen ehemaligen DDR-Professoren unabhängig von der Fachrichtung, z. B. auch in der Mathematik, ihre Berufsjahre in der DDR nicht angerechnet und sie ab 1992 tariflich als »Professorenneulinge« eingestuft wurden. Generell erhalten sie bis auf den heutigen Tag – elf Jahre nach dem Beitritt – für die gleiche Arbeit 85% der westdeutschen Tarif- und Gehaltsregelungen. Das gilt auch für alle anderen Berufs- und Tätigkeitsbereiche, selbst für Angehörige der Bundeswehr, für Lokomotivführer der Bundesbahn und Krankenschwestern im Krankenhaus.

Die in der DDR über vier Jahrzehnte sich entfalteten Sozialwissenschaften wurden mit ihren Leistungen und Defiziten, Vorzügen und Nachteilen im Ergebnis der Vereinigung wissenschaftlich generell ausgegrenzt. Von den 1168 Mitgliedern der »Deutschen Gesellschaft für Soziologie« waren 1996 lediglich 21 (1,8%) ostdeutscher Herkunft, die noch wissenschaftliches Interesse aufbrachten bzw. über die materiellen Möglichkeiten für eine Mitarbeit im Berufsverband verfügten. Die Zahlen werden inzwischen kaum andere sein. Das gilt auch für die gewählten Gremien der DGS. Vorbei war und ist das bis 1989 und zum Teil noch kurz danach aufgebrachte Interesse an den DDR-Fachkollegen. Das »Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)« und einige BRD-Kollegen bilden rühmliche Ausnahmen.

Die westdeutschen Fachvertreter haben in den neuen Bundesländern die wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Definitionsmacht. Das betrifft

---

40 Anke Burkhardt: Stellen- und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995 – Datenreport. In: Arbeitsberichte 5/1997 des Instituts für Hochschulforschung Wittenberg (HoF) der Universität Halle-Wittenberg. S. 26 ff.

auch die wissenschaftliche Analyse des Transformationsprozesses der Teilgesellschaft Ostdeutschland.

Einige westdeutsche Soziologen, Mario R. Lepsius, Burkart Lutz u. a., initiierten 1991 ein sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm mit einer gut ausgestatteten finanziellen Basis zur begleitenden Beobachtung und Analyse des gesellschaftlichen Wandels in Ostdeutschland. Die eigens geschaffene »Kommission des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern« (KSPW) erfüllte unter Leitung von Hans Bertram (zunächst Deutsches Jugendinstitut München; später Humboldt-Universität zu Berlin) von 1991–1996 einen mehrfachen Zweck:

*Erstens* ermöglichte sie eine »Sozialchronik« über weite Bereiche des gesellschaftlichen Umbruchs in Ostdeutschland in diesen Jahren. Die historisch nicht allzu häufige Situation, innerhalb weniger Jahre eine Gesellschaft in eine grundsätzlich andere Gesellschaft zu integrieren, sollte so umfassend wie möglich mit den Instrumentarien der Sozialwissenschaften erfaßt werden. Die Inkorporation westdeutscher Institutionen in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Kultur und alle Bereiche des sozialen Alltags, eine Konsequenz der Vereinigung »durch Beitritt«, beinhaltete auf gesamtgesellschaftlicher, institutioneller, kommunaler und nicht zuletzt persönlicher Ebene eine Vielfalt von sozialen Prozessen, Widersprüchen und Konflikten.

In über 65 Bänden und selbständigen Studien wurden innerhalb weniger Jahre ein empirisches Datenmassiv und ein Sozialarchiv über den Verlauf dieser Prozesse angelegt. In sechs abschließenden »Berichten« (jeder ein selbständiger Buchband) mit jeweils mehreren Beiträgen wurden 1996/1997 zusammenfassende Ergebnisse zu folgenden Themenkomplexen vorgelegt:

- Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe,
- Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik,
- Politisches System.
- Individuelle Entwicklung, Bildung und Berufsverläufe.
- Städte und Regionen,
- Umwandlung der Arbeits- und Sozialordnung.

*Zweitens* verkörperte die »Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW)« auf besondere Weise die wissenschaftspolitische Institutionalisierung der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung über Ostdeutschland unter westdeutscher Leitung und Definitionsmacht. Nachdem die sozialwissenschaftlichen DDR-Institutionen »abgewickelt« und die wissenschaftlichen Mitarbeiter zum überwiegenden Teil entlassen worden waren; die neuen von Westdeutschland übertragenen Institutionen sich noch nicht etabliert und Wissenschaftler-Transfers von West nach Ost erst begonnen hatte, war die Kommis-



sion eine geeignete Übergangs-Institution bis zum endgültigen Vollzug der Transformation der Sozialwissenschaften.

Bis auf einzelne ostdeutsche Vertreter setzte sich die Leitung von Anfang an aus Westdeutschen zusammen. Selbst nach mehrjähriger Zusammenarbeit waren unter den Herausgebern der Abschlußberichte über den sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland *drei aus der ostdeutschen Teilgesellschaft und 32 westdeutscher Herkunft*. Das waren auch nicht diejenigen, die sich bis 1989 in der westdeutschen DDR-Forschung konkrete Kenntnisse über die DDR-Gesellschaft angeeignet hatten, die nunmehr die intellektuelle und wissenschaftspolitische Definitionsmacht ausübten. Sondern es waren weitgehend Newcomer in DDR-Problemen.

*Drittens* erfüllte die KSPW gegenüber den DDR-Sozialwissenschaftlern eine Doppelfunktion. Zum einen war es eine Organisationsform, um das Wissen, die Kenntnisse, die Erfahrungen und das konkrete »know how« der bereits entlassenen, sich »in Abwicklung« oder in vielerlei Veränderungen befindenden Wissenschaftler zu erfassen und zu nutzen. Das betraf die Mitarbeiter aller sozialwissenschaftlich bedeutsamen DDR-Institutionen: Partei-Institute, staatliche Institute (z. B. das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig, das Zentralinstitut für Arbeit Dresden), die Akademie der Wissenschaften, die Bau-, Landwirtschafts- und Pädagogische Akademie sowie die Universitäten und Hochschulen. Der hier akkumulierte Wissens- und Erfahrungsschatz bildete eine Voraussetzung für die beginnende Transformationsforschung. In dieser Hinsicht waren sie nützlich. Zum anderen war es für Hunderte von einem auf den anderen Tag oder im Verlaufe mehrerer Monate aus ihren DDR-Arbeitsverhältnissen Entlassene eine willkommene, erste massenhafte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Über mehrere Jahre war es für sie eine finanzielle Überbrückung aus der Arbeit in die Arbeitslosigkeit, in die Frührente oder in berufsfremde Tätigkeiten. Daher wurde zunächst mit viel Engagement und mit großen Erwartungen für wissenschaftliche Weiter- und Neubeschäftigung die Bearbeitung von KSPW-finanzierten Forschungsprojekten in Angriff genommen.

Die wissenschaftliche Bilanz der ca. fünfjährigen intensiven Forschungsarbeiten ergibt ein differenziertes Bild. Auf dem unbestreitbar reichen Fundus von Sozialdaten über die Endphase der DDR-Gesellschaft und den Inkorporationsprozeß der BRD-Institutionen nach Ostdeutschland wurde bereits verwiesen. Sie könnten auf jeden Fall die Basis für weiterführende Forschungen abgeben. Mit der Transformationsforschung wurde zeitweise eine intensiv betriebene soziologische Forschungsrichtung gefördert. Auf die zeitlich begrenzte Beschäftigung von Hunderten Sozialwissenschaftlern aus den DDR-Institutionen, aber auch einigen westdeutschen Sozialwissen-



schaftlern sei nochmals hingewiesen. Zugleich sind auch kritische Bemerkungen am Platze.

*Erstens* dominierte von Anfang an bis zum Abschlußbericht der KSPW *der Prozeßverlauf als solcher, ohne daß er selbst problematisiert und kritisch hinterfragt wurde*. Die Sozialchronik stand im Vordergrund, nicht die Sozialkritik. Letztere beschränkte sich auf die zusammengebrochene DDR. Sie wurde aber nicht auf die Prämissen und den Verlauf des deutsch-deutschen Einigungsprozesses in Anwendung gebracht. Das war und ist ein konzeptioneller Mangel, der die Aussagekraft der Resultate entscheidend schmälert und sie in hohem Maße zu Legitimationsstudien degradiert.

*Zweitens* beschränkten sich die Studien, bis auf wenige Ausnahmen, ausschließlich auf Ostdeutschland, ohne die gleichzeitig stattfindenden Transformationsprozesse in Ost- und Südosteuropa (Bulgarien, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Rußland und die Nachfolgestaaten der UdSSR) in bestimmtem Maße in vergleichender Perspektive einzubeziehen. Die in den wenigen Jahren finanziell gut ausgestattete KSPW hätte das zumindest am Beispiel einiger ausgewählter Länder ermöglicht. Mindestens ab der zweiten und dritten Forschungsetappe wäre eine entsprechende Vorbereitung möglich gewesen und sowohl Ostdeutschland als auch die Länder Ost- und Südosteuropas verfügten über ein ausreichendes, befähigtes Forschungspotential. Der Sonderfall Ostdeutschland, die Internationalität des Transformationsprozesses, die gesamteuropäische Dimension der Prozesse boten grundsätzlichere und weiterreichendere Problemstellungen und Antwortvarianten. Auch das war m. E. ein konzeptionelles und kein forschungsorganisatorisches Defizit.

*Drittens* war *allein* die Modernisierungstheorie die theoretische Leitlinie für die sozialwissenschaftliche Transformationsforschung. Die Einführung der Marktwirtschaft, der Konkurrenzdemokratie und die Wohlstandsgesellschaft mit Wohlfahrtsstaat und Massenkonsum als Basisinstitutionen genügen nicht als oberste Kriterien für den Verlauf und Erfolg der gesellschaftlichen Transformation. Sie wurden aber für die Arbeiten der KSPW als alleinige Kriterien stillschweigend vorausgesetzt, ohne sie öffentlich zu problematisieren, zu diskutieren, zu relativieren und ausreichend zu erweitern.

Die Widersprüchlichkeit und Konflikthaftigkeit andauernder und sich z. T. reproduzierender Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland wurden durch diese Kriterien in der jetzigen Form der Modernisierungstheorie nicht erklärt. Überhaupt fiel auf, daß auf jegliches theoretisch-konzeptionelles Anknüpfen an die historischen Transformationsforschungen über die Entwicklung vom Feudalismus zum Kapitalismus (Karl Marx, Fernand Braudel), vom Kapitalismus zum Staatssozialismus (Wladimir I. Lenin, Nikolai I. Bucharin), über die Transformation des Kapitalismus im 20. Jahr-

hundert (Joseph Alois Schumpeter, Karl Mannheim, Karl Polanyi) oder über die einmaligen Modellfälle von Transformationen wie der israelischen Gesellschaft (Shmuel N. Eisenstadt) verzichtet wurde. Auch wirtschafts- und sozialhistorische Forschungen über Beispiele von »Anschlüssen« an und in andere Staaten wie sie Jörg Rösler als einer der ausgegrenzten Akademie-Wissenschaftler durchführte, fehlten als historische Erfahrungen in der Problemsicht der KSPW. Man konnte leicht darauf verzichten, wenn man als ganzes nur ein Musterbeispiel von Legitimationswissen für die Art der ostdeutschen Transformation abgeben wollte.

Doch die ostdeutsche Sozialwissenschaft beschränkte sich alsbald nicht auf die KSPW und die von außen besetzten Stellen.

Parallel und weitgehend unabhängig von den neu geschaffenen offiziellen sozialwissenschaftlichen Institutionen an den Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen formierte sich aus dem ausgegrenzten ostdeutschen Wissenschaftlerpotential eine »zweite Wissenschaftskultur«.

Die vom Berliner Wissenschaftssenator Manfred Erhardt aufgelöste Gelehrten-Sozietät der Leibnizschen Wissenschaftsakademie konstituierte sich disziplinübergreifend als eingetragener Verein »Leibniz-Sozietät«. Monatliche wissenschaftliche Vortragsveranstaltungen, ihre Veröffentlichung in der Reihe »Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät« und die jährliche Zuwahl neuer Mitglieder auch aus offiziellen Wissenschaftsinstitutionen in Deutschland und aus dem Ausland haben inzwischen, ohne jegliche staatliche Unterstützung, allein auf der Grundlage der Beiträge der Mitglieder und von Spenden einen festen Platz im wissenschaftlichen Leben gefunden.

Von den »Rosa-Luxemburg-Stiftungen« (Berlin, Sachsen/Leipzig, Brandenburg/ Potsdam), der »Hellen Panke« (Berlin), dem »Jenaer Forum« (Thüringen) u. a. werden selbst oder im Zusammenwirken mit ehrenamtlichen Wissenschaftler-Vereinen öffentliche Vortragsveranstaltungen durchgeführt sowie Analysen und Studien zu historischen und aktuellen Themen der Gesellschafts- und sozialwissenschaftlichen Theorieentwicklung erarbeitet und publiziert.

Das von Wissenschaftlern der Akademie für Gesellschaftswissenschaften (Thomas Koch, Rolf Reißig, Michael Thomas, Rudolf Woderich u. a.), begründete Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS), hat seit 1990 mit anspruchsvollen Forschungsprojekten, Konferenzen und Vorträgen sowie der Zeitschrift »BISS-Public« die Diskussion um die ostdeutsche Transformation entscheidend mitbestimmt.

Das aus dem Akademieinstitut für Soziologie und Sozialpolitik hervorgegangene »Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e. V.« (Rainer Liebscher, Rainer Schubert, Klaus-Peter Schwitzer, Gunnar Winkler u. a.) legt ergänzend zu den vom Statistischen Bundesamt gemein-

sam mit dem Wissenschaftszentrum Berlin veröffentlichten »Datenreports«, mit seinen repräsentativen »Sozialreports«, »Arbeitslosenreports«, »Seniorenreports«, »Bildungsreports« seit 1990 aussagekräftige sozialökonomische Analysen über die Situation und die Entwicklungstrends vor allem in Ostdeutschland vor.

Die Vereine »Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde« (Wolfgang Richter), »Wissenschaftssoziologie und –statistik (WISOS)« (Hansgünter Meyer u. a.), »Gesellschaft für Wissenschaftsforschung« (Hrsg. des Jahrbuches: Hubert Laitko, Heinrich Parthey, Jutta Petersdorf), »Medizin und Gesellschaft« (Inge Rapoport u. a.), »Sozialökonomische Studien (SÖSTRA)« – (Jürgen Wahse u. a.), »Jugendforschung Leipzig« (Gustav Bathke, Peter Förster, Walter Friedrich u. a.) u. a. m. sowie die Zeitschriften »hochschule ost«, »Ikarus«, »Initial«, »Utopie kreativ« u. a. betreiben Sozialwissenschaften unter derartigen Voraussetzungen. Inzwischen arbeitet mit dem »Institut für kritische Theorie (INKRIT)« ein Ost-West-Wissenschaftlerverein erfolgreich an der Herausgabe eines Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus.

Sie alle verbindet engagiertes freiwilliges Zusammenwirken der Beteiligten auf der Basis von Renten und Arbeitslosengeld, gelegentlicher Mittel aus Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), befristeter und projektgebundener Fördermittel, Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

Die außerordentlich begrenzten finanziellen und infrastrukturellen Mittel (kaum Räumlichkeiten und minimale technische Ausstattung), die unterschiedlichen Ambitionen der Beteiligten vom Freizeitforscher bis zum national und international fragten Wissenschaftler, die begrenzten Zeitkapazitäten der Beteiligten (Sicherung des Lebensunterhalts, altersbedingte Beschränkungen, gefächertes Interessenspektrum), die unterschiedlichen Zielstellungen der Vereine erlauben hinsichtlich der Leistungs- und Wirkungsfähigkeit keinen Vergleich dieser »zweiten Wissenschaftskultur« mit den offiziellen Instituten der Universitäten und Hochschulen sowie den außeruniversitären Max-Planck-Institutionen u. a. m.

Sie erfüllen aber eine wichtige soziale Funktion hinsichtlich der weiteren wissenschaftlichen Beschäftigung der von der neuen Gesellschaft ausgegrenzten Wissenschaftler. Und sie leisten, ungeachtet aller Unterschiede, einen eigenständigen wissenschaftlichen Beitrag. Der Nachteil ihrer ausgegrenzten und ungebundenen Situation gereicht ihnen bezüglich eigenständiger, unbefangener Frage- und Problemstellungen sowie sozialkritischer Analysen und Aussagen, zu denen sich die institutionalisierten Sozialwissenschaften, aus welchen intellektuellen, materiellen und verhaltensbezogenen Gründen auch immer, zunehmend abtinent verhalten, z. T. zum Vorteil. Die Schwierigkeiten, Konflikte und Fehler des Einigungsprozesses werden von den Einrich-

tungen der »zweiten Wissenschaftskultur« mit gleichartigen Kriterien der Wissenschaftlichkeit genauer benannt und konkreter analysiert. Der »trafoverlag Berlin«, »edition ost«, »Initial«, »Basisdruck«, »GNN Schkeuditz« und andere aus den intellektuellen Ausgrenzungen in Ostdeutschland hervorgegangene kleine Verlage nehmen sich in ihren Programmen besonders der Forschungsergebnisse der »zweiten Wissenschaftskultur« an.

Das trifft auch, manchmal noch pointierter, auf Schriftsteller und Publizisten mit ihren sozialwissenschaftlich aussagekräftigen Meinungsäußerungen zu. Schriftsteller aus Ost und West, u. a. Rolf Hochhuth (»Wessis in Weimar«, »Szenen in einem besetzten Land«), Günter Grass (»Deutscher Lastenausgleich. Wider das dumpfe Einheitsgebot«, »Ein Schnäppchen namens DDR«) und Daniela Dahn (»Wir bleiben hier oder wem gehört der Osten. Vom Kampf um Häuser und Wohnungen in den neuen Bundesländern«, »In guter Verfassung. Wie viel Kritik braucht die Demokratie?«) artikulieren ihre Kritik an der Art und Weise des Einigungsprozesses und der ökonomischen Enteignung der Ostdeutschen durch Westdeutsche mitunter deutlicher und scharfzüngiger als die Mehrheit der Sozialwissenschaftler.

Noch sind die sozialwissenschaftlichen Ergebnisse des Umbruchs in der DDR und des deutsch-deutschen Einigungsprozesses seit 1990 nicht umfassend und differenziert bilanziert. Einige thematische Schwerpunkte sind jedoch hervorhebenswert, wobei das jeweilige Spektrum der Frage- und Problemstellungen, aber auch der Antworten, Interpretationen und Lösungsvarianten wissenschaftlich, politisch und ideologisch außerordentlich breit gefächert ist.

1) Auf die unzureichende Vorbereitung der Sozialwissenschaften in beiden deutschen Staaten vor 1989/90 auf die Wende in der DDR wurde bereits hingewiesen. Um so mehr waren und sind die Ursachen des Scheiterns des gesellschaftlichen Alternativmodells nach sowjetischen Vorbild in der DDR und in Ost- und Südosteuropa insgesamt und der Übergang zum kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem einer der ersten und nach wie vor interessantesten Schwerpunkte. Dabei geht es vor allem um:

- die unzureichende Stimulierung bzw. die blockierende Wirkung des sogenannten gesellschaftlichen, tatsächlich aber *staatlichen Eigentums* an den ökonomischen Ressourcen für eine leistungsfähige und effiziente Wirtschaft;
- die gesellschaftlichen Regeln eines *demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsmechanismus* durch Mißachtung des Rechts des einzelnen und der gegebenen gesellschaftlichen Interessenstrukturen;
- die Ursachen, Formen und Wirkungen gesellschaftlicher *Repression und Einschränkung politischer Menschenrechte*, von der freien Meinungsäußerung über die Reise- bis zur politischen Koalitionsfreiheit sowie

– das Verhältnis und Zusammenwirken von internen und externen, system-spezifischen und systemkonkurrierenden Ursachen.

Die dennoch erzielten positiven Resultate und Vorzüge der Systemvariante (gesellschaftliche, ökonomische, wissenschaftlich-technische und kulturelle Modernisierung Osteuropas, Durchsetzung *sozialer* Menschenrechte, ein höheres Maß von sozialer Gleichheit und Sicherheit) und die Frage, warum das System trotz systembedingter Defizite über Jahrzehnte funktionsfähig war und sich z. T. vielversprechend entwickelte, wurden in den bisherigen Debatten wissenschaftlich-analytisch unzureichend behandelt. Ihre Erörterung artete allzu leicht in wechselseitige politische und ideologische Bekenntnisse, Anklagen und Kontroversen aus. Eine umfassende dialektische Analyse von Aufstieg, Verlauf, Niedergang und Zusammenbruch des staatssozialistischen Gesellschaftssystems mit seinen systembedingten Vorzügen und Defiziten steht noch aus. Das ist nicht nur von wissenschaftlichem Interesse, sondern hat auch Auswirkungen auf die aktuellen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen um Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der gesellschaftlichen Entwicklung im staatlich vereinigten Deutschland. Dabei sollten empirische Forschungsergebnisse zum Bewußtseinswandel der DDR-Bevölkerung zumindest für Teilbereiche vorliegen und zur Kenntnis genommen werden.

Wie verflochten und kompliziert der historische Erosionsprozeß in der DDR verlaufen ist, kann aus den Trendstudien des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) abgelesen werden (Siehe die Tabellen 1 und 2 am Ende des Beitrages). Wie politisch und ideologisch vordergründig die damaligen Fragestellungen beim heutigen Lesen und noch mehr für west-sozialisierte Leser auch erscheinen mögen, so verdeutlichen die Antworten in den Skalen von 1... bis 6... der Tabelle 2:

*Erstens:* Es gab historisch widersprüchliche Entwicklungsverläufe im politischen Massenbewußtseins der Jugendlichen der DDR von den 60er über die 70er bis in die 80er Jahre geprägt von Zustimmung, Distanz und Ablehnung des gesellschaftlichen Systems, der SED als zentraler politischer Kraft sowie der DDR als Staat.

*Zweitens:* Zustimmung, Distanz und Ablehnung waren in den einzelnen Gesellschafts- und Politikbereichen unterschiedlich ausgeprägt. In ihnen spiegeln sich augenfällig die wahrgenommenen Vorzüge und Defizite des Systems wider (Friedens- und Sozialpolitik u. a. einerseits sowie sozialistische Demokratie, Informationspolitik u. a. andererseits).

2) Weniger sachlich-nüchtern, mehr emotionsgeladen werden der Verlauf sowie die Art und Weise der gesellschaftspolitischen Wende in der DDR und die »Wende der Wende« in der gesamtdeutschen Vereinigung bisher darge-

stellt und analysiert. Das betrifft vor allem die Programmatik der Oppositions- und Reformbestrebungen sowie die sich erweiternde soziale Basis des Veränderungswillens seit Sommer 1989:

- von Oktober 1989 bis zum 4. November 1989,
- die Gründe für das Zustandekommen der gesamtdeutschen Massenstimmung bis zur Volkskammerwahl am 18. März 1990, der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990 und dem Volkskammerbeschluß über den Beitritt der DDR zur BRD zum 3. Oktober 1990,
- die möglichen Alternativen (z. B. längere Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten, Ausarbeitung einer gemeinsamen deutschen Verfassung gemäß Grundgesetzes der BRD, Übergangsregelungen für den Erhalt der osteuropäischen Märkte für die ostdeutsche Wirtschaft, Überführung des Staatseigentums der DDR mittels Treuhandanstalt in individuelles und Gruppeneigentum der unmittelbaren Produzenten u. ä.),
- die Alternativlosigkeit des beschrittenen Weges (sofortiger Beitritt der DDR zur BRD, Verzicht auf eine neue Verfassung, Privatisierung der Betriebe und Immobilien an meistbietende – d. h. westdeutsche – Käufer, Schließung der im Vergleich zu den westdeutschen Unternehmen weniger effektiven DDR-Betriebe, sofortige Umstellung aller osteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen der DDR auf DM-Basis, Transfer der westdeutschen Institutionen in allen Gesellschaftsbereichen und der Verwaltungsregelungen auf Ostdeutschland, Entlassung Hunderttausender Beschäftigter in Ostdeutschland binnen weniger Monate, Transfer von Tausenden Beamten und Angehörigen der politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Eliten aus West- nach Ostdeutschland u. ä.),
- zur deutschen Vereinigung.

3) Vielfältige empirische Untersuchungen liegen zum Verlauf und den Ergebnissen der institutionellen Veränderungen in Ostdeutschland vor. Dabei dominieren Einzelfallstudien sowie mehr oder weniger repräsentative Samples über den Arbeitsmarkt und die Arbeitslosen, über Gemeinden und Kommunen, das Wissenschaftssystem, das neue Rechtssystem, die Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) als Typus einer ostdeutschen Partei u. a..

4) Einer der theoretisch und politisch zentralen Themenbereiche der Soziologie – die Sozialstruktur – wurde bisher unsystematisch bearbeitet. Heike Solga, Siegfried Grundmann u. a. legten retrospektiv Analysen der DDR-Sozialstruktur vor. Karl Ulrich Mayer und seine Mitarbeiter rekonstruierten den historischen Verlauf der DDR-Sozialstruktur mittels Erwerbs- und Lebenslaufbiographien. Michael Vester analysierte gemeinsam mit Astrid Segert und Irene Zierke ostdeutsche Sozialmilieus. Eine relativ breite Beach-

tung und Analyse fand der ostdeutsche Elitenwechsel in der ersten gesamtdeutschen Elitestudie (Wilhelm Bürklin u. a.) und in vielfältigen Einzelanalysen. Aufmerksam wurde die Herausbildung »neuer mittelständischer Selbständiger« verfolgt (Michael Thomas u. a.). Ein allseits beliebtes Thema sind immer wieder die Intellektuellen. Von den demographischen Strukturen fanden vor allem die Jugendlichen größere Aufmerksamkeit (Walter Friedrich, Peter Förster u. a.), weniger die ältere Generation (Klaus-Peter Schwitzer u. a.). Viel beschworen, aber doch meist auf die Zentren der Gender- und Frauenforschung der Universitäten begrenzt, wurden die veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen, die Sozialisation und gesellschaftliche Stellung der Frauen.

Trotz dieser erweiterungsfähigen Aufzählung gibt es bemerkenswerte »weiße Flecken« in den Sozialstrukturanalysen. Das betrifft zuallererst die Arbeiter in ihrer Gesamtheit, wie auch in ihren einzelnen Gliederungen, soweit sie nicht im Heer der Arbeitslosen erfaßt werden. Die De-Industrialisierung Ostdeutschlands hat auch die noch Beschäftigten im produzierenden Bereich ins öffentliche und wissenschaftliche Abseits gedrängt. Noch weniger – im Grunde nichts – wissen wir über die neuen »oberen Tausend«, die neuen Reichen und ökonomisch Herrschenden in Ostdeutschland.

Aus dem Bisherigen ist ersichtlich, daß es einer zusammenfassenden, theoretisch-konsistenten Strukturanalyse der ostdeutschen Teilgesellschaft noch bedarf, so sehr sich auch Rainer Geißler u. a. empirisch darum bemühen. Die übergreifenden Fragestellungen nach den Ursachen und Dimensionen sozialer Ungleichheit (Wolfgang Zapf und seine Mitarbeiter Stefan Hradil, Reinhard Kreckel u. a.) bieten zur Zeit die eindeutigsten sozialwissenschaftlichen Aussagen.

5) Überhaupt mangelt es an einer sachlich-kritischen Bilanz über Gewinne und Verluste der Ostdeutschen – auch der Westdeutschen – durch die Vereinigung beider deutscher Staaten. Zu den Gewinnen zählen für die Ostdeutschen die politische Meinungs- und Koalitionsfreiheit, die Reisefreiheit, die Vielfalt im geistigen und politischen Leben, das höherwertige, vielfältigere und kontinuierlichere Konsumangebot, der Ausbau der ökonomischen und technischen Infrastruktur, die Einbeziehung in die westdeutschen Sozialsysteme (Krankenkassen, Rentensystem) sowie ein breiteres Spektrum individueller Leistungschancen u. a.

Zu den markantesten Verlusten und Belastungen gehören die verlorene Sicherheit des Arbeitsplatzes und der Lebensplanung, die trotz Einbeziehung in die westdeutschen Sozialsysteme verlorenen bedeutenden Sozialleistungen in der DDR, der gesellschaftliche Konsens für Frauen, Kinder u. a., die politische, ökonomische, institutionelle und personelle Überfremdung durch



Westdeutschland und eine damit verbundene neuerliche, anders geartete Entmündigung sowie eine stärkere soziale Differenzierung mit wachsenden Gegensätzen, die das Entstehen einer neuen Armut einschließt.

Die Halbierung der Geburtenhäufigkeit in Ostdeutschland seit 1989, die mehr als doppelte (teils mehrfache) Arbeitslosenrate (Juli 2001: Deutschland gesamt: 9,2%, West: 7,9%, Ost: 17,3% – Bayern und Baden-Württemberg: 4,9%, jedoch Sachsen-Anhalt: 18,8%, das sind gegenüber den süddeutschen Ländern 383,7%), die nach wie vor 15–40% niedrigeren Arbeitseinkommen für gleiche bzw. vergleichbare Arbeitsplätze, d. h. 60–85% der in den alten Bundesländern gezahlten Löhne und Gehälter, der Rückgang des ostdeutschen Exportanteils am gesamtdeutschen Export von 7,5% (1989) auf 3,5% (1998) sind sozialökonomische Indikatoren für das Zustandekommen des ambivalenten Massenbewußtseins *über die Art und Weise* – nicht über die Tatsache – *der deutschen Vereinigung*.<sup>41</sup>

6) Eines der beliebtesten und zugleich umstrittensten sozialwissenschaftlichen Forschungs- themen seit 1990 ist die *geistig-politische Mentalität der Ostdeutschen*. Von Hans-Jürgen Maaz' heftig diskutiertem Buch »Der Gefühlsstau«. Ein Psychogramm der DDR« (1990) bis zu dem Buch von Wolfgang Engler »Die Ostdeutschen« (1999) u. a. wird versucht, das »Wechselbad« im Denken, Fühlen, Handeln und im Wahlverhalten der ostdeutschen Bevölkerung zu erklären. Von der jahrzehntelangen Einordnung und Mitarbeit in der DDR, über das massenhafte Aufbegehren und das basisdemokratische friedliche Selbstbefreien als DDR-Bürger 1989/90, 1990 spontan die deutsche Einheit fordernd, nach 1990 von den Realitäten der fremden Verhältnisse und der totalen Delegitimierung der bisherigen Lebensverhältnisse und der eigenen Biographien überrascht, schockiert und gelähmt, bis zum neu Besinnen und mit Trotz und moderaten Formen der Gegenwehr die eigene Identität wiederzufinden und zu behaupten – ist *das politische Massenbewußtsein von Millionen Ostdeutschen* über mehr als 10 Jahre zu erklären. An den positiven Wahlergebnissen für die PDS, zehn Jahre nach der Wende, durch über 20% der ostdeutschen Wähler läßt sich die Diskussion und der Erklärungsbedarf nach jeder Wahl erneut auf (Bundestagswahl September 1998, Europawahl Juni 1999, Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen im September 1999). Die Art und Weise der Vereinigung »durch Beitritt« nach Artikel 23 des Grundgesetzes mit allen ihren Konse-

---

41 Die Angaben zum Arbeitsmarkt basieren auf den Angaben der Bundesanstalt für Arbeit. Sie wurden der Internet-Kurzinformation nach Bundesländern vom Oktober 2001 entnommen.



quenzen sowie die undifferenzierte Beurteilung der DDR-Vergangenheit werden bei jedem dieser Wahlergebnisse sichtbar.

Eine zusammenhängende Theorie der Transformation des staatssozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems in ein kapitalistisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist noch nicht erarbeitet und auch in den Grundlagen nicht erkennbar. Ostdeutschland ist durch die Vereinigung mit dem hochentwickelten kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der BRD ein Sonderfall mit zahlreichen Spezifika. Eine solche Theorie muß in erster Linie in konzeptioneller Einheit mit den Transformationsprozessen Ost- und Südosteuropas erarbeitet werden. Die wissenschaftliche Analyse der ostdeutschen Erfahrungen und Ergebnisse sind dabei mit ihren Besonderheiten einzubeziehen und nicht umgekehrt.

Insofern war und ist es – wie bereits hervorgehoben – wissenschaftlich bedauerlich, daß die finanziell großzügig ausgestatteten KSPW-Forschungen in der ersten Hälfte der 90er Jahre konzeptionell nicht grundsätzlicher auf den Gesamtprozeß der Transformation von den staatssozialistischen zu kapitalistisch-parlamentarischen Gesellschaften ausgerichtet waren. Sowohl in den deutschen wie auch in den osteuropäischen Sozialwissenschaften liegen inzwischen bemerkenswerte empirische und theoretische Forschungsergebnisse vor. Zugleich ist die polnische, ungarische, bulgarische, russische und tschechische Transformations-Literatur sowohl empirisch wie theoretisch in mancherlei Hinsicht intellektuell anregender als die deutsche. Zum einen handelt es sich bei den zu Grunde liegenden Prozessen tatsächlich um gesellschaftliche Transformationen, und nicht wie in Ostdeutschland primär um institutionelle, personelle und komplizierte finanzielle Transfers. Zum anderen sind die Sozialwissenschaftler dieser Länder als beteiligte Akteure weniger politisch vorbestimmt, sondern stärker sachlich-nüchtern engagiert. Rudolf Andorkas »Studienbuch zur ungarischen Gesellschaft im europäischen Vergleich« sei als Beispiel hervorgehoben.<sup>42</sup>

42 Siehe Rudolf Andorka: Einführung in die soziologische Gesellschaftsanalyse. Ein Studienbuch zur ungarischen Gesellschaft im europäischen Vergleich. Opladen 2001. – Ivan Szelenyi / D. Treimann / Edmund Wnuk-Lipinski (red.): *Elity w Polsce, w Rosji i na Węgrzech*. Warszawa 1995. – Wladimir A. Jadov (red.): *Soziologija w Rossii*. Moskwa 1998. – Rudolf Andorka / Tamás Kolosi / Richard Rose / György Vukovich (eds.): *A Society Transformed. Hungary in Time- Space Perspective*. Budapest 1999. Helmut Steiner / Wladimir A. Jadov (Hrsg.): *Rußland wohin? Rußland aus der Sicht russischer Soziologen*. Berlin 1999. – Jiri Vecernik / Petr Mateju (eds): *Ten Years of Rebuilding Capitalism: Czech Society after 1989*. Praha 1999. – Nikolai Genov (ed.): *Continuing Transformation in Eastern Europe*. Berlin 2000. – Ders. (ed): *Labour Markets and Unemployment in South-Eastern Europe*. Berlin 2000. – Helmut Steiner / Pal Tamas (eds.): *The New Business Elites of East-Central Europe in Czech, Hungary, Poland and Russia*. Berlin 2002 (in Vorbereitung). – Siehe u.a. folgende Periodika: »Czech Sociological Review«. Praha. – »Kuda idjot Rossija?« (red. Tatjana I. Saslawskaja). Moskwa. – »Sisyphus. Social Studies«. Warszawa.

Demgegenüber fand die Transformations-Problematik auf den Soziologie-Kongressen 1998 in Freiburg über »Grenzenlose Gesellschaft?« und 2000 in Köln über »Gute Gesellschaft?« eine vergleichsweise geringe Beachtung. An ihre Stelle sind kaum andere gesellschaftlich brisante Schlüsselthemen und Konfliktfelder ge treten.<sup>43</sup> Es scheint, als kehre die institutionalisierte akademische Soziologie Deutschlands in erweitertem Umfang zu den wissenschaftlichen »Normalitäten« der Vor-Wendezeit zurück, begleitet von immer wiederkehrenden und sich erneuernden Krisen-Diagnosen und Selbst-reflexionen.

Selbstverständlich gibt es auch in jüngster Zeit wissenschaftlich solide, bilanzierende soziologische Literatur. Als Beispiele anspruchsvoller Lexik soziologischen Wissens seien hervorgehoben von Dirk Kaesler: »Einführung in ›Hauptwerke der Soziologie‹«, von Max Haller: »Soziologische Theorie im systematisch-kritischen Vergleich«, von Uwe Schimank und Ute Volkmann: »Soziologische Gegenwartsdiagnosen« sowie von Bernhard Schäfers und Wolfgang Zapf: »Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands«.

Jedoch mangelt es an einem belebenden Diskurs über solche soziologischen Fundamentalfragen wie: Was hält eine Gesellschaft zusammen und was treibt sie auseinander? (obwohl ein entsprechender Buchtitel im Angebot ist). Wie »funktioniert« die Gesellschaft innerhalb und außerhalb der offiziellen Institutionen? Wo liegen die Ursachen und wechselseitigen Zusammenhänge der sozialen Strukturierungen der Gesellschaft? Wie sind soziale Gerechtigkeit und ökonomische Effizienz in gesellschaftliche Konkordanz zu bringen? Wie läßt sich gemeinschaftliches Handeln und Individualität gleichermaßen ausbilden? Was bedeutet Fortschritt und Fortschreiten der (nationalstaatlichen, europäischen und Welt-) Gesellschaft im 21. Jahrhundert?

Darüber hinaus fehlt es in der deutschen Gegenwartssoziologie an einer analytischen und eingreifenden soziologischen Literatur und Publizistik, wie der von Pierre Bourdieu. Seinem 1997 mit dem Ernst-Bloch-Preis ausgezeichneten »Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft« liegt eine Konzeption zu Grunde, in der die untersuchten Personen als beteiligte Subjekte des Forschungsgegenstandes aktiv einbezogen wurden und auf diese Weise ein empirisch unmittelbares, plastisches Bild von der französischen Gegenwartsgesellschaft vermitteln. »Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes« (1998) diskutiert unser Thema einer öffentlich wirksamen Soziologie. »Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen

---

43 Siehe Helmut Steiner: Zur Konstruktion sozialer Ordnungen. 30. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. 26. September bis 29. September 2000. Universität zu Köln. In: »Das Argument«. Nr. 238. H. 5/6.

die neoliberale Invasion« (1998) und »Gegenfeuer 2. Für eine europäische soziale Bewegung« (2001) beinhalten Beispiele seines internationalen gesellschaftspolitischen Engagements als Soziologe und Intellektueller gegen das »Modell Tietmeyer« und »für eine organisierte internationale Mobilisierung gesellschaftlicher Kräfte«. In dieser Schrift ist auch der Vortrag »Die unsichtbare Hand der Mächtigen« vor mehreren Hundert Hörern im überfüllten Auditorium Maximum der Humboldt-Universität zu Berlin am 10. Juni 2000 nachzulesen. Darin heißt es u. a.: »Es geht darum, die europäischste aller europäischen Traditionen wieder zu beleben, nämlich eine kritische soziale Bewegung, eine Bewegung der sozialen Kritik, die in der Lage ist, die Gestaltung Europas zum Gegenstand einer breiten Auseinandersetzung zu machen, die über gleichermaßen intellektuelles wie politisches Gewicht verfügt, um sich Gehör zu verschaffen und schließlich echte Wirkungen nach sich zu ziehen. Diese kritische Auseinandersetzung bedeutet nicht etwa den Abbruch oder eine Schwächung des europäischen Projektes, im Gegenteil, seine Radikalisierung, die dazu dieses Europa den Bürgern *näher bringen* soll – [...]«.44

Das ist das Credo eines Verständnisses gesellschaftlicher Funktionen der Soziologie im Sinne des einleitend vorgestellten Schemas von der empirischen Deskription und wissenschaftlichen Erkenntnis bis zur öffentlichen Aufklärung und wissenschaftlich begründeten Politik-Empfehlung, in dem der Kritik-Funktion eine entscheidende, konstruktive Bedeutung für das Beziehungsgeflecht von Soziologie und Gesellschaft zukommt.

#### IV. Nachdenken über Konsequenzen

Ob und inwieweit die genannten strukturellen Barrieren der offiziellen Sozialwissenschaften in Richtung einer kritischen Sozialwissenschaft zu durchbrechen sind, vermag ich gegenwärtig nicht beantworten. Ich habe meine begründeten Zweifel. Dennoch will ich auf eine Chance verweisen, die uns die massenhafte Ausgrenzung und Diskriminierung in Ostdeutschland positiv beschert hat, so paradox und zynisch das zunächst klingt. Die Vielzahl von Vereinen ausgegrenzter Wissenschaftler sind nicht an institutionelle Rahmenbedingungen und strukturelle Zwänge gebunden. Sie können sich, allerdings entscheidend begrenzt durch ihre Finanzierungs- und Mediendefizite, weit unbefangener der Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme der Gegenwart widmen und Impulse für die wissenschaftliche Öffentlichkeit geben. Die

---

44 Pierre Bourdieu: Gegenfeuer 2: Für eine europäische soziale Bewegung. Konstanz 2001. S. 50 f.

»zweite Wissenschaftskultur« ist gewachsen und hat sich entsprechend ihren Möglichkeiten etabliert. Die Vielzahl der vor allem, aber nicht nur in Ostdeutschland in den letzten Jahren veröffentlichten wissenschaftlichen Analysen, Dokumentationen und Positionspapiere bezeugen das. Es ist keine »mindere« Wissenschaft, so weit sie wissenschaftlichen Kriterien folgt. Es ist aber auch bei Erfüllung gleicher wissenschaftlicher Standards eine »andere«, eine weit kritischere Sozialwissenschaft. Wir haben eine andere, durch andere gesellschaftliche Positionen geprägte Sicht auf die Dinge als die offiziell etablierten Sozialwissenschaftler. Dafür gibt es für denjenigen, der Karl Marx nicht mag, auch eine Durkheimsche Erklärung: die Erklärung des Sozialen durch das Soziale. Außerdem bringen die DDR-sozialisierten Wissenschaftler als einen weiteren Vorzug ihre erlebten Erfahrungen ein, d. h. auf unterschiedlichste Weise den Niedergang und Zusammenbruch einer Gesellschaft erlebt zu haben und von daher mit einem weit ausgeprägteren Krisenbewußtsein ausgestattet zu sein.

Ein Vergleich des 2001 erschienenen KSPW-Buches von Hans Bertram und Raj Kollmorgen zur ostdeutschen Transformation mit den Veröffentlichungen des BISS, der SFZ, des SÖSTRA u. a. aus der »zweiten Wissenschaftskultur«, wie auch einzelner abgewickelter Sozialwissenschaftler, offenbaren die unterschiedliche wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Situation.<sup>45</sup>

Selbstverständlich weiß ich um die Begrenztheit und Folgelosigkeit bloßer Aufforderungen und moralischer Ermunterungen, wenn die gesellschaftlichen Problemlagen »noch nicht reif sind« und drängende gesellschaftliche Bedürfnisse nach kritischer Sozialwissenschaft öffentlich noch nicht virulent in Erscheinung treten. Aber wenn wir uns an das Denken und Handeln von Marx nach der mißglückten 1848er Revolution, an Lenins Verhalten und Studien nach der niedergeschlagenen Revolution von 1905, Gramscis Gefängnishefte im faschistischen Kerker erinnern und uns zu eigen machen, dann können wir unter politisch, zahlenmäßig und selbst materiell ungleich komfortableren Bedingungen als die erwähnten historischen Beispiele, die

---

45 Siehe u. a. dazu: Hans Bertram / Raj Kollmorgen (Hrsg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern. Opladen 2001. – Jörg Roesler: Der Anschluß von Staaten in der modernen Geschichte. Eine Untersuchung aus aktuellem Anlaß. Frankfurt/Main 1999. – Ders.: Zweimal deutsche Vereinigung und Bewältigung. 1870/71 und 1989/90 im Vergleich. In: »Deutschland Archiv«, (2001)1. – Rolf Reißig: Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft. Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung. Berlin 2000. – Fritz Vilmar (Hrsg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen. Berlin 2000. – Arndt Hopfmann / M. Wolf (Hrsg.): Transformationstheorie – Stand, Defizite, Perspektiven. Münster 2001.

Erfahrungen gesellschaftlicher Inkubationszeit wissenschaftlich und politisch für sich verändernde gesellschaftliche Bedingungen nutzen.

Die erwähnten Beispiele aus der sozialistischen Bewegung treffen durchaus auch auf den politischen Liberalismus zu, wie die Analyse des ersten Staats-Lexikons von Rotteck und Welcher im 19. Jahrhundert durch Hermann Klenner<sup>46</sup> oder das Lebenswerk des jüdischen Emigranten Norbert Elias im 20. Jahrhundert überzeugend belegen.

Wenn hier primär aus der Sicht ausgegrenzter ostdeutscher Sozialwissenschaftler gesprochen wurde, so soll das keine einschränkende Sicht sein. Es ist vielmehr die Einschränkung auf die selbsterlebten Erfahrungen. Selbstverständlich machen sie lediglich ein Drittel einer potenziellen wirkungsvollen kritischen Sozialwissenschaft aus. Zum einen bedarf es des Zusammenschlusses, des Bündnisses und Ineinandergreifens der ost- und westdeutschen »zweiten Wissenschaftskultur«. So wie es noch eine DDR- und BRD-geprägte Linke gibt, ist die kritische Sozialwissenschaft gegenwärtig auch noch ost- oder westbestimmt. Selbst der Buch- und Zeitschriftenmarkt ist weiterhin gespalten. Das notwendige Ineinandergreifen ist nicht allein ein Gebot des quantitativen Mehr und der politischen Vernunft, sondern der unbefangenen wechselseitigen intellektuellen Bereicherung.

Und zum anderen: die ausgegrenzte »zweite Wissenschaftskultur«, ihre moralische und politische Vorzugsstellung für eine kritische Sozialwissenschaft ist nicht für eine direkte oder indirekte »Ausgrenzung« umgekehrter Art zu mißbrauchen oder als Mittel des verständlichen Abreagierens gegenüber der etablierten Sozialwissenschaft zu benutzen. Auch in der offiziell etablierten Sozialwissenschaft gibt es, wie an einigen Beispielen hervorgehoben, realisierte und potenziell vorhandene Gesellschafts- und Sozialkritik. Jegliche Form von Aus- und Abgrenzung bedeutet nicht nur quantitativen Verzicht, sondern auch intellektuelles und politisches Sektierertum, sowie Verzicht auf vielleicht entscheidende Wirkungsmöglichkeiten. Das Potential, die Möglichkeiten, die Leistungen, der wissenschaftliche Nachwuchs und die Studentenschaft der offiziell etablierten Wissenschaft sind qualitativ wie quantitativ unverzichtbares Reservoir für eine sich erweiternde und vertiefende qualifizierte kritische Sozialwissenschaft.

Nutzen wir die gegebenen Chancen! Tatsächliche und vermeintliche Opportunismen, Anpassungen und Arroganz der Etablierten einerseits sowie

---

46 Siehe: Carl von Rotteck / Carl Welcher (Hrsg.): Das Staats-Lexikon. Encyclopädie der sämtlichen Staatswissenschaften für alle Stände. 12. Bd. Altona 1848. – Hermann Klenner: Liberalismus in der Opposition. Zum Staats-Lexikon von Rotteck, Welcher & Co. Freiburg /Berlin 1994.

tatsächliche und vermeintliche Verbitterung und fortwährende Dogmatismen der Ausgegrenzten andererseits sowie unterschiedliche wissenschaftliche und praktische Ost-West-Sozialisation dürfen sich nicht weiter wechselseitig behindern oder gar blockieren. Formieren wir uns als *kritische SozialwissenschaftlerInnen*, um unseren *spezifischen Beitrag für eine wissenschaftlich-kritische Öffentlichkeit in der Gesellschaft zu leisten*.

## Anhang: Daten aus den Trendstudien des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig

Tabelle 1: Identifikation mit der DDR 1969 bis 1990

Population Jahr	Vollkommen	Mit Ein- schränkungen	Kaum / über- haupt nicht	N
Lehrlinge				
1969	41	40	19/3	958
1970	41	50	9	3113
1972	71	27	2	1526
1975	57	38	5	4039
1981	45	43	12	2851
1983	46	45	9	1124
1984	49	42	9	786
1985	51	43	6	510
1986	48	46	6	1054
1988 (Mai)	28	61	11	455
1988 (Okt.)	18	54	28	825
1989 (Sept.)	16	58	26	723
1989 (Okt./Nov.)	15	60	25	535
1990 (Febr.)	13	43	44	562
1990 (April)	15	44	41	658
Junge Arbeiter				
1970	37	53	10	1743
1972	69	28	3	1740
1975	53	42	5	2217
1979	38	52	10	3253
1983	55	38	7	367
1984	56	37	7	1035
1985	57	39	4	459
1986	46	49	5	655
1987	41	50	9	817
1988	19	58	23	1183

Quelle: Walter Friedrich / Peter Förster / Kurt Starke (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin 1999. S. 85.

Tabelle 2: Gründe des Vertrauens von Studenten zur Politik der SED  
1979, 1988 und (Frühjahr) 1989

Indikatortexte: »Wie stark bestimmen die folgenden Bereiche Ihr Vertrauen zur SED?« (1979 bzw. 1988) »In welchem Maße haben Sie Vertrauen zur Politik der SED in den folgenden Bereichen?«						
Bereich Jahr	1	2	3	4	5	6
<b>Friedenspolitik</b>						
1979	69	23	5	2	1	0
1988	68	26	5	1	0	0
1989	64	26	7	2	1	0
<b>Sozialpolitik</b>						
1979	66	28	5	1	0	0
1988	46	41	9	2	1	1
1989	38	41	14	4	2	1
<b>Jugendpolitik</b>						
1979	40	40	15	3	1	1
1988	21	45	25	7	1	1
<b>Politik gegenüber der Sowjetunion</b>						
1979	32	35	19	8	4	2
1988	15	30	29	14	7	5
1989	13	26	28	19	10	4
<b>Politik gegenüber der BRD</b>						
1979	29	38	22	6	3	2
1988	18	38	28	6	6	1
1989	12	26	31	19	9	3
<b>Kulturpolitik</b>						
1979	25	44	22	6	2	1
1989	14	39	30	11	4	2
<b>Innenpolitik / Demokratiekratie</b>						
1979	25	39	23	8	3	2
1988	12	28	30	15	8	7
1989	4	19	30	22	17	8
<b>Wirtschaftspolitik</b>						
1979	19	36	29	10	4	2
1988	14	31	27	17	7	4
1989	4	14	28	27	19	8



Bereich Jahr	1	2	3	4	5	6
<hr/>						
Informationspolitik						
1979	12	30	32	1	48	4
1988	9	9	19	16	23	24
1989	1	3	14	23	28	31
Preispolitik						
1989	5	16	27	23	17	12
Umweltpolitik						
1988	11	19	23	19	17	11
1989	1	9	21	26	27	16

Quelle: Walter Friedrich / Peter Förster / Kurt Starke (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin 1999. S. 143.

## **Soziologie und Gesellschaft. Gewißheiten – verlorene Alternativen – Systeme und Epochen**

*Hansgünter Meyer*

### 1. Soziologie-Entwicklung nach 1945 unter dem system-impact

Der Soziologie-Professor Helmut Steiner beging am 7. Februar dieses Jahres (2001) seinen 65. Geburtstag. Daraus ergab sich der Anlaß, einen Lebensverlauf zu rekapitulieren, der einen bedeutenden Abschnitt Disziplingeschichte im Wortsinn verkörpert. 40 Jahre wissenschaftliche Berufstätigkeit in exponierter Position in einer Wissenschaftsdisziplin, die eng mit Politik und gesellschaftlicher Entwicklung verknüpft ist wie die Soziologie, das sind zugleich auch 40 Jahre Zeitgeschichte und deren Einfluß auf sozialwissenschaftliches Denken. Es gibt über diese Jahre eine ausgebreitete fachlich kompetente Publizistik und es ist heute eine Arbeit vom Umfange eines Buches nötig, um diese zu rezipieren und die jeweiligen Beiträge zum vielschichtigen soziologiegeschichtlichen Diskurs zu würdigen. Diese Aufgabe stellen wir uns nicht. Es soll heute der im Umfang und Anliegen begrenzte Versuch unternommen werden, einige Gesichtspunkte beizutragen, die auch in neueren Darstellungen häufig fehlen oder eigentümlich verzeichnet sind, jedenfalls unserem Verständnis widersprechen. Zumeist fehlt der angemessene west-ost-synoptische Aspekt, denn wenigstens, wenn man sich schon berechtigt fühlt, das sozialwissenschaftliche Geistesleben in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) geringzuschätzen, was sich nicht auf die Implementation der stalinistischen marxistisch-leninistischen Ideologie reduziert, ist nicht ausblendbar, daß es seit 40 Jahren eine zweifach ausgeprägte Soziologie in Deutschland gibt – die BRD- und die DDR-Sozialisierte. Dazu im folgenden einige Erwägungen.

Man kann mit einigem Recht sagen, daß die Nachkriegszeit in den 50er Jahren ausklang, zu Ende war sie noch nicht. Sie war fließend in den Kalten Krieg übergegangen und dieser zog sich, wellenförmig anschwellend und abebbend, über weitere zwei Jahrzehnte hin. Dennoch waren die 60er Jahre für beide deutsche Staaten und für eine Reihe von Regionen in der Welt (die Ereignisse in der Karibik, das »Afrikanische Jahr«, die vielschichtigen Vor-

gänge in China und Südostasien) Jahre bedeutender sozialpolitischer Dramatik und nachhaltigen gesellschaftlichen Wandels.

In Deutschland stand man Anfang der sechziger Jahre noch deutlich in einer späten Nachkriegszeit; die einen, im Westen, auf dem Boden der Restauration des spätbürgerlichen Regimes einschließlich der Inkorporation von Teilen der Nazi-Elite und Vollzug der Wiederbewaffnung, die man sich ohne deren militärische Kader nicht vorstellen konnte und der Pflege konservativer bis konservativster Werthaltungen, radikalisiert durch die Hysterie des Kalten Krieges.

Im Osten verebten allmählich die Erschütterungen tiefgreifender revolutionärer Umwälzungen und ihre Verschärfung durch die repressiven stalinistischen Praktiken. Sie erfuhren 1961 mit dem Bau der Berliner Mauer einerseits einen neuen Höhepunkt, kamen andererseits insofern zu einem relativen Ende, da der neue Gesellschaftskörper nun nach außen abgeschirmt war und sich der Konsolidierung seines inneren Zustandes zuwenden konnte. Das geschah anfangs vermittelt der von Walter Ulbricht auf den Weg gebrachten Reformen, an deren Ende anstelle des sich ständig nach innen verschärfenden Klassenkampfes (Josef W. Stalin) die Abgleichung systemischer Erfordernisse stehen sollte: die Abkopplung der DDR vom Status eines sowjetischen Protektorates, eine Art sozialistischer Marktwirtschaft und die Öffnung von Wirtschaft und Gesellschaft für die Erfordernisse der weltweiten neuen – der zweiten – technischen, im Osten: der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Dem kam entgegen, daß sich auch im Westen weitgehende Reformen ankündigten: eine umfassende Strategie- und Personal-Krise der Konservativen, Zugewinn an Spielräumen für die sozialdemokratische Entspannungspolitik – Wandel durch Annäherung – und ein sich radikalisierender Widerstand gegen die konservative Ordnung und ihren Wertekonsens, der in die Studentenrevolten der späten sechziger Jahre einmündete. Schließlich war die Bundesrepublik 1971 nicht mehr das, was sie noch 1959/60 gewesen war. Ihre demokratische Konsistenz vertiefte sich. Man stand nicht mehr Gewehr bei Fuß für die militärische bzw. subversive Rückgewinnung des Ostens. Der technische Fortschritt beschleunigte sich, die Bildungsexpansion setzte ein und damit ein bedeutender Wandel in der sozialen Schichtung der Gesellschaft und ihrem Wertekonsens.

Während sich in der BRD ein neues Staats-, Politik- und Gesellschaftsverständnis (Endphase der Industriegesellschaft, Vorstufe der Moderne) durchgesetzt hatte, blieben die Veränderungen in der DDR weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Lernunfähigkeit zeigte sich; Stagnation, Verkrustung und Innovationsphobien kündigten sich an. Walter Ulbricht scheiterte persönlich an der von ihm errichteten Front von Betonköpfen in der Parteiführung.

1970 wurde er abgesetzt, 1973 verstarb er. In allen Staaten sowjetischen Typs setzte sich, freilich moderat, der Neostalinismus der Breshnew-Ära durch. Die reformerische CSSR wurde militärisch diszipliniert. Lediglich die Ungarn erhielten sich, dank Janos Kádár, einigen ideologischen und wirtschaftspolitischen Spielraum gegenüber den neostalinistischen Doktrinen von Leonid I. Breshnew.

Die 60er Jahre waren auf spezifische Weise bewegende und entscheidende Jahre für die 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts. Diese Vorgänge fanden auch in der deutschen Soziologie ihren Niederschlag. Zwar hatte sie nach dem Krieg im Westen mit einem beträchtlichen Bestand an Altkadern beginnen und den Versuch machen können, den Leopold von Wiese (H. Steiner verwies bereits darauf) so charakterisierte: dort weiterzumachen, wo man 1933 gezwungen war aufzuhören. Eine Formel, die gleich mehrfach falsch war; war man nicht schon 1933 dort angekommen, wo man angesichts der Dramatik der gesellschaftlich-politischen Zustände hätte ankommen müssen – und 1945/46 (im Herbst 1946 wurde in Frankfurt/Main der 8. Deutsche Soziologentag im kleinsten Kreise abgehalten) war man auf die sozialen Probleme des totalen Zusammenbruchs noch weniger vorbereitet. Ganz anders z. B. die Wirtschaft: Die Reichsgruppe Industrie unter Leitung von Wilhelm Zangen und seinem Stellvertreter, Rudolf Stahl, wirkungsvoll gefördert durch das Reichswirtschaftsministerium, speziell durch den stellvertretenden Staatssekretär, SS-Brigadeführer Otto Ohlendorf, begründete bereits im Winter 1942/43 das private Institut für Industrieforschung in Nürnberg unter Leitung des Wirtschaftswissenschaftlers Professor Ludwig Erhard. Seit März 1944 lag eine voluminöse Denkschrift von L. Erhard vor, die sich nach Kriegsende in eine prinzipiell neue und äußerst praktikable Konzeption zur Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftsüberlegenheit in Europa umarbeiten ließ. Analoges war von deutschen Universitäts-Kathedern nicht zu erwarten.<sup>1</sup>

Günther Lüschen (1994) malte die Situation der westdeutschen Universitätssoziologie, wie sie sich in der Tätigkeit der wiederbelebten Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) ausdrückte, zwischen 1945/46 und 1954 in den schwärzesten Farben. Den Tiefpunkt sah er 1954 anlässlich des Heidelberger Soziologentages erreicht, als man durch das Fehlen anderer Stoffangebote – die Beziehungslehre Leopold v. Wieses sei inzwischen völlig tot

---

1 Siehe Helmut Steiner: Zur Soziologie des Neubeginns nach 1945 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. In: Gunnar Winkler (Hrsg.): Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1988. Berlin 1988. – Nachdruck in: Handbuch der Geistesgeschichte in Deutschland nach Hitler. 1945–1959. Beihefte. Reihe Soziologie. Frankfurt/Main 1988.

gewesen – darauf verfiel, ein interdisziplinäres Gespräch über Probleme des Kindes zu führen.<sup>2</sup>

Dabei war die Ausgangssituation keineswegs hoffnungslos. Theodor Adorno und Max Horkheimer waren aus der Emigration zurückgekehrt. In Köln hatte 1949 René König den emeritierten L. v. Wiese abgelöst und 1954 die Herausgabe der »Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie« übernommen. Wissenschaftler von Format und Einfluß an den Universitäten wie Alfred Weber, Helmut Plessner, in Berlin Otto Stammer, vor allem Helmut Schelsky in Münster, waren erfolgreich tätig. Es gab den kreativen und einflußreichen Alfred Müller-Armack, der, wie Lüschen bemerkt, für manche der wirkliche Vater des westdeutschen Wirtschaftswunders gewesen sei. In Köln hatte sich in den späten 50er Jahren ein Zentrum der empirischen Forschung, ihrer Theorie und Methode herausgebildet, das bald internationale Anerkennung erlangte. Hier konzentrierte sich begabter Nachwuchs, der alsbald in führende Positionen aufstieg, so Erwin Scheuch und Diedrich Rüschemeyer. Günther Lüschen erwähnt des weiteren eine leistungsfähige, zehn Jahre bestehende Einrichtung der soziologischen Forschung in der US-amerikanischen Armee sowie ein UNESCO-Institut für Sozialforschung, in dem spätere Prominente wie Renate Mayntz, Gerhard Baumert und Gerhard Wurzbacher ihre Karriere begannen.

Parallel dazu fand unter Adorno und Horkheimer der Aufstieg der Frankfurter Schule statt. Zu den hier genannten Prominenten kam eine durchaus beachtliche Zahl weniger Renommierter, jedoch für die Konstituierung eines Universitäts-Faches durchaus produktiver Soziologen und Sozialwissenschaftler. Mitte der 50er Jahre gingen zwei große Sterne am akademischen Himmel auf: Jürgen Habermas und Ralf Dahrendorf begannen ihre Karriere. Ihre Theorie-Innovationen waren spektakulär und erreichten bald die internationale Szene. Anfang der 60er Jahre kam Niklas Luhmann mit seinem systemtheoretischen Paradigma hinzu, der zum »Exportschlager« bundesdeutscher Soziologie-Innovationen wurde.

Zweifellos wurden die Weichen zum Aufstieg der westdeutschen Soziologie Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre gestellt, was sich allerdings in der Tätigkeit der DGS nicht sofort manifestierte. Daher die pessimistische Bewertung der Situation bis 1954 durch Lüschen. Er rechnet für 1953 mit nur 200 Studenten für Soziologie im Hauptfach und 10 Professoren. Bis 1960 bezeichnet er die Entwicklung als solid, aber zu langsam. Ihre Kapazität hatte sich etwa verdoppelt. 10 Jahre später jedoch zählte die Soziologie zu den meist frequentierten Studienfächern an den Hochschulen.

---

2 Siehe Günther Lüschen: ... In: Gunnar Winkler (Hrsg.). Jahrbuch für Soziologie ... S. 16.

Immerhin war das Ergebnis bis 1960/61 die Neuetablierung der Soziologie als akademische Profession, ein beträchtliches personelles Wachstum und ein stürmischer Zuwachs an empirischen Methoden und innovativen Gesellschaftstheorien, die zumeist aus dem angloamerikanischen Kulturraum kamen, jedoch auch schon eigene Entwicklungen zu verzeichnen hatten. Im Zuge dieser Revitalisierung, dazu die Neuauflagen der Klassiker: Max Weber, Karl Mannhein, Ferdinand Tönnies, Georg Simmel, Theodor Geiger, Gustav Schmoller, ferner die anschwellende Literatur der neuen Gründungen und Schulbildungen, gewann die Publizität und außeruniversitäre Wirksamkeit der Soziologen bereits in den 60er Jahren ein beträchtliches quantitatives wie qualitatives Format. In den Hochschulen begann sich eine neue Generation durchzusetzen. Einige wandten sich den studentischen und Reformbewegungen zu, in manchen Fällen als Wortführende, wie Claus Offe, Uta Gerhardt, Wolfgang Nitsch und Ulrich K. Preuß.<sup>3</sup> Mit Niklas Luhmanns Systemtheorie setzte sich neues theoretisches Denken durch. Renate Mayntz u. a. verkindeten vermittelt der Organisationssoziologie ein neues Paradigma der Sozialbeziehungen. Der französische Strukturalismus wurde rezipiert. Mikrosoziologische und sozialpsychologische Tiefensondierungen gewannen Einfluß. Ralf Dahrendorf griff alte Paradigmen der Sozialstruktur auf und bereicherte sie 1961 durch die Theorie der sozialen Gleichheit/Ungleichheit. Es setzte eine Konjunktur von Schichtungskonstruktionen ein, die jedoch, wie Insider, so Karl-Ulrich Mayer und Ehrhard R. Wiehn 1975 schrieben, gerade durch ihre Beliebigkeit und Vielfalt immer weniger erklärten.

Man kann die 60er Jahre der bundesdeutschen Soziologie mit einigem Recht charakterisieren als einen Prozeß des bedeutenden Wachstums, der Reorientierung auf klassische Ansätze und den Ausbau eines diffizilen Methodenapparates, als einen Vorgang des Entstehens neuer makrostruktureller Theorien, Schichtungskontinua, Struktur-Funktionalismus, Mittelstandsgesellschaft, Industriegesellschaft, Organisationsgesellschaft, Sozialpartnerschaft u. a., die ein neues – und zugleich apologetisches – Gesellschaftsverständnis befördern sollten, sowie als Hinwendung zu Tiefensondierungen der Sozialbeziehungen, wie sie sich in der Verbreitung des Strukturalismus, der Mikrosoziologie und ihrer »Sozialpsychologisierung« abzeichneten. Zwar kamen die meisten dieser Innovationen aus den USA und aus Frankreich. Sie wurden rasch rezipiert. Das äußere Bild verkündete Pluralität, Multiplizität, Diversifizierung, Unübersichtlichkeit.

Faßt man die Soziologie im deutschen Sprachraum gedanklich als disziplinäres Ganzes auf, so entstand im Verlaufe der 60er Jahre in den Grenzen

3 Siehe Andreas Keller: Hochschulreform und Hochschulrevolte. Marburg 2000. S. 80.

der DDR, eine besondere Art deutscher Soziologie, oder besser gesagt, ein eigentümlicher Ausleger in der Geschichte des soziologischen Denkens in Deutschland. Ihr Ausgangspunkt, das kann bei H. Steiner nachgelesen werden, waren empirische und theoretische Innovationen von Philosophen und Ökonomen und von Vertretern des sogenannten Wissenschaftlichen Sozialismus in den Jahren 1958 bis 1961.

Wenn auch zunächst mit brüchiger Konsistenz, gewann diese durchaus eigenständige Soziologie nach und nach den Zuschnitt einer eigenen Disziplin, was dem unausweichlichen, elementaren Prozeß wissenschaftlicher Selbstorganisation geschuldet ist, der irreversibel einsetzt, wenn man eine wissenschaftliche Community konstituiert.<sup>4</sup> Der Drang zur Wahrheit, der innere Zwang, über die Gesellschaft das zu sagen, was wirklich ist, auch gewisse Informationsbedürfnisse der Herrschenden, durchkreuzte viele propagandistische Forderungen nach Manipulierung und Verfälschung. Ideologische Vorgaben wurden geschickt unterlaufen, die Arbeiten diversifizierten sich und die Zensur konnte dem, bei allem Fleiß, nicht folgen. Vieles bewirkte auch die ominöse Schere im eigenen Kopf, aber sie schnitt nicht nur heraus, sie eröffnete auch Praktiken, wie man sich trotzdem mitteilen konnte. Ungeachtet manch falscher oder unzureichender Theorieansätze wurden neue Konzepte und Erklärungen gefunden, die erst Teilbereiche, dann größere Wirklichkeitszusammenhänge zutreffend abbildeten und deuteten. Die sie überwölbenden marxistisch-leninistischen Doktrinen, sortiert nach unsinnigen und durchaus sinnhaltigen Ansätzen, mutierten dabei zu einer Art Schutz, unter dem sich, zwar beschwerlich, aber nicht erfolglos arbeiten ließ. Verwiesen sei auf die perfekte Art, wie Georg Klaus die Verträglichkeit von Kybernetik und dialektischem Materialismus vorführte. Weitere Analogien lassen sich zwischen Historischem Materialismus und DDR-Soziologie nachweisen. So entwickelte sich eine zuvor diskriminierte Disziplin, eine »bürgerliche Afterwissenschaft«, trotz vieler Hindernisse, zu einer wissenschaftlichen Unternehmung, die in vielen verbalen Bekundungen als notwendig gelobt, mit

---

4 Siehe Hansgünter Meyer: Die Soziologie in der DDR im Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. In: Wolfgang Zapf (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Frankfurt/Main / New York 1991. – Ders.: Sociological Research in the GDR. In: Sociology in Germany. Edited on occasion of the XIIIth World Congress of Sociology and on behalf of the Committee of the Deutsche Gesellschaft für Soziologie by Bernhard Schäfers in der Reihe: Soziologie. Journal of the Deutsche Gesellschaft für Soziologie. Special Edition 3 (1994). – (dtsh.): Soziologie und soziologische Forschung in der DDR. In: Bernhard Schäfers (Hrsg.): Soziologie in Deutschland. Entwicklung, Institutionalisierung und Berufsfelder, Theoretische Kontroversen. Opladen 1995. – Ders.: Soziologische Forschung in der DDR. In: »Berliner Journal für Soziologie«. (1992)3/4.

argwöhnisch gereicher Förderung bedacht und streng überwacht wurde. Ihre Entwicklung widerspiegelte sich in einem beachtlichen personellen Zuwachs, der sich rasch qualifizierte und der zumeist unbefristet beschäftigt war (!), in regelmäßig fließenden, wenn auch nicht üppigen Forschungsmitteln, in reichhaltigen Reisemitteln, in der kostenlosen Nutzung der neuen Großrechner und in Honorarmitteln für temporär eingesetzte Spezialisten. So konnte der Autor z. B. mehrere Jahre fünf Honorarkräfte für den Aufbau und die Realisierung eines Großrechnerprogramms für ein weitreichendes empirisches Forschungsprojekt beschäftigen.

Mit wenigen Innovatoren hatte es in den späten 50er Jahren begonnen. Die Trendwende in den Sozialwissenschaften, ihre Hinwendung zur empirischen Forschung, die Überwindung einseitiger Indoktrination durch vereinfachte Theoreme des Historischen Materialismus, wurde 1957 mit einer spektakulären Publikation signalisiert: mit Jürgen Kuczynskis Artikel »Soziologische Gesetze« in der »Voprossy filosofii«. <sup>5</sup> Der Aufsatz, von dem eine große Wirkung ausging, war die Frucht der innovativen Bemühungen sowjetischer Philosophen und Gesellschaftswissenschaftler nach dem XX. Parteitag der KPdSU (1956), der öffentlichen Verurteilung des Stalinismus, reduziert auf die Überwindung des Personenkultes.

Mit wenigem fing man also 1958/59 an. Dreißig Jahre später, 1990/91, inzwischen gab es weit über 1.000 Mitwirkende in zahlreichen Fachrichtungen und Bindestrich-Disziplinen, kam die Abwicklung über sie. Der Kölner Soziologe Jürgen Friedrichs listete 1993, ohne absolute Vollständigkeit, ca. 3.500 soziologische/sozialwissenschaftliche Dissertationen auf, die an DDR-Hochschulen verteidigt worden waren, darunter sicher, wie in allen Ländern, viel Mittelmaß, aber auch eine stattliche Anzahl hervorragender Arbeiten, beruhend auf intelligenten, sorgfältigen Untersuchungen, die wertvolle, bleibende Resultate enthalten. <sup>6</sup> Nicht alle Autoren der Dissertationen würden sich als Soziologen betrachten. Dafür aber beruhten die meisten Arbeiten auf empirischen Untersuchungen, auf Recherchen aktueller sozialer Sachverhalte, in denen die sozialen Verhältnisse der DDR- bzw. ostdeutschen Bevölkerung vielschichtig aufgezeichnet und fachwissenschaftlich konserviert sind. Damit wurde ein höchst wünschenswerter wissenschaftlicher Zugang zur Sozialgeschichte der Ostdeutschen, die jetzt schon länger als ein halbes Jahrhundert währt, gesichert.

---

5 Siehe Jürgen Kuczynski: Soziologische Gesetze. (russ. ). In: »Voprossy filosofii. Moskau. (1957)5.

6 Siehe Jürgen Friedrichs: Sozialwissenschaftliche Dissertationen und Habilitationen in der DDR 1951–1991. Berlin 1993.



Das und das eigene biographische wie bibliophile Überleben führten dazu, daß die DDR-Soziologie die DDR-Gesellschaft überlebt hat. Das Interesse an ihren Ergebnissen, das zu DDR-Zeiten nicht unbedeutend, aber fraktal war, gewann auf unerwartete Weise an Bedeutung, je länger der Absturz im crash der Abwicklungen und Entlassungen zurückliegt. Der Leser wird zu diesem Thema noch einige instruktive Ausführungen vorfinden.

1990/91, als die Abwicklungen über die Soziologie und ihre Vertreter kam, hatte die inzwischen hochqualifizierte Fachschaft, die sich seit 1987 abzeichnenden Entspannungen und Öffnungen in der DDR nutzend, gerade eine neue, innovative Entwicklungsphase eingeleitet. Ein Indikator dafür waren gegenseitige Einladungen west- und ostdeutscher Soziologen, z. B. eine von der DDR-Seite ausgerichtete Max-Weber-Konferenz. Immer an kritisches Denken einerseits und argwöhnisches Kontrollieren durch das Regime andererseits gewöhnt, fachlich-methodisch auf eine beträchtliche Kenntnis westdeutscher und angelsächsischer Literatur gestützt, hatten die Soziologen der DDR nach 1990 wenig Schwierigkeiten, die Richtung zu neuen Ufern einzuschlagen. Bereits 1990 traten die ersten Früchte des neuen, von Doktrinen befreiten Schaffens zutage. Der bereits vorbereitete 5. Soziologentag der DDR trat im Februar 1990 mit einer aktualisierten Thematik zusammen. Er schloß mit der Gründung einer »Gesellschaft für Soziologie« ab, dem beruflich-fachlichen Zusammenschluß, der von den DDR-Oberen beharrlich verweigert worden war. Die ebenfalls viele Jahre verweigerte Fachzeitschrift wurde nunmehr – mit verständnisvoller Unterstützung des Akademie Verlages – als »Berliner Journal für Soziologie« gegründet.

Die Gesellschaft für Soziologie unternahm Schritte, um die DDR-Soziologie und die DDR-Soziologen in Westdeutschland bekannt zu machen. Sie warb Fördermittel ein und nahm im Oktober 1990 mit 200 Mitgliedern und mehreren Beiträgen am 25. Deutschen Soziologentag in Frankfurt/Main teil. Im Dezember 1990 fand in Ostberlin eine zweitägige Theoriekonferenz mit führenden westdeutschen Soziologen statt.

1990/91 entstanden darüberhinaus eine Anzahl Institute und Vereine für soziologische Forschung in freier Trägerschaft, die z. T. noch heute bestehen und ein reges wissenschaftliches Leben betreiben.

Der deutsch-deutsche Soziologentag in Leipzig, den die ostdeutsche Gesellschaft für Soziologie (mit ca. 400 Mitgliedern) im Mai 1991 ausrichtete, verzeichnet im Protokoll unter 157 Arbeiten 89 von ostdeutschen Autoren.<sup>7</sup> Noch heute kann man diesen Kongreß, an dem über 700 west- und ostdeutsche Soziologen teilnahmen, davon 120 westdeutsche Professoren und habili-

---

7 Siehe Hansgünter Meyer: Soziologentag Leipzig 1991. Berlin 1992.

tierte Privatdozenten, als eine überzeugende Präsentation der DDR-Soziologie post festum bezeichnen, angefangen damit, daß von den DDR-Soziologen die Initiative ausging, die seit 1931 nicht mehr gemeinsam tagende gesamtdeutsche Fachschaft zusammenzuführen. Sie motivierten die Soziologen, in einen Fachdiskurs von insgesamt 220 Stunden mit einem erstaunlichem Gündkonsens, wichtige Eckpunkte und Arbeitsrichtungen der künftigen soziologischen Forschung im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß abzustekken.

Helmut Steiner, das soll hier erwähnt werden, trug mit sechs weiteren Vortragenden in der Arbeitsgruppe »Soziologie in Leipzig – disziplingeschichtliche Analysen« zur Exposition des Tagungsortes bei, der immer ein herausragender Platz deutscher Soziologiegeschichte war, sowohl in den 20er Jahre, als auch in den dunklen Zeiten der Naziherrschaft, wo von Leipzig aus eine faschistische völkische Soziologie propagiert wurde.

Die DDR-Soziologie verfügte in Leipzig über ein bedeutendes wissenschaftliches Potential. In Leipzig wurde früh Professionalität erzielt, wurde die Soziologie zum Universitätsfach. Hier etablierte sich das Zentralinstitut für Jugendforschung, das unter Walter Friedrich internationalen Ruf erlangte und maßstabsetzend für aktuelle soziologisch-psychologische Jugendforschung in der DDR und in anderen europäischen Ländern war. Durch seine anerkannte Professionalität beförderte es nachhaltig das Niveau der soziologischen Forschung in anderen Fachbereichen. Vieles davon, findet sich in dem der regionalen Soziologiegeschichte gewidmeten Steinerschen Arbeitskreis im »Leipziger Protokoll« wieder.<sup>8</sup>

Zur wissenschaftlichen Aktivität und ihrer Nachwende-Revitalisierung wurde bereits das 1990 von der Gesellschaft für Soziologie gegründete »Berliner Journal für Soziologie« erwähnt, das seither mit jährlich vier Heften erscheint. Per 31. Dezember 1992 stellte die Gesellschaft für Soziologie ihre Tätigkeit wieder ein, um das uneingeschränkte Mitwirken der ostdeutschen Soziologen in der DGS nicht zu behindern. Eine umfassende Mitarbeit kam jedoch nicht zustande, wegen der massenhaften Berufsabstürze der ostdeutschen Soziologen. Die Finanznot im Akademie Verlag und die kollegiale sowie politische Taktlosigkeit nunmehr an der Humboldt Universität zu Berlin tätiger Professoren mit »Westkarriere«, die sich an der Autoren- und Herausgeberschaft (Jürgen Friedrichs, Köln, Hansgünter Meyer, Berlin, Frank Ettrich, Erfurt) des bereits fertiggestellten Doppelheftes 3/4 für 1992 vergriffen, die Herausgeberschaft umfunktionierten und dies in einem Editorial begründeten, das grobe Unwahrheiten enthält. Drei der Gründungs-Her-

---

8 Ebenda.

ausgeber wurden formlos und gegen jede wissenschaftliche Redlichkeit ausgegrenzt. Es ist eine gewisse, wenn auch schwache Genugtuung, daß dieser Husarenstreich der Wissenschaftserneuerung im Osten publiziert, also »soziologiegeschichts-notorisch« ist.<sup>9</sup>

Erwähnenswert von den publizistischen Initiativen der ehemals DDR-Soziologen zu Beginn des Vereinigungsprozesses ist des Weiteren die umfangreiche öffentliche und Publikationstätigkeit des »Berliner Instituts für Sozialwissenschaftliche Studien« (BISS) unter Leitung von Rolf Reißig. Bereits im Dezember 1990 veranstalteten die in freier Trägerschaft vereinten Soziologen ihre erste Transformationskonferenz, die sich etwa im jährlichem Rhythmus wiederholt. Heft 1 der vielbeachteten »BISS-PUBLIC«, ist in den Wissenschaftlichen Mitteilungen des Instituts 1991 erschienen. Auf 34 Seiten dokumentiert es eine breite Ausstrahlung, die Beteiligung an den Institutsveranstaltungen von Soziologen aus Ost und West und aus dem Ausland, darunter international renommierte Persönlichkeiten, die sich in eine kompetente Autorenschaft der »BISS«-Veröffentlichungen einschrieben. Die Kontinuität des »BISS« ist erstaunlich. Zum 10. Jahrestag des Instituts erschien das 30. Heft. Darüberhinaus entstanden 9 Forschungs- und 7 Bildungshefte, basierend auf umfangreichen empirischen Forschungen. Ausschließlich finanziellen Gründen ist es geschuldet – es ist schwierig in einem Staat, Sozialwissenschaft zu treiben, in dem Wissenschaft nur relevant ist, insoweit sie sich selbst finanziert bzw. Sparmaßnahmen umsetzen hilft –, daß die Produktion nicht größer, sagen wir doppelt so umfangreich war. Eine weitere Neugründung in Ostberlin ist das »Institut für Sozialdatenanalyse« (ISDA) geleitet von Dietmar Wittich, das sich durch bedeutende wissenschaftliche Aktivitäten auszeichnet. Seit 1990 gibt es ferner von westdeutschen Institutionen bzw. Fachkreisen veranstaltete und hochrangig besuchte »Statuskonferenzen«, sowie analoge Veranstaltungen, die dem wechselseitigen Kennenlernen der im Vereinigungsprozeß miteinander konfrontierten Fachschaften und der Bewertung der Substanz der DDR- bzw. ostdeutschen Soziologie dienen. Auch bei diesen Gelegenheiten traten zahlreiche Soziologen mit DDR-Karriere mit Vorträgen und mit neuen eigenen Forschungsergebnissen auf.

Eine weitere Zeitschriftengründung, in der viele wissenschaftlich ausgewiesene DDR-Soziologen zu Wort kamen, zumeist mit neuen Untersuchungen, ist die Zeitschrift »utopie kreativ«, die bisher 132 Hefte herausbrachte, davon 42 unter Helmut Steiner als Chefredakteur.

---

9 Siehe Bernhard Schäfers: Notwendige Anmerkungen zum Wechsel der Herausgeber beim »Berliner Journal für Soziologie«. In: DGS-Informationen. (1992)3. – »hochschule ost«. 1993/7. – dies.: (1993)3/4. – WiSoS-Schriftenreihe, (1998)12.

1990 wurde vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) eine »Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern« geschaffen und mit einigen Millionen Forschungsgeldern ausgestattet. Die höchst umständliche Bezeichnung verkürzte sich im Fachjargon schnell zu KSPW und wurde zugleich Programm und Markenzeichen. Nach einigem Hin und Her übernahm der Berliner Soziologe Hans Bertram, zuvor München, die Leitung. Das Ziel der KSPW bestand darin, eine soziologisch-wissenschaftliche Begleitforschung zum Transformationsprozeß in den ostdeutschen Ländern zu kreieren und eine subalterne Bestandsnutzung (die Peers und Projektverantwortlichen waren ausschließlich Westdeutsche – man gewann den Eindruck einer gezielten Apartheid) des dafür unzweifelhaft prädestinierten Forschungspotentials der ehemaligen DDR-Soziologie zu betreiben. Beides gelang. Die Produktion der KSPW-Herausgeber an Büchern und Materialien wuchs ins riesenhafte, blieb aber, das kann nicht übersehen werden, weit unter den erwarteten und real möglichen wissenschaftlichen Erträgen. Für sie gilt uneingeschränkt, was Rolf Reißig im Zusammenhang mit einer Bewertung der Transformationsforschung einmal so ausdrückte: »verkürzte Perspektive«, »isolierte Fallbehandlung«, fehlender »Theoriesprung«.<sup>10</sup>

Im einführenden Beitrag von Helmut Steiner sind die Defizite der KSPW-Forschung detaillierter aufgelistet und kommentiert.

Was die Bestandsnutzung des problemkundigen und qualifizierten Potentials an Soziologen mit DDR-Karrieren anlangt, so handelte es sich zumeist um problematische Befristungen oder bloßes Projekt-Casting. Steiner gibt hierzu ebenfalls eine ausführlichere Bewertung.

Für unserer These, daß die DDR-Soziologie die DDR-Gesellschaft überlebt hat und sich auf vielfältige Weise revitalisierte, wurden nur einige charakteristische Fakten angeführt. Helmut Steiner gibt im seinem Beitrag eine ziemlich vollständige Auflistung der mehr oder weniger dauerhaften Versuche von ehemaligen DDR-Soziologen (im weiteren ist besser von Sozialwissenschaftlern zu sprechen, denn nicht alle ordneten oder ordnen sich der Soziologen-Community zu), in freien Trägerschaften ihre wissenschaftliche Arbeit fortzusetzen. Man findet sie aber auch als Autoren in etablierten Zeitschriften oder in Sammelwerken. So ist Gustav-Wilhelm Bathke zu erwähnen, der in verschiedenen Organen neuer deutscher Hochschulforschung präsent ist. Manche haben es in neuen beruflichen Zusammenhängen zu beachtlichen Buchproduktionen gebracht, zu nennen sind der Kultursoziologe Wolfgang Engler, der soziologisch orientierte Kulturwissenschaftler

---

10 Siehe Rolf Reißig : Transformationsforschung: Gewinne, Desiderate und Perspektiven. »WZB-Paper«. P 97-001. Berlin 1997. S. 6.

Diedrich Mühlberg, der Demographie-Soziologe und Einstein-Biograph Siegfried Grundmann, Horst Berger und sein Team (darunter Eckhard Priller und Wilhelm Hinrichs) mit zahlreichen substantiellen Veröffentlichungen, u. a. mit dem bemerkenswerten Buch »Privathaushalte im Vereinigungsprozeß« (1999), der Wissenschafts-Ökonom und Soziologe Werner Meske, der mit seinem Team viele erfolgreiche und weithin anerkannte Arbeiten über die DDR-/ostdeutsche Wissenschaft und ihre Umgestaltung im Verlaufe des Vereinigungsprozesses publizierte. In vielen Publikationen kontinuierlich vertreten ist der Leipziger Jugendforscher und Sexualwissenschaftler Kurt Starke.

1992, früh schon, publizierte Michael Thomas seinen Sammelband »Abbruch und Aufbruch – Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß – Erfahrungen – Ansätze – Analysen«.<sup>11</sup> Nicht zuletzt sind Walter Friedrich, Peter Förster und Kurt Starke mit ihrem Buch »Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990« zu nennen.<sup>12</sup> Es ist ein bemerkenswertes Buch, das der gesammelte Ertrag der Kontinuität der Arbeit der Mitarbeiter des ZIJ über die Wende hinweg ist. Diese ZIJ-Kontinuität macht schmerzhaft deutlich, welch ein Verlust für die Sozialwissenschaft im vereinten Europa die Zerstörung dieser hochkreativen, ungewöhnlich effizienten und modern orientierten Jugendforschung noch immer ist.

Der Jubilar, Helmut Steiner, ist selbst ein herausragendes Beispiel, wie Soziologen mit DDR-Karriere, 1991 beruflich ausgegliedert wurden, da bundesdeutsche Vereinigungslogik plötzlich eine beträchtliche Verkürzung ihres ostinaten politischen und wissenschaftlichen Anspruchs auf Pluralität praktizierte, dennoch wissenschaftlich produktiv geblieben sind, fachlich erfolgreich sind, teils weil etablierte Institutionen ihre Fähigkeiten erkannten, teils, weil sie sich mit Texten öffentlich durchsetzten, teils, weil es nicht an Einladungen zu öffentlichen Auftritten mangelte. Walter Friedrich hat die »Nachwende-Produktivität« von Helmut Steiner aufgelistet, so daß an dieser Stelle näheres nicht ausgeführt werden muß.

In den Arbeiten von Steiner findet sich mannigfach ein Widerschein der deutschen Soziologiegeschichte in beiden deutschen Gesellschaften, oft als Reflex auf die westdeutsche soziologische Fachliteratur der Nachkriegsjahrzehnte, weil von ihr zu lernen war und weil es unerlässlich war, sich die von ihr transportierten Bildungsgüter sozialen Denkens anzueignen, auch, weil es immer wieder Anlaß für Auseinandersetzung und Polemik gab. Dann aber

---

11 Siehe Michael Thomas: Abbruch und Aufbruch – Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß – Erfahrungen – Ansätze – Analysen. Berlin 1992.

12 Siehe Walter Friedrich / Peter Förster / Kurt Starke (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin 1999.

fand die DDR-Soziologie in Steiner ihren zuverlässigen Historiker, der früh begann, ihre Entstehung, Entwicklung und ihre Wandlungen nachzuzeichnen und verbreiteten Vereinfachungen oder Erinnerungsfehlern entgegenzutreten. Er begann seine wissenschaftshistorischen Untersuchungen bereits 1987, als er in das Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften, Bereich Methodologische Grundlagen, überwechselte. Nach 1990 erweiterte sich diese Aufgabe um das Bestehen auf Richtigstellungen, um die Widerlegung von Legendenbildungen der einen oder anderen Art. Vielfach ging es auch um bloße Information, denn viele Legenden resultierten aus der Unkenntnis, was DDR-Soziologie ausmachte und antrieb. Immer war Steiner dabei nicht nur Informant und Kritiker, sondern auch Vermittler zwischen den unterschiedlichen professionalisierten Fachschaften. Diese Rolle übernahm er auch für Kenntnis und Verständnis der russischen Soziologen.<sup>13</sup> Was hier mit den notgedrungen begrenzten Kräften eines Einzelnen an Internationalität und europäischer Verständigung geleistet wurde, kann schwerlich überschätzt werden. Einen Eindruck vermittelt sein Buch »Rußland – wohin ? Rußland aus der Sicht russischer Soziologen«, das ausgewiesene Autoren der neuen russischen Soziologie zusammenführt.<sup>14</sup>

Versucht man zusammenzufassen, was seit den ersten Tagen des Wegfalls der Zensur und der Indoktrinationen von den Soziologen der ehemaligen DDR an Forschungen unternommen und an Reflexionen der DDR-Gesellschaft, ihres Zusammenbruchs und den Vorgängen in den »neuen Bundesländern«, wo die Zerfalls- und Transformationsprodukte der DDR-Gesellschaft weiterexistieren, untersucht, überdacht und publiziert wurden, teils in Kooperation mit westdeutschen Partnern, teils in Konfrontation zu Autoren mit unannehmbaren Interpretationsweisen – so ist inzwischen ein bedeutendes wissenschaftlich-publizistisches Schaffen ganz eigener Prägung entstanden, das die deutsche Soziologiegeschichte bereichert und um gravierende wissenschaftliche Sozialerfahrung aktualisiert hat. Dieses Schaffen kann durchaus in den Fonds von Forschungen und Publikationen eingereiht werden, die die Existenz einer zweiten Wissenschaftskultur in Deutschland belegen – einer Wissenschaft neben der in Institutionen des öffentlichen Rechts, betrieben von erfahrenen, teils international bedeutenden Forschern und Autoren, beschäftigt in Gemeinschaften mit freier Trägerschaft oder in entbehnungsreichen Alleinunternehmungen, aber unersetzlich als Zeitzeugen und Erfah-

---

13 Siehe Helmut Steiner / Wladimir A. Jadow (Hrsg.): Rußland – wohin? Rußland aus der Sicht russischer Soziologen. Berlin 1999.

14 Siehe Hansgünter Meyer: Rezension zu: Helmut Steiner / Wladimir A. Jadow (Hrsg.): Rußland – wohin? Rußland aus der Sicht russischer Soziologen. In: »Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie«. 1999/4.

Träger besonderer Art und als Multiplikatoren und Diversifikatoren wissenschaftlich-kultureller Denkstile.

## 2. Das mannigfaltig Einzelne und die Gesamtheit – ein soziologischer Dauerdiskurs

Der Autor ist der Ansicht, zugegeben, es ist eine subjektive Erfahrung, daß die durch die Soziologiegeschichte oder auch durch ihre praktischen bzw. publizistischen Unternehmungen hindurchgehende fachtypische Differenzierungsdominante *die* ist zwischen holistischem Gesellschaftsverständnis einerseits und der sozialen Erscheinungs-Vielfalt, ihrer Vielgestaltigkeit und Mannigfaltigkeit andererseits. L. v. Wiese nannte diese Vielgestaltigkeit einmal die »sozialen Gebilde«, deren grenzenlose Pluralität vorauszusetzen war.

Man hat Mühe, das zeigt ein überkommenes Theoriedefizit an, die Tatsache des existierenden Mannigfach-Sozialen oder Sozial-Mannigfachen – als Gegensatz zum Denken in Gesamtgesellschaften – begrifflich einleuchtend auszudrücken. Dieses Problem ist auch in sozialen Teilbereichen anzutreffen, die wiederum Mannigfaltigkeiten en masse aufweisen. So z. B. in der Wissenschaftsforschung und Wissenschaftssoziologie. Wissenschaft, als Gesamtphänomen selbst nur ein gesellschaftliches Teilgebilde, ist äußerst facettenreich. Ich behelf mir, es ist 20 Jahre her, dabei von der »*Wissenschaft in ihrer vielerlei Gestalt*« zu sprechen. Jede einzelne dieser Gestalten bedarf ihrer spezifischen Deutung und Erklärung.

Das ganze ist nicht irgendeine akademisch-verspielte Fragestellung. Sie läuft auf die Größenordnung hinaus, was man von der Mannigfaltigkeit und in welcher Detailtreue wissen muß, um »Gesellschaft« richtig zu deuten – und umgekehrt, welche Stimmigkeit des holistischen Gesellschaftsverständnisses man benötigt, um die einzelnen sozialen Mannigfaltigkeiten zu verstehen. So fand ich im »Berliner Journal für Soziologie« einen Beitrag von Hans Joas, in dem es heißt, daß es den Kapitalismus als Gesellschaftsform nicht gibt. Vielmehr gäbe es viele Kapitalismen, die in den einzelnen Gesellschaften eine mehr oder weniger prägende, bestimmende Rolle spielen. Kapitalismus an sich sei eine Fiktion.<sup>15</sup> Zugespitzt läßt sich das so ausdrücken: Das Wesentliche und Allgemeine verschwinden, ihre konkreten Erscheinungsformen absorbieren es. Zu solchen Absurditäten kann man kommen. Als ich 1961, eine Anregung meines damaligen Chefs, Prof. Erhard Albrecht, aufgreifend, der Frage nachging, was der Historische Materialismus als Gesell-

15 Siehe Hans Joas: »Globalisierung und Wertentstehung« – Oder: Warum Marx und Engels doch nicht recht hatten. In: »Berliner Journal für Soziologie«. (1998)3.



schaftstheorie zur Weiterentwicklung der neu entstandenen vollgenossenschaftlichen Dörfer beitragen kann und wie man damit die »Gesetzmäßigkeit der Entwicklung« besser verstehen und effektiver anwenden könnte – da entdeckte ich, daß diese Theorie »nur« ein Ganzheitsverständnis betreibt und in bezug auf das Sozial-Einzelne bloß Trivialitäten zutage fördert. Ich wandte mich daraufhin der Soziologie zu, die dem spektakulären Kuczynsky-Artikel in der »Voprossy filosofii« folgend, 1961 in der DDR schon in Forschungsansätzen existierte. Von ihren Kritikern und von Skeptikern hörte ich, daß man sie nicht brauche, weil mit dem Marxismus-Leninismus eine leistungsfähige Gesellschaftstheorie existiere, ganz zu schweigen vom Historischen Materialismus, von dem aus alle Fragen hinreichend geklärt werden könnten. Der Mainstream der Marxismus-Leninismus-Diskussion ging dahin, daß das Konkret-Einzelne und Besondere keine eigene, gar selbständige Existenz habe. Einzelnes sei nur die *Wirklichkeit* des Gesetzmäßig-Allgemeinen, sein Studium habe den Zweck, das wirklich wissenschaftliche Wissen, das das Gesetzmäßig-Allgemeine beinhaltet, durch lebendige Erfahrung mit dem Wirklichen anzureichern. Die Konsequenzen einer ständigen Rückführung auf das Allgemeine hatte ich schon durchexerziert. So gelangte ich zu der Frage, was eigentlich das Konkret-Einzelne in der Gesellschaft ist – anders gesagt: das Sozial-Mannigfache – und welche theoretischen Instrumentarien man benötigt, um es an sich und für sich und in Beziehung zum Ganzen zu ergründen. Das erste Kapitel meiner Dissertation, geschrieben 1962, behandelt das Phänomen der Komplexheit des Einzelnen. Und die ganze Kategorien-Kette vom Himmel zur Erde: Allgemeines, Besonderes, Spezifisches, Einzelnes. Ich fand brauchbare Vorbilder bei den schon praktizierenden Soziologen. Man gestatte mir einige anekdotenhafte Anmerkungen: Man war bei uns – gewisse Dogmatiker ausgeschlossen, übrigens auch im Westen – bereits in den 60er Jahren zu der Einsicht gelangt, daß weder die Apotheose des Allgemeinen noch die Beschränkung auf die mannigfach-einzelnen Objekte oder »Tatsachen« zu befriedigenden soziologischem Wissen führt. René König sprach vom »hilflosen Empirismus«. In der US-amerikanischen Literatur kam der Begriff »Methodenkretinismus« auf, gemeint war der Sieg der methodischen Prozedur über den Sinngehalt des Objektes. Raymond Aron, der Erfinder der Industriegesellschaft, glossierte soziologische Unsitten damit, daß immer mehr Soziologen immer mehr Menschen befragen und Dinge zutage fördern, die eigentlich weder die Frager noch die Befragten interessieren. Auch meinte er, daß die Reduzierung von Soziologie auf das konkrete Einzelne und Mannigfache zum Schluß dahin führt, daß man von immer belangloseren Dingen mehr Wissen anhäufe, von wirklich wesentlichen Dingen dagegen immer weniger weiß. Er war damit nicht allein. Die Greifswalder Studenten brachten in den 60ern eine Spottrede auf, daß die



Theoretiker des Allgemeinen, also die Philosophen, die von immer *weniger Dingen* immer mehr wissen und die positivistischen Wirklichkeitsfanatiker, die von *immer mehr* Dingen immer weniger wissen, sich zum Schluß in *einer* kognitiven Dimension begegnen: Die einen *wissen alles über nichts*, die anderen *wissen nichts von allem*.

Diese alten Geschichten gehen einem durch den Kopf, wenn man die derzeitige Debatte verfolgt, daß es nun der Einseitigkeiten genug sei, daß die Soziologie in einer Fülle von Detailwissen erstickt, das zusammengefaßt keinen Sinn gibt. Daß andererseits aber immer mehr unzuverlässiges Wissen dominiere, wenn es um Allgemeines und Ganzheiten geht. Ja, daß möglicherweise der Begriff Gesellschaft keine reale holistische Dimension mehr habe, »Gesellschaft« habe sich aufgelöst in eine Mannigfaltigkeit von Lebensstilen und ihre Deutung.<sup>16</sup> Dabei spielt die Verinnerlichung und die Verhaltensdeterminierung von *virtuellen Welten* eine immer größere Rolle. Nach dem Denkstil der Greifswalder Studenten wird zum Schluß die wirkliche Welt nur noch, approximativ gegen Null, eine verschwindende Facette der virtuellen Welten sein.

Ich weiß natürlich, das das nur eine Tendenz ist, jedoch keine nebensächliche. Sie ist eine Folge des hohen idiographischen Auflösungseffektes<sup>17</sup> des soziologischen Bildes von der Gesellschaft, wodurch letztlich nur einzelne Objekte oder Sachzusammenhänge sichtbar bleiben. Sie ist sozusagen das Schlußresultat eines bestimmten – vielleicht sogar vorherrschenden – Paradigmas. Bei allem Verdienst der Autoren, die über Einzelprojekte ein immenses empirisches Material aufhäufen.

Die sozialwissenschaftliche Transformations-Forschung z. B. hat sich nach 1990 in Hunderten von Projekten der sozialen Zustände in der ehemaligen DDR bzw. in Ostdeutschland angenommen. Es wird geschätzt, daß ca. 5.000 Arbeiten publiziert wurden,<sup>18</sup> 3.000 allein zwischen 1990 und 1995. Man hat die Eingliederung der Ostdeutschen in die bundesdeutsche Gesellschaft sozusagen lückenlos wissenschaftlich begleitet. Man müßte jetzt voraussetzen können, daß sie verifiziert wurden als strukturell vielfältig, ihre Problemlagen als zerrissen und vielschichtig, nichts also, was man unter irgend einem einzelnen sozialen oder mentalen Kriterium subsumieren könn-

---

16 Siehe Uwe Schimank: Was ist Soziologie? In: »Soziologie«. Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. (1999)2.

17 Siehe Wilhelm Windelband / Heinrich Rickert: Präludien. Aufsätze und Reden zur Philosophie und ihrer Geschichte. Tübingen 1924. Bd. 1. S. 46 und S. 88. Bd. 2. S. 145. – Hansgünter Meyer: Erkenntnistheoretische und methodologische Probleme der marxistischen Sozialforschung. Dissertation. Greifswald 1964. S. 1 ff.

18 Siehe Rolf Reißig: Transformationsforschung: Gewinne, Desiderate und Perspektiven. A. a. O. S. 3.

te. Reißig hat die theoretischen Schwierigkeiten und Defizite beschrieben, so daß wir sie hier nicht explizieren müssen, sondern uns auf sein Fazit beschränken können, das wir oben anführten, nämlich Auswirkung von unbewältigten Wesenheiten und Gesamtheiten.<sup>19</sup>

Dieser Optik nicht verallgemeinerungsfähiger Detailbetrachtung stehen andere gegenüber, von denen noch zu reden sein wird. Sie fassen Gesellschaft als Ganzes, das mehr ist als die Summe seiner Bestandteile, entweder ein empirisches Ganzes im Sinne eines Gesamt der heute bestehenden multimorphen Moderne oder als eine systemtheoretisch definierte Ganzheit. Was nicht unbedingt dasselbe ist. Jedenfalls ist die Kontroverse über das Verschwinden des Allgemeinen im Einzelnen nicht ausgestanden, sie beginnt an bestimmten Wendepunkten oder Zäsuren immer wieder von neuem. Man kann ein Pendel ausmachen, das im Verlaufe der zeitgeschichtlichen Drehpunkte mal in die eine, mal in die andere Richtung schwenkt.

Das Ende des zweiten Kalender-Millenniums war Anlaß, sich verstärkt allgemeineren Gesellschaftszusammenhängen und langfristigen Perspektiven zuzuwenden, sich mit den absehbaren Vorgängen im ersten Drittel des neuen Jahrhunderts zu befassen, sie in erster Näherung abzuschätzen, scheint durchaus diskutabel. Dazu kommt die aktuelle Krisenstimmung, eine Art Verunsicherung über die Perspektive des gegenwärtigen Gesellschaftszustandes und seines Wertesystems. »Zeitdiagnosen als kühne Versuche, die ›Zeichen der Zeit‹ zu lesen, haben Konjunktur«, schreibt Hans-Peter Müller<sup>20</sup> und kündigt per Editorial den Versuch der Herausgeber an, auch im »Berliner Journal für Soziologie« dazu beizutragen. Dann der Anlaß im engeren Verständnis. »Der Globalisierungsdiskurs ist alt«, fährt er fort. »genaugenommen schon 150 Jahre. Marx und Engels haben in ihrem ›Kommunistischen Manifest‹ aus dem Jahre 1848 die erste schlüssige These kapitalistischer Globalisierung entwickelt, deren Dynamik und Krisenhaftigkeit eigentlich erst heute in vollem Umfang zum Ausdruck kommt.«<sup>21</sup> Soweit, so verdienstvoll – seitens der Redaktion. Einer ihrer prominenten Autoren, Hans Joas, folgt diesem Ansatz nicht.

---

19 Ebenda.

20 Hans-Peter Müller: Editorial. In: »Berliner Journal für Soziologie«. (1998)3. S. 301.

21 Ebenda. S. 302.

### 3. Der Verlust der historischen Alternative

Weshalb überhaupt eine alternative Epochen- / Gesellschaftsalternative?

Die Absurditäten des Verschwindens der Gesellschaft aus der Soziologie haben m. E. ihren Grund darin, daß die Alternative zur gegenwärtig dominierenden Moderne verschwunden ist. Wenn die bestehende Gesellschaft keine bestimmbare Spezifik hat, die sie von anderen Gesellschaften unterscheidet, dann ist sie Menschheitszustand schlechthin. Alles andere sind nur atavistisch-vormoderne Formen auf dem direkten oder verschlungenen Weg zur Moderne, zu ihr hin; (noch) mehr oder weniger weit von ihr entfernt. Danach ist Gesellschaft nicht der historische Zustand einer bestimmten inneren Ordnung, Resultat einer Entwicklung, Objekt per se, sondern nur noch anthropogene Daseinsweise des assoziierten Menschen in fließenden Raum-Zeit-Koordinaten.

Die Moderne *ist dann bloß die Alternative* zu allen Zuständen der Anthropogenese und Zivilisationsformung und ihrer Wandlungen. Von ihr weg oder über sie hinaus gibt es keine Entwicklung und Alternative mehr. Moderne durch Moderne ablösen zu lassen, wäre ein auf sich beruhender Unsinn. Im Grunde waren die in den 60er und 70er Jahren aufkommenden Konvergenztheorien und Raymond Arons Industriegesellschaft eine Vorform von dem einen und zugleich alles verschlingenden, alternativlosen Menschheitszustand: ein Gesellschaftszustand, zu dem alles hinstrebt und wo sich alle Entwicklung trifft. Eine inzwischen zum postindustriellen, postmaterialistischen Zustand gediehene Weiterentwicklung, den andere, um ihm für die Gegenwart eine beschreibbare und unterscheidbare Spezifik anzuhängen, als Neoliberalismus bezeichnen, was jedoch als Kennzeichnung gesellschaftlicher Spezifik nicht ausreicht; denn »Liberalismus« ist eine Bewußtseinskategorie, ein wirtschaftspolitisches Regelwerk, das einem bestimmten Wirtschaftsverständnis folgt. Er ist kein realer, gewachsener Gesellschaftszustand.

Wir sind jetzt im Epochen- bzw. Gesellschaftsverständnis dort angekommen, wo wir dank der dogmatischen Marxismus-Leninismus-Ideologen schon einmal waren, nämlich bei der Idee eines gesellschaftlichen Finalismus. Eine Idee, die ideologiegeschichtlich auf Hegel zurückgeht. Der finale Endzustand wurde bekanntlich von den Marxismus-Leninismus-Ideologen als *Kommunismus* bezeichnet, den man in der Sowjetunion seit den 60er Jahren herzustellen vorgab. Er war ähnlich sparsam bestimmt wie die neoliberale Moderne. Kommunismus war Klassenlosigkeit, soziale Gleichheit, allgemeines gesellschaftliches Eigentum, Befriedigung der Bedürfnisse eines jeden nach dem Maß seiner Bedürfnisse. Nach Wolfgang Zapf ist die neo-

liberale Moderne Privateigentum, soziale Marktwirtschaft, Wohlfahrtsstaat, Konkurrenzdemokratie. Hinzuzufügen wäre noch: Deregulierung und Globalisierung.

Aber das eben ist die gnoseologische Falle: Alle nicht historisch verteten, nichtqualitativ bestimmten Definitionen von Gesellschaft geraten zu einem *finalen Gesellschaftsprinzip*, zu dem es per definitionem keine Alternative gibt. Oder auch: Die betrachtete Gesellschaft ist nichts als das Vorherrschen eines (anthropomorphen) Normalzustandes. Und das wäre dann auch das Verschwinden des Allgemeinen und damit der spezifischen, in ihrem *sozialen Status* charakterisierten Gesellschaft. Was uns bliebe wäre, nichts über alles oder alles über nichts zu wissen. Die ultima ratio der Soziologie wäre die Selbstaufhebung als Wissenschaft von der Gesellschaft; der Gesellschaft, wie sie empirisch ist.

### Zum Verschwinden des Sozialismus als Gesellschafts-Alternative

Der historische Ausgangspunkt der Ideologie von der Abfolge von Gesellschaften war zweifelsohne die Französische Revolution. Zuvor gab es diese Fragestellung nicht. Da gab es die Gegenwart, nämlich das irdische Jammerthal und das kommende Reich Gottes. Auch die Utopisten, von Plato über Augustinus, Thomas Müntzer, Thomas Moore, bis zu Tomasso Campanella u. a., dachten nicht in geschichtlichen Entwicklungsabfolgen, sondern beschrieben Sozialordnungen, die nach Vernunftgründen bzw. ethischen Prinzipien gestaltet werden sollten.

Die Französische Revolution von 1789 war aber das *reale* Weltereignis, das nicht nur die Zeitgenossen erschütterte, sondern das politische Denken des 19. Jahrhunderts durchdrang. Sie war der Beweis, daß man eine scheinbar für die Ewigkeit gemachte Herrschaft von Gottes Gnaden stürzen konnte bzw. daß sie wirklich aus innerer Morschheit stürzte, und man die Gesellschaft – zumindest partiell – nach Vernunftskriterien umwandeln konnte. Paris 1789–1791 das war etwas anderes als die blutigen Tragödien der frühbürgerlichen Revolutionen, von den ersten Aufständen der Bauern bis zum Gemetzel bei der Niederwerfung der christlichen *Wiedertäuferrepublik von Münster* im Jahre 1534, eine lange, unruhige, blutige, elende Periode im europäischen Westen, die nicht von einem revolutionärem Sieg und befreienden Entwicklungen gekrönt war, sondern sich in den Wirren und Qualen der ursprünglichen Akkumulation und in dem trostlosen Jahrhundert des 30jährigen Krieges verlief.

Wenn man sich mit dem utopischen Sozialismus, mit dem Arbeiterkommunismus der 20er und 30er Jahre, mit Karl Marx und Friedrich Engels

und der marxistischen Arbeiterbewegung der 40er bis Anfang der 70er Jahre des 19. Jh., mit der Pariser Kommune, ihren Voraussetzungen und ihren Nachwirkungen beschäftigt, kommt man immer wieder darauf zurück, daß sich die neuen revolutionären Akteure auf das Revolutionsszenarium und auf die Erfahrungen der Französischen Revolution von 1789 orientierten. Die Französische Revolution war die unzweifelhafte historische Realität, von der man endlos Analogien abheben konnte. Sie offenbarte in ihrem Vorfeld die Klassengegensätze, praktizierte den offenen Klassenkampf. Sie vollzog den völligen Umsturz, sie ergriff wirksame Maßnahmen zur Rettung der Revolution gegen die Konterrevolution, sie schuf den Wohlfahrtsausschuß, brachte den Jacobiner-Terror hervor und bestand den Krieg mit den europäischen Staaten. Man mußte nur dieses Szenarium weiterschreiben und begreifen, daß die bürgerliche Gesellschaft durch die Widersprüche des Kapitalismus in die Krise geraten ist, daß sich das Proletariat als die neue revolutionäre Klasse konstituiert hat, daß mit seiner Erhebung die Klasse der Bourgeoisie und damit alle Ausbeuterklassen verschwinden werden, die klassenlose Gesellschaft folgen muß – und damit der Sozialismus als Vorstufe der von Ausbeutung freien Gesellschaft, deren Konturen bereits die Utopisten umrissen. In Anlehnung an Immanuel Kant charakterisierten sie die nachkapitalistische Ordnung als »... eine *Assoziation*, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.«<sup>22</sup> So konnte der gesetzmäßige Verlauf der Geschichte mit der Ordnung der Gesellschaft nach Vernunftprinzipien verbunden werden – die Idee als materielle Gewalt – man hatte alles zusammen, was für eine siegreiche Revolution nötig war.

Die entscheidende Idee zur Deutung des 19. und 20. Jh. – als nachhaltigste ideelle Wirkung der Französischen Revolution – war die Interpretation der bürgerlichen Gesellschaft, des kapitalistischen Privateigentums, als Durchgangsphase, nicht als menschlichen Endzustand. Sie bestand in der Analogie, der Sozialismus folgt dem Kapitalismus als objektiver historischer Prozeß, wie dieser dem Feudalismus gefolgt war. Er folge unaufhaltsam, gesetzmäßig, weil die Entwicklung der Produktivkräfte und die sich daraus ableitende Konstellation der sozial-ökonomischen Verhältnisse und der Klassenkräfte es so richteten. *Eto zakon* – auszusprechen mit rollendem russischem Baß unter Betonung der Vokale!

Ogleich die Apologetik der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft prompt und massiv einsetzte und man sie als *den* menschlichen Naturzustand – das göttliche Naturrecht auf Privateigentum und die darauf gegründete

---

22 Karl Marx / Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Karl Marx / Friedrich Engels: Werke. Bd. 4. Berlin 1959. S. 482.

gottgewollte Freiheit des Menschen schlechthin pries konnte<sup>23</sup> man die Idee ihrer sozialistischen Alternative weltweit nicht eliminieren. 1946 waren die konservativen Kräfte sogar soweit, in das Ahlener Programm der neugegründeten CDU aufzunehmen, daß sich der Kapitalismus endgültig diskreditiert hat und damit künftig unmöglich geworden ist, also der Sozialismus errichtet werden muß. Natürlich konnte das damals wie heute nur als heimtückisch-verlogenes Manöver gewertet werden, eine Geschichtsdeutung aufzugreifen, von deren Massenwirksamkeit und Massenpräsenz man wußte. Im Ernst war keine sozialistische Orientierung dieser Altkader der Zentrumsparterie zu erwarten. Aber dennoch zeigt gerade dieser Text, daß sich im Zeitgeist die Idee der Gesellschaftsalternative und einer postkapitalistischen Nachfolgeordnung weitestgehend durchgesetzt hatte; in dieser oder jener Form zum Zeitgeist des 20. Jh.s geworden war.

#### 4. Die Konsequenzen verlorenen Epochenedenkens, ihre Gründe und ihre Paradoxien

Eine etwas späte konvergente Anmerkung zu Wolfgang Küttler (1998)

Was aber ist heute anders, daß diese Gesellschaftsidee, die Idee vom Wandel der Ordnungen als Inhalt des geschichtslogischen Fortschreitens aus dem common sense der Gesellschaft des modernen Kapitalismus verschwunden ist?

Anders ist, daß sich eine solche Nachfolgegesellschaft als nicht machbar erwiesen hat. So real-gründlich, wie die Französische Revolution die Idee des Fortschreitens durch alternative Gesellschaftsordnungen hervorbrachte, zerstörte der Untergang der Sowjetunion und ihrer »realsozialistischen« Satellitenstaaten die Idee einer postkapitalistischen Alternative. Die Erschütterungen, die Gesellschaften durch solche historischen Ereignisse erfahren, zersetzen rasch scheinbar festgegründete Ideologie und bringen neue Erklärungsmuster auf.

Es ist eben eine historische Tatsache, daß trotz weltweiter Krisen und verheerender politischer Zusammenbrüche sich die auf exzessive Kapitalverwertung beruhende bürgerliche Ordnung als revitalisierungs- und entwicklungsfähig erwies. Noch mehr, dem Turbokapitalismus der Globalisierungsepoche erscheint der Kapitalismus des 19. und 20. Jh.s als geradezu

---

23 Siehe Leo XIII (Papst): Enzyklika »Rerum novarum«. 1891. – Ralf Dahrendorf: Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen. In: »Recht und Staat«. Sammlung. Bd. 232. Tübingen 1961. S. 32.

jugendliche Frühform. Zwar sind die heutigen Formen des Kapitaltransfers und der globalen Dislozierung von Investments und Großfirmenfusionen keine *wesentlich* andere Kapitalverwertung als die Gründung von Aktiengesellschaften und Handelskompagnien sowie die simplen Auslandsinvestitionen und Staatskredite des 19. Jh.s – aber ihre Vielfalt, ihre globale Vernetzung und nicht zuletzt ihre nach Billionen zu rechnenden täglichen Umsätze sind so etwas wie eine andere Welt.

Dagegen sind die einst unbestritten zukunftssträchtigen Gesellschaftsgründungen nach dem Sowjet-Prinzip verschwunden, abgesehen von China und Vietnam und von Nordkorea, als dem im Moment noch ungewissen peripheren »asiatischen Sonderfall«. Diese sind nicht verschwunden, weil sie sich bedingt durch innere Mißverhältnisse aufgelöst hätten, sondern weil sie vor den Geschützen zweier Fronten, nicht nur vor den imperialen Superrüstungen, sondern *auch* vor den Waffen vom Typ der im Kommunistischen Manifest beschriebenen wohlfeilen Waren der Bourgeoisie, in die Knien gegangen sind. Angesichts der doppelten Niederlage – *im Wettrüsten*<sup>24</sup> *und in der Ressourcenverwertungseffizienz*, haben sie sich zu *Reformen* drängen lassen, die nicht zur Vertiefung ihrer sozialistischen Elemente führten, sondern zur Revitalisierung des Kapitalismus, d. h. zum Wiedererstehen des privaten Großeigentums und der ihm eigenen exorbitanten Kapital- und Ressourcenverwertung.

Wie der Auftritt von Michail Gorbatschow im mondänen Fairmont Hotel in San Francisco im September 1995 zu erkennen gab, wo er vor der politischen, finanziellen und wissenschaftlichen Elite der Welt von einer neuen, die ganze Welt umspannenden reichen und glückhaften Zivilisation redete,<sup>25</sup> ging es breiten Kreisen der Kommunistischen Partei-Nomenklatura seit langem nicht mehr um sozialistische und kommunistische Ideale, sondern um die Restauration des ancien regimes des Weltkapitals unter den Bedingungen ihrer eigenen maßlosen Bereicherung an den Ressourcen ihres Landes. Eine »reiche und glückhafte Zivilisation« war ihnen nur vorstellbar in einer Welt der Dichotomie: Hier die privilegierte Minderheit der an Ressourcen Mächtigen, dort die riesige Mehrheit, teils mittelständisch-arriviert bis beschränkt, teils kärglich abgefunden, größtenteils aber minderbemittelt bis hinab zu den Armen und Elenden. Seit J. W. Stalin die Diktatur der Nomenklatura, der Staats-, Militär- und Parteibürokratie (Djilas »Neue Klasse«) zur Staatsform gemacht hatte, die widersinnig »Sowjet-Ordnung« hieß, war die Deformation der sozialistischen Revolution in Richtung einer neuen *sozialen Dichoto-*

24 Siehe Jürgen Bruhn: Der Kalte Krieg oder: Die Totrüstung der Sowjetunion. Gießen 1995.

25 Siehe Hans-Peter Martin / Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand. Reinbeck 1996. S. 9 f.



mie im Gange, d. h. eigentlich von Anfang an – und zwar nicht, was man hätte rechtfertigen können, als revolutionäre Durchgangsstufe, sondern als ein sich perfektionierendes System. Das kann nun bedeuten, daß es keinen Ausweg aus der sozialen Dichotomie der Welt-Menschheit gibt oder daß »bloß« der 1917 eingeschlagene Weg unzeitgemäß und falsch war. Die Antwort auf diese Frage muß heute als (noch) völlig offen angesehen werden.

Die Ablösung des Weltkapitalismus konnte 1917–1968, spätestens 1968 endeten die politischen Krisensymptome in den entwickelten Ländern, die das hoffen ließen, nicht stattfinden. Weder konnte die Strategie vom Sozialismus in einem einzelnen Land realisiert werden, noch Trotzki's Idee der permanenten Revolution, der Weltrevolution, noch andere auf demokratische Prozeduren hoffende Anfänge (z. B. in Spanien, Chile, Portugal, CSSR). Auch die von der Konvergenztheorie in Vorschlag gebrachte Lösung, daß sich die beiden antipodischen Weltsysteme irgendwo in einem Zustand gegenseitiger Angepaßtheit treffen werden, erwiesen sich als unrealistisch.

Beides ist leicht erklärbar: a) warum sich im Innern der Big-Seven keine antikapitalistischen Kräfte (nicht einmal eine allgemein-akzeptierte antikapitalistische Ideologie) von einigem Gewicht herausbilden konnte und b) warum es nicht möglich war und ist, außerhalb der Big-Seven-Domänen, also in Ländern mit vorkapitalistischen, anachronistischen Verhältnissen, eine Alternativgesellschaft zu bilden.

Zu a) ist festzustellen, daß sich die Mißstände und Dysfunktionen der führenden kapitalistischen Länder nicht so scharf und unumkehrbar gestalten, daß es zu einer umfassenden politischen Krise hätte kommen können und auch bei krassen sozialen Mißständen keine Revolution hervorgerufen hätten.

Zu b) ist zu sagen, was bereits im Kommunistischen Manifest von 1848 steht, daß es keine Mauern und Gegenwehren gibt, die dem Angriff des überlegenen *doppelten Waffensystems* der Bourgeoisie gewachsen wären.

Das Kommunistische Manifest hat die allgemeinen Bedingungen der kapitalistischen Globalisierung beschrieben, es ist die weltweit erste sozialwissenschaftliche Charakterisierung und Erklärung des kapitalistischen Globalisierungsprozesses. Alle anderen Konzepte sind theologischen Inhalts. Es sind keine anderen Erklärungen aufgetaucht, die sozialwissenschaftlich Bestand hätten: weder genügte die katholische Soziallehre diesen Ansprüchen, noch genügten die neoliberalistischen Konzepte, wie sie von Friedrich August von Hayek und Ralf Dahrendorf vertreten werden.<sup>26</sup> Auch die sozialdemokra-

---

26 Siehe Friedrich August von Hayek: Freiburger Studien. Tübingen 1969. – Ders.: Gesetzgebung und Freiheit. Landsberg 1981. – Ralf Dahrendorf: Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus. Stuttgart 1983.



tischen Überzeugungen gelangten nicht zu einem Epochenverständnis, das dem Globalisierungsgeschehen entsprochen hätte.

Dennoch ist folgendes passiert: Das Konzept einer historischen Alternative ist gescheitert und verlorengegangen. Zugleich gelang es nicht, eine sozialwissenschaftliche Kritik auszuarbeiten, die einen ernstzunehmenden Korrekturfaktor gegen die desaströse Entwicklung des Welt-Turbokapitalismus darstellen könnte. Das schließt die Existenz eines fraktalen Problembewußtseins und in Einzelfragen tiefreichende Einsichten bei vielen Autoren und Politikern nicht aus. Auch gibt es ausgezeichnete Texte, die eine für die nähere Zukunft ausbaufähige Substanz enthalten. Was sie jedoch *nicht* erreichen, ist die Qualität einer historischen Alternative, ist für ihre Problemsicht der common sense in einer etablierten Gesellschaft und eine wirksame Medienpräsenz. Es handelt sich weithin um ein vielgestaltiges, peripheres Klein-Klein, das bisher zu keinem bedeutenden Mainstream der Epochen-Deutung zusammengefließen ist.

Das ist zu relativieren. Natürlich versuchen Mitglieder einer so großen science community wie sie die Soziologie bzw. die Sozialwissenschaft darstellen, unentwegt, sich und der Profession ein Epochenverständnis zu erarbeiten. Dabei handelte es sich *nicht* um ein neues holistisches Gesellschaftsverständnis, sondern fast ausschließlich um ein bruchstückhaftes Krisen- und Risiken-Konzept, das auf den Status quo der bestehenden Gesellschaft bzw. auf gewisse absehbare mittelfristige Trends gerichtet ist.

*Kommen wir nun zu den sozialwissenschaftlichen Konsequenzen dieser Situation:* Ohne Gesellschaftsalternative auch keine Kriterien, die zu fundamentalen, systemischen Kritiken der heutigen kapitalistischen Moderne dienen könnten und natürlich auch keine Motivation dazu. Die Situation ist klar: Es fehlt das Bezugssystem. Man braucht, das ist trivial, ein optimales Funktionsmodell, um tiefreichende systemische Defizite einer Gesellschaft zu erkennen, die dann Gegenstand der Kritik sind. Das Fehlen eines optimalen Gesellschaftsmodells bedeutet nicht, daß keine Kritik Kriterien vorhanden wären. Die Geschichte der Zivilisation hat allgemeine Normen des Zusammenlebens hervorgebracht, die bis heute Kritikpunkte abgeben. Das frühe Altertum kannte bereits den Begriff des Verbrechen, des Unrechts.

Mord, Gewalt, Körperverletzung, Unterdrückung, Raub, Verrat, Untreue, Betrug, Wucher, Asozialität, Parasitentum, Herzlosigkeit (gegen Schwache, Kranke) besaßen zeitgemäße begriffliche Wertungen. Sie galten als negativ und wurden geahndet. Im Augustineischen Rom wurde ein überzogener Zinssatz von über 12% mit der Todesstrafe bedroht. Auf Mord stand bei allen Völkern zumeist die Todesstrafe. Die frühen Christen erzielten einen nachhaltigen ideellen Erfolg mit der Geschichte, wie Jesus den Tempel von den Wechslern und Wucherern reinigte. Die Evangelien und die Apostelgeschich-

te des Neuen Testaments lesen sich weithin wie ein Moralkanon, der sich keineswegs nur auf religiöse Vorschriften bezog. Insofern gibt es Stoff und Maßstäbe genug, sogar eine dichte, ehrwürdige Tradition, die Soziologie und Sozialwissenschaften befähigen, die Gebrechen und Mißbildungen der Gesellschaft des heutigen Turbokapitalismus und seine abenteuerliche Globalisierung zu kritisieren, ja sogar zu attackieren. Aber auch eine verstärkte Nutzung sozialkritischer Traditionen wird darauf beschränkt bleiben, defizitäre Einzelzustände, von denen es unzählbar viele gibt, kritisch abzuarbeiten, ohne an ein Ende zu kommen. Man kommt dabei nur auf Einzelursachen, nicht aber auf die bestimmenden, wesentlichen systemischen Zusammenhänge.

## 5. Alternativlose Gesellschaftskritik als Kritik systemischer Dysfunktionen – Der Fall Schimank

Wir wollen einen bemerkenswerten Versuch vorstellen, den jeder selbst nachlesen kann; einen Versuch, den aktuellen Stand des soziologischen Diskurses zum Epocheverständnis und zur prognostischen Epokekritik übersichtlich nachzuzeichnen; einen Versuch, ihn mittels einer in sich geschlossenen meta-theoretischen Prozedur nach einheitlich-übergreifenden Kriterien zu bewerten. Bemerkenswert erscheint ein solches Unternehmen, weil ein unerwartet stimmiges Ganzheitskonzept vorliegen muß, bzw. weil der Autor sich im Besitz eines solchen wähnen muß, um einen international ausgebreiteten Diskurs, beruhend auf einer Vielzahl von Konzepten, Sichtweisen und Ansichten derart zu generalisieren.

Der Versuch findet sich bei Uwe Schimank in dem Zeitschriftenartikel »Gesellschaftliche Integrationsprobleme im Spiegel soziologischer Gegenwartsdiagnosen«. <sup>27</sup> Er soll hier *vorgestellt* allerdings nicht Punkt für Punkt untersucht werden, obgleich es sich, Quellenkritik eingeschlossen, lohnen würde. Schimank wertet einschlägig befaßte Arbeiten von 22 Autoren aus den Spätneunzigern und ein gutes Dutzend korrespondierende Schriften der 70er und 80er Jahre aus, dazu Rückbezüge auf Klassiker wie Karl Marx, Robert K. Merton, Talcott Parsons, Ferdinand Tönnies, Max Weber.

Ein umfassendes Diskurs-Programm, wahrlich. Was zum Vorschein kommt, ist eine von Soziologen aufgemachte lange Liste von »Risiken«, Fehlentwicklungen, Defiziten und Gefährdungen der spätbürgerlichen, spät-kapitalistischen, neoliberalen Gesellschaft »des Westens«, also der wenigen

---

27 Siehe Uwe Schimank: Gesellschaftliche Integrationsprobleme im Spiegel soziologischer Gegenwartsdiagnosen. In: »Berliner Journal für Soziologie«. (2000)4.

auf dem Weg der Moderne höchstentwickelten Länder. Schimank nennt seine Arbeit eine »Sekundäranalyse« und meint, nur auf diesem (methodischen) Wege kann man die zahllosen, eigentlich unvergleichlichen, durch unterschiedliche Methoden und Paradigmen nichtkompatiblen Analysen aufeinander beziehen, um zu einem »geschlosseneren und umfassenderen Bild der Gesellschaft« zu gelangen.<sup>28</sup>

Schimank sieht das Kernproblem des Epochenverständnisses im Prozeß der gesellschaftlichen Integration. Er sieht drei Integrationsvorgänge, die als zentrales Funktionsprinzip der Gesellschaft gelten, wenn nicht als das zentrale überhaupt. Indes besteht er nicht darauf. Die drei Dimensionen der Integration sieht er in: Sozialintegration, Systemintegration nach David Lockwood<sup>29</sup> und dazu als neue: die ökologische Dimension. Ein erfolgreiches Integrationsgeschehen – das einfachste sei ein solches, das nicht wahrgenommen, als Normalität verstanden werde, das jedoch keine weiterführende Erkenntnis bringe – sichert ein für alle Betroffenen, Individuen, Gruppen, Verbände usw. günstiges Sozialbefinden.

Doch so einfach liegen die Dinge nach Schimank nicht. Nach ihm wird Integration konterkariert durch Desintegration und gegengesteuert durch Überintegration. Integration ist gewissermaßen ein Schwebezustand zwischen Desintegration und Überintegration. Sie ist ein labiles Gleichgewicht, das nur für einen bestimmten Zeitpunkt und unter einem bestimmten Maßstab bestimmbar ist, nur durch endogene Kriterien gewertet werden kann und sich jedem exogenen, absoluten, außerhistorischen Maßstab entzieht. Es sind sozusagen Kriterien der vom Integrations-Syndrom Betroffenen über sich selbst. Es ist ein Befinden, sei hinzugesetzt, von dem der Arzt zum Patienten sagen würde: ob Sie diese Beschwerden als ein Leiden empfinden oder als eine Herausforderung an Ihren Charakter, das müssen Sie mit sich selbst abmachen. Wenn das Volk es Asthma und ein Leiden nennt, für die Medizin ist es eine gewisse Desintegration der Atemsysteme.

Es gehe, schreibt Schimank, nicht um eine vorauszusetzende oder anzustrebende optimal integrierte, perfektionierte Gesellschaft, die sich plötzlich in ihrem Normalzustand gestört, mit Defiziten und Gebrechen konfrontiert sieht.<sup>30</sup> Es gehe um den Vergleich zwischen dem Gestern und Heute und ob sich Trends für Morgen abzeichnen, die die Befindlichkeit der Gesellschaft verbessern oder verschlechtern. Denn natürlich sind Tendenzen der Desintegration oder der Überintegration unerwünscht. Sie stellen sich als soziale

---

28 Ebenda. S. 449.

29 Siehe David Lockwood: Soziale Integration und Systemintegration. In: Theorien des sozialen Wandels. Hrsg. Wolfgang Zapf. Köln / Berlin 1964. – Zitiert bei Uwe Schimank: Gesellschaftliche Integrationsprobleme ... S. 468.

30 Siehe Uwe Schimank: Gesellschaftliche Integrationsprobleme ... S. 452.

Belastungen und als Minderung der Lebensqualität für die Gesellschaftsmitglieder dar. Nach Schimanks Beschreibung ist die funktionierende Integration ein Zustand von Synergie bis Homöostase zwischen Gesellschaft, Gemeinschaften, Individuen und ihren sozialen Einbindungen usw. Die Begriffe Synergie und Homöostase benutzt er allerdings nicht, sondern beschreibt mit dem Terminus »*intersystemisches Interdependenzgeflecht*« Zustände, die einer innersystemischen Ausgeglichenheit und günstigen Wirkung auf ihre »spezifischen Leistungsproduktionen« entsprechen.

Das Problem der Aufrechterhaltung und steten Nachregelung von Integration sieht er mit Max Weber darin, daß die funktionale Ausdifferenzierung zu zentrifugalen Tendenzen und Zerissenheiten in der Gesellschaft führt und damit zu Anfälligkeiten des sozialen wie systemischen Zustandes. Indes hält er die alten Auffassungen eines krisenhaften Dauerzustandes für überholt. Insgesamt sei gegenwärtig das Niveau der Integration hoch. Es sei nicht prinzipiell, sondern nur punktuell gestört. Die größten Schwierigkeiten, Desintegrationsprozesse umzukehren sieht er in der ökologischen Integration. In dieser Frage folgt er Bruno Latour, der herausfand, daß der Mensch sein Verhältnis zur Natur »ontologisch« mißverstehe.<sup>31</sup> Je mehr der Mensch die Natur in seinem Interesse umgestaltet und nutzbar macht, desto mehr verstärke er die ökologische Desintegration. Dieser Zustand könne, mit weitreichenden Folgen als »organisierte Unverantwortlichkeit« beschrieben werden.

Die geringste Problemlastigkeit sieht Schimank in der Systemintegration, d. h. in der Synergie der verschiedenen Teilbereiche und Großinstitutionen der Gesellschaft. Hier haben die ordnungspolitischen Aktivitäten des »Steuerungsstaates« offenbar ein hohes Maß an Stabilität und Belastbarkeit geschaffen.

Problematischer erscheint ihm die Sozialintegration: Es zeichnen sich Gefährdungen durch Ungleichheitsprozesse, Ausgrenzung, Entfremdung, Konflikte – ethnischen, religiösen, wirtschaftlichen – zwischen Großgruppen ab. Schimanks Sicht der Dinge dramatisiert nicht, prophezeit aber ernste Folgen, wenn bestimmte Integrationsprozesse nicht aktiviert werden. Aber da lägen große Schwierigkeiten. Er formuliert sogar ein Dilemma: »*Was sozial-integrativ funktional ist, ist im Hinblick auf Systemintegration und ökologische Integration dysfunktional, und umgekehrt*«<sup>32</sup> und sieht darin einen »*gefährlichen Sprengstoff*«, nicht für die moderne Gesellschaft per se, sondern für ihre »*zukünftige Integration*«. <sup>33</sup>

---

31 Siehe Bruno Latour: Wir sind modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie. Berlin 1991. – Zitiert bei Uwe Schimank: Gesellschaftliche Integrationsprobleme ... S. 468.

32 Uwe Schimank: Gesellschaftliche Integrationsprobleme ... S. 463.

33 Siehe ebenda. S. 466.

Das Phänomen der Überintegration dagegen sei in den westlichen, demokratischen Ländern nur punktuell auszumachen. Eventuell durch ihren Status als Organisationsgesellschaft. Aber in wichtigen Weltregionen bzw. Gesellschaftssphären, z.B. in der dritten Welt, in Diktatorsystemen, im Islam, im ehemaligen sowjetischen Länderblock, ist bzw. war die Überintegration stark ausgeprägt. Aus solchen Erscheinungen können sich auch künftig schwerwiegende Folgen ergeben.

Das eigentliche Problematische seiner Analyse ist weniger die erstaunliche Gefährlichkeit, die lässige Grundhaltung zu den aktuellen sozialen Gebrechen, sondern sein Integrationsansatz überhaupt.

Dieser Ansatz unterstellt, daß die heutige, auf zahllose Instabilitäten hinsteuernde Gesellschaft die gesellschaftliche Form des Menschen schlechthin ist. Das Gleichgewicht der Integrationskräfte hängt nicht von einer gesellschaftlichen sozialen Grundverfassung und sozialen Makrostruktur ab, sondern vom Verhalten ihrer sozialen Sphären und Teilsysteme. Die Integrationskrisen ergeben sich aus den an sich erfreulichen Zuständen von Pluralismus, Multioptionen, Ungleichheiten, aus dem Funktionieren als Organisationsgesellschaft und als Sozial- bzw. Steuerungsstaat, die die Moderne charakterisieren. Das alles sind, nach Schimank, Positiva, die jedoch Risiken und Gefahren sowie »Konfliktpotentiale« enthalten, die aber durch Integrationsstrategien gemeistert werden können. Er sieht, daß gefährliche Instabilitäten durch Anspruchshaltungen, Wachstumszwänge, Konkurrenzen entstehen, die wiederum die ökologische Integration unterlaufen. Er sieht, daß die Anspruchshaltungen »nach oben tendieren«, die weniger Vermögenden eine Angleichung an die höher Vermögenden anstreben, was zur systemischen und ökologischen Desintegration führt. Aber daraus leitet er keine Konsequenzen für die Behebung der sozialen Ursache ab, die in der Ungebremstheit bei der Vervielfachung der großen Vermögen zu suchen ist. Daß dabei Grenzwerte überschritten werden können, die zu einem generellen Crash der Systeme und zur Zerstörung der Zivilisation führen – keine der heute gängigen apokalyptischen Vorwarnungen sind in seinem Blickfeld. Schimanks Vertrauen in die integrative Kraft der Moderne ist unerschütterlich. So wie andere auf die alles heilende Wirkung der blinden Marktkräfte setzen, setzt Schimank auf die Ratio der systemischen Integration. Das Resümé seiner Analyse ist: Nicht auf den, die existenziellen Krisen des Menschen überwindenden makrosozialen Systemumbau kommt es an, sondern auf die Ausschöpfung der vieldimensionalen Integrationskraft der Systeme der westlichen Gesellschaften. Oder, wie ein weiser Apologet kundtat: es muß alles anders werden, damit alles so bleiben kann, wie es ist.

In einem wesentlichen Punkt ist Schimank beizustehen. Bei Marx endet die kapitalistische Globalisierung mit der Erzeugung des Totengräbers des

Systems, dem Proletariat, das sowohl Erbe der geschaffenen Produktivkräfte als auch Schöpfer seiner alternativen Nachfolgeordnung ist. Dieser Schluß war eben so sehr system-logisch einleuchtend, wie er historisch falsch war. Der heutige Stand der Einsicht in die System-Logiken des Turbo-Kapitalismus und *seines* Typs von Globalisierung läßt keinen Akteur erkennen, der die ultima ratio des Systems, die Verstärkung einer ausgewogenen Integration gegen den Widerstand destruktiver Kräfte vollziehen könnte. Eben an diesem Punkt, wo die von Schimank so geschätzten modernen multiplen Verhaltenslogiken, Handlungswahlen und Akteurskonstellationen gefragt sind, verlassen sie ihn schmachlich.<sup>34</sup> Was bleibt, sind die höchst ungewissen Erwartungen in den »Steuerungsstaat«.

Aber von diesem Standpunkt aus läßt sich immerhin weiterdenken. Zwar wird damit das Mandat als Kommentatoren des Schimankschen Integrations-Paradigmas bedenklich überschritten, gestattet aber, die Vision einer rot-rot-grünen (staats-stuernden) Parteien-Koalition zu entwerfen, die in drei bis fünf Parteien strukturiert – denkbar wäre eine »nach links-liberal« tendierende FDP – , ebenso viele einsichtige Führungskräfte aus Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft mobilisiert, wie sie bei den Wählermassen des »Steuerungsstaates« mehrheitsfähig ist. Vor dem historischen Hintergrund inzwischen eingetretener Krisen und Katastrophen, die den nachfolgenden Generationen nicht erspart bleiben werden, wird sich eine mehrheitsfähige Wählermasse finden, die konservative Staatsstreich-Versuche einer elitären und korrupten, zugleich bankrotten und systemisch-erodierten Besitz-Aristokratie ebenso verhindern, wie sie demokratische Mittel und Wege finden wird, eine Parteienkoalition zum rationalen Umbau der Gesellschaft an die Macht zu bringen. Die historische Alternative zur systemischen Desintegration sind integrationsfähige, alternativ und rational handelnde politische Akteure. Damit, weit entfernt von Schimank, sind wir überraschend wieder zu ihm zurückgekehrt. Vermutlich wird er selbst diese Metamorphose seiner Ideen für absurd halten.

Versuch eines Ausblicks – Stichworte – Programm-Schritte einer Agenda

1. Für stete Kritik und Ermutigung zur Kritik an den sozialen Verwerfungen der Globalisierung des Turbo-Kapitalismus Sorge tragen.

---

34 Siehe Uwe Schimank: Was ist Soziologie? ... A. a. O

2. Regulierung, Steuerbarkeit und Verträglichkeit der blindwirkenden Kräfte des Systems einfordern und ihre Verletzung bzw. ihren Mißbrauch nachweisen.
3. Den »linken Faktor« geltend machen: Soziallagen der Massen, soziale Defizite, alle Formen der Verelendung, Umweltzerstörung, rechte Gewalt, staatliche Gewalt, Kriege, Verrohung und Demotivierung der Jugend namhaft machen und anklagen; Wissen darüber verbreiten, das Problembewußtsein der Öffentlichkeit schärfen.
4. Mehr sozialwissenschaftliche und ökologische Wissenschaft und Forschung einfordern!

## **Globaler Kapitalismus und Transformation. Zur Frage der Perspektiven geschichts- und gesellschaftstheoretischen Denkens**

*Wolfgang Küttler*

In gewisser Weise werden mit den Fragestellungen dieses Bandes Diskussionen fortgesetzt, die vor drei Jahren zum Diskurs »Wissenschaft und Politik« geführt wurden.<sup>1</sup> Damals ging es um Aufgaben und neue Gegenstandsbestimmungen kritischer Sozialwissenschaft in Deutschland, vor allem im Hinblick auf eine Bilanz des Umbruchs seit 1989. Ähnlichen Problemen ist dieser Band gewidmet, wiederum mit dem Schwerpunkt auf kritische Analyse der eigenen Tradition marxistischer Sozialwissenschaft wie der etablierten Richtungen des aktuellen Wissenschaftsbetriebs.

Helmut Steiner konzentriert sich in seiner Analyse der Soziologieentwicklung in Deutschland vor und nach 1989 nicht nur auf eine Metakritik der Konzeptionen, Theorien und Methoden, wobei sich seine Bilanz ebenso kritisch und selbstkritisch an die Adresse der DDR-Soziologie richtet, sondern wendet sich auch ausführlich der Sachkritik eines wichtigen Gegenstandsbereichs, der konkreten Transformationsforschung über die ostdeutschen Bundesländer bzw. an anderer Stelle über Rußland zu.<sup>2</sup>

Deren Gegenstand ist ein Prozeß, der in den marxistisch-leninistischen Sozialwissenschaften vor 1989 noch tabu war: die kapitalistische Transformation der Länder des »sozialistischen Lagers«. Der Bruch in der Realität und im Denken kann kaum deutlicher zum Ausdruck gebracht werden als durch die realgeschichtliche »Umkehrung« der Tendenz gesellschaftlichen Wandels gegenüber der zuvor verbindlichen Epochentheorie vom weltweiten Übergang zum Sozialismus/Kommunismus.

Ich halte diese radikale Gegenstandsverschiebung der Bedeutung von »Transformation« weit über den deutsch-deutschen Horizont und auch denjenigen der Umbrüche über Osteuropa hinaus für eine entscheidende Frage kritischer Sozialwissenschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Denn sie be-

---

1 Siehe Hansgünter Meyer / Helmut Steiner: *Wissenschaft und Politik – Diskurs*. Berlin 1998.

2 Siehe den Beitrag von Helmut Steiner »Soziologie und Gesellschaft – ein widerspruchsvolles Verhältnis – Reflexionen ...« in diesem Band. – Helmut Steiner / Wladimir A. Jadow (Hrsg): *Rußland – wohin? Rußland aus der Sicht russischer Soziologen*. Berlin 1999.



trifft ganz generell die Perspektiven gesellschaftlich-kultureller Entwicklung und der nicht erst seit 1989, sondern im Weltmaßstab schon seit einigen Jahrzehnten zu beobachtenden tiefgreifenden Qualitätsveränderungen des Geschichtsprozesses überhaupt. Das zeigt die Entwicklung aller Richtungen des aktuellen Perspektivenstreits deutlich.

Symptome sind die im Zeichen des Postmodernismus stehende kulturalistisch-linguistische Wende der »Geisteswissenschaften«, die mit dem Geschehen der vieldeutigen »Globalisierung« begründeten neoliberalen Trends in Ökonomie und Soziologie genauso wie die Krise und der Revisionsbedarf des Marxismus, aber auch Erscheinungen des Fundamentalismus und Terrorismus in unterschiedlichen Regionen. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß die auf den ersten Blick sehr heterogenen Veränderungen der Perspektivität des Geschichts- und Gesellschaftsdenkens letztlich Reaktionen auf einen globalen Umbruch darstellen, dann lieferten ihn die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA und ihre Folgen auf eindringliche Weise.

In diesem neuen weltweit empfundenen Zäsurshock kommen innere und äußere Umbruchssymptome als einheitliche Krisenzeichen einer unteilbar betroffenen Welt zum Ausdruck. *Globalisierung* verlangt *angemessene Globalität des Denkens* hinsichtlich der Perspektiven des Wandels und der Transformation nicht nur in den entwickelten Zentren, sondern auch für die sogenannte Peripherie und vor allem für deren interaktive Beziehungen. Dabei ist die aktuelle Umbruchssituation ebensowenig eine Stunde Null wie frühere Umwälzungen, weder hinsichtlich der Interessenlagen und ihrer Träger noch in bezug auf das Geschehen selbst und die Denkrichtungen, die es reflektieren. Daher ist es erforderlich, sowohl die Brüche als auch die Kontinuitäten im realen Geschehen auf ihre kognitiven Konsequenzen zu prüfen.

Das geschieht freilich nicht perspektivenfrei und kann redlicherweise auch gar nicht ohne perspektivische Prämissen geschehen. Vielmehr bestehen diese für eine kritisch reflektierte marxistische Tradition heute mehr denn je in einer grundsätzlichen Kritik an der ökonomischen »Logik« des Kapitals und ihren gesellschaftlichen und kulturellen Auswirkungen. Aber diese Gesellschaftskritik muß selbst ihren Standort und ihr Instrumentarium verändern, um sich auf veränderte Realitäten der soziokulturellen Evolution einzustellen.<sup>3</sup> Aus der Vielzahl der damit verbundenen Probleme greife ich in den

---

3 Siehe Wolfgang Fritz Haug: Dreizehn Versuche marxistisches Denken zu erneuern. Berlin 2001. Besonders S. 43 ff. und S. 60 ff.

folgenden skizzenhaften Bemerkungen die Frage nach dem Verhältnis von Kapitalismus und Transformation auf. Sie ist m. E. sowohl kognitiv als auch programmatisch entscheidend, um notwendige Veränderungen der Perspektivität, aber auch wichtige Momente der Kontinuität in den Gegenstandsbeziehungen wie in der praktischen Orientierung kritischer Sozialwissenschaft zu erfassen.

Für Marxisten ist, wie eingangs hervorgehoben, der Zusammenbruch der Systemalternative zur Welt des Kapitals zugleich die wichtigste Gegenstandsverschiebung geschichts- und gesellschaftstheoretischen Denkens. Im größeren historischen Zusammenhang betrachtet, handelt es sich dabei aber nur um eine eingreifende Zäsur in einem sich schon länger vollziehenden weltweiten Umwälzungsprozeß. Dieser ging von den entwickelten kapitalistischen Industrieländern und nicht vom »sozialistischen Lager« aus. Die aktuellen Umwälzungen, die unter Schlagworten wie »Globalisierung«, »zweite Moderne«, »Postmoderne« usw. firmieren, erwachsen im wesentlichen aus dem neuesten Formwandel des Kapitalismus, der wiederum und sogar erstmals in »globaler« Dimension die treibende Kraft der Entwicklung wie auch die Quelle ihrer sich gefährlich zuspitzenden inneren Widersprüche ist.

Zugleich erweist sich damit, vom Ende des »kurzen 20. Jahrhunderts«<sup>4</sup> her gesehen, die Verbindung einer als existenznotwendig erkannten Transformation mit der Arbeiterklasse als ihrem kollektiven Subjekt und später vor allem mit dem von 1917 ausgehenden Versuch einer antikapitalistischen Gesellschaftsordnung als trügerisch. Der grundlegende Irrtum betrifft nicht die geschichtliche Bedeutung der modernen Arbeiterbewegung und der von Rußland ausgehenden Umwälzungen und ihrer Folgeentwicklungen an sich. Vielmehr beruhte die Epochenperspektive des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus auf einer Fehleinschätzung der Transformationsprozesse, an denen beide zweifellos wesentlich beteiligt waren und die – ich komme darauf zurück – gegenwärtig keineswegs abgeschlossen sind.

Damit sind einschneidende Konsequenzen für den theoretischen Bezugsrahmen von »Kapitalismus« und »Sozialismus« bzw. »Kommunismus« verbunden. Sie beziehen sich nicht nur auf den Marxismus-Leninismus, sondern auch auf die ursprüngliche Marxsche Perspektive und in beiden Hinsichten vor allem auf die formationsgeschichtliche Dimension des Kapitalismus. Dafür ist der Grundaspekt, daß die Bourgeoisie gezwungen ist, die Produktivkräfte ständig umzuwälzen, besonders wichtig. Den realen Verhältnissen

---

4 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München 1994. S. 16 ff.

selbst im Mutterland der industriellen Revolution weit vorausseilend,<sup>5</sup> beschrieben Karl Marx und Friedrich Engels im »Manifest der Kommunistischen Partei« vor anderthalb Jahrhunderten die alle traditionellen Widerstände, alle Beharrungsmomente ständig im Strudel dynamischer Veränderung niederreißende Macht des Kapitals in ihrer ebenso präzedenzlos progressiven wie verheerend destruktiven Wirkung.<sup>6</sup>

Karl Marx ging wohl vor allem wegen der revolutionierenden Funktion des Kapitals mit der Bezeichnung »Kapitalismus« sehr vorsichtig um und verwendete sie erst spät mehr adjektivisch zu »Produktion« und »Produktionsweise«.<sup>7</sup> Unter den 1859 im Vorwort »Zur Kritik der politischen Ökonomie« als »progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation« aufgeführten Produktionsweisen erscheint zuletzt die »modern bürgerliche«.<sup>8</sup> Der für Produktionsweise *und* Gesellschaftsform benutzte ganzheitliche Ordnungsbegriff ist überwiegend »bürgerliche Gesellschaft«. Dieser und der Herrschaft der Bourgeoisie gilt im »Manifest« auch die Diagnose ihres unvermeidlich bevorstehenden Untergangs durch die Revolution des Proletariats.<sup>9</sup>

Diese Nuancen hervorzuheben ist keineswegs spitzfindige Begriffskrobatik. Vielmehr deutet die begriffliche Vorsicht darauf hin, daß sich Marx des mit dem Kapitalverhältnis verbundenen grundlegenden Qualitätswandels im gesellschaftlichen Formationsprozeß, in der Art und Weise, wie sich Gesellschaften formieren und transformieren, bewußt war. Das bedeutet zunächst ein anderes Verhältnis von Produktivkraftentwicklung, Produktionsverhältnissen und Transformation im Vergleich mit der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft aus dem Feudalismus und insgesamt mit früheren agrarisch bestimmten Formen. Während sich diese nach ihrer Herausbildung zur selbst nur langsamen Entwicklung der Produktivkräfte im wesentlichen konservativ verhielten, ist deren ständige Revolutionierung für das Kapital konstitutiv.

Ursprünglich gab die mit der ökonomischen Dynamik der Kapitalentwicklung verbundene krisenhafte Instabilität Anlaß, die neue soziale Revolu-

---

5 Siehe ders.: Barbarei: eine Gebrauchsanweisung. In: Ders.: Wieviel Geschichte braucht die Zukunft? München 1998.

6 Karl Marx / Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Karl Marx / Friedrich Engels: Werke (im folgenden MEW). Bd. 4. Berlin 1959. S. 464 ff.

7 Siehe Uli Schöler: Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus. Bonn 1999. S. 100 ff. – Elmar Altwater: Kapitalismus. Zur Bestimmung, Abgrenzung und Dynamik einer geschichtlichen Formation. Ms. Erscheint in: Ethik und Sozialwissenschaften. Streitforum für Erziehungskultur. Jg. 2002.

8 Siehe Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW. Bd. 13. Berlin 1981. S. 9.

9 Siehe dies.: Manifest ... A. a. O. S. 474.

tion in kurzen oder mittleren Fristen schon als finales Ergebnis der bürgerlichen Umwälzungen zu erwarten. Die Permanenz der Revolution sollte in die Bewegung zum Kommunismus münden, die »den bestehenden Zustand aufhebt«<sup>10</sup> d. h., wie Marx später formulierte, den »aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervorstechenden Antagonismus«<sup>11</sup> grundsätzlich überwindet.

Das Geschehen nach 1848/49 und besonders nach 1870/71 offenbarte jedoch unausgeschöpfte Potenzen der sich erst jetzt strukturell und räumlich voll entfaltenden Herrschaft des Kapitals.<sup>12</sup> Die »kapitalistische Revolution« zwischen dem Feudalismus und der proletarischen Revolution<sup>13</sup> erwies sich als längerfristige Formationsepoche. Die weltweite Dimension des Kapitalismus machte zugleich die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung in den Metropolen des Kapitals und in den weniger oder schwach entwickelten, größtenteils kolonial unterdrückten Ländern deutlich. Damit entstand neben dem Gegensatz von Kapital und Arbeit derjenige von »Zentrum« und »Peripherie«.

Angesichts dieses neuen zukunftssträchtigen Gegensatzes modifizierte Marx im Spätwerk seine Auffassung vom Verlauf und Schauplatz der künftigen Revolution, indem sie nun zeitlich als längerfristige Epoche und strukturell in einer Vielfalt möglicher sozialer Bewegungen und Übergangsformen gesehen wurde. Mit deutlicher Schwerpunktverschiebung zu den Rändern und peripheren revolutionären Bewegungen, aber noch eindeutig von der Entscheidung in den Zentren ausgehend, erweiterte später Wladimir I. Lenin diese Sichtweise in seiner Imperialismustheorie und Epochenkonzeption. Josef W. Stalin dagegen fixierte mit seinem Konzept des Sieges des Sozialismus in einem Lande die Prämisse des progressiven Zentrums vollends auf die Sowjetunion, was der Sieg über Hitlerdeutschland und die internationalen Erfolge in den ersten Nachkriegsjahrzehnten zu bestätigen schienen.

Im weiteren Verlauf der Entwicklung des Marxismus folgte somit aus den zeitlich und räumlich verschobenen Perspektiven des Übergangs *erstens*, daß der Kapitalismusbegriff immer mehr mit der Vorstellung eines langfristigen evolutionierenden Gesellschaftssystems gleichgesetzt wurde. Im Zustand einer »allgemeinen Krise« verhalte es sich zur proletarischen Revolution und zum Sozialismus ähnlich wie der Feudalismus zur bürgerlichen Umwälzung,

---

10 Siehe dies.: Die deutsche Ideologie. In: MEW. Bd. 3. Berlin 1983. S. 35.

11 Siehe Karl Marx: Zur Kritik der ... A. a. O. S. 9.

12 Siehe Friedrich Engels: Einleitung [zu Karl Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850«]. In: MEW. Bd. 22. S. 509 ff.

13 Siehe ders.: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: MEW. Bd. 19. Berlin 1962. S. 227 f.

sagte Lenin 1921.<sup>14</sup> So konnte der Kapitalismus im Wortsinne als Fessel der modernsten Produktivkräfte betrachtet werden, während die Rückständigkeit der neuen revolutionären Ordnung durch deren Aneignung schließlich in eine allseitige Überlegenheit des Sozialismus verwandelt werden könne.

Die zugrundeliegende Systemvorstellung erschwerte *zweitens* die realistische Einschätzung vor allem der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungspotentiale des Kapitalismus. Immer wieder wurden finale Schranken und Krisen erwartet, die tatsächlich zu revolutionären Erschütterungen führten, aber jedesmal mit vielen Opfern und katastrophischen Begleitumständen überwunden wurden, ohne daß das »System« zusammenbrach. Das gilt für 1914–1923 ebenso wie für die Folgeentwicklungen des Zweiten Weltkrieges.

Nach dem XX.. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956 reagierte der offizielle Marxismus-Leninismus *drittens* mit dem Ausweichen in längere Fristen der Übergangsepoche und in weitergefaßte Bestimmungen der Koexistenz der Gesellschaftssysteme nach Außen und der Übergangsstrukturen im Innern. Diese Erosion der ursprünglichen Revolutionsperspektive reicht von der neuen, 1957 verbindlich gemachten Epochentheorie, bis zum hilflos scheiternden »neuen Denken« Michail S. Gorbatschows.<sup>15</sup> Die Kehrseite war eine Serie katastrophaler Versuche radikalen Überspringens von Entwicklungsrückständen wie z. B. in China mit dem »großen Sprung« 1959–1960 und der verheerenden Kulturrevolution 1966–1976.

Die Geschichte antikapitalistischer Bewegungen bzw. Gesellschaftsordnungen und die Theoriegeschichte des Marxismus lassen sich somit auch als ständige Erweiterung der Kluft zwischen der Realität erreichter Wandlungen und revolutionärer Umbrüche einerseits und dem Ziel einer *nach*-kapitalistischen gesellschaftlichen Bewegung und Ordnung andererseits beschreiben. Dabei blieb die Prämisse, daß die moderne Arbeiterklasse das hegemoniale Subjekt des Übergangsprozesses sein müsse, bei allen Kompromissen »anti-imperialistischer« Bündnisse und auch in der Form des kommunistischen Herrschaftssystems im Prinzip unverändert bestehen. Andere Subjektorientierungen galten als Abweichungen vom Marxismus-Leninismus, was wiederholt zu ideologischen Konflikten mit revolutionären Bewegungen in der »dritten Welt« führte.

Fällt die innere und äußere Perspektivität weg, dann verändert sich der formationsgeschichtliche Bezugsrahmen. Um sich die Konsequenzen vorzustellen, ist eine Version der Welt-Formationsgeschichte interessant, die Marx in seinen letzten Lebensjahren auch unter dem Eindruck neuer Studien zu

---

14 Siehe Wladimir I. Lenin: Werke. Bd. 33. S. 32.

15 Siehe Michail S. Gorbatschow: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt. Berlin 1987.

ursprünglichen Gemeinwesen, über Rußland, Indien und die niederländischen Kolonien in Südostasien konzipierte.<sup>16</sup> Darin wurden umfassende, auf bestimmten übergreifenden Produktions- und Reproduktionsweisen beruhende Formationsreihen (Urgesellschaften, Klassengesellschaften, moderner Kommunismus) unterschieden. Einen Sonderfall innerhalb der Version bildete die mediterran-europäische Entwicklung mit asiatischen, antiken, feudalen Produktionsweisen, der durch Übergang zur kapitalistischen Produktion die Bedingungen des Kommunismus hervorbringt.

Der Kapitalismus wird hier transitorisch am Ende der klassenantagonistischen Entwicklung verortet, deren höchste Entfaltung zugleich als endgültige Krise erscheint, was rückständigen Ländern wie Rußland die Abkürzung des Weges zum Kommunismus ermöglicht, wenn das siegreiche Proletariat des Westens Hilfe geben kann.<sup>17</sup> Behält man die umfassende Sichtweise dieses Konzepts ohne die utopisch gebliebenen Elemente bei, dann erscheint gerade das verkürzte transitorische Moment der modernen kapitalistischen Produktion als Grundlage einer neuen eigenständigen Formationsreihe, die auf Markt, großer Industrie, Kapital und Lohnarbeit beruht und selbst wiederum Formationen und Transformationen unterschiedlichen Typs hervorbringt. Zugleich wird jede formationssystemische Fixierung eines bestimmten Kapitalismus als finales Vorstadium einer grundsätzlich neuen Gesellschaft problematisch.

Retrospektiv lassen sich dann die bisherigen Stadien des Kapitalismus auch als unterschiedliche Formationen einer Entwicklungsreihe von übergreifender Dimension interpretieren. Die revolutionierende Dynamik der Produktivkraftentwicklung ist konstitutiv für die *innere* Evolution der Produktionsweise und bedingt auch eine ständige Anpassung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsformen. Neben der Tendenz fortschreitender struktureller Vereinheitlichung zur Totalität wirkt die einer historisch diachronen und räumlich ebenso synchronen Differenzierung im Ergebnis ständiger Formveränderungen. Aus revolutionsgeschichtlicher Sicht wäre hinzuzufügen, daß die Übergänge von Revolutionszyklen und Kriegen begleitet wurden,<sup>18</sup> womit auch die revolutionäre Seite des Formwechsels gegeben ist –

---

16 Hans-Peter Harstick: Karl Marx über Formen vorkapitalistischer Produktion. Frankfurt/Main/New York 1977.

17 Siehe Karl Marx: [Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V. I. Sassulitsch. Erster bis Dritter Entwurf]. In: MEW. Bd. 19. S. 384–405. – Wolfgang Küttler: Formationsgeschichtliche Bemerkungen zur postkommunistischen Situation. In: Eingreifendes Denken. Wolfgang Fritz Haug zum 65. Geburtstag. Hrsg. Ch. Kniest / S. Lettow / Teresa Orozco. Münster 2001.

18 Siehe Manfred Kossok: Vergleichende Geschichte der neuzeitlichen Revolutionen. Sitzungsberichte der AdW d. DDR. 2 G 1981. Berlin 1981. – Ders.: In Tyrannos. Revolutionen der Weltgeschichte von den Hussiten bis zur Commune. Leipzig 1989.

nach 1789 »im Kapitalismus für den Kapitalismus« oder »auf dem Wege zum Kapitalismus« jeweils mit Entscheidungen über Formwechsel und Typ der bürgerlichen Gesellschaft.

Aus dieser Perspektive betrachtet, dienten sogar die Erfolge der Arbeiterbewegung und die Herausforderung des Sowjetsystems letztlich der Anpassung und Krisenüberwindung, und sie scheint keinen wesentlichen Unterschied zu den westlichen Entwicklungskonzepten aufzuweisen, die in der Zeit des Systemkonflikts auf weltgeschichtliche Veränderungen ebenso wie auf den Marxismus reagierten. Darin wurden »Kapitalismus« bzw. »bürgerliche Gesellschaft« durch die übergreifenden Kategorien der »Moderne« und der »Modernisierung« ersetzt und die entsprechenden geschichtlichen Konzepte in Wachstums-, Industriegesellschafts- und Modernisierungstheorien, später im Verhältnis zum Osten und zur dritten Welt, in Konvergenz- und Entwicklungstheorien gefunden.<sup>19</sup> In der Retrospektive entsprach die Unterscheidung agrarisch-traditionaler, »vormoderner« und moderner Gesellschaften durchaus der oben skizzierten Wendung des Marxschen Formationskonzepts zu einer modernen Formationsreihe.

Es nimmt daher nicht wunder, daß sich die Perspektive einer übergreifenden »Modernisierung« in vielen etablierten Richtungen westlicher Sozialwissenschaft 1989 bis 1991 fortsetzte und, wie Helmut Steiner zeigt, die Transformationsforschung über die ostdeutschen Bundesländer und über Osteuropa eindeutig beherrscht. Nach der Zäsur Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre war somit das Umbruchsgefühl in den politischen Strategien und in den etablierten Sozialwissenschaften auf diese Weise seltsam geteilt. Es galt mehr der Transformation des Ostens im Sinne einer »nachholenden Revolution«, wie Jürgen Habermas damals den Umbruch charakterisierte.<sup>20</sup> Die westliche Ordnung der Dinge schien derart bestätigt, daß Bestrebungen einer Reformsynthese, wie sie in Deutschland zunächst beiderseits existierten, sehr bald gründlich verdrängt wurden.<sup>21</sup>

Auch im internationalen Maßstab war angesichts des Erfolgs im Systemwettbewerb und der unaufhaltsam scheinenden Expansion des globalen Kapitalismus nicht nur bei Francis Fukuyama<sup>22</sup> die Neigung weit verbreitet, eine westlich dominierte Vollendung der Weltgeschichte zu erwarten. In der kaum noch überschaubaren Literatur zur Globalisierung konzentrieren sich die

19 Siehe Hans-Ulrich Wehler: *Modernisierungstheorie und Geschichte*. Göttingen 1975.

20 Jürgen Habermas: *Die nachholende Revolution*. Kleine politische Schriften VII. Frankfurt/Main 1990. S. 179 ff.

21 Siehe Jürgen Kocka: *Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart*. Göttingen 1995. Besonders S. 137 ff.

22 Siehe Francis Fukuyama: *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* München 1992.



Richtungen sowohl der affirmativ neoliberalen wie der kritischen Modernisierer weiter einseitig auf die von den hochentwickelten Industrieländern ausgehenden Tendenzen. Die restliche Welt kommt zumeist nur als Objekt, als Verlierer und als Risikofaktor vor.

Die Wirkungen tiefergehender Umbrüche im Verhältnis der kapitalistischen Zentren, vor allem der USA, zur übrigen Welt erschienen dabei in neuen Feindbildern. Insbesondere die sich seit langem abzeichnende Gefahr des radikalen Islamismus, aber auch die angenommenene globale Rivalität der USA mit China bzw. des »Westens« mit Asien veranlaßte Samuel Huntington wieder zu einer neuen »Großerzählung« aus amerikanischer Welt-sicht<sup>23</sup>, ähnlich wie zuvor Fukuyama, nur auf ganz anderer Linie: Nun sollte der Kampf der Kulturen das 21. Jahrhundert prägen. Neoimperialistisches geostrategisches Denken und die ihm entsprechenden Geschichtsbilder erlebten unter veränderten weltgeschichtlichen Bedingungen einen neuen Aufschwung.

Die Frage ist also berechtigt, ob mit den oben skizzierten Erwägungen zu einer veränderten Anknüpfung an das Formationskonzept von Karl Marx nicht gänzlich auf die Modernisierungsdebatte eingeschwenkt und so die Marxsche Emanzipationsperspektive praktisch aufgegeben wird. Diese wird jedoch gerade hinsichtlich des Verhältnisses von Modernisierung und globalem Kapitalismus durch eine schon seit längerem entstandene neue Frontlinie des Perspektivenstreits auf eindringliche Weise aktualisiert, bei der es um die allgemeinen Konsequenzen der sich seit Jahrzehnten weltweit vollziehenden Umwälzungsprozesse geht.

Vor allem dürfen komplexe Untersuchungen der mit der Globalisierung verbundenen gesellschaftlich-kulturellen Veränderungen die Perspektive der Entwicklungsländer im Sinne von dort ausgehender transformatorischer Potentiale und aktiver Bewegungen im Spektrum globaler Entwicklungstendenzen nicht aussparen. In dieser Richtung hat sich seit Jahren eine breite Front gemäßigter bis radikaler Globalisierungsgegner formiert, die vor allem kritisch artikulieren, daß der Umbruch nicht einseitig Sache der Zentren ist, sondern daß sich mit der neuen Form des Kapitals auch die alten und neuen Konflikte der Welt globalisieren.

Wie schon angedeutet, bedeutet der unter »Kapitalismus« subsumierte Evolutions- und Revolutionsprozeß eine fortschreitende Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Gesetze der Kapitalbildung und -verwertung. Der Ökonom Elmar Altvater kennzeichnet diesen geschichtlich präzedenzlosen

---

23 Siehe Samuel Huntington: Der Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Wien 1996.



Vorgang als »Entbettung« der Ökonomie von allen bestehenden sozialen und kulturellen Bindungen infolge der Entstehung der großen Industrie und des Weltmarktes im 18. und 19. Jh., später beschleunigt durch den Übergang zum »fordistischen« Hochkonzentrationskapitalismus.<sup>24</sup>

Der gegenwärtige Übergang vom postfordistischen zum »globalisierten« Kapitalismus auf der Grundlage wissenschaftsgestützter Hochtechnologie und digitalisierter Kommunikation des globalen Finanzkapitals wird in diesem Zusammenhang als zweite »Entbettung« des share-holder-Kapitals auch von den eigenen Ursprüngen einer industriegestützten Ökonomie gekennzeichnet. Nicht zufällig ist gegenwärtig die Rede von der weltbeherrschenden Funktion der globalen »Finanzströme«. Zugleich sieht Altvater mit der zweiten »Entbettung« Grenzen des mit dieser Phase um so stärker auf Wachstum und expandierender Ausschöpfung der Ressourcen begründeten Produktivitätsfortschritts erreicht und damit überhaupt der bisher relativ gut funktionierenden Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus.

Dadurch wurden zwar immer wieder konforme und zugleich sehr elastische Strukturen geschaffen. Schließlich aber erreichen Wissenschaft und Produktivität in und mit diesen Strukturen einen Entwicklungsgrad, der infolge exponentiell wachsender Komplexität und Störanfälligkeit miteinander oft interessenbedingt widersprechenden Expertengemeinschaften in den labilen Zustand einer »Risikogesellschaft« führt.<sup>25</sup>

Der Kapitalismus werde nicht endogen zugrundegehen, zitiert Altvater in diesem Sinne ein schon 1986 veröffentlichtes Buch des französischen Historikers Fernand Braudel<sup>26</sup>, sondern nur »ein äußerer Stoß von extremer Heftigkeit im Verein mit einer glaubwürdigen Alternative« könne seinen Zusammenbruch bewirken und diese Destabilisierung der sozialen Evolution könnte mit den eskalierenden Problemen der Globalisierung erreicht sein.

Gerade in diesem Zusammenhang erhalten die Terroranschläge vom 11. September 2001 und ihre Folgen besondere Aktualität, und zwar in beiden Richtungen. Katastrophale Szenarien der »Krise sozialer Evolution« werden hier ebenso deutlich wie nochmals der ungeheure weltweite Reform- und Transformationsdruck, der überzeugende und mobilisierende Alternativbewegungen dringlich erfordert. Zweifellos haben wir die Möglichkeit und die Schockwirkung eines extrem heftigen Stoßes erlebt, aber fernab jeder glaubwürdigen Alternative, in einer barbarischen, generell zivilisationsfeindlichen Form. Zugleich deuten Sprache und Aktion derer, die die unbe-

---

24 Siehe Elmar Altvater: Kapitalismus. Zur Bestimmung, Abgrenzung und Dynamik einer ... A. a. O.

25 Siehe Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Frankfurt/Main 1986.

26 Siehe Fernand Braudel: Sozialgeschichte des 15. bis 18. Jahrhunderts. München 1986.

streitbar notwendigen Gegenmaßnahmen zu verantworten haben, nicht darauf hin, daß die Stunde einer vernünftigen Neuordnung der Welt gekommen wäre.

Außerdem zeigt das Geschehen eine neue Beziehung von »außen« und »innen«, die auf grundlegende Veränderungen des historischen Raums hinweist. Denn der Stoß kommt, vom Zentrum aus betrachtet, unbestreitbar wirklich *von außen*. Gemessen an der Globalität der Hintergrundprobleme, die im übrigen auch und gerade innerhalb der USA präsent sind, ist er aber durchaus Ausdruck einer *inneren* Krise der *einen* Welt des globalisierten Kapitalismus.

Diese Form der Welteinheit erwächst unter dem Vorzeichen der kapitalistischen Globalisierung nicht aus der Lösung, sondern aus der Verschärfung der wichtigsten Weltprobleme und der von ihnen ausgelösten Konflikte: Weiterhin eskalieren die schon seit langem absehbaren negativen Wirkungen dieses Prozesses, dessen Vormacht und treibende Kraft mehr denn je die USA sind: die verhängnisvolle Spirale der Ungleichheit verschiedener Weltregionen, von Elend, Hunger und Flüchtlingsströmen, von Repression statt präventiver Reform, imperialem Machteinsatz mit neu provozierten Gegenbewegungen und insgesamt noch mehr weltwirtschaftlicher Unsicherheit.<sup>27</sup> Insofern steht die neue Eskalation im Weltgeschehen der letzten Jahrzehnte keineswegs einzigartig da. Das Szenario der von Hobsbawm gezeigten Alternativsituation hat sich wieder um einiges auf der verhängnisvollen Bahn der Barbarisierung bewegt.

Vor diesem Hintergrund konkretisiert sich die für die Aufgaben kritischer Sozialwissenschaft entscheidende Frage, wie unter den skizzierten Bedingungen Transformation möglich und perspektivisch zu denken ist. Damit ist zugleich das gegenwärtig besonders kontrovers und oft spekulativ diskutierte Problem aufgeworfen, ob, wo und wie Träger eingreifender gesellschaftlicher Veränderung aus den neuen Gegensätzen der Globalisierung hervorgehen und wie sich die bisherigen Gegenbewegungen und Alternativversuche zu künftigen verhalten.

Daß die globalisierte kapitalistische *Ökonomie* an sich überall gleich oder zumindest ähnlich wirkt, ist zwar unbestritten. Zugleich aber hat die Durchsetzung des globalen Kapitalismus wie die früheren Entwicklungsformen des Kapitals als Produktionsverhältnis trotz ihrer noch stärkeren Penetrationswirkung ebenfalls sehr ungleiche Tempi, räumliche Tiefe und strukturelle Beschaffenheit. Die Globalität der Finanzströme und Marktbeziehungen, die hochtechnologischen Innovationen und die damit verbundenen präzedenz-

---

27 Siehe Norm Chomsky: Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung. Hamburg/Wien 2001.

losen Produktivitätssteigerungen wirken sich auf alle Lebensbereiche einschneidend, aber mit äußerst ungleichen Konsequenzen in den verschiedenen Kontinenten auf die von den hochentwickelten Zentren ausgehenden Tendenzen und Regionen aus.

Daher verstärkt sich eher noch die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung mit der Resistenz oder der Einmengung abweichender bzw. gegenläufiger Tendenzen. Das gilt vor allem dann, wenn die politischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen, insbesondere die Herrschaftssysteme und deren ökonomische Rückwirkungen berücksichtigt werden. Auch unter den veränderten Bedingungen existieren folglich Elemente und Versatzstücke aller früheren Stadien des Kapitalismus und auch der vorkapitalistischen Verhältnisse weiter. Die Spannweite realer Entwicklungen reicht von der Feudalmonarchie bis zum fortbestehenden kommunistischen Herrschaftssystem. Saudi-Arabien auf der einen, China auf der anderen Seite sind hierfür aussagekräftige Beispiele.

Überblicken wir die seit der industriellen Revolution vergangenen anderthalb bis zwei Jahrhunderte unter dem Aspekt der eskalierenden Ungleichmäßigkeit und Ungleichheit, so läßt sich der bislang letztlich immer wieder erfolgreiche Formwandel der Kapitalherrschaft auch als Geschichte wiederkehrender schwerer Krisen und revolutionärer Erschütterungen beschreiben. Innerhalb der neuen Entwicklungsreihe kapitaldominierter Formationen realisierte sich die Marxsche Revolutionsprognose auf vielfältige Weise, ohne daß die »Schranke« dieses Prozesses überwunden werden konnte. Der Hochkapitalismus brachte neben den ökonomischen Triebkräften und ihnen entsprechenden Organisationsformen, vor allem dem fordistischen System, auch einen Zyklus widerständiger Bewegungen, von Revolutionen und Alternativversuchen hervor, unter denen die Arbeiterbewegung tatsächlich die führende Kraft darstellte und die größten Erfolge beim inneren sozialen Umbau der »bürgerlichen« Gesellschaft erreichen konnte.

Außerdem führten soziale Krisen und Kriege in den Zentren und in deren Beziehungen zur »peripheren« Mehrheit der Länder und der Bevölkerung zu weltweiten revolutionären Erschütterungen und zur Entwicklung einer sozialen, politischen und kulturellen Systemalternative. In zwei großen Wellen, zwischen 1905 und den 1920er Jahren, und im Gefolge des Zweiten Weltkriegs in den 1950er und 1960er Jahren war dabei gewissermaßen die Erhebung der Peripherie das entscheidende Moment.

Manfred Kossok hat das Jahr 1917 und die Folgerevolutionen in diesem Sinne als periphere Revolutionen gekennzeichnet – peripher nicht so sehr wegen ihrer geographischen Randlage, sondern in formationsstruktureller Hinsicht. In keinem Falle, auch nicht auf dem Höhepunkt sowjetischer Macht, wurde die strukturelle Unterlegenheit im ökonomischen Bereich, be-

sonders hinsichtlich der Produktivität überwunden. Es entstand keine neue Produktionsweise, die im Marxschen Sinne zur Auflösung des »bestehenden Zustands« hätte führen können.<sup>28</sup> So gesehen, gehören die sozialistisch orientierten Ökonomien und Herrschaftssysteme einerseits formationsgeschichtlich mit in die Reihe von Gesellschaftsformen, die innerhalb und auf dem Wege zur »modernen« Produktionsweise entstehen können. Andererseits aber ist gerade in einer derart veränderten Perspektive der transformatorische Impuls, der von diesen Revolutionen und ihren Folgesystemen ausging, noch keineswegs als erledigt zu betrachten, solange China seinen Entwicklungsweg zu einem neuen Wirtschafts- und Machtzentrum im Rahmen eines stabilen kommunistischen Herrschaftssystems beschreitet. Hier und in anderen Regionen bilden sich Ansätze von Formationsentwicklung heraus, die zusammen mit den tiefgreifenden Wandlungen in den »alten« Zentren der kapitalistischen Welt und mit den Konflikten, die aus dem weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Ungleichgewicht erwachsen, und im Zusammenwirken sehr unterschiedlicher sozialer Subjekte zur Überwindung der existenzbedrohenden Zivilisationskrise führen können, die der hybride globale Kapitalismus ausgelöst hat.

In diesem Zusammenhang ist eine neuartige Problemverbindung von Globalisierung und Revolution bemerkenswert, die der Club of Rome in seinem Bericht 1992 vornahm. Darin wird die neue Umbruchssituation als »erste globale Revolution« gekennzeichnet und unter diesem Begriff die Komplexität ökonomischer, kultureller, politischer, ökologischer und demographischer Weltprobleme als unabweisliche Existenzfragen der Zivilisation beschrieben. Auch hier erscheinen das Ungleichgewicht und die Ungerechtigkeit der Weltwirtschaft als die gravierendsten globalen Probleme mit tiefgreifenden negativen Auswirkungen nicht nur in den armen, sondern auch in den reichen Ländern.<sup>29</sup>

In seiner Gesamtsicht des 20. Jh. stellt Eric Hobsbawm diesen »Erd-rutsch« im Weltgeschehen in den Zusammenhang einer umfassenden gesellschaftlich-kulturellen Umwälzung, die nach einer langen Inkubationsperiode im »Goldenen Zeitalter« des fordistischen Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg, Anfang der 1970er Jahre mit dem dritten Nahostkrieg und der anschließenden Ölkrise begann.<sup>30</sup> Er sieht die ungeheuren Zivilisationsfortschritte, die in dem »Zeitalter der Extreme« erreicht wurden, an der

---

28 Siehe Manfred Kossok: *Ausgewählte Schriften*. Hrsg. Matthias Midell. 3 Bde. Leipzig 2000. Bd. 2. S. 289 ff.

29 Siehe Alexander King / Bertrand Schneider: *Die erste globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome*. Frankfurt/Main 1992. S. 21 ff.

30 Siehe Eric Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme ...* Teil III. S. 500 ff.

Schwelle zum 21. Jahrhundert mehr denn je in einem ambivalenten Verhältnis zur eskalierenden Progression destruktiver Kräfte. Neben und zusammen mit den gewachsenen Potentialen der Zivilisation zeichne sich die verhängnisvolle Alternative einer allgemeinen Barbarisierung ab, sofern es nicht gelingt, diese Tendenzen sowohl in den Zentren USA, Europa und Fernost als auch in deren Beziehungen zur übrigen Mehrheit der Weltbevölkerung durch staatliche und gesellschaftliche, nationale und internationale Regulierung zu bändigen.<sup>31</sup>

Darin sehe ich den nächsten notwendigen Schritt der Transformation, der keineswegs als Weiter- oder Neumodernisierung auf westlichen Grundlagen und nicht ohne tiefgreifende Veränderungen der ökonomischen und politischen Macht sowie der kulturellen Hegemonie denkbar ist. Das betrifft die soziale Ungleichheit in den Industrieländern, den weltweiten Gegensatz reicher und armer Länder und die Struktur der internationalen Regelung von Weltwirtschaft, Ökologie, Migration usw. Hier entscheidet sich der Ausgang der »globalen Revolution« ebenso wie die von Hobsbawm als Menetekel der Zivilisation beschriebene Entscheidungssituation im Verhältnis zur fortschreitenden Entzivilisierung der inneren und äußeren Beziehung der Menschen, Völker und Staaten.

---

31 Ebenda: S. 718 ff.

## **Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm? Zur sozialen Reproduktion der Studierenden in der DDR und im vereinten Deutschland**

*Gustav-Wilhelm Bathke*

### Vorbemerkung

Natürlich wird keiner erwarten, daß ich aus Anlaß des Steinerschen Jubiläums den Apfelbaum schüttele und empirisch exakt messe, wie weit die Äpfel vom Stamm fallen. Aber ich möchte schon theoretisch und empirisch anhand der vor kurzem mit Jochen Schreiber und Dieter Sommer erarbeiteten Studie zur Reproduktion von Studienanfängern in der Bundesrepublik unter Beachtung ihrer regionalen Herkunft<sup>1</sup> – d. h. ob sie aus den alten oder neuen Bundesländern stammen – der Frage nachgehen, wie und mit welchen Folgen die über Jahrzehnte gewachsene DDR-Gesellschaft und ihre Sozialstruktur unter den Bedingungen eines vollständigen Austausches der Institutionen nachwirkt.<sup>2</sup>

Empirische Befunde zur sozialen Reproduktion der Hochschulstudenten bieten vielfältige Ansatzpunkte zur theoretischen Diskussion von sozialen Unterschieden, von sozialer Mobilität, von Bildungschancen usw. Gerade die profunden Beiträge von Helmut Steiner aus der letzten Zeit, haben mir neue Zugänge zu meinem »alten« Thema eröffnet, z. B.:

- 50 Jahre ostdeutsche Eliten – Entwicklung 1945 – 1995;
- Berufsprestige im DDR-Alltag der 60er Jahre oder zum Sozialprofil der DDR-Richter;
- Aufbruch, Defizite und Leistungen der DDR-Soziologie: die 60er Jahre – hier ordnen sich auch seine Aussagen zur Jugendforschung ein;
- Frauen in der Politik und Wirtschaft der DDR bis hin zu seinen sachkundigen Rezensionen zu Jürgen Ritserts »Soziale Klassen« oder dem vom

---

1 Siehe Gustav-Wilhelm Bathke / Jochen Schreiber / Dieter Sommer: Soziale Herkunft deutscher Studienanfänger – Entwicklungstrend der 90er Jahre. HIS-Kurzinformation A 9 / 2000. Hannover 2000.

2 Siehe Karl Ulrich Mayer: Soziale Ungleichheit und Lebensläufe. Notizen zur Inkorporation der DDR in die Bundesrepublik und ihre Folgen. In: Bernhard Giesen / Claus Leggewie: Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch. ... 1991.

Stefan Hradil »weitergeschriebenen« Klassiker »Soziale Ungleichheit in Deutschland«<sup>3</sup>.

Nachfolgend möchte ich ein soziologisches Thema in seiner Widersprüchlichkeit untersuchen und dabei sowohl die offiziellen DDR-Klischees, als auch die gegenwärtig dominierenden Pauschalurteile über die DDR vermeiden. Es gilt bei der Beschreibung der DDR-Wirklichkeit, zwischen Verklärung und Verketzerung zu vermitteln.<sup>4</sup> In diesem Zusammenhang sind auch Aussagen richtig zu stellen, die mit Bezug auf eigene empirische Ergebnisse zur sozialen Reproduktion der Hochschulstudenten in der DDR immer wieder falsch zitiert werden,<sup>5</sup> wonach vor der Wende Arbeiterkinder im Westen Deutschlands größere Chancen gehabt hätten als im Osten, eine weiterführende Bildung zu erwerben.

Ein Ausgangspunkt: Gleichheit der Bildungschancen besteht – so auch Stefan Hradil – dann, wenn Herkunft, Geschlecht, Wohnort, ethnische Zugehörigkeit etc. keinen meßbaren Einfluß auf Bildungsergebnisse haben; wenn aus den Gruppen der Männer und Frauen, der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Selbständigen, der Stadt- und Landbewohner, der In- und Ausländer jeweils so große Anteile z. B. das Abitur oder einen Hochschulabschluß erlangen, wie es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Umgekehrt liegen ungleiche Bildungschancen vor, wenn prozentual weniger oder mehr z. B. Angestellten- oder Beamtenkinder zum Abitur gelangen, als in der Bevölkerung vertreten sind.<sup>6</sup>

---

3 Siehe die Rezension von Helmut Steiner zu: (1) Jürgen Ritsert: Soziale Klassen. Münster 1998. – (2) Stefan Hradil: Soziale Ungleichheit in Deutschland. Opladen 1999. In: »Das Argument« Nr. 237(2000)4.

4 Helmut Steiner: Plädoyer für eine kritische Sozialwissenschaft. Selbstverständnis und soziale Funktion der Soziologie im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. – Thesen. In: Hansgünter Meyer / Helmut Steiner (Hrsg.): Wissenschaft und Politik – Diskurs. Schriftenreihe Leibniz-Sozietät und WiSo e.V. Bd. 12. Berlin 1998. S. 139.

5 Siehe Rainer Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands. Opladen 1990. – Ders.: (1992): Die Sozialstruktur Deutschlands. Opladen 1992. – Ders.: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung. Opladen 1996. – Gero Lenhardt / Manfred Stock: Bildung, Bürger, Arbeitskraft. Frankfurt/Main 1997. – Heinz Sahner: Sozialstruktur und Lebenslagen in der Bundesrepublik Deutschland. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Institut f. Soziologie. In: »Der Hallesche Graureiher«. (1995)6.

6 Stefan Hradil: Soziale Ungleichheit in Deutschland. Opladen 1999.

## 1. Aussagengrundlagen

1978 begann ich mich am Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig aus theoretischer und empirischer Sicht mit der sozialen Reproduktion der Intelligenz in der DDR und dem Einfluß familiärer Herkunftsbedingungen auf die Persönlichkeitsentwicklung von Hochschulstudenten zu beschäftigen. Über den Problemrat für Sozialstruktur entwickelte sich eine fruchtbare Zusammenarbeit mit den leider viel zu früh verstorbenen Berliner Soziologen Manfred und Ingrid Lötsch, die auch den Lebensweg von Helmut Steiner kreuzten.

Die Forschungsintentionen am ZIJ<sup>7</sup> richteten sich auf eine Verbindung von Sozialstruktur- und Persönlichkeitsforschung. Sozialstrukturelle Gegebenheiten und Prozesse sollten in ihrer Wertigkeit für die Sozialisation von Studierenden unter den Bedingungen der DDR umfassender und differenzierter als zum damaligen Zeitpunkt üblich analysiert werden. Von Anfang an war die empirische Überprüfung der Frage anvisiert: Was war unter den damals gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen an Chancengleichheit, an sozialer Mobilität möglich?

Es gehört zu dem widerspruchsvollen Verhältnis von Soziologie und Gesellschaft damals (siehe Thema des Kolloquiums), daß Forschungen zur sozialstrukturellen Wirklichkeit in der DDR mit der programmatisch festgelegten »Gesetzmäßigkeit« kollidieren mußten, nach der die Entwicklung der Sozialstruktur in der Grundrichtung ein Annäherungsprozeß der sozialen Klassen und Schichten ist, gekennzeichnet durch eine wachsende Ausprägung von sozialen, politischen und geistigen Gemeinsamkeiten.<sup>8</sup>

Erst Jahre später wurde mir klar, wie naiv ich mit diesen Untersuchungen begonnen habe – Walter Friedrich lenkte mich darauf. Vom Schicksal solcher Forschungen und Forscher wie z. B. Kurt Braunreuther, Hansgünter Meyer und Helmut Steiner erfuhr ich erst später – vieles auch erst nach der Wende.

Manfred Lötsch hatte zweifellos maßgeblichen Anteil daran, daß Anfang der 80er Jahre überhaupt solche Analysen (wieder) aufgegriffen und diskutiert wurden. Heike Solga spricht bezugnehmend auf Laatz von einem politisch-ideologischen Paukenschlag, der im März 1980 aus dem Institut für marxistisch-leninistische Soziologie der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED kam. Lötsch formulierte auf dem 3. Soziologiekongreß der DDR das Ziel der Sozialstrukturentwicklung nicht in der möglichst raschen Verringerung der bestehenden Unterschiede zwischen

---

7 Siehe Walter Friedrich / Peter Förster / Kurt Starke: Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Berlin 1999.

8 Siehe Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin 1976.



Arbeiterklasse und Intelligenz, sondern sah in bestimmten sozialen Unterschieden »Triebkräfte« z. B. für eine effektive schöpferische Arbeit der Intelligenz. Grundlage dieses Struktur-Funktion-Paradigmas war die Typologisierung von Unterschieden entsprechend ihrem sozialen Differenzierungsgrad.<sup>9</sup>

Daneben basieren die nachfolgenden Ergebnisse zur aktuellen sozialen Reproduktion von Akademikern auf Untersuchungen der Hochschul-Informationssystem GmbH in Hannover (HIS). Seit 1983/84 führt HIS jährlich eine repräsentative Befragung der deutschen Studienanfänger im Wintersemester durch. Ab 1990/91 wurden auch Studienanfänger aus den neuen Ländern und Ostberlin einbezogen.<sup>10</sup> 1998/99 bildete die Befragung von ca. 9000 Studienanfängern von 36 Hochschulen in den alten und 19 in den neuen Ländern die Analysegrundlage.<sup>11</sup>

## 2. Zur Bestimmung der sozialen Herkunft in den Untersuchungen des ZIJ Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre

Ist es schon ein schwieriges Unterfangen, die vielschichtigen Vermittlungen zwischen der Tätigkeit der Eltern und der sozialen Lage der Herkunftsfamilie auf der einen und der sozialen Herkunft und der Persönlichkeitsentwicklung auf der anderen Seite theoretisch zu erfassen, so bereitet die Operationalisierung erst recht Probleme.

Prämissen:

Beim Stand des beruflichen und gesellschaftlichen Engagements der Frauen in der DDR, war eine vaterzentrierte Bestimmung der sozialen Lage nicht zu akzeptieren. Unvertretbar war für unser Forschungsanliegen von Anfang an sowohl ein soziologischer Herkunftsbegriff, der sich vordergründig an einen Klassenbegriff anlehnte, der sich wiederum sehr reduziert und formalisiert

---

9 Heike Solga: Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR. Berlin 1995. – Manfred Lötsch: Annäherung von Arbeiterklasse und Intelligenz. In: Lebensweise und Sozialstruktur. Berlin 1981.

10 Karl Lewin / Gustav-Wilhelm Bathke / Martin Schacher / Dieter Sommer: Studienanfänger im Wintersemester 1990/91 – Studienentscheidung und Studienbeginn in den alten und neuen Ländern. HIS-Hochschulplanung Bd. 89. Hannover 1991.

11 Siehe K. Lewin / Ulrich Heublein / Jochen Schreiber / Dieter Sommer: Studienanfänger im Wintersemester 1998/99 – Strukturen im Wandel: mehr Studienanfängerinnen, weniger Studienanfänger mit Fachhochschulreife, weniger Studienanfänger mit Berufsausbildung. HIS-Hochschulplanung Bd. 138. Hannover 1999.

vor allem auf das sozialökonomische Verhältnis zu den Produktionsmitteln bezog<sup>12</sup> und andererseits politische Praktiken zur Bestimmung der sozialen Herkunft. Hier wurden zwar meist soziale Charakteristika des Vaters und der Mutter erhoben, jedoch zur definitiven Festlegung oft nur der Elternteil herangezogen, der Arbeiter oder Genossenschaftsbauer war oder sich nach vordergründig politischen Kriterien so einstufen ließ. So konnte das Kind eines Medizinprofessors und einer Krankenschwester in die Rubrik »Arbeiterkind« eingeordnet werden. Praxis war auch, daß die Kinder von nicht selten hochqualifizierten Partei- und Staatsfunktionären sowie von Offizieren als Arbeiterkinder geführt wurden. Mit der Beachtung realer sozialer Verhältnisse hatte dieses Vorgehen nichts gemein. Soziale Kriterien wurden durch machtpolitische ersetzt. Hohe Anteile von Arbeiter- und Bauernkindern im Hochschulstudium wurden so per »Dekret« erzeugt. Helmut Steiner geht davon aus, daß vor allem in den 60er Jahren eine organisierte Manipulation des Auswahlkriteriums »Soziale Herkunft« einsetzte und verweist auf über 20 verschiedene Zuordnungen. Damit sollten die über Mobilitätsprozesse in den ersten Nachkriegsjahren sozial aufgestiegenen Arbeiter »nicht bestraft«, d.h. aus der »Arbeiterklasse« ausgeschlossen werden. In diesen Jahren wurde immer deutlicher, daß sich die Zugangsquoten von Arbeiterkindern wie in den 50er und 60 Jahre nicht »fortschrieben«. Vor diesem Hintergrund verwendete Helmut Steiner bereits bei seiner Richteruntersuchung 1964 nicht die »offiziellen Einstufungen« sondern legte Wert auf die tatsächlich ausgeübte Tätigkeit, Merkmale dieser Tätigkeit und die Verantwortlichkeit zu genau bestimmten Zeitpunkten.<sup>13</sup>

Als Konsequenz wurde in den damaligen ZIJ-Untersuchungen ein breites Spektrum materiell-sozialer Merkmale der studentischen Herkunftsfamilien – meist für Vater und Mutter und z. T. für die Großväter erkundet, z. B. die soziale Herkunft und Stellung, die konkreten Tätigkeits- und Arbeitsbereiche, die Schulbildung und berufliche Qualifikation, die wissenschaftlichen Abschlußgebiete von hochqualifizierten Eltern, die Leitungstätigkeiten im Arbeitsprozeß, die gesellschaftlichen Aktivitäten, die politische Organisiertheit, die materiellen Bedingungen (z. B. der Besitz ausgewählter materieller und kultureller Güter), der Wohnsitz und die regionale Mobilität, der Famili-

---

12 Siehe Helmut Steiner: Berufsprestige im DDR-Alltagsbewußtsein der 60er Jahre. In: Ludwig Elm / Dietmar Keller / Reinhard Mocek (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. VIII. Bonn/Berlin 1997.

13 Siehe Helmut Steiner: 50 Jahre ostdeutsche Eliten-Entwicklung 1945–1995. – Thesen. 1996.

enstand sowie die Anzahl der Kinder.<sup>14</sup> Außerdem wurden kulturell-soziale Merkmale, wie der Erziehungsstil, charakteristische kommunikative und tätigkeitsbezogene Anregungen im Elternhaus und das Verhältnis zu den Eltern untersucht. Fundierte theoretische Quellen bildeten die Arbeiten sowjetischer Psychologen, vor allen das Werk »Tätigkeit – Bewußtsein – Persönlichkeit« von Alexej N. Leontjew.<sup>15</sup>

Ich erinnere mich noch gut an so manchen spöttischen Hinweis mit dem Schlagwort »Ahnenforschung« bei der Vorstellung der Konzeption.

Ohne daß wir wissentlich daran anknüpften, zeigten sich verblüffende Übereinstimmungen mit der Untersuchung der AG Soziologie unter Leitung von Kurt Braunreuther 1964/65 zu Veränderungen in der Beschäftigungs-, Bildungs- und Tätigkeitsstruktur im Institut für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin. Der 80seitige Fragebogen trägt die Unterschrift von Helmut Steiner und greift folgendes Raster ab:

- Berufsabschlüsse (1. und 2.) und akademische Titel zu vorgegebenen Zeitpunkten (z. B. 1950, 1957, 1965);
- Bildungsabschlüsse sowie bei Hoch- oder Fachschulabschluß das Wissenschaftsgebiet (z. B. naturwissenschaftlich-technisch, pädagogisch, medizinisch-technisch) zu vorgegebenen Zeitpunkten;
- soziale Stellung (11stufig) zu vorgegebenen Zeitpunkten;
- konkreter Tätigkeits- und Gesellschafts- oder Wirtschaftsbereich (28stufig) zu vorgegebenen Zeitpunkten;
- Vorgesetztenstellung und Dispositionsbefugnis (9stufig) zu vorgegebenen Zeitpunkten;
- Bruttoeinkommen zu vorgegebenen Zeitpunkten.

Das Frageprogramm bezog sich nicht nur auf den Befragten, sondern auch auf dessen Partner, seine Kinder (ältestes, zweitältestes, jüngstes), seine Geschwister (ältestes, zweitältestes, jüngstes), seinen Vater, seine Mutter, seinen Schwiegervater sowie auf die Großväter väterlicher- und mütterlicherseits. Abgerundet wird die Befragung durch eine Prestigeuntersuchung. 33 Kärtchen mit vorgegebenen Tätigkeiten sollten nach ihrer Wertschätzung in Industriebetrieben und in der Gesamtgesellschaft geordnet und außerdem begründet werden. Davon ließ man sich bei der Wertung der Berufe leiten, z. B. vom Einkommen, Besitz, Bildungsniveau, Dispositionsbefugnissen und Vorgesetztenstellung, Autorität und öffentliche Anerkennung, Art und Weise

---

14 Siehe Gustav-Wilhelm Bathke: Sozialstrukturelle Herkunftsbedingungen und Persönlichkeitsentwicklung von Hochschulstudenten. Dissertation B. Akademie für Gesellschaftswissenschaften. Berlin 1985.

15 Siehe Alexej N. Leontjew: Tätigkeit – Bewußtsein – Persönlichkeit. Berlin 1979.

der Arbeitsausführung, dem Einfluß auf gesellschaftliches, ökonomisches, kulturelles und politisches Leben, den Leistungsanforderungen oder der allgemeinen Meinung in der Öffentlichkeit.

### 3. Soziale Reproduktion von Hochschulstudenten in der DDR und im vereinten Deutschland

#### 3.1. Soziale Reproduktion vor der Wende – Fakten

Ohne machtpolitische Überlagerungen völlig zu übersehen, macht Helmut Steiner mit Recht u. a. darauf aufmerksam, daß dieser Gesichtspunkt zu den großen Defiziten der DDR-Sozialstrukturforscher zählte.<sup>16</sup> Er bestätigte die empirische Analyse, daß sich unter den gesellschaftlichen Bedingungen der DDR die auf der Achse Bildung und Qualifikation angelagerten Herkunftsmerkmale als die tieferen und nachhaltigeren für die soziale Reproduktion der Hochschulstudenten erwiesen.<sup>17</sup> Unübersehbar war: Die intelligenztypisch eingebundene Herkunftsfamilie hatte besonders günstige Voraussetzungen für ihre Selbstrekrutierung. Nach der Öffnung der Hochschulen für Söhne und Töchter der Arbeiterschicht in den fünfziger und sechziger Jahren schlossen sich die Hohen Schulen für diese Kinder in der DDR zunehmend wieder.

Zweifellos begünstigten vor allem in den Nachkriegsjahren 1946-1948 und im ersten Jahrzehnt der DDR bildungspolitische Maßnahmen den Zugang von Arbeitern und Bauern sowie deren Kindern zur akademischen Bildung. Hinzuweisen ist auf Neulehrerkurse, die Vorstudienanstalten und die späteren Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten, aber auch auf den »Arbeiterbonus«. Gleichzeitig wird jedoch oft die Tatsache übersehen – darauf hat Theodor Geiger mit dem Begriff Existenzkapazität hingewiesen, daß ohne hohe Anteile von bildungsferneren Schichten im Hochschulstudium ein Wachstum der sozialen Schicht der Intelligenz gar nicht möglich gewesen wäre, zumal beachtliche Teile der bürgerlichen Intelligenz in diesen Jahren die DDR verließen. Helmut Köhler belegt anhand der Volkszählungen das überdurch-

---

16 Siehe Helmut Steiner: Aufbruch, Defizite und Leistungen der DDR-Soziologie: die 60er Jahre. In: Hans Bertram (Hrsg.): Soziologie und Soziologen im Übergang. Beiträge zur Transformation der außeruniversitären soziologischen Forschung in Ostdeutschland. Opladen 1997.

17 Siehe Manfred Lötsch: Sozialstruktur und Triebkräfte. In: Informationen zur soziologischen Forschung in der DDR. (1984)3.

schnittlich hohe Bildungsprofil der Übersiedler aus der DDR, deren Zahl von Ralf Ulrich bis 1961 auf über drei Millionen beziffert wird.

Tabelle 1: Berufliche Qualifikation der Väter, Mütter und Großväter von Hochschulstudenten in der DDR (in %)

	Berufs- abschluß Teilfach- arbeiter	Fachar- beiter	Meister	Fach- schulab- schluß	Hoch- schul- abschluß	Hoch- und Fach- schulab- schluß
<b>Väter</b>						
SUS 1977 <sup>1</sup>	4	34	17	21	24	(45)
STU 1979 <sup>2</sup>	3	28	15	23	31	(54)
SIL 1982 <sup>3</sup>	1	25	13	22	39	(62)
STU 1989 <sup>4</sup>	1	19	12	21	47	(68)
<b>Großväter (väterlicherseits)</b>						
SIL 1982	21	50	17	6	6	(12)
STU 1989	12	47	23	8	11	(19)
45-50jährige Männer in der DDR <sup>5</sup>	12,4	52,6	10,4	13,6	11,0	(24,6)
<b>Mütter</b>						
SUS 1977	29	53	2	12	4	(16)
STU 1979	19	52	2	17	10	(27)
SIL 1982	9	47	2	27	15	(42)
STU 1989	4	37	3	34	22	(56)
<b>Großväter (mütterlicherseits)</b>						
SIL 1982	18	50	17	7	8	(15)
STU 1989	12	46	22	9	11	(20)
45-50jährige Frauen in der DDR <sup>6</sup>	33,7	51,0	1,3	10,6	3,4	(14)
<p>1 ZIJ-Untersuchung »Student und Studium« (SUS) 1977, n = 2150 Hochschulstudenten</p> <p>2 ZIJ-Untersuchung »Student 79« (STU 79) 1979, n = 6000 Hochschulstudenten</p> <p>3 ZIJ-Untersuchung »Studenten-Intervallstudie Leistung« (SIL) SIL A bis D, SIL A n = 4380 Hochschulstudenten</p> <p>4 ZIJ-Untersuchung »Student 89« (STU 89) 1989, n = 3900 Hochschulstudenten</p> <p>5 Berechnet nach Ingrid Lötsch: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1985. Berlin 1985. S. 520.</p> <p>6 Ebenda.</p>						
Quelle: Forschungsbericht von Gustav-Wilhelm Bathke am ZIJ 1989						

Tabelle 2: Höchste Qualifikation der Eltern von Hochschulstudenten in der DDR Ende der 70er und Ende der 80er Jahre (in %)

	nur ein Elternteil bis Fach- arbeiter	beide Fachar- beiter	minde- stens ein Elternteil Meister	minde- stens ein Elternteil Fachschul- abschluß	minde- stens ein Elternteil Hochschul- abschluß
STUDENT 79	8	16	48		28
SILA 1982	5	17	10	27	41
STUDENT 89	2	12	8	26	52

Quelle: Forschungsbericht von Gustav-Wilhelm Bathke am ZIJ 1989

Das Ergebnis war: In den 70er und 80er Jahren haben sich in der DDR Studierende an Hochschulen nie proportional aus allen sozialen Gruppen der Gesellschaft rekrutiert, wie das noch 1988 im Standardwerk zur Sozialstruktur der DDR wider besseren Wissens behauptet werden mußte, um seine Veröffentlichung zu sichern.<sup>18</sup>

Studierende an den Hochschulen hatten entschieden häufiger als gleichaltrige Jugendliche in anderen Tätigkeitsbereichen hochgebildete, vor allem akademisch qualifizierte Eltern, sowohl mit größerer Leitungsverantwortung im beruflichen Arbeitsprozeß als auch häufigerer parteipolitischer Organisiertheit in der SED oder in den Blockparteien. Die Eltern wohnten zumeist in größeren Orten und waren seltener kinderreich. Während sich ihre wirtschaftliche Situation und ihre materiellen Besitzverhältnisse kaum erhoben, war der Besitz an kulturtragenden Gütern überdurchschnittlich.

Festzuhalten ist: Wenn eine soziale Gruppe/Schicht quantitativ wächst und dazu noch bildungspolitische Maßnahmen durchgesetzt werden – d. h. Arbeiter- und Bauernbonus, werden die realen Reproduktionsmechanismen verdeckt. Der Zustrom von Bildungsaufsteigern in diesen Jahren war nicht zwangsläufig mit der unterproportionalen Reproduktion der »alten« Bildungsschichten verbunden. Hier wird deutlich, daß das Denken in Proportionen und Eingriffen aus individueller Sicht immer ungerecht ist.

Ich bezweifle jedoch, soziologisch betrachtet, einen nennenswerten sozialen Abstieg von Intelligenzkindern in die Arbeiterklasse – wie das H. Solga

<sup>18</sup> Siehe Sozialstruktur der DDR. Autorenkollektiv. Berlin 1988. S. 199.

herausstellt.<sup>19</sup> Anhand der Studienanfängeruntersuchung 1982 (Siehe Tabelle 1 / Anmerkung 3: SIL A – n = 4.300) läßt sich eine charakteristische Inter-Generationen-Mobilität erkennen, die deutlich gegen einen massenhaften Abstieg der Intelligenz in die Arbeiterklasse spricht. Bei der Typenbildung von wesentlichen Generationsverläufen stießen wir darauf, daß die Mobilitätsrichtung »Großeltern akademische Bildung und Eltern höchsten Meisterabschluß« faktisch bedeutungslos war (n = 3).

So verwerflich jede Verweigerung der Studienaufnahme war, die vorkam, soziologisch gesehen haben Kinder der bürgerlichen Intelligenz – die in der DDR verblieben war – zu keinem Zeitpunkt unterproportional im Vergleich zu ihrer Herkunftsgruppe Zugang zum Hochschulstudium gefunden. Die sogenannten bildungspolitischen Maßnahmen haben bei aller Radikalität m. E. zu keinem Austausch der sozialen Schichten insgesamt geführt, unbestritten jedoch zum Austausch der Machtelite und zur Benachteiligung leistungsfähiger und bildungswilliger Einzelner. Hier werden schnell die schlimmen, viel zu häufigen Beispiele zu Legenden für die soziologische Wirklichkeit. Wenn man kurz vor der Wende danach fragte, ob Kinder der Intelligenz beim Zugang zum Hochschulstudium benachteiligt werden, hätte man vor allem aus Kreisen der Intelligenz ein häufiges »Ja« erhalten, obwohl die Fakten aus Sicht der (Schichtungs-)Proportionen dagegen sprachen.

Die Überzeichnung solcher Realitäten zu soziologischen Aussagen, erinnert stark an die Diskussionen um das Fortbestehen der »neuen alten Ungleichheiten«, wie sie Reinhard Kreckel in Bezug auf die von Ulrich Beck und Stefan Hradil vorgebrachten Argumente – Stichwort: Individualisierung von Lebenslagen – hervorhebt. Kreckel meint, »daß es sich hier nicht um einen Prinzipienstreit, sondern tatsächlich um eine empirische Frage mit noch offenem Ausgang handelt: Ob – und in welchem Umfange – sich ›alte‹ soziale Klassen- bzw. Schichtmilieus in Verbindung mit (oder auch in Konkurrenz zu) ›neuen‹ sozialen Milieus erhalten oder sogar neu entwickeln werden, das ist a priori nicht zu bestimmen. Nicht die Theorie, sondern die Empirie muß hier entscheiden.«<sup>20</sup> Erwin Scheuch hat in seinem Artikel »Meistens kommt es anders. Über die Haltbarkeit von Aussagen« solche voreiligen Verallgemeinerungen von durchaus beachtenswerten Erscheinungen mit dem Wort Oberflächengekräusel bezeichnet.<sup>21</sup>

19 Siehe Heike Solga: Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen ... S. 207 ff.

20 Siehe Rainer Kreckel: Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt/Main/New York 1992. S. 131.

21 Siehe Erwin Scheuch: Meistens kommt es anders. Über die Haltbarkeit von Aussagen. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« v. 21. Oktober 2000.

Schließlich noch ein Wort zum Vergleich der Quote der Arbeiterkinder im Hochschulstudium Ende der 80er Jahre in der DDR und in der BRD – ich komme darauf noch einmal zurück, wenn ich die aktuellen Reproduktionsmechanismen getrennt nach alten und neuen Bundesländern darstelle. Rainer Geißler – mit dem ich seit 1989/90 engen Kontakt habe – erhielt über Walter Friedrich schon vor der Wende unsere Arbeitsergebnisse. Den ausgewiesenen höheren Anteil von Arbeiterkindern in der DDR wertete Geißler als methodisches Kunstprodukt, das die Wirklichkeit nicht richtig widerspiegelt. Er argumentiert: Die Zugehörigkeit zur Arbeiterschicht beruht in diesen Studien auf der Selbstzuordnung der Befragten, und in der Ex-DDR ordnen sich nachweislich andere und erheblich mehr Menschen der Arbeiterschaft zu als im Westen – eine Nachwirkung der sozialistischen Arbeiterideologie.<sup>22</sup>

Es ist jedoch Tatsache, daß wir – wie bereits bei der Bestimmung der sozialen Herkunft erläutert – das berücksichtigt haben und von der Qualifikation ausgegangen sind. Außerdem nahmen wir noch vielfältige Plausibilisierungen mit dem angegebenen Status und dem Tätigkeitsbereich vor. Viele Autoren beziehen sich nun auf Geißler. Auch Lenhardt und Stock meinen, daß Ende der 80er Jahre in der DDR nur noch 10% der Hochschulstudenten aus Kreisen der Arbeiterschaft, dagegen 78% mindestens einen Elternteil mit Hoch- oder Fachschulabschluß hatten.<sup>23</sup>

Daneben sind die Tabellen 1 und 2 abgebildet, die oben dargestellt wurden. Dort ist zu erkennen, daß 14% der Eltern höchstens Facharbeiter und weitere 8% Meister waren. Diese Industriemeister (Handwerksmeister waren die Ausnahme) und Meister in der Landwirtschaft – ich denke hier an die Tierproduktion – müssen von ihren Tätigkeitsmerkmalen her zur Arbeiterschaft gerechnet werden. Aber ich halte den »Streit« in Anbetracht der aktuellen Reproduktionsergebnisse für wenig sinnvoll. Es sieht ein wenig nach »gedrehter Ideologie« aus: Sogar in der Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder habe der Arbeiter- und Bauern-Staat DDR hinter der »bürgerlichen« Bundesrepublik Deutschland gelegen. Fakt bleibt: Arbeiterkinder waren in der DDR – wie in der Bundesrepublik – beim Zugang zur Hochschulbildung benachteiligt, ohne zu übersehen, daß von der Bildungsexpansion und den deutlich höheren Zugangsquoten in die Abiturstufe der alten Bundesrepublik auch Arbeiterkinder profitiert haben, ob im Sinne von Chancengleichheit, muß jedoch hinterfragt werden.

Zurück zur sozialen Reproduktion der Hochschulstudenten in der DDR und zu den besonders starken Selbstreproduktionstendenzen der Intelligenz

---

22 Siehe Rainer Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands. Opladen 1990. S. 274.

23 Siehe Gero Lenhardt / Manfred Stock: Bildung, ... S.159 ff.



(Siehe Tabelle 1 und 2). Für die DDR waren dabei u.a. folgende Zusammenhänge beachtenswert:

- Die Stellung der Intelligenz in der Sozialstruktur der DDR und ihre Tätigkeitsmerkmale waren sowohl mit besonders günstigen Möglichkeiten als auch mit besonders starken Bestrebungen zur sozialen Selbstrekrutierung verbunden. Sie wurde vor allem ab jenem Zeitpunkt sichtbar, als das geradezu grundlegende Bestreben – das keineswegs nur für die Intelligenz typisch ist – nicht mehr durch ein beträchtliches Anwachsen der Intelligenz überdeckt wurde.
- Die spezifischen Tätigkeitserfahrungen der Eltern, die Inhalte und der Charakter ihrer Arbeit beeinflussten frühzeitig über charakteristische Tätigkeitsanregungen und Kommunikationsinhalte die Sachinteressen, Einstellungen, Bestrebungen und Aktivitäten der Kinder. Dies führte zu sozial bedingten Aktivitäts- und Leistungsvorteilen sowie entsprechenden Bewertungen durch die Schule, die wiederum zur Motivationsverstärkung beitrugen. Diese Kinder bewältigten die einheitliche Oberschule besonders gut und strebten häufiger und motivierter weiterführende Bildungseinrichtungen an.
- Die Einheitsschule konnte die objektiven, sozialbedingten Unterschiede der Kinder weder egalisieren, noch blieb sie davon unberührt.<sup>24</sup> Sie wurde somit unterschiedlich genutzt, so daß Herkunftsunterschiede, wenn auch auf einem höheren allgemeinen Bildungsniveau der Mehrheit, wieder zum Tragen kamen.<sup>25</sup> Hinzu kam, daß gerade die Kinder der Intelligenz von den charakteristischen Anforderungen der Einheitsschule profitierten. Auch die Anforderungen der 10-klassigen Polytechnischen Oberschule (POS) waren bei aller äußeren Betonung ihres polytechnischen Charakters stark geistig-theoretisch orientiert und entsprachen stärker den Tätigkeiten, dem »Code« der Intelligenz. Das gilt auch für Anforderungen im ideologischen Bereich und für die gesellschaftlichen Aktivitäten. So wurden in die Elternvertretungen der Klassen und Schulen überwiegend hochqualifizierte Eltern gewählt. Kinder aus Intelligenzfamilien waren wiederum häufiger in Leitungen der Kinder- bzw. Jugendorganisation (Junge Pioniere und Freie Deutsche Jugend) aktiv.

---

24 Siehe Artur Meier: *Bildung und Lebensweise der Schuljugend*. In: *Lebensweise und Sozialstruktur*. Berlin 1981.

25 Siehe Irmgard Steiner / Gerhard Wenske: *Sozialstruktur und sozialistische Lebensweise in bildungssoziologischen Untersuchungen*. In: »Deutsche Zeitschrift für Philosophie« (DZfPH). (1980)1.

Über solche vielfältigen positiven »Bündlungseffekte« – gerade auch vermittelt über das Bildungs- und Schulsystem – war die Intelligenz in einer weitgehend »bipolaren« Sozialstruktur in der Nutzung der Bildungschancen für ihre Kinder bevorteilt. Extreme soziale Unterschiede waren auf der Achse »Arbeitsteilung« zwischen schwerer körperlicher bzw. auch monotoner Arbeit mit geringen geistigen Anforderungen auf der einen Seite und geistig-schöpferischer auf der anderen gegeben. Den letzteren Pol besetzte die Intelligenz »konkurrenzlos«.

Des weiteren verkräftete die Intelligenz die unzureichende materielle Stimulierung von hoher Bildung und Qualifikation aufgrund spezifischer Wertorientierungen besser. Hier bieten sich interessante Rückgriffe auf Pierre Bourdieus Reproduktionstheorie an. Bourdieu legt der gesellschaftlichen Reproduktion Konkurrenzkämpfe der sozialen Gruppen auf der Grundlage ökonomischer, sozialer und kultureller Ressourcen zugrunde, mit denen die einzelnen sozialen Klassen unterschiedlich ausgestattet sind. Damit sind Ungleichheiten verbunden und die allgemeine Chancengleichheit muß eine Illusion bleiben. Chancen ergeben sich daraus, daß eine Konvertierbarkeit dieser Kapitalsorten möglich ist. Das ökonomische Kapital kann für den Erwerb von Bildung und Qualifikation genutzt werden und erweitert das Netz sozialer Beziehungen; ebenso wie sich Bildungszertifikate und soziale Beziehungsnetze auf dem Arbeitsmarkt verwerten lassen, d. h. sich materiell auszahlen.<sup>26</sup>

Aus der Sicht des theoretischen Ansatzes von Bourdieu waren in den sozialistischen Gesellschaften die ökonomischen Kapitalressourcen in den verschiedenen sozialen Gruppen stark nivelliert und von geringerer Bedeutung. Bildungstitel wurden nicht besonders honoriert. Michael Vester spricht von der Entwertung der drei Ressourcen, die Menschen zur Sicherung ihres sozialen Status benötigen.<sup>27</sup>

Solche Verhältnisse mußten sich – trotz unentgeltlicher Bildung – besonders gegen die Arbeiterkinder kehren. Akademikerkinder waren ungeachtet der allgemeinen Entwertung der verschiedenen Ressourcen sozial im Vorteil. Ihre Eltern planten und unterstützten aufgrund tradierter Bildungserfahrungen – entsprechender kultureller Ressourcen – sowie von Bildungszielen mit einem weiten Zeithorizont die Laufbahn ihrer Kinder. Aus dieser Sicht waren die beiden in der sozialistischen Gesellschaft einsetzbaren Kapitalressourcen auf die sich quantitativ entwickelnde Intelligenz konzentriert. Die

---

26 Siehe Pierre Bourdieu: Ökologisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Rainer Kreckel (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen 1983. S. 197 ff.

27 Siehe Michael Vester: Das Janusgesicht sozialer Modernisierung. Sozialstrukturwandel und soziale Desintegration in Ost- und Westdeutschland. In: »Aus Politik und Zeitgeschichte«. B 26-27/1993. S. 15.

Intelligenz war über die bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse in ein breites machtpolitisches und intellektuelles Beziehungsnetz eingebunden. Solche sozialen Ressourcen waren für einen Aufstieg in der politischen, administrativen und akademischen Hierarchie von Bedeutung.

### 3.2. Soziale Rekrutierungsunterschiede heute

Hauptsächlich wird das vorliegende Material zur sozialen Herkunft der Studienanfänger nach folgenden Fragen untersucht:<sup>28</sup>

- Aus welchen Bildungs- und Berufsgruppen rekrutieren sich die deutschen Studienanfänger?
- Welche Herkunftsunterschiede existieren nach Geschlecht, gewählter Hochschulart (Universität versus Fachhochschule) und Fachrichtung der Studienanfänger?
- Welche Entwicklungstendenzen zeichnen sich im sozialen Herkunftsprofil der deutschen Studienanfänger ab?
- Welche demografischen, sozialen und Subjektmerkmale der deutschen Studienanfänger werden von der sozialen Herkunft differenziert?
- Welche Unterschiede im sozialen Herkunftsprofil bestehen bei Studierenden aus den alten und den neuen Ländern? Hierbei bedeutet »aus den alten Ländern« respektive »aus den neuen Ländern« stets das Bundesland, in dem die Hochschulreife erworben wurde. Zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung ist eine solche Zuordnung, um den Sozialisationshintergrund zu markieren, relativ. Sehr anschaulich zeigt sich das bei Berlin, wo eine solche Zuordnung nach West und Ost zunehmend schwieriger und schließlich unmöglich wird.

Schließlich kann hinterfragt werden, inwieweit sich die Feststellung von Hradil auf unseren Gegenstand bezogen bestätigt, daß sich die ostdeutschen Mobilitätsmuster fast vollständig an die westdeutschen Formen angeglichen haben.<sup>29</sup>

---

<sup>28</sup> Siehe Gustav-Wilhelm Bathke: Soziale Herkunft von deutschen Studienanfängern aus den alten und neuen Ländern an den Hochschulen im Wintersemester 1991/92. In: HIS-Kurzinformation A 11/97. Hannover 1997. – Gustav-Wilhelm Bathke / Jochen Schreiber / Dieter Sommer: Soziale Herkunft deutscher Studienanfänger – Entwicklungstrend der 90er Jahre. In: HIS-Kurzinformation A 9/2000. Hannover 2000.

<sup>29</sup> Siehe Stefan Hradil: Soziale Ungleichheit ... S. 395.

## 3.1.1. Bildungsherkunft der deutschen Studienanfänger

Hinsichtlich der Bildungsherkunft lassen sich anhand der HIS-Studienanfängeruntersuchung folgende Ergebnisse hervorheben (Siehe Tabelle 3 und 4): Die Mehrzahl der deutschen Studienanfänger entstammt höheren Bildungsschichten: 59% der Väter besitzen einen Bildungsabschluß oberhalb der Realschule. Bei den Müttern haben 45% einen entsprechend hohen Schulabschluß. Väter und Mütter mit Volksschulabschluß sind in der Minderheit (Siehe Abb. 3; Väter 22%, Mütter 25%). Väter und Mütter ohne einen schulischen Abschluß – in der Gesamtbevölkerung immer noch ein relevanter Prozentsatz – sind marginal.

Tabelle 3: Höchster Bildungsabschluß der Väter und Mütter von deutschen Studienanfängern im Wintersemester 1998/99 (in %)

Geschlecht	Universität	Fachhochschule	Fachschule	Abitur
... der Väter von Studienanfängern				
insgesamt	37	12	6	4
männlich	36	13	6	3
weiblich	37	12	6	4
... der Mütter von Studienanfängern				
insgesamt	24	6	10	5
männlich	24	5	9	5
weiblich	24	6	11	5
schließt oben an:				
	Realschule bzw. 10. Klasse	Volksschule bzw. 8. Klasse	kein Abschluß	n
... der Väter von Studienanfängern				
insgesamt	18	22	1	7908
männlich	18	23	1	4057
weiblich	19	21	1	3852
... der Mütter von Studienanfängern				
insgesamt	29	25	1	7914
männlich	29	27	1	4049
weiblich	30	23	1	3864
Quelle: HIS-Studienanfängerbefragung 1998/99				

Der Anteil der Studienanfänger mit schulisch hochqualifizierten Vätern und Müttern stieg im zurückliegenden Jahrzehnt erheblich. Zwischen 1992/93 und 1998/99 nahm unter den Vätern und Müttern der Studienanfänger der Anteil derjenigen mit Universitätsabschluß um 9%, d. h. der Anteil der Väter mit diesem Bildungsabschluß hat sich um fast ein Drittel und der der Mütter sogar um annähernd zwei Drittel erhöht.

Hinter dem gestiegenen Bildungsniveau sowohl der Väter als auch der Mütter der heutigen Studienanfänger steht die Bildungsexpansion seit Ende der 60er Jahre. Doch allein daraus läßt sich das überdurchschnittlich hohe Bildungsprofil der Väter und Mütter nicht erklären. Vom Bildungsschub und im Wettbewerb um höhere Bildung haben nach wie vor Kinder aus den Elternhäusern Vorteile gezogen, die über ein entsprechendes kulturelles, soziales und ökonomisches Potential verfügen. Diese Aussage belegt ein Vergleich der Bildungsherkunft der Studienanfänger mit dem Bildungsniveau der Gesamtbevölkerung. In der Studienanfängeruntersuchung wurde das Alter nicht erfaßt. Es kann aber begründet davon ausgegangen werden, daß die meisten Eltern zwischen 43 und 62 Jahre alt sind. In diesen Altersgruppen haben in der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland noch zwischen 44% bis 76% einen Volks- bzw. Hauptschulabschluß.<sup>30</sup> Der Vergleich läßt erkennen, daß die Studierenden trotz der zu verzeichnenden Bildungsexpansion disproportional den verschiedenen Bildungsschichten entstammen. Nach wie vor sind Kinder aus Familien, in denen beide Eltern über einen Volksschulabschluß oder über keine abgeschlossene Schulausbildung verfügen, im Hochschulstudium unter-, dagegen Akademikerkinder deutlich überrepräsentiert.

Zwischen den Studienanfängern aus den alten und den neuen Ländern bestehen nach wie vor beachtliche Bildungsherkunftsunterschiede sowohl väterlicher- als auch mütterlicherseits (Siehe Tabelle 4). Während von den Studienanfängern 1998/99 aus den alten Ländern 35% der Väter einen Universitätsabschluß und weitere 12% einen Fachhochschulabschluß haben, liegen die entsprechenden Anteile bei den Studienanfängern aus den neuen Bundesländern mit 40% Universitäts- und 13% Fachhochschulabschlüssen etwas darüber.

Rechnen wir den Fachhochschulabschluß hinzu, dann besitzen 53% der Väter der Studienanfänger aus den neuen Ländern und 47% der aus den alten Ländern einen Hochschulabschluß. Gleichzeitig haben die Studienanfänger aus den neuen Ländern deutlich häufiger Väter, die über einen 10-Klassen-

---

30 Siehe Datenreport 1999: Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. Statistisches Bundesamt / Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Band 365. Bonn 2000. S. 77.

Abschluß (POS- bzw. Realschulabschluß) verfügen (neue Länder 29%, alte Länder 16%). Dagegen ist ein Abschluß der 8. Klasse – vergleichbar mit der Volksschule – bei Vätern von Studienanfängern aus den neuen Ländern mit 9% deutlich seltener als bei den Vätern westdeutscher Studienanfänger (26%).

Noch auffallender sind die Bildungsunterschiede zwischen den Müttern. Während von den Müttern der Studienanfänger aus den alten Ländern lediglich 38% auf Bildungsabschlüsse oberhalb einer Realschule verweisen können, trifft das in den neuen Ländern auf fast zwei Drittel, auf 64%, zu.

Für die Mütter der Studienanfänger aus den neuen Ländern nimmt der Volksschulabschluß mit lediglich 5% nur einen geringen Raum ein. Dagegen ist die Volksschule im Spektrum der Bildungsabschlüsse bei den Müttern der Studienanfänger aus den alten Ländern mit fast einem Drittel noch beachtlich.

Hervorhebenswert ist bei der Betrachtung der west- und ostdeutschen Elterngenerationen außerdem, daß in den neuen Ländern zwischen Männern und Frauen geringere Bildungsunterschiede als in den alten Ländern bestehen. So liegen bei 43% der Väter von Studienanfängern aus den alten Ländern die Bildungsabschlüsse unterhalb des Abiturs und bei den Müttern bei 62% (Differenz 19 Prozentpunkte). Dagegen existiert in den neuen Ländern zwischen Vätern und Müttern keine Differenz (Väter 37%, Mütter 36%).

Die Ergebnisse sprechen dafür, daß die quantitative Ausdehnung der Abiturstufe in den neuen Ländern bisher zu keinem nennenswerten höheren Anteil der Bildungsaufsteiger unter den Studienanfängern geführt hat. Trotz einer deutlich erhöhten Zugangsquote zur gymnasialen Oberstufe in den neuen Ländern halten die Kinder aus Akademikerelternhäusern ihren hohen Anteil unter den Studienanfängern. Dies belegt, wie tradiert der Übergang zu höherer Bildung verläuft.

Bei allen Unterschieden in der Bildungsherkunft zwischen Studienanfängern aus den alten und den neuen Ländern macht der Vergleich mit dem Schulniveau der Elterngeneration deutlich – hier nur am Beispiel der Väter gezeigt – wie beachtlich die Unterschiede zwischen dem allgemeinen Bildungsprofil dieser Altersjahrgänge und dem der Eltern von Studienanfängern aus den neuen und alten Ländern ausfallen. So ist der Anteil der Väter mit akademischer Bildung sowohl bei den west- als auch bei den ostdeutschen Studienanfängern etwa dreimal so hoch wie in den entsprechenden Altersjahrgängen der männlichen Bevölkerung.

Für das Bildungsprofil der studentischen Herkunftsfamilien bleibt charakteristisch, daß in den neuen Bundesländern die Mutter häufiger das Bildungsprofil der Familie bestimmt als in den alten Ländern, d. h. in 25% der Fälle hat sie einen höheren Bildungsabschluß als der Vater. In den alten

Ländern trifft das nur auf 16% der Herkunftsfamilien zu. Die bereits konstatierten Unterschiede in der Bildung der Väter und Mütter von west- und ostdeutschen Studienanfängern bleiben auch erhalten, wenn vom höchsten Bildungsabschluß der Eltern ausgegangen wird (Siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Höchster Bildungsabschluß der Väter und Mütter von deutschen Studienanfängern aus den alten und neuen Bundesländern im Wintersemester 1998/99 (in %)

Geschlecht	Universität	Fachhochschule	Fachschule
... der Väter von Studienanfängern aus den alten Ländern			
insgesamt	35	12	6
männlich	34	13	7
weiblich	36	11	6
... der Väter von Studienanfängern aus den neuen Ländern			
insgesamt	40	13	5
männlich	42	14	5
weiblich	38	13	5
... der Mütter von Studienanfängern aus den alten Ländern			
insgesamt	20	4	9
männlich	20	4	8
weiblich	20	5	9
... der Mütter von Studienanfängern aus den neuen Ländern			
insgesamt	35	12	14
männlich	36	13	12
weiblich	34	11	15

Fortsetzung				
Abitur	Realschule bzw. 10. Klasse	Volksschule bzw. 8. Klasse	kein Abschluß	n
... der Väter von Studienanfängern aus den alten Ländern				
4	16	26	1	5970
3	15	27	1	3166
5	16	25	1	2804
... der Väter von Studienanfängern aus den neuen Ländern				
4	29	9	0	1526
3	27	9	0	659
4	31	8	1	867
... der Mütter von Studienanfängern aus den alten Ländern				
5	30	31	1	5961
5	29	33	1	3153
6	30	29	1	2808
... der Mütter von Studienanfängern aus den neuen Ländern				
3	31	5	0	1539
4	29	6	0	664
3	32	5	0	874

Quelle: HIS-Studienanfängerbefragung 1998/99

Nach wie vor sind Studienanfänger aus den alten Ländern weitaus häufiger Bildungsaufsteiger als die aus den neuen Ländern. Hier dürften sich verschiedene Ursachen bündeln:

*Erstens* ist die Elterngeneration im Osten schulisch höher gebildet als die entsprechende Altersgeneration im Westen. Das resultiert vor allem daraus, daß seit Mitte der 60er Jahre die 10-Klassen-Oberschule (POS) die Regelschule war.

*Zweitens* wirkt sich die traditionelle Berufstätigkeit hochqualifizierter Mütter in den neuen Ländern auf die Bildungsaspirationen der Kinder stimulierend aus.

*Drittens* existieren Zusammenhänge mit der geringeren Abitur- und Studienanfängerquote im Osten, der selektive Charakter der Abiturstufe ist größer.

*Viertens* steht dem gegenüber, daß sich Ende der 80er Jahre im Westen die Abiturientenraten sprunghaft erhöht haben und in den 90er Jahren auf diesem Niveau verharrten.



*Fünftens* schließlich wirkt die höhere Selbstreproduktion der Akademiker zu DDR-Zeiten in den neuen Ländern vermittelt nach.<sup>31</sup>

Weitere Fakten sind: Die seit Jahren bestehenden gravierenden Unterschiede im Bildungsprofil der Herkunftsfamilien deutscher Studienanfänger an Universitäten und Fachhochschulen sind nahezu unverändert. Die bereits dargestellten generellen Bildungsherkunftsunterschiede zwischen Studienanfängern aus den alten und den neuen Bundesländern führen dazu, daß ostdeutsche Studienanfänger an den Fachhochschulen ähnlich hohe Anteile an Eltern mit hohen Bildungsabschlüssen haben, wie westdeutsche Studienanfänger an den Universitäten.

Die fachrichtungsspezifische Betrachtung der Bildungsherkunft von deutschen Studienanfängern an Universitäten weist beträchtliche Unterschiede auf. Studienanfänger der Medizin, der Rechtswissenschaft, der Kunst- und Kulturwissenschaften sind mehrheitlich in einer akademischen Familien sozialisiert. Zwischen 53% und 65% der Eltern haben eine Universität absolviert. Im Unterschied dazu kommen die Studienanfänger der Ingenieur-, Agrar- und Ernährungswissenschaften sowie der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften deutlich seltener aus Elternhäusern mit einer solchen Bildungstradition. Bereits hier deutet sich an, daß nach wie vor charakteristische »Aufstiegsfachrichtungen« existieren, wie z. B. die Agrar- und Ernährungswissenschaften und die Ingenieurwissenschaften, aber auch die Lehramtsstudiengänge. Auf diese Tendenzen verwies Theodor Geiger schon vor 50 Jahren anhand seiner Untersuchung zur sozialen Herkunft bei dänischen Studenten.<sup>32</sup>

Für Studienanfänger aus den alten und neuen Ländern ergeben sich übereinstimmende Muster in den Herkunftsprofilen der Fachrichtungen. So zeichnen sich die Studienanfänger im Medizinstudium aus den alten und neuen Ländern gleichermaßen dadurch aus, daß zumindest ein Elternteil eine Universität absolviert hat.

---

31 Siehe Gustav-Wilhelm Bathke: Die ungebrochene Kraft des Einflusses der sozialen Herkunft auf eine akademische Bildungslaufbahn. Empirische Ergebnisse zur sozialen Reproduktion der Intelligenz in der DDR und im vereinten Deutschland. In: Ingrid Lötsch / Hansgünter Meyer (Hrsg.): Sozialstruktur als Gegenstand der Soziologie und der empirischen soziologischen Forschung. Berlin 1998. S. 185 ff.

32 Siehe Theodor Geiger: Die soziale Herkunft der dänischen Studenten. In: Passauer Beiträge zur Sozialwissenschaft 2. Hrsg. Klaus Rodax. Opladen 1992.

### 3.2.2. Berufsstatus der Väter und Mütter

Setzt man die beruflichen Statusgruppen der Eltern von Studienanfängern in Relation zu denen in der erwerbstätigen Bevölkerung, dann zeigen sich die bekannten Disproportionen.<sup>33</sup> Studienanfänger aus Arbeiterfamilien sind im Hochschulstudium nach wie vor unterrepräsentiert. Dagegen kommen Studienanfänger überproportional aus Beamtenfamilien, aus Familien Selbständiger oder Freiberufler- und Angestelltenfamilien. Die Feingliederung innerhalb der Statusgruppen der Angestellten und Beamten macht deutlich, daß besonders jene Untergruppen hohe Anteile erzielen, bei denen sich günstige ökonomische, soziale und kulturelle Ressourcen bündeln.

Ein auffallendes Merkmal des Berufsstatus der Mütter der Studienanfänger aus den neuen Ländern ist der hohe Anteil Berufstätiger und der geringe Prozentsatz von Hausfrauen: Den 7% Hausfrauen in den neuen Ländern stehen 30% in den alten Ländern gegenüber (Siehe Tabelle 5).

Obwohl die Studienanfänger aus den neuen Ländern seltener als die aus den alten Ländern Bildungsaufsteiger sind (Siehe Abschnitt 3.2.1), ist unter ihnen der Anteil an Arbeiterkindern deutlich höher als unter den Studienanfängern aus den alten Ländern (24% zu 12%). Der Vergleich der Anteile der verschiedenen Statusgruppen (z. B. Arbeiter, Selbständige), aus denen sich die Studienanfänger aus den alten und neuen Bundesländern rekrutieren, berücksichtigt unzureichend die beachtlichen Unterschiede in der Sozialstruktur der Bevölkerung in den westlichen und östlichen Bundesländern.<sup>34</sup> Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Sozialstruktur in den alten und neuen Ländern wird anhand von Proporzfaktoren erkennbar, daß sich die Studienanfänger sowohl aus den alten als auch aus den neuen Ländern disproportional aus den verschiedenen Statusgruppen der Erwerbstätigen reproduzieren. So steht in den alten Ländern den 12% Studienanfängern mit Arbeiter-Vätern ein Arbeiter-Anteil von 40% in der Bevölkerung gegenüber. In den neuen Ländern beträgt dieses Verhältnis 24% zu 53%. Der Vergleich über den Proporzfaktor ergibt für die alten Länder 0,32 und für die neuen Länder 0,45. Das heißt, Arbeiterkinder sind im Hochschulstudium im Westen wie im Osten deutlich unterrepräsentiert, wobei in den alten Ländern dieser Reproduktionsproporz noch ungünstiger ausfällt als in den neuen Ländern.

---

33 Siehe KlausSchnitzer / Wolfgang Isserstedt / Peter Müssig-Trapp / Jochen Schreiber: Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland (15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks). Hrsg. Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn 1998. S. 74 ff.

34 Siehe Datenreport 1999: Zahlen und Fakten über ... S. 94.

Hinsichtlich der sozialen Reproduktion von Studierenden bleibt beachtenswert: Mit den gleichen beruflichen Statusgruppen (Selbständige, Angestellte, Beamte, Arbeiter) verbinden sich bei Studienanfängern aus den alten und neuen Ländern sehr unterschiedliche kulturelle Ressourcen – ablesbar an den Bildungszertifikaten – der Herkunftsfamilie. Bei der Betrachtung der dargestellten sozialen Herkunftsprofile der deutschen Studienanfänger darf nicht übersehen werden, daß sich innerhalb dieser Auswahlpopulation beachtliche Unterschiede je nach Bildungsherkunft statistisch nachweisen lassen. Das innere Gefälle wird in der Bewältigung des Studiums und darüber hinaus für die Chancen im Beruf relevant.

Aus den Herkunftsprofilen der Studienanfänger aus den alten und neuen Ländern läßt sich das Fazit ziehen, daß bei einer noch immer in wesentlichen Merkmalen unterschiedlichen Sozialstruktur der west- und ostdeutschen Gesellschaften die tradierten Vermittlungsmechanismen sozialer Reproduktion für das akademische Studium fortbestehen und markant bei der Fachrichtungswahl wirksam werden. Das traditionelle Weiterwirken der Herkunftsunterschiede äußert sich auch in Lebenswerten und Lebenszielen und steuert so die sozialen Ungleichheiten in der Partizipation an hoher Bildung und ihrer Verwertung für den Einzelnen. Am Beispiel der Studienanfänger zeigt sich der ungebrochene Einfluß der sozialen Herkunft und des darin eingewobenen »Kulturkapitals« auf die Bildungslaufbahn der nachkommenden Generation. Ungeachtet der erweiterten Bildungschancen durch die Bildungsexpansion bleiben tradierte soziale Auswahlmechanismen bestehen.<sup>35</sup>

---

35 Siehe Pierre Bourdieu / Jean-Claude Passeron: Die Illusion der Chancengleichheit. Stuttgart 1971. – Rainer Geißler: Mehr Bildungschancen, aber wenig Bildungsgerechtigkeit ein Paradox der Bildungsexpansion. In: Stephan Betke u. a. (Hrsg.): Emanzipative Bildungspolitik. Münster 1999. – Stefan Hradil: Soziale Ungleichheit ... – Klaus Rodax: Soziale Ungleichheit und Mobilität durch Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. In: »Österreichische Zeitschrift für Soziologie (ÖZS)«. (1995) 20. – Helmut Köhler: Bildungsbeteiligung und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. Zu Stabilität und Wandel der Ungleichheit von Bildungschancen. In: Studien und Berichte aus dem Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Nr. 53. Berlin 1992.

Tabelle 5: Berufsstatus der Väter und Mütter von deutschen Studienanfängern aus den alten und neuen Bundesländern im Wintersemester 1998/99 (in Prozent)

Selbständige/ freie Berufe	Angestellte	Beamte	Arbeiter	Hausmann/ Hausfrau	
der Väter aus den alten Ländern	23	40	25	12	1
der Väter aus den neuen Ländern	21	47	7	24	1
der Mütter aus den alten Ländern	11	41	13	5	31
der Mütter aus den neuen Ländern	11	66	8	8	7
der Mütter <sup>1</sup> aus ganz Deutschland	15	62	16	8	
der Mütter <sup>1</sup> aus den alten Ländern	15	59	19	7	
der Mütter <sup>1</sup> aus den neuen Ländern	12	71	8	9	

1 Der Berufsstatus ist hier berechnet ohne Hausfrauenanteil und ohne die Mütter, die nie berufstätig gewesen sind

Quelle: HIS-Studienanfängerbefragung 1998/99



## Helmut Steiner und die Frauen

Uta Schlegel

Helmut Steiner hat sich – dem langwährenden und erneut anschwellenden aktuellen Gender-mainstreaming Diskurs der Fachschaft folgend – auch mit der Kategorie Geschlecht bzw. Frau befaßt. Das auf diesem Kolloquium zu thematisieren, erscheint zumindest aus zwei Gründen wichtig: Zum einen gehört H. Steiner mit seiner Zuwendung zu diesem Thema zu einer »statistischen Randgruppe« männlicher DDR-Soziologen seiner Generation.<sup>1</sup> Zum anderen beschäftigt er sich mit zwei Problemen von stetem Interesse für die Geschlechterverhältnisse insofern, als gerade sie, sowohl historisch als auch für die Gegenwart von hoher Relevanz sind.

Das eine Steinersche Thema bezieht sich auf *Frauen in Führungspositionen in der DDR*, die – mittlerweile unstrittig – gegenüber der alten und neuen BRD einen Gleichstellungsvorsprung hatten, das andere auf *Alexandra Kollontai*, auf die erste Frau der Welt, die in einem Regierungskabinett einen Ministerposten bekleidete und die bemerkenswerten Arbeiten zur Geschlechteremanzipation verfaßte – nichtsdestotrotz in der Wissenschafts- und Politikgeschichtsschreibung der Sowjetunion, der DDR und in Deutschland über Jahrzehnte, bis in die 80er Jahre keine Rolle spielte.

### 1. Frauen in Führungspositionen in der DDR

In seiner Arbeit »Frauen in der Politik und Wirtschaft der DDR«<sup>2</sup> geht es Steiner erklärtermaßen darum, »die Wirklichkeit der DDR zwischen Verklä-

---

1 Dieser Sachverhalt ist bekanntlich auch einer restriktiven Veröffentlichungspolitik zum Thema »Geschlecht« in der DDR geschuldet. Beispielsweise hat sich Walter Friedrich schon früh dem Thema zugewandt und im »Handbuch der Jugendforschung« in dem Kapitel »Theoretische Probleme der Verhaltensdetermination« speziell die Geschlechterposition behandelt. Das Handbuch enthielt bemerkenswerterweise ein eigenständiges Kapitel »Mädchen und junge Frauen« von Ulrike Siegel. – Das Handbuch (VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften. Berlin 1969. 479 S.) wurde unmittelbar nach dem Druck verboten und bis auf wenige Exemplare eingestampft.

2 Siehe Helmut Steiner: Frauen in der Politik und in der Wirtschaft der DDR. In: Frauen auf dem Weg zur Elite. Im Auftrag der Ranke-Gesellschaft Vereinigung für Geschichte im

rung und Verketzerung zu vermitteln«. <sup>3</sup> Dieser Anspruch ist angesichts des Gleichstellungsvorsprungs der Frauen aus der DDR einerseits und der retrospektiven Idealisierung gegenüber der Verteufelung der Geschlechterverhältnisse in der DDR andererseits bedeutsam. <sup>4</sup> Steiner setzte sich im Rahmen seiner Analysen zur Sozialstruktur- und Mobilitätsforschung kritisch mit 3 Aspekten auseinander:

1. mit der für die DDR typischen Schere zwischen Anspruch bzw. Programmatik von weiblicher Gleichstellung einerseits und der Blockierung weiblichen Aufstiegs in politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche u. a. Spitzenpositionen andererseits;
2. mit der Kategorie der »Eliten« und
3. nicht zuletzt mit der »sozialen Herkunft« der Frauen in »Aufsteigerpositionen«.

Diese drei Aspekte behandelt Steiner zwar anhand der politischen Praxis der DDR – aber auch mit Gültigkeit für die heutigen Debatten zur Sozialstruktur und zur sozialen Ungleichheit.

### 1.1. Programm vs. Blockierung von »Frauen in Spitzenpositionen« in der DDR

Diese Schere – anschaulich belegt durch zahlreiche Übersichten zum Frauenanteil an Führungspositionen verschiedener hierarchischer Ebenen in Staatsapparat, Partei, Gewerkschaft, Wissenschaft und Wirtschaft – führt Steiner darauf zurück, daß im patriarchalischen Staat DDR die Gleichstellungsfortschritte nicht durch Emanzipationsbemühungen der Frauen selbst erkämpft, sondern auf paternalistische Weise »gewährt« wurden, ihnen somit die Tempel der Macht, wenn überhaupt, dann nur in Ausnahmefällen zugänglich waren. <sup>5</sup> Das gilt bekanntlich nicht nur für die DDR, und es hat sich weithin bis heute nicht viel daran geändert. »Neudeutsch« wird dieses Phänomen in der Frauen- und Geschlechterforschung die »gläserne Decke« genannt. Erst kürzlich legte Steiner in seiner Rezension des Soziologenkongresses 2000 den Finger auf diese Wunde, verbunden mit einem Seitenhieb auf

---

öffentlichen Leben hrsg. von Günther Scholz. Bündinger Forschungen zur Sozialgeschichte 2000. Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit. Bd. 23. München 2000. 3 Ebenda. S. 139.

4 Siehe Uta Schlegel: Gleichberechtigung der Geschlechter in der DDR – Mythos und Realität. In: Dietmar Keller / Reinhard Mocek: Alltag in der DDR. Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. 8. Eggersdorf 1997.

5 Siehe Helmut Steiner: Frauen in der Politik und ... S. 155.

die bedenkliche Professoren-Berufungspraxis in der Disziplin Soziologie an den deutschen Hochschulen.

Als typisch für diese Schere, wenn auch besonders krass, kann die durchgehend männliche Zusammensetzung des Politbüros des ZK der SED gelten mit nur wenigen weiblichen Kandidatinnen, die es nie zu Vollmitgliedern brachten (z. B. Margarete Müller mit 26 Jahren oder Inge Lange mit 16 Jahren Kandidatenstatus), was im Gegensatz zum gesellschaftspolitischen Ziel und zur ständigen Forderung nach mehr Frauen in Führungspositionen stand.

Über diese »Gewährung« hinaus scheinen mir noch andere strukturelle Gründe dafür maßgeblich gewesen zu sein, daß Frauen in der DDR trotz ihres den Männern vergleichbaren Bildungsstandes im akademischen Bereich in Führungspositionen drastisch unterrepräsentiert waren. Diese Gründe waren aber weitgehend tabuisiert.

Zum einen hatten (vor allem junge) Frauen durchaus Probleme bei der Vereinbarung von zumeist voller Erwerbsarbeit, Kind(ern) und Haushalt. Daraus folgt: Das Erreichen beruflicher Kompetenz verlief mehrheitlich, besonders bei den Hoch- und Fachschulabsolventinnen in den ersten fünf bis sieben Jahren nach Abschluß des Studiums, langsamer als bei den männlichen Kollegen.<sup>6</sup> Diese nach Geschlecht unterschiedlichen beruflichen Startbedingungen waren später nur schwer wieder auszugleichen, zumal für eine Vielzahl akademischer Berufe und hoher/höchster beruflicher, gesellschaftlicher und politischer Positionen eine gewisse »Altersschwelle« existierte und bestimmte Voraussetzungen gestellt waren (etwa für hohe politische Funktionen ein intensives Engagement im Jugendverband).

Subjektiv akzeptierten junge Frauen diese Situation durchaus, indem sie selbst zum großen Teil von vornherein auf verantwortungsvolle bzw. Leitungsfunktionen in der Volkswirtschaft und in der Wissenschaft verzichteten und Studentinnen sogar zugunsten ihres Kinderwunsches oft mehrere Jahre verkürzter Berufstätigkeit einplanten, jedoch meist nicht realisierten.<sup>7</sup>

Zudem darf nicht außer acht gelassen werden, daß angesichts der staatlichen Familienpolitik und der damit verbundenen gesetzlichen »Privilegien« für Frauen wie Haushaltstag, Babyjahr (erst später formal auf Männer erwei-

---

6 Siehe Uta Schlegel / Helga Gantz: Probleme der Leistungsbereitschaft und Berufstätigkeit weiblicher Hoch- und Fachschulabsolventen. In: Uta Schlegel / Manfred Rochlitz (Hrsg.): Soziale Beziehungen im Betrieb – Persönlichkeit und Leistung von Hoch- und Fachschulkadern. Leipzig 1987.

7 Siehe Barbara Bertram / Gisela Thiele: Objektive und subjektive Voraussetzungen von jungen Hochschulabsolventinnen für leitende Tätigkeiten im Betrieb. In: Uta Schlegel / Manfred Rochlitz (Hrsg.): Soziale Beziehungen im Betrieb ...



tert), gesetzlich verkürzter Arbeitszeit für Mütter mit zwei und mehr Kindern die Betriebe, Kombinate, Institutionen usw. in ihren Personalrekrutierungsstrategien für Leitungspositionen Männer präferierten. Das ist empirisch für den geschlechtstypischen Berufsstart von HochschulabsolventInnen vielfach belegt.

## 1.2. Kategorie »Eliten«

In der Frage der »Eliten« kritisiert Helmut Steiner zu Recht ihr bis heute verbreitetes beschränktes und reduziertes Verständnis als »Träger funktionaler Herrschaftspositionen« und definiert sie neu als gesellschaftliche Führungsgruppen, »die sich durch hervorragende Befähigungen und Qualifikationen (Sachkompetenz) auszeichnen (sollten), bestimmend-prägende Entscheidungskompetenz besitzen und wahrnehmen, die jeweilige Gesellschafts- und Staatsordnung auf verschiedene Weise positiv und/oder negativ (z. B. Gegeneliten) repräsentieren sowie in unterschiedlichem Maße Öffentlichkeit und Medien für ihre Wirksamkeit nutzen. Ihre Entscheidungs- und Einflußbereiche sind die Politik (Exekutive, Legislative, Justiz, Parteien und Verbände, staatliche Verwaltung, Diplomatie, Generalität), die Wirtschaft (Eigentümer und Manager-Unternehmer), die Kultur, Wissenschaft, Medien und die Kirchen.«<sup>8</sup>

Folgerichtig bezieht er in seine einschlägigen Analysen zu den DDR-Eliten u. a. auch vieldiskutierte DDR-Schriftstellerinnen (wie Maxi Wander, Christa Wolf, Brigitte Reimann, Irmtraud Morgner) ein. Als SoziologInnen in der DDR haben wir durchaus reflektiert, daß solche Schriftstellerinnen objektiv herangereifte, aber in der Wissenschaft und im öffentlichen Diskurs weitgehend tabuisierte Probleme und Konflikte (wie Behinderte, Geschlechterverhältnisse, Gleichgeschlechtlichkeit, Gewalt, genetische Fragestellungen, Probleme der deutschen Zweistaatlichkeit) belletristisch thematisiert haben, sicher auch deshalb eine hohe Verbreitung erreichten und so informelle Debatten beförderten.

## 1.3. Kategorie und politische Praxis der »sozialen Herkunft«

Hinsichtlich der »sozialen Herkunft«, in der DDR erklärtermaßen von hoher (nicht nur) bildungs- und kaderpolitischer Relevanz angesichts ihres An-

---

8 Helmut Steiner: Frauen in der Politik und ... S. 141.

spruchs als Arbeiter-und-Bauern-Staat mit entsprechenden Förderstrategien, verweist Steiner u. a. auf folgendes Dilemma: In den 60er Jahren trat in der DDR die »erste Generation des politisch, wissenschaftlich-technisch, ökonomisch, militärisch, diplomatisch und künstlerisch qualifizierten *DDR-Nachwuchses* auf den Plan«. <sup>9</sup> Dies führte zu entsprechenden Verrenkungen der bildungspolitischen Definition der sozialen Herkunft, insbesondere ihrer statistischen Manipulation, nach der Mitarbeiter des SED-Parteiapparates, der Staats- und Sicherheitsorgane u. a. kaderpolitisch als Angehörige der Arbeiterklasse und ebenso die soziale Herkunft ihrer Kinder eingestuft wurden. <sup>10</sup>

Zu ergänzen sind, insbesondere nach den einschlägigen Forschungen des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig und seiner Studentenforschung <sup>11</sup>

- zum einen die zwingend notwendige, aber ausbleibende,
- zum anderen die prägende Bedeutung der Mütter als »primäre Sozialisatorinnen« mit hohem Bildungsstand, mehrheitlicher Vollerwerbsarbeit sowie ihrer, auch von den Kindern und Jugendlichen anerkannten sozialen Kompetenz <sup>12</sup> und
- schließlich ist der empirisch gut belegte Sachverhalt zu erwähnen, daß die verordneten Einschränkungen, Jugendliche mit sozialer Herkunft aus der Intelligenz für ein Hochschulstudium nicht zuzulassen, massenhaft unterlaufen worden sind (z. B. über das Fernstudium, über eine Facharbeiterausbildung mit Abitur <sup>13</sup>), so daß es auch in der DDR »akademische Berufsvererbungen« (z. B. Arzt/Ärztin, Apotheker) über Generationen hinweg gab.

Zu einer Neukonstitution der sozialen Herkunft in der DDR kam es ab den 60er Jahren im Sinne einer Abkehr von der alleinigen Definitionsmacht des Vaters – hin zu der von Vater *und* Mutter. Dafür sprachen die hohe Beteiligung der Mütter am Erwerbsleben und an Bildungs- und Qualifizierungsabschlüssen sowie der wachsende Anteil alleinerziehender Mütter.

---

<sup>9</sup> Ebenda. S. 144.

<sup>10</sup> Ebenda. S. 145.

<sup>11</sup> Siehe dazu auch den Beitrag von Gustav-Wilhelm Bathke »Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm? Die ungebrochene Kraft der sozialen Herkunft ...« in diesem Band.

<sup>12</sup> In diesem Falle war der Zugang zum Studium – angesichts der *eigenen* Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse – erleichtert.

<sup>13</sup> Das führte übrigens bis heute zu einem interessanten kulturellen Unterschied zu den alten Bundesländern – als nämlich der überwiegend gelebte sogenannte doppelte Lebensentwurf der Mütter von den heutigen ostdeutschen (weiblichen und männlichen) Jugendlichen positiv gewertet und in hohem Maße akzeptiert wird und sozusagen in sozialer Vererbung in den eigenen Lebensentwürfen fortlebt.

## 2. Alexandra Kollontai

Mit den Untersuchungen zur Biographie von Alexandra Kollontai bricht Helmut Steiner als Sozialwissenschaftler in eine relativ neue Domäne ein, indem er einen Beitrag zur Korrektur der verbreiteten geschlechtstypischen Geschichtsklitterung leistet, bei der historisch bedeutsame Frauengestalten häufig ignoriert werden. Daß dies von bedrückender Aktualität ist, soll vorab ein jüngstes Leipziger Beispiel aus dem Jahr 2001 illustrieren.

Neue Eingemeindungen in die Stadt Leipzig machten (infolge Doppelungen) Straßenumbenennungen erforderlich, u. a. auch der zentral gelegenen Grenzstraße. Das örtliche Stadtbezirksgremium hatte einstimmig für eine Umbenennung in Louise-Otto-Peters-Straße votiert, deren Lebens- und Arbeitsstätte hier lag und die bekanntlich eine entscheidende Wegbereiterin der deutschen Frauenbewegung um 1848 und in der Folge war. Entgegen diesem Votum und entgegen massenhaften Widerspruchs durch die Leipziger Bevölkerung entschied sich die Stadt schließlich doch für die Umbenennung nach Ludwig Erhard, der keinerlei regionalen Bezug zu Leipzig hat.

Nicht zufällig spielte Alexandra Kollontai, bekanntlich eine der engsten Mitarbeiterinnen Wladimir I. Lenins in den entscheidenden Jahren 1914 bis 1924, über Jahrzehnte keine Rolle in der Rezeption der Geschichte der Frauenbewegung und der Sowjetunion. Es ist wesentlich Helmut Steiners Verdienst, daß ihre Bedeutung für die Frauenemanzipation und die Arbeiterdemokratie analysiert, in verschiedenen Arbeiten publiziert und in Vorträgen vorgestellt wurde sowie in die universitäre Lehre eingegangen ist.<sup>14</sup>

Über die notorische patriarchale Geschichtsklitterung hinaus führt Steiner noch andere wichtige Argumente dafür an, warum erst in den sozialismustheoretischen Rückbesinnungen der 90er Jahre Alexandra Kollontai Beachtung geschenkt wurde. Ihre frauenpolitischen Arbeiten allerdings wurden schon von den internationalen Frauenbewegungen Westeuropas und den USA

14 Siehe Helmut Steiner: Alexandra Kollontai – ihre gesellschaftstheoretischen Positionen zu Frauenemanzipation und Arbeiterdemokratie. Beitrag zum Symposium der Leibniz-Sozietät »Die russische Revolution Beitrag 1917: Weltereignis – Widerstreit – Wirkungen« am 1. November 1997 in Berlin. – Ders.: Alexandra Kollontai – Frauenemanzipation und Arbeiterdemokratie. In: »Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung«. (1998)35. – Helmut Steiner: Alexandra M. Kollontai (1872–1952) über Theorie und Praxis des Sozialismus. Vortrag vor der Leibniz-Sozietät in Berlin im Dezember 2000. Erscheint in: »Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät«. – Ders.: Radikale Generalstochter – Frauengeschichte(n): Alexandra Kollontai. In: »Neues Deutschland« v. 10./11. März. 2001. – Ders.: Rosa Luxemburg und Alexandra Kollontai – Versuch eines Vergleichs. In: Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes. Hrsg. Klaus Kinner / Helmut Seidel. Berlin 2002. – Helmut Steiner hielt im SS 2001 an der Universität Hannover / Institut für Soziologie eine Vorlesung zum Thema: »Alexandra Kollontais Verständnis von Frauenemanzipation und Arbeiterdemokratie«.

im Gefolge der 68er Bewegungen aufgegriffen und rezipiert.<sup>15</sup> Neben der jahrzehntelangen undifferenzierten Rezeption der parteiintern durchaus divergenten Auffassungen und den teilweise erbitterten Auseinandersetzungen spielte dafür sicher eine entscheidende Rolle, daß die A. Kollontai, im Unterschied zu anderen engen MitarbeiterInnen Lenins aus der Revolutionszeit, 1952 eines natürlichen und damit unspektakulären Todes gestorben ist.<sup>16</sup>

Von Interesse am frauenpolitischen Engagement der Alexandra Kollontai ist m. E. folgendes:

1. Bezeichnenderweise führten sie ein früh erwachtes soziales Gewissen, sie entstammte einem alten russischen Adelsgeschlecht, sozialismustheoretische Themen, Arbeiten zur Arbeiterbewegung und eine umfangreiche politisch-organisatorische und agitatorische Arbeit, besonders in den Monaten der Revolution 1905/06, zwangsläufig zu Themen »der werktätigen Frauen, der politischen Gleichberechtigung der Frauen, der Unzulänglichkeiten der bürgerlichen Frauenbewegung, aber auch des Defizits der Frauenproblematik in der Programmatik und praktischen Politik der russischen Sozialdemokratie«, und diese wurden »politisch-theoretischer Mittelpunkt ihres Interesses. Bereits seit 1907 nahmen Themen über die Aufgaben der Arbeiterinnen, der – nach ihrer Terminologie – »feministischen Bewegung«, der Gründung eines legalen Frauenklubs als »Gesellschaft der gegenseitigen Hilfe von Arbeiterinnen«<sup>17</sup> der Teilnahme am Internationalen Sozialistinnen-Kongreß 1907 in Stuttgart – einen zunehmend größeren Raum in ihren Gesamtaktivitäten ein.«<sup>18</sup>

---

15 Siehe ders.: Alexandra Kollontai – Frauenemanzipation und Arbeiterdemokratie. A.a. O. S. 179.

16 Einigen ehemaligen Mitkämpfern von Wladimir I. Lenin z. B. Nikolai I. Bucharin, Grigori J. Sinowjew, Leo D. Trotzki verhalf das Spektakuläre ihres Schicksals (Ermordung) allmählich in ihren historischen Rang zurück.

17 Dieser Sachverhalt erinnert nachdrücklich an die Schwierigkeiten der DDR in den 80er Jahren in ihrem Umgang mit den entstehenden Frauengruppen (vor allem innerhalb der Kirche sowie der Friedens- und Umweltbewegungen), die bei einem paternalistischen Selbstverständnis des Staates als »basisdemokratisch« entstandene Gruppen von vornherein suspekt waren. Vor dem Hintergrund einer weitgehend fehlenden politischen Kultur gab es in der DDR keine Frauenbewegung. In dieser Einschätzung unterscheiden wir uns von Samirah Kenawi. – Siehe Samirah Kenawi: Frauengruppen in der DDR der 80er Jahre. Eine Dokumentation. Hrsg. Grauzone / Dokumentationsstelle zur nichtstaatlichen Frauenbewegung in der DDR. Berlin 1995. – Im SS 2001 hielt Helmut Steiner an der Universität Hannover / Institut für Soziologie eine Vorlesung zum Thema »Alexandra Kollontais Verständnis von Frauenemanzipation und Arbeiterdemokratie«. Die Vorlesung ist nicht veröffentlicht.

18 Siehe Helmut Steiner: Alexandra M. Kollontai (1872–1952) über Theorie und Praxis des Sozialismus. Vortrag vor der Leibniz-Sozietät in Berlin im Dezember 2000. S. 6. Erscheint in: »Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät«.

2. Wegen ihres frauenpolitischen Engagements war A. Kollontai »zu ihrer Zeit und bis auf den heutigen Tag den verschiedenartigsten *Verunglimpfungen* von Freunden und Feinden, Genossen und Gegnern ausgesetzt«. <sup>19</sup> Insbesondere deshalb, weil sie neben dem Verlangen nach der ökonomischen Befreiung der Frau als Voraussetzung und Grundlage ihrer sozialen und kulturellen Befreiung weitergehende frauenemanzipatorische Überlegungen anstellte und auf andere alltagspraktische Lebensbereiche bezog. »Dabei räumt sie den gleichberechtigten Beziehungen in der Familie, der Zubilligung gleicher Verhaltensweisen von Frauen und Männern, auch in ihren eigenständigen Lebensentscheidungen und im Sexualverhalten sowie neuen Moralbeziehungen in der und für die neue Gesellschaft besondere Bedeutung ein. In zahlreichen Büchern, Broschüren, Aufsätzen <sup>20</sup> und unpersönlichen Leben verfocht, mehr noch: lebte sie diese«. <sup>21</sup> Die »Delegierung« der A. Kollontai zur Repräsentantin der Sowjetunion ins Ausland <sup>22</sup> ist teilweise als Abschiebung aus dem innenpolitischen Wirken in den »goldenen Käfig der Diplomatie« zu verstehen. <sup>23</sup>
- 3 Um 1905 distanzierte sich Alexandra Kollontai einerseits offen von der bürgerlichen Frauenbewegung und begann, sich grundsätzlich mit ihr auseinanderzusetzen; andererseits stellte sie aber auch die Defizite bzw. die Abstinenz der russischen Sozialdemokratie und ihrer Programmatik

---

19 Ders.: Alexandra Kollontai – Frauenemanzipation ... A. a. O. S. 180.

20 Alexandra Kollontai: Die sozialen Grundlagen der Frauenfrage. St. Petersburg 1909. Russ. (Es handelt sich um ihr erstes Buch über die Frauenfrage, entstanden in Vorbereitung des von Vertreterinnen liberaler Frauenorganisationen – mit ihrer Beteiligung – organisierten I. Allrussischen Frauenkongresses 1908). – Dies.: Die neue Moral und die Arbeiterklasse. Berlin 1920. – Dies.: Der geflügelte Eros (soziologische Artikel). Berlin 1922. Darin: Sozialistisches Ideal: Wtschera, Segodnja, Sawtra (dtsh.: Das Sozialistische Ideal: Gestern, Heute, Morgen). Moskau 1992. – G. A. Tischkin (Hrsg.): Feminism i Rossiskaja Kultura (dtsh. Feminismus und die russische Kultur). Sankt Petersburg 1995. – Helmut Steiner: Alexandra M. Kollontai (1872–1952) über Theorie und Praxis des Sozialismus. Vortrag vor der Leibniz-Sozietät in Berlin Dezember 2000. (Veröffentlichung in den »Sitzungsberichten« in Vorbereitung.)

21 Helmut Steiner: Alexandra Kollontai - Frauenemanzipation und Arbeiterdemokratie. A. a. O.

22 Ebenda. S. 178 f. – 1922 wird Alexandra Kollontai zum Attaché bei der Gesandtschaft der UdSSR in Norwegen und 1923 zur bevollmächtigten Leiterin der politischen und Handelsvertretung der UdSSR in Norwegen ernannt. Es ist das erste Mal in der Geschichte, daß eine Frau an die Spitze einer diplomatischen politischen und Handelsvertretung berufen wird. Als 1924 unter aktiver Mitwirkung von A. Kollontai diplomatische Beziehungen zwischen Norwegen und der UdSSR, eine der ersten in Europa, aufgenommen werden, wird sie zum ersten Mal, 1927 zum zweiten Mal als Botschafterin in Norwegen berufen. 1928 übernimmt A. Kollontai die Leitung der politischen und Handelsvertretung der UdSSR in Mexiko; 1930 folgt die Ernennung zur diplomatischen Vertreterin der Sowjetunion in Schweden.

23 Helmut Steiner: Alexandra Kollontai – Frauenemanzipation ... A. a. O. S.175.

bezüglich der Frauenprobleme fest und kritisierte diese öffentlich-publizistisch.<sup>24</sup> Das drängt eine spätere Parallele auf – natürlich in anderem historischen Kontext:<sup>25</sup> Zum einen wurden in der DDR im wissenschaftlichen Diskurs aus ideologischen Gründen die proletarische und die bürgerliche Frauenbewegung strikt getrennt behandelt. Dabei wurde die bürgerliche Frauenbewegung oft abgewertet, und es gab nur wenig Bemühen, Gemeinsamkeiten zu analysieren. Zum anderen war für die DDR eine weitgehende wissenschaftliche und politische Abstinenz bezeichnend, die Geschlechterverhältnisse generell zu thematisieren.<sup>26</sup> Die Geschlechter- bzw. die Frauenfrage wurde vor dem Hintergrund des gesellschaftspolitischen Ziels, der Gleichstellung aller Menschen durch ihre gleiche Stellung zu den Produktionsmitteln (deren Vergesellschaftung), zu einem »Nebenwiderspruch« der »Klassenfrage« degradiert, die als »Hauptwiderspruch« angesehen wurde.<sup>27</sup> Dies ignorierte, daß jede Gesellschaft noch durch andere Strukturkategorien und damit Ungleichheiten gekennzeichnet ist, wozu das Geschlecht als eine wesentliche gehört – wenn nicht überhaupt *die* Achse sozialer Ungleichheit darstellt.<sup>28</sup> So wurden in der DDR in gewisser Weise die traditionellen Geschlechterverhältnisse perpetuiert, indem, was bekannt ist, beispielsweise alle familienpolitischen Strategien und Maßnahmen im Kern an die Frau adressiert waren.

4. Typischerweise war es mit Alexandra Kollontai *eine Frau*, die sich in historischen Umbruchzeiten theoretisch und politisch-praktisch den notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen der Geschlechterverhältnisse und der Situation der Frau zuwandte.

Resümierend ist festzustellen: Nicht zufällig – angesichts ihrer paradigmatischen Bedeutung – hat sich Helmut Steiner in seiner wissenschaftlichen

---

24 Ebenda. S. 180.

25 Bekanntlich war die »Gleichberechtigung der Frau« in der DDR von Anfang an eine der erklärten innenpolitischen Zielstellungen und eines der wichtigsten Argumente ihrer internationalen Anerkennung.

26 Siehe Else Sauer: Die Entwicklung der bürgerlichen Frauenbewegung von der Gründung des Bundes deutscher Frauenvereine 1894 bis zum ersten Weltkrieg. Diss. Karl-Marx-Universität Leipzig 1969 (unveröff.). – Dies.: Zum Verhältnis zwischen der bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegung von 1894 und 1914. In: »Wissenschaftliche Studien des Pädagogischen Instituts Leipzig«. (1970)2.

27 Siehe Uta Schlegel: Gleichberechtigung der Geschlechter in der DDR ... A. a. O. S. 204 f.

28 Siehe Anneliese Braun / Gerda Jasper / Ursula Schröter: Rollback in der Gleichstellung der Geschlechter: Trends in der Erwerbsentwicklung ostdeutscher Frauen. In: Hanna Behrend (Hrsg.): Wende und deutsche Vereinigung von innen gesehen. Köln 1996. S. 191 ff.

Auseinandersetzung mit diesen zwei »weiblichen« Gegenständen aus der Geschichte der DDR und der Geschichte der Sowjetunion Themen zugewandt, die nicht »nur« von historischer Bedeutung sind, sondern von genereller und hoher aktueller Relevanz.

## **Helmut Steiner – Stationen und Leistungen einer Soziologen-Karriere**

*Walter Friedrich*

Helmut Steiner wuchs die ersten 10 Jahre seines Lebens in einer katholisch gesinnten Familie eines Sägewerksbesitzers auf der böhmischen Seite des Erzgebirges auf. 1946 verschlug es die Familie ins Anhaltinische, wo sich Helmut in einem kleinen Ort nahe Burg in die Nachkriegsverhältnisse des neuen Deutschland bzw. der Sowjetisch Besatzungszone (SBZ) eingewöhnen mußte, was ihm jedoch nicht schmerzlich gefallen ist.

Seine Großeltern legten Wert darauf, ihn in die dortige katholische Kirchgemeinde zu integrieren und hätten es gern gesehen, wenn aus ihm ein Pfarrer geworden wäre. Doch der Junge wollte selbst über sich und sein Leben befinden, einen anderen Weg gehen. Aus eigenem Entschluß trat er den Jungen Pionieren bei. Später engagierte er sich in der FDJ, in der er bald Funktionen ausübte. Er brachte es bis zum Mitglied einer FDJ-Kreisleitung. Noch in der 12. Klasse trat er der SED bei.

Schon früh erwachte sein Interesse an philosophischer und politologischer Literatur. Als Gymnasiast studierte er bereits über den Schulstoff hinaus Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels, besonders auch von Georg Lukács. Seine Studienwünsche schwankten zwischen Germanistik, Chemie und Wirtschaftswissenschaft. Mehr durch Zufall – für die DDR-Soziologie jedoch zum Glück – stand ihm nur die Möglichkeit einer Immatrikulation für Wirtschaftswissenschaft / Ökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin (HUB) offen.

Dort legte er 1958 das Diplom ab und arbeitete bis 1962 als Aspirant, Assistent und Oberassistent.

An der Humboldt-Universität traf Helmut Steiner auf Professor Kurt Braunreuther. Aus dieser Begegnung sollte sich für ihn eine geradezu schicksalhafte Beziehung entwickeln.

Er gehörte bald zum engsten Kreis von Braunreuthers Schülern, hatte einen großen Anteil an der Gründung der Arbeitsgruppe Soziologie, dem ersten mehr offiziellen Kreis junger Soziologen in der DDR, der sich überwiegend aus Assistenten und Studenten der Wirtschaftswissenschaften der HUB rekrutierte.



Diese Gruppe setzte ihre Arbeit auch nach dem Wechsel Braunreuthers an die Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) fort, gefördert von solchen Persönlichkeiten wie Friedrich (Fritz) Behrens, Gunter Kohlmeier, Jürgen Kuczynski, Fred Oelßner u. a., denen Helmut Steiner stets eng verbunden blieb. Zu dem Kreis leistungsfähiger und engagierter jüngerer Leute gehörten u. a. Peter Armelin, Georg Aßmann, Klaus Korn, Manfred Puschmann, Manfred Thiel, wenig später auch Manfred Lötsch und Hansgünter Meyer; alles Leute mit später bedeutenden wissenschaftlichen Karrieren und großem Einfluß auf die DDR-Soziologie. Es war damals schon eine aufregende Gründerzeit. Sie brauchte und erzeugte solche initiativreiche, für das Neue begeisterte, enthusiastische junge Wissenschaftler.

Helmut Steiner wirkte stimulierend und koordinierend. Er brachte Ideen und Konzeptionen ein, führte zusammen – nicht nur in der kleinen Arbeitsgruppe, sondern weit darüber hinaus. In verschiedenen wissenschaftlichen Gremien war er aktiv und profilierend tätig. Darunter im Wissenschaftlichen Beirat für Jugendforschung, den Klaus Korn gegründet und viele Jahre geleitet hat und aus dem die DDR-Jugendforschung, einschließlich des »Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ)« in Leipziger hervorgegangen ist. Steiner war somit einer der Mitbegründer der Jugendforschung. Seither besteht unsere Zusammenarbeit und freundschaftliche Verbundenheit.

Soziologie wurde von Steiner und den anderen um Kurt Braunreuther nicht nur als aparte, im traditionellen Verständnis disziplinär begrenzte Fachwissenschaft sondern auch im Sinne einer interdisziplinären Sozialwissenschaft begriffen. Diesen weiten Blick bewahrte er sich bis heute.

H. Steiner publizierte frühzeitig, seit 1960, in wissenschaftlichen wie politischen Zeitschriften und Zeitungen, z. B. oft in der kritischen Studentenzeitung »Forum«, leitete bald Seminare zur Geschichte ökonomischer Theorien, darunter auch Spezialseminare zu Karl Marx Werk »Das Kapital«, hielt Vorlesungsreihen zur Einführung in die Soziologie vor Studenten in Berlin, Merseburg, Jena.

Vor allem aber beschäftigte er sich mit theoretischen und methodologischen Problemen der Sozialforschung, insbesondere der Gesellschafts- und Sozialstrukturanalyse. Hier wandte er sich besonders den Fragen der Angestellten zu, stieß damit auf den damals schon in Anfängen erkennbaren »Entproletarisierungsprozeß«, versuchte sich an statistischen Mobilitätsanalysen der DDR-Gesellschaft, verglich sie mit den in der BRD ablaufenden Prozessen und verbrannte sich dabei natürlich wie sein Meister Braunreuther wiederholt die Finger.

Doch er blieb dabei, brachte seine Dissertation zu dieser Thematik zu Papier, promovierte 1963 mit summa cum laude. In richtiger Einschätzung der damaligen politischen Vorbehalte und Gefahren beschränkte er den struk-

turellen Wandel der Angestellten auf die BRD und konnte daher die Arbeit sogar 1967 im Dietz Verlag veröffentlichen.

Fast zur gleichen Zeit hatte er eine größere empirische Untersuchung zu sozialen Mobilitätsprozessen in der DDR konzipiert und bereits in bestimmtem Rahmen bereits durchgeführt. Doch diese ist nicht umfassend ausgewertet und publiziert worden.

Das trifft auch auf eine sehr interessante Pilotstudie zum sozialen Prestige von Berufen und gesellschaftlichen Funktionen in der DDR zu, die er mittels einer Zeitungsumfrage der »Jungen Welt« und des »Forum« in Privatinitiative organisiert hatte. Vom Thema und der angewandten Methodik her war sie ein Novum in der DDR. Die Ergebnisse waren, wie aus heutiger Sicht nicht überrascht, politisch brisant und führten zu heftigen Diskussionen hinter den Kulissen, weshalb sie erst Jahre später veröffentlicht werden konnten.

Es dürfte deutlich geworden sein, daß H. Steiner schon in den ersten 60er Jahren ein enormes Arbeitspensum bewältigte, das gewiß durch die gesellschaftliche Aufbruchstimmung, die für ihn greifbar naheliegende Chance an einem Neuanfang, nämlich an der »Selbsterschaffung der Soziologie von unten« teilzunehmen, motiviert war. Denn diese Aktivitäten spielten sich ja noch vor dem Beschluß des Politbüros des ZK der SED »Aufgaben und Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der soziologischen Forschung in der DDR« vom 15. September 1964<sup>1</sup> ab, erst danach wurden der Wissenschaftliche Rat für Soziologie und der Lehrstuhl für Soziologie am Institut, später Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED installiert.

Das Politbüro der SED hatte mit diesem Beschluß die Entwicklung der Soziologie in der DDR gewissermaßen zur »Chefsache« erklärt, einen besonders engstirnigen Weg der Parteikontrolle festgelegt, alles von oben programmiert. Die Soziologie wurde wie kaum eine andere Gesellschaftswissenschaft vom »Hohen Haus« dirigiert. Sie war damit von Anfang an der kurzen Leine einer autoritären Führung ausgeliefert, die ihr z. B. keine eigene Zeitschrift genehmigte, dafür eine rigide Zensur gegenüber der Öffentlichkeit praktizierte, die von der ständig wachsenden paranoiden Angst diktiert wurde, empirische Daten und Vorgänge könnten ins Ausland gelangen, damit dem »Klassenfeind Munition liefern«. Das alles schadete, wie wir nur zu gut wissen, ungemein unserem Erkenntnisfortschritt, der von uns gewollten Funktion kritischer Sozialwissenschaften, ja letztlich der DDR-Entwicklung überhaupt.

---

1 Der Beschluß wurde erstmals veröffentlicht und dokumentiert in: Sozialwissenschaften in der DDR und in den neuen Bundesländern. Ein Vademecum. Hrsg. Heinrich Best. Informationszentrum Sozialwissenschaften. Abteilung Berlin. Berlin 1992. S. 131 ff.

Kurt Braunreuther, Helmut Steiner und die ganze Gruppe wurden infolge dieser zentralistischen Strategie wiederholt ausgebremst. Sie hatten – trotz ihres zeitlichen Vorsprungs, ihrer Pionierleistungen und großen wissenschaftlichen Potenzen – im neugegründeten Wissenschaftlichen Rat keinen bedeutenden Einfluß. Im Gegenteil! Sie gerieten zunehmend unter Kritik, wurden revisionistischer Tendenzen bezichtigt, schließlich auseinander dividiert und fristeten als Gruppe bald nur noch ein marginales Dasein in der neuen soziologischen Landschaft. Kurt Braunreuther, von all dem stark angeschlagen, starb am 19. Juli 1975, wenige Tage vor seinem 62. Geburtstag, an einem Herzinfarkt.

Die umfangreiche, intensive und produktive Arbeit Steiners, die er im Kollektiv der Braunreuther-Truppe leistete, kann man bei allem Respekt m. E. nicht allein aus seiner starken Individualität erklären. Man muß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Geburtskohorte, davon abhängig die entsprechende konkrete Generationsprägung in seiner Jugend sowie die spezifische zeithistorische Situation der DDR in den 60er Jahren berücksichtigen. Er kam zwar nicht aus den klassischen Geburtsjahrgängen der später vielgerühmten, weil produktiven Nachkriegsgeneration, die im Westen und Osten, ebenfalls in der Sowjetunion, in den 60er Jahren auffallend häufig Pionierleistungen in Wissenschaft, Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen ihrer Länder vollbracht hat. Die Angehörigen der Jahrgänge 1927 bis 1931 sind überdurchschnittlich häufig in hohe Funktionen aufgestiegen, vornehmlich wohl, weil sie in ihrer sensiblen Jugendphase durch die Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegserlebnisse tief geprägt worden waren. Im Westen war es die sog. Flackhelfer-Generation. In der DDR haben sie oft über die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät (ABF) oder den Neulehrerberuf die Bildungsvoraussetzungen für ein späteres Hochschulstudium erworben. Steiner, Jahrgang 1936, gehörte zwar zu einer etwas jüngeren Alterskohorte, die ebenfalls vom Chaos und Elend der Kriegs- und Nachkriegszeit betroffen und beeindruckt war, aber unmittelbar nach 1945 regulär Grundschule und Gymnasium abschließen sowie dann in den 50er Jahren auch studieren konnte.

Aus den vielfach extremen Lebenslagen und persönlichen Grenzerfahrungen in der Nachkriegszeit schöpfte er, wie viele seiner Altersgruppe, besondere Energien, die sich in seinem intensiven Werte-Engagement und seiner starken Handlungsaktivität ausdrücken. Man kann dies vielleicht als eine Art Sublimierungsprozeß deuten.

Für H. Steiner war jedenfalls während und nach dem Studium in Berlin charakteristisch: ein bewußtes politisches Engagement, ein hohes Verantwortungsbewußtsein – die Entwicklung von Wissenschaft und Gesellschaft in der DDR, die marxistische Methodologie auch gegen Widerstände, Dogmen und

veraltete Positionen in den Sozialwissenschaften durchsetzen zu helfen. Dazu kam ein zielklares Streben, die gegebenen beruflichen Chancen zu nutzen.

In diesem Zusammenhang ist die Spezifik der zeithistorischen Lage der DDR in den 60er Jahren zu beachten, die im Gegensatz zu früheren Jahren positivere Möglichkeiten für die Wissenschaftsentwicklung bot. Ich nenne hier lediglich die Aufbruchs- und Liberalisierungsprogramme nach dem Mauerbau, vor allem im Kultur-, Jugend-, Schul- und Wissenschaftsbereich, auch in der Wirtschaft. Die wissenschaftliche Forschung sollte jetzt verstärkt für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft genutzt werden. Das galt besonders auch für die Sozialwissenschaften und deren Förderung

Als Folge der neuen Linie konnten sich in der DDR nun Sozialpsychologie und Soziologie etablieren. Die lange Zeit diffamierten, als Instrumente bürgerlicher Wissenschaften geschmähten empirischen Forschungsmethoden wurden nach und nach zugelassen und ihre Ergebnisse zur Kenntnis genommen. 1962 konnte z. B. in Leipzig erstmals mit ausdrücklicher Zustimmung der Jugendabteilung des ZK der SED eine größere Jugendbefragung durchgeführt werden, deren Ergebnisse sogar in die Vorbereitung des VI. Parteitagés eingebracht wurden. Eine Modernisierung der Wissenschaften wurde geplant und teilweise in Gang gesetzt. Als Stichworte seien genannt: Großforschungszentren, Kybernetik, Organisationswissenschaften, Hochschulreform.

Die mit der Etablierung der Soziologie an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften einhergehende Kritikwelle, die Revisionismuskwürfe gegen Kurt Braunreuther und seine Mitarbeiter brachten auch Helmut Steiner, der sich mit seinem Lehrer solidarisierte, in eine schwierige Lage. Fred Oelßner, zu dieser Zeit Direktor des renommierten Zentralinstitutes für Wirtschaftswissenschaften an der AdW, erkannte das und versuchte, ihn aus der Schußlinie zu nehmen, indem er für ihn einen zweijährigen Studienaufenthalt an der sowjetischen Akademie der Wissenschaften in Moskau arrangierte. Dort perfektionierte Helmut Steiner nicht nur seine Kenntnisse der russischen Sprache, sondern nutzte die Zeit vor allem zum Studium der sowjetischen, wie aber auch der amerikanischen soziologischen Literatur. Und er stellte Kontakte zu den damals noch jüngeren, doch schon in führenden Positionen sich befindenden Soziologen, der »schestidesjatniki«, der sogenannten 60er, die bezeichnenderweise ebenfalls zumeist den Jahrgängen 1927 bis 1931 angehörten wie Wladimir A. Jadow, Jurij Lewada, Andrej Sdrawomyslow, Igor Kon, Wladimir Schubkin, Tatjana Saslawskaja, Galina Andrejewa, Boris A. Gruschin u. a. her. Diese Kontakte haben sich bis heute erhalten, meist auch als freundschaftlich erwiesen. Es war eine sehr fruchtbare Zeit für H. Steiner, die ihm auch und gerade nach der Wende zugute gekommen ist. In diesen zwei Moskauer Jahren hatte sich die Lage in Berlin

für ihn entspannt. Die Rechnung von Fred Oelßner, ein Moratorium für ihn zu schaffen, war aufgegangen.

Da er nach den Maßnahmen gegen Prof. Braunreuther (1969) und der Umbildung der Arbeitsgruppe Soziologie am Institut für Wirtschaftswissenschaften in eine Abteilung am Zentralinstitut für Philosophie an der Akademie der Wissenschaften für sich keine Perspektive sah, ging H. Steiner nach der Rückkehr aus Moskau als Bereichsleiter in das neugeschaffene »Institut für Wissenschaftstheorie und –organisation (IWTO, später ITW)« der AdW (Leiter: Günter Kröber). Parallele Angebote von der Sozialpsychologie in Jena und von der Soziologie an der Karl-Marx-Universität Leipzig mochte er nicht annehmen.

Am IWTO/ITW der AdW beschäftigte er sich ab 1970 vor allem mit Fragen der Wissenschaftssoziologie und Wissenschaftsgeschichte. Im Vordergrund standen Themengebiete wie:

- zur sozialen Funktion der Wissenschaft,
- Typologie und disziplinäre Spezifik wissenschaftlicher Schulen,
- Leben und Werk des bedeutenden Wissenschaftsforschers John Desmond Bernal.

Aus dieser Zeit stammen mehrere größere Publikationen, vor allem Sammelbände, die von ihm, oft mit anderen Autoren, herausgegeben wurden, so: 1977 »Wissenschaftliches Schöpfertum und Schulen in der Wissenschaft«; 1972 gemeinsam mit Günter Kröber »Wissenschaft. Studien zu ihrer Geschichte, Theorie und Organisation« und 1974 zusammen mit G. Kröber und Hubert Laitko »Wissenschaft und Forschung im Sozialismus«

Aus Moskau hatte er das bekannte Buch von Wladimir A. Jadow u. a. »Der Mensch und seine Arbeit« mitgebracht und schon 1971 als Übersetzung dem deutschen Leser nahegebracht. Es spielte nicht nur für die DDR-Soziologie eine wichtige Rolle.

Von 1974–1978 arbeitete H. Steiner, einem kaum auszuweichendem Auftrag nachkommend, in einer politischen Funktion als Sekretär der Kreisleitung der SED an der AdW. Er fand dabei noch Zeit, seine Dissertation B zum Thema »Wissenschaftliche Schulen« abzuschließen sowie etwa 20 Artikel zu veröffentlichen.

Da 1978 an der AdW doch noch ein Institut für Soziologie und Sozialpolitik gegründet worden war, arbeitete er anschließend bis 1986 als Forschungs-, später als Bereichsleiter. Danach – wohl mehr aus persönlichen Gründen – wechselte er an das Zentralinstitut für Geschichte der AdW, an dem er bis zu dessen Abwicklung Ende 1991 verblieb. Die Fortsetzung eines regulären Arbeitsverhältnisses gestand man ihm im wiedervereinigten Deutschland nicht zu.

Seine Arbeitsschwerpunkte im letzten Jahrzehnt seiner regulären beruflichen Beschäftigung seien kurz genannt:

- theoretische und methodologische Probleme der zwischenzeitlich in der DDR beachtlich entwickelten Sozialstrukturforschung und ihres lebhaften Diskurses,
- Soziologie in der BRD, der Sowjetunion und in anderen osteuropäischen Staaten,
- Geschichte der marxistischen Soziologie und Sozialwissenschaften.

Folgende größere Publikationen sind in dieser Zeit von ihm erschienen: 1982 »Soziologie als marxistische Gesellschaftswissenschaft« und 1989 »Soziologie in Leipzig«.

Auf der Grundlage des Festvortrages zum 75. Geburtstag von Robert Schulz entstand eine Studie des soziologischen Denkens in Leipzig seit Anfang des 20. Jahrhunderts: über die Institutionalisierung an der Leipziger Universität, besonders eine kritische Einschätzung der Vertreter in der faschistischen Zeit, bis zur Neueinrichtung des Lehrstuhls von Robert Schulz in den 50er Jahren.

Darüberhinaus fungierte H. Steiner als Herausgeber. Unter seiner Herausgeberschaft erschienen:

- 1987 das weltbekannte Standardwerk von John D. Bernal »Die soziale Funktion der Wissenschaft«. Das bereits 1939 in London erschienene Buch wurde von ihm erstmalig in Deutschland, zeitgleich in Berlin und Köln, herausgegeben.
- 1989 ein voluminöser Sammelband mit Beiträgen von international anerkannten Wissenschaftlern anlässlich des 50. Jahrestages des Erscheinens von Bernals Buch,
- 1986 gemeinsam mit Jürgen Brandt die Sammelbände »Soziologie und Frieden« sowie 1989 zusammen mit Hans Joas »Machtpolitischer Realismus und pazifistische Utopie«.

Nach der Schließung der Akademie-Institute Ende 1991 gab es für Helmut Steiner nur noch kurzfristige Beschäftigungen, z. B. im Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien, im sogenannten Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) und im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Dazwischen lagen längere Zeiten der Arbeitslosigkeit, gefolgt von einer Altersübergangsregelung, schließlich dann 1996 mit 60 Jahren der verordnete Übergang in die Rente.

Eine reguläre Weiterbeschäftigung, etwa an einer Universität, war für Helmut Steiner infolge des politischen Einheitsmanagements, zu dem ganz wesentlich der »Elitenaustausch«, d. h. die Ausgrenzung der als systemnah abgestempelten DDR-Wissenschaftler gehörte, ausgeschlossen. Er wurde abseviert, wie die meisten seiner Kollegen kaltgestellt, bis zur Rente und selbst

noch danach diskriminiert, materiell und sozial bestraft. Doch er gab trotz der Demütigungen nicht klein bei. Er suchte sich Arbeitsprojekte, die er oft ohne Entgelt verwirklichte.

So war er von 1990–1994 als ehrenamtlicher Chefredakteur der Zeitschrift »Utopie kreativ« tätig. In dieser Zeit zeichnete er für die Fertigstellung von 42 Heften verantwortlich. Seit 1994 gehört er dem Redaktionskollegium der Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät an und seit 1998 ist er Mitglied im Redaktionskollegium der Zeitschrift »Das Argument«. 1999 wurde er zum Assoziierten Mitglied des Instituts für Soziologie der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau berufen. Seit 1993 nimmt er Lehraufträge zu Themen der DDR- und der sowjetisch/russischen Soziologie an der Universität Hannover wahr.

Hervorzuheben ist besonders die Herausgabe des Buches »Rußland – wohin?« im Jahre 1999 gemeinsam mit W. Jadow. Es besteht aus Beiträgen renommierter russischer Soziologen, die über ihre Forschungsergebnisse und Sichten auf die veränderte Gesellschaft berichten. Auch hier, wie überhaupt bei allen Herausgeberschaften, ist Steiner selbst mit fundierten Beiträgen vertreten.

Aus dem Leipziger Blickwinkel ist die Broschüre »Notizen zur Gesellschaftsbiographie des Fritz Behrens« aus dem Jahre 1996 bedeutsam. Dazu kamen in den letzten Jahren Artikel zum Wirken weiterer ehemaliger Leipziger Wissenschaftler wie Ernst Engelberg, Gunter Kohlmeier, Werner Krauss, aber auch Artikel zu Leo Kofler, Jürgen Kuczynski u. a. sowie Aufsätze zur Entwicklung der DDR-Soziologie – beeindruckend in ihrer kenntnisreichen und sachlichen Darstellung, insbesondere ganz ohne die heute wie früher gebräuchlichen Pauschalurteile und einseitigen Negativbewertungen der Entwicklung der Geistes- und Sozialwissenschaften in der DDR.

Zu nennen ist auch sein informativer Artikel zu den Anfängen der Jugendforschung als sozialwissenschaftlicher Forschungsrichtung in den 60er Jahren in der DDR. Ich kenne nichts Vergleichbares zu diesem Thema.

Zusammenfassend möchte ich hervorheben: Helmut Steiner ist einer der Mitbegründer der DDR-Soziologie. Er war seit Ende der 50er Jahre ein »Frontmann« dieser in der DDR-Politik lange Zeit umstrittenen Sozialwissenschaft. Von Anfang an beeinflusste er wesentlich die Herausbildung ihres theoretischen und methodologischen Profils. Zweifellos kann er heute als der tiefste ostdeutsche Kenner der Geschichte der deutschen Soziologie, insbesondere der Entwicklung der DDR-Soziologie gelten, die er mitgestaltet hat und als Insider bestens beurteilen kann.

Wie kein anderer in der DDR-Soziologie hat er die internationale soziologische Arena beobachtet. Von 1964–1989 nahm er an allen internationalen Weltkongressen teil, leitete sechs mal als Chairman bzw. stellvertretender



Chairman Sitzungen von Research-Committees. Und stets war er selbst mit zwei bis drei Beiträgen präsentiert.

Unbestreitbar ist auch, daß Helmut Steiner seit langem der beste Kenner der sowjetischen / russischen Soziologie in Deutschland ist. Das war er schon vor der Wende. Diese Position konnte er durch seine zahlreichen Studienaufenthalte und persönlichen Freundschaften, durch seine publizistischen Aktivitäten nach der Wende weiter ausbauen und eindeutig unter Beweis stellen.

Er wird vermutlich von keinem DDR-Soziologen in der Anzahl der wissenschaftlichen Beiträge übertroffen. Ich habe sie zusammengezählt. Es sind seit 1960 neben deutschen, vor allem in russischer und englischer Sprache verfaßten über 190 Artikel und wissenschaftliche Beiträge in Zeitschriften und Sammelbänden des In- und Auslandes, über 170 Rezensionen und Berichte in Zeitschriften, dazu über 30 populärwissenschaftliche und andere publizistische Beiträge. Neben 7 Monographien gehen weitere 32 kleinere oder größere Publikationen, für die er als Herausgeber bzw. Mitherausgeber verantwortlich zeichnete, auf sein Konto, darunter ebenfalls zahlreiche in russischer und englischer Sprache.

Die Publikationen vermitteln einen überzeugenden Eindruck von der Vielseitigkeit, Produktivität und dem theoretischen Niveau des Soziologen und Zeithistorikers Helmut Steiner.

Darüber hinaus dokumentieren sie überzeugend seine Weltanschauung, seine politische Philosophie. Sie legen Zeugnis ab von seinem marxistischen Standpunkt und von seinem Bekennermut, seinem Bemühen, einer selbst auferlegten Verpflichtung gerecht zu werden, einen Beitrag zur Verwirklichung humanistisch-sozialistischer Werte zu leisten. Steiner strebte nie nach einer wertfreien Wissenschaft im Elfenbeinturm, sondern wollte und will mit seiner wissenschaftlichen Arbeit aufklärend wirken. Er will letztlich etwas dafür tun, das Leben der Menschen erträglicher zu machen.





## **Eine Laudatio für Helmut Steiner zum 65. Geburtstag**

*Hansgünter Meyer*

Dies ist also eine multifunktionale Zusammenkunft von Soziologen und Freunden der Soziologie, denn darunter können wir sicher alle subsumieren, die unsicher sind, ob sie sich Soziologen nennen sollen oder nicht, oder auch, ob sie sich noch so nennen sollten, denn nach dem großen Institutionen-Crash, der begleitet wurde von der Vereinigung beider deutscher Teilstaaten, was seine traumatische Wahrnehmung etwas minderte, gingen die Wege der Soziologie-Treibenden zum Teil weit auseinander. Nun sind wir in einer guten Runde wieder beieinander, was auch schon einen Eigenzweck hat, egal, wie wir zum Schluß verbleiben. Wir erneuern hier alte und neue Kollegialität und treiben das, was ich, erlaubt mir, daß ich auf historischem Boden daran erinnere, dem Leipziger Soziologen-Tag anno 1991 anzuraten für gut hielt, beides zu tun, multifunktionell also, als Soziologen uns mit dem aktuellen Status der Gesellschaft zu befassen und/oder als Zeitgenossen mit dem aktuellen Status der Soziologie.

Dann aber verfolgen wir die Absicht, des kürzlichen 65. Geburtstages unseres Referenten, Helmut Steiner, zu gedenken, ihm auf diese Weise zu gratulieren, ihm etwas Jubiläumstimmung zu vermitteln und unsere besten Wünsche darzubringen, daß er noch lange mit bewährter Schaffenskraft das bleiben möge, was er uns in einer nach Jahrzehnten zu bemessenden wissenschaftlichen Tätigkeit war: ein Gründer, Korporationsstifter und Leistungsträger, der das hielt, was er einer, sich ihrer selbst noch ungewissen Kollegenschaft versprach, daß es eine wissenschaftliche Disziplin namens Soziologie geben werde, daß ihr große Aufgaben und Verantwortlichkeiten zukommen und daß ihr eine bemerkenswerte Zukunft sicher ist. Eine Botschaft, die von ihm 1964 auf der erinnerswerten Merseburger Tagung nicht gerade wortwörtlich so vorgetragen, aber doch der Intention nach verkündet worden war.

Als einer der Aktivsten und Erfolgreichsten der Gründergeneration hat er Wort gehalten. Ich habe einmal über ihn geschrieben: Sein Einfluß auf die Herausbildung und auf die ursprüngliche Konsistenz der Profession kann kaum überschätzt werden. Er brachte Vieles und Viele zusammen. Er verbreitete schon vor 1964 so etwas wie ein Professions-Verständnis, trug sehr dazu bei, daß die Leute anfangen, sich als Soziologen zu bezeichnen und zu fühlen.

Er legte Grundlagen für ganze Arbeitsrichtungen, regte Projekte an, strukturierte die Themenvielfalt und Planungen mindestens des ersten Jahrfünfts der neuen Disziplin. Er war, trotz gelegentlicher Rückschläge erfolgreich, zwischen dem Fach und einer schwierigen, krankhaft rechthaberischen und mißtrauischen Administration zu vermitteln, war der im Schatten der Bürokratie wirkende Regisseur bei allen unseren Teilnahmen an den ISA-Kongressen seit Evian (den Einstieg in das internationale Szenarium mit Evian hätte es ohne ihn nicht gegeben), war auf zahllosen Veranstaltungen im In- und Ausland einer der Haupt-Vortragenden Räte und auch ein Soziologie-Lehrer für eine zahlreiche Studentenschaft – und schließlich, älter und weiser geworden, der vielbelesene, kundige Diagnostiker der historischen Architektur des Faches. Der weiß wenig, der nichts weiß von wissenschaftsgeschichtlichen Zusammenhängen. Helmut Steiner hat eine sichere Hand bewiesen, daß er sich schon früh um die Geschichte der Soziologie kümmerte.

In meinen frühen Greifswalder Jahren, als ich mich noch nicht als Soziologe zu bezeichnen pflegte, auch nicht, obgleich am Philosophischen Institut beschäftigt, als Philosoph, denn ich hatte nicht Philosophie, sondern Gesellschaftswissenschaften studiert, trat mir die Soziologie in Form einer andauernden Gegenstandsdiskussion entgegen. Besonders die Philosophen, wenn sie darauf zu sprechen kamen, konnten sich daran gar nicht genug tun.

Mir scheint heute, daß die frühen 60er Jahre durch ein auffallendes Interesse an Zuordnungen und Abgrenzungen, Klassifikationen und Gegenstandserörterungen des Kanons wissenschaftlicher Disziplinen charakterisiert waren. Es war die Zeit, als Bonifaz M. Kedrows Buch über die Klassifikation der wissenschaftlichen Disziplinen (*Klassifikacia nauk*, 2 Bde. Moskau 1961 bzw. 1965; die DDR-Ausgabe erschien erst 1975 bzw. 1976) herauskam und diesem Interesse erheblichen Aufschwung verlieh. Etwas unwirsch über die oft ins Scholastische ausartenden Dispute pflegte der Greifswalder Mathematik-Ordinarius, Prof. Asser, zu sagen, Mathematik ist das, was Mathematiker machen. Punkt, basta.

Als ich, Jahre später, in Berlin mit dem Steinerschen Treiben in der Soziologie bekannt wurde, begriff ich, daß er, ohne es so zu deklarieren, das Konzept verfolgte: Soziologie ist das, was Soziologen machen. Ich könnte auch zuspitzen und *cum grano salis* sagen, die Soziologen, natürlich, insofern und insoweit sie Soziologie trieben, interessierten ihn mehr als die Soziologie. Das schien mir bemerkenswert. Jedoch konnte ich ihm dabei nicht folgen. Ich beschränkte mich also darauf, sein Tun respektvoll zu beobachten und zu denken: die Welt ist weit, er wird damit nicht zu Ende kommen.

Ich will noch hinzufügen, daß es in dieser Zeit Leute gab, die über Soziologie nicht mehr wußten, als das, was ihr Gegenstand ist und ob er sich vom historischen Materialismus unterscheidet – und wenn ja, wieso. Mit

diesem Wissen waren sie dann ungeheuer zuständig für Soziologie, konnten alles bewerten, beurteilen oder verurteilen. Eigentlich waren sie mehr für die Soziologen zuständig, denen man streng auf die Finger sehen mußte und/oder, wie es ein für sie zuständiger Mitarbeiter jener bewußten Abteilung zur Verwaltung der ewigen Wahrheiten mit Stentorstimme verkündete, denen man jeden Satz umdrehen mußte, den sie schreiben. Zum Zeit-Colorit trägt unbedingt bei, das erste SID-Heft aus dem Jahre 1975 aufzuschlagen, Insider wissen, was das ist, und den Bericht über eine Theorie-Sitzung des Obersten Rates mit der Rede eines Universitätsmannes aus der Provinz nachzulesen. Da erfährt man, daß wieder einmal eine Verschwörung zerschlagen werden konnte, bei welcher Soziologen dabei waren, fremde Spreu unter den Weizen der reinen Lehre zu mischen. Nun, nachdem diese Gefahr abgewendet, könnte man noch erfolgreicher darangehen, die Soziologie im Lande zu dem zu machen, was ihres Berufes ist, eine besonders erfolgreiche Außenfiliale der Abteilung zur Verwaltung der ewigen Wahrheiten zu sein. Diese disziplingeschichtlich verschwommene Erklärung hatte zum Hintergrund, daß im zweiten Halbjahr 1974 die Beschäftigung einer Kerntruppe der reinen Lehre mit einem verirrten Trupp von Soziologen an der Akademie der Wissenschaften zur Folge hatte, daß es diese post festum als Institution gar nicht mehr gab.

Das war also ein anderes Interesse für die Leute vom Fach, als es Helmut Steiner umtrieb. Heute kann man sich ein Urteil erlauben, was dabei herauskam. Blättern wir im grauen, engbedrucktem Recycling-Papier der SID-Hefte ein paar Jahrgänge weiter, da stoßen wir auf das Heft 4/1989, redigiert von Elke Schneider. Der Titel lautet »Soziologie in Leipzig – Erbe und Tradition«. Dieser Text war keine der vielen Ergebnisadressen, die Soziologen schrieben, sondern eine profunde disziplingeschichtliche Arbeit. Als Autor ausgewiesen: Helmut Steiner. Da erfährt man, was man alles nicht gewußt hat. So zum Beispiel, daß die renommierten Gründer unserer Disziplin, Ferdinand Tönnies, Max Weber und andere, niemals einen Lehrstuhl oder ähnliches für Soziologie besessen hatten, daß es diese akademische Verortung erst nach 1918 gab – und da nicht ohne Verdächtigung, man wolle ein Fach etablieren, das sozialistische Propaganda betreibt. Das Mißtrauen der Oberen, gepaart mit heftiger Abneigung, mittels der Soziologie werde zuviel Wissen über Volk und Gesellschaft und prekäre soziale Befindlichkeiten ans Licht gezerrt, ist also sehr alt. Aus Steinerscher Feder kann man diese Feindseligkeiten auch für die 20er Jahre in der UdSSR dokumentiert finden, wo forschungsfreudige und theoretisch einfallsreiche Soziologen sich dem Werden der Sowjetgesellschaft annahmen, die immerhin eine Weltneuheit war. Stalin sah das anders. Sie verschwanden und tauchten erst als Reinkarnation, als Enkelgeneration, am Ende der 50er Jahre wieder auf, dicht

gefolgt von den Gründern und Pionieren aus der DDR, die ebenfalls, wie man in Steinerschen Schriften nachlesen kann, eine dritte Generation sind. Die zweite war übersprungen worden, da Ende der 40er Jahre die Nachkriegssoziologie als abgeschafft gelten konnte.

Die Biographie Helmut Steiners ist gleichsam nahtlos eingefügt in diese von vielen Unvollkommenheiten und Vernarbungen gezeichnete Erfolgsgeschichte der DDR bzw. ostdeutschen Soziologie. Wissenschaftliches Bemühen an der Peripherie, wie der Ungar Pal Tomas schrieb, der sich sicher uneingeschränkt als einer seiner engsten Freunde bezeichnen würde. Es ist die wissenschaftliche Biographie eines der erfolgreichsten und zugleich charakteristischen Vorreiters, im besten Sinne eines Prominenten der Gründergeneration. Das macht den Anlaß, das Begehen eines bloß persönlichen Jubiläums zu einer Gelegenheit, über Ertrag und Defizite deutscher soziologischer Disziplingeschichte kritisch und selbstbewußt nachzudenken.

## Anhang

### Kurt Braunreuthers Beitrag zur Entwicklung der DDR-Soziologie\*

*Helmut Steiner*

Am 15. November 1973 – zwanzig Monate vor seinem überraschenden Tod am 19. Juli 1975 – sprach Kurt Braunreuther in der Klasse Gesellschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR über »Probleme der Geschichte der bürgerlichen Soziologie«. Der Vortrag, 1975 als Studie in den Sitzungsberichten der AdW veröffentlicht, enthielt u. a. solche historiographischen und wissenschaftstheoretischen Fragestellungen wie:

- Geschichte der Soziologie als Element der marxistisch-leninistischen Soziologie;
- Wissenschaftsgeschichte und Theoriegeschichte;
- Wann und warum entstehen Fachwissenschaften?
- Problematik einer historischen Soziologie;
- Problematik der Periodisierung;
- Aspekte der kapitalistischen Apologetik innerhalb der bürgerlichen Soziologie u. a.<sup>1</sup>

Die Studie zählt zu den letzten Arbeiten Braunreuthers und war somit unfreiwilliger Abschluß des einmal gewählten Ausgangspunkts am Beginn seiner Wissenschaftler-Biographie.<sup>2</sup> 1951, unmittelbar nach dem Abschluß des Studiums, wurde er von Jürgen Kuczynski mit dem Aufbau des Vorlesungszyklus '»Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen« beauftragt. In seiner Bibliographie wird als erste wissenschaftliche Publikation ein entsprechendes Vorlesungsprogramm ausgewiesen.

---

\* Redaktionell bearbeiteter Text des Einleitungsvortrages auf dem Kurt-Braunreuther-Kolloquium am 20. September 1988 aus Anlaß seines 75. Geburtstages am 19. Juli 1988.

1 Siehe Kurt Braunreuther: Probleme der Geschichte der bürgerlichen Soziologie. Berlin 1975.

2 Siehe Ders.: Programm für die Vorlesung »Geschichte der ökonomischen Lehren«. Staatssekretariat für Hochschulwesen der Regierung der DDR. Berlin 1953.

Nach zwanzig Jahren Lehre-Forschung-Lehre zur Theorie-, Ideologie- und Wissenschaftsgeschichte auf ökonomischem und soziologischem Gebiet kam er zu der auch für uns nach wie vor bedenkenswerten Konsequenz: »Wo es darum geht, exemplarische Ansichten herauszuarbeiten [...], geht es mitunter auch darum, exemplarische Gestalten – und nicht anekdotische Personengeschichten – vorzuführen, wie dies etwa bei Max Weber für Deutschland, Emile Durkheim für Frankreich, Vilfredo Pareto für Italien oder etwa Thorstein Veblen und Charles-Wright Mills für die bürgerliche bis kleinbürgerliche Opposition in der amerikanischen Intelligenz usw. der Fall sein würde. In solchen Fällen geht es dann nicht in erster Linie um die monographische Individualisierung, sondern um den *Typus*, den eine individuelle Gestalt weitgehend verkörpert, um eine Gestalt, in der verschiedene Merkmale der bürgerlichen Soziologie nachweisbar sind und mitunter als komplexes System auftreten, und das ist nicht genau dasselbe, als wenn die Geschichte einer Wissenschaft als Aufzählung von Personen (Biographien) geschrieben würde, die mehr oder weniger mit ihr zu tun hatten. Uns geht es aber auch um Initiatoren ganzer Strömungen oder Erfinder neuer Systeme oder Kategorien oder um Persönlichkeiten, die durch die Kraft ihres Stils – nicht nur im literarischen Sinne – im Zusammenhang mit einer gesellschaftlichen Problemstellung und auch einer Problembereitschaft in der Gesellschaft, einer ihrer Klassen oder Schichten etwas vorher nicht Dagewesenes oder nicht Wirksames institutionalisierten. Letztlich geht es also auch hier nicht um die Personen, sondern um ihre gesellschaftlichen Bedingungen, deren bewußte oder nicht bewußte Nutzung, und um die herbeigeführten Folgen für das bürgerlich-soziologische Denken.

Insgesamt muß also für ein Studienfach dieser Art *ausgewählt* werden, und das bedeutet nun einmal bestimmte Entscheidungen vorerst, jedoch nicht für alle Zeiten zu treffen.«<sup>3</sup>

Diese Orientierungen auf

- das sorgfältige Verfolgen, immer wieder neu Zur-Kennntnis-Nehmen und Analysieren der Soziologie-Entwicklung in den verschiedenen Ländern,
  - die präzise zu bestimmenden Auswahl- und Bewertungskriterien bei der historischen Soziologie-Aneignung,
  - die immer wieder neue wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Historisierung auch des bereits Bekannten und Erschlossenen,
- das sind nicht schlechthin zusammengefaßte Postulate, sondern waren gebündelte persönliche Erfahrungen und Einsichten des Autors.

---

3 Ders.: Probleme der Geschichte der ... S. 57.

Um das glaubhaft zu vermitteln, sind einige Aussagen zur Person – oder zutreffender zum Wissenschaftler – Kurt Braunreuther in der Einheit von Biographie und Werk am Platze.

Vor die Aufgabe gestellt, das über alle bearbeiteten Themen, vorliegenden Publikationen, durchgeführten Lehrveranstaltungen, wahrgenommenen Anregungs- und Anleitungsaufgaben, die wissenschaftspolitische und -organisatorische Aktivitäten Charakteristische, Bestimmende, Kurt Braunreuther auf ganz persönliche Art Auszeichnende zusammenzufassen, möchte ich vier Momente hervorheben:

1. sein alltagssoziologischer Zugang,
2. seine tiefe Verwurzelung in Geschichte und Wissenschaftsgeschichte,
3. sein Verständnis von Wirtschaft und Gesellschaft als Handlungszusammenhang sowie
4. sein Engagement für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Zuallererst – und das ist das ihn tatsächlich ganz individuell Auszeichnende – war er das, was wir heute »Repräsentant der Alltagssoziologie« nennen würden. Er war Soziologe, bevor er Soziologe wurde. Als junger Buchdruckerlehrling in seiner Geburtsstadt Leipzig las er die Bücher von Heinrich und Thomas Mann sowie anderer Schriftsteller, neue Erzählungen und Essays in der von ihm mitgedruckten »Neuen Rundschau« bereits als Korrekturfahnen. Als Pionierleiter der proletarischen Freidenkerjugend und schließlich als Mitglied in der von Käthe Selbmann geleiteten KPD-Parteizelle sammelte er im Proletarierviertel Leipzig-Stötteritz erste politische Erfahrungen. Nach der Lehre arbeitslos, wurde er von den Faschisten nach deren Machtergreifung zunächst als Erdarbeiter zum Autobahnbau zwangsverpflichtet und mit Kriegsbeginn als wehruntauglich bei der Deutschen Reichsbahn als Gleisarbeiter, Rangierer und Weichensteller im okkupierten Polen eingesetzt. Nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus – die politische Arbeit in Leipzig aufnehmend und bald Schulungsverantwortlicher der KPO-Stadtleitung Leipzig – wurde er als autodidaktisch hochgebildeter junger Arbeiter von der Deutschen Reichsbahn 1946 mit Sonderreifeprüfung zum Studium des Wirtschaftsingenieurwesens an die Technische Universität Berlin-Charlottenburg delegiert. An der Technischen Universität wurde er von den Genossen um den Technologieprofessor Heinrich Frank und den Studenten Hans Grotewohl, Werner Wolter u. a. – bis zum Ausscheiden dieser Genossen im Gefolge des Kalten Krieges als erster (und wohl auch einziger) Vorsitzender der SED-Hochschulgruppe gewählt.

An der Humboldt-Universität zu Berlin sein Studium bei Jürgen Kuczynski abschließend, betraute dieser den jungen Absolventen mit dem Aufbau der bereits erwähnten marxistischen Lehrveranstaltung zur Geschich-



te der ökonomischen Lehrmeinungen. Als Mitglied der SED-Kreisleitung Mitte Berlin war Kurt Braunreuther in den 50er und 60er Jahren zugleich viele Jahre in den Betrieben und Wohngebieten um die Brunnen-, Acker- und Invalidenstraße tätig.

All das prägte sein Leben und ließ ihn über Jahrzehnte kontroverseste Erfahrungen sammeln. Diese suchten und fanden Erklärungen in den erarbeiteten soziologischen Denkweisen und im soziologischem Herangehen. Es drängte ihn zur Soziologie, lange bevor er sich dessen bewußt, aber vor allem bevor es wissenschaftspolitisch in der DDR opportun war. Die Beispiele aus dem Eisenbahnerleben, eingefügt in die Vorlesungen zur Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen bis in die Arbeiten zur Organisationssoziologie in den letzten Lebensjahren – oftmals Schmunzeln und Lächeln auslösend – dienten ihm dazu, Allgemeines und Wesentliches im Einzelnen, Alltäglichen sichtbar und verständlich zu machen. Die autodidaktisch angeeignete Kultur-, Kunst-, Architektur- und Sozialgeschichte vermochte er beim Gang durch die Straßen Prags, durch den Nowy Swiat Warschau und auf dem Wawel Krakaus mit im Detail prallen Informationen und soziologischen Erklärungen wie aus einem Füllhorn auf seine Begleiter auszuschütten.

Und wenn er am Todestag von Wilhelm Pieck, dem Todestag des Mitbegründers der FKP, Marcel Cachin, in seinen Seminaren emotional bewegt über seine Erlebnisse mit beiden als junger Kommunist in den 30er Jahren sprach, dann vermittelte er überzeugend Weltanschauung und hinterließ bei seinen Hörern bleibende Wirkungen.

Nicht zufällig wurde der Essay zu seinem bestimmenden wissenschaftlichen und literarischen Genre. Auch dort, wo er sich bemühte, systematisch zu sein, »schlug« das durch. Der Essay war die seiner Biographie und seinem Bildungsgang gemäße intellektuelle Artikulation des von ihm Erfahrenen, Angeeigneten, Verarbeiteten und zu Vermittelnden. Hierher gehören auch die aufgegriffenen Einsichten, Problemstellungen und Anregungen in der großen Zahl von ihm verfaßter Rezensionen. Für das Aufgreifen und das Erfassen des Alltäglichen, es soziologisch zu formulieren und zu problematisieren, Aufforderungen und Anstöße zum Denken daran zu knüpfen – waren Essay und Rezension die entsprechenden und ihm gemäßen Formen. Der Vorzug des Essays birgt zugleich die Gefahr in sich, auf strenge Begrifflichkeit und Systematik zu verzichten. Kurt Braunreuther war sich dessen wohl bewußt und zitierte nicht ohne Grund gelegentlich ironisch-ernst und hinter sinnig den Georg Simmel-Satz: »Eine Wissenschaft beginnt uninteressant zu werden, wenn sie systematisch wird«. Der Hintergrund waren die ob mancher alltagssoziologisch aufgegriffenen und geschriebenen Probleme, mit gelegentlich unpräzisen und unsystematischen Darstellungen verbundenen Kritiken weltanschaulichen und sogar politischen Charakters aus den eigenen

Reihen in den Diskussionen der 60er Jahre. Es verletzte den trotz aller wissenschaftlichen Anerkennung – als junger Arbeiter 1947 als Student an der Technischen Universität Berlin eingeschrieben und 17 Jahre später, 1964, zum Akademiemitglied gewählt – sich zuallererst als Kommunist verstehenden Kurt Braunreuther tief, daß seine weltanschauliche Grundposition und politische Haltung verschiedentlich in Frage gestellt wurden. Er vermochte das bis zu seinem Tode nicht zu verarbeiten. Alle die ihn kannten – und derer waren es viele – wußten nicht nur um seine politische Integrität, sondern auch um seine politische Ausstrahlungskraft als marxistischer Ökonom und Soziologe auf seine Studenten und Nachwuchswissenschaftler. Die tatsächlichen, teils überbewerteten, und die vermeintlichen Mängel in manchen seiner theoretischen Darstellungen lagen in keinem Fall – und das möchte ich mit aller Bestimmtheit sagen – in seiner weltanschaulichen und politischen Haltung begründet. Soziologisch interpretiert, resultierten philosophische und begriffliche Schwachstellen vor allem aus dem autodidaktisch Bildungsweg und dem dabei ausgeformten Denkstil.

Dieser alltagssoziologische Zugang war auch prägend und bestimmend für die beiden anderen – seinen Denkstil auszeichnenden – Charakteristika: die *Verwurzelung seines Denkens in der Geschichte* und die *Beziehung von Wirtschaft und Gesellschaft*, die für ihn über das für jeden Marxisten Selbstverständliche hinaus ein Grundtheorem für sein persönliches Soziologie-Verständnis als Handlungszusammenhang war.

Die Verwurzelung in der Geschichte beschränkt sich nicht auf die schwerpunktmäßige Beschäftigung mit theorie-, ideologie- und wissenschaftsgeschichtlichen Themen.<sup>4</sup> Die bekannte Aussage von W. I. Lenin zum *historischen* Charakter aller Erscheinungen und Begriffe war für seine alltagssoziologische Problematisierung ebenso bestimmend, wie für seine aktuell-soziologischen Arbeiten. Die programmatische Einheit von Systematik, Geschichte und Auseinandersetzung praktizierte er als Selbstverständlichkeit. Hier soll in diesem Zusammenhang auf drei Momente besonders hingewiesen werden:

Erstens spiegelt sich die hervorgehobene alltagssoziologische Denkweise auch in seinen ökonomie- und soziologiehistorischen Arbeiten wider. Das beginnt bereits bei der Themenstellung. Die ökonomischen Physiokraten in Deutschland waren nicht als theoretisches System zu untersuchen, wie in ihrer klassischen Ausprägung durch F. Quesnay und A. R. J. Turgot in Frankreich. Der physiokratische Gehalt mußte statt dessen aus den unterschiedli-

---

4 Siehe Bibliographie der Arbeiten Kurt Braunreuthers. In: Kurt Braunreuther: Studien zur Geschichte der politischen Ökonomie und der Soziologie. Bd. 5. Berlin 1978.

chen Arbeiten von J. A. Schlettwein, S. G. Schlosser und anderen separiert, gewissermaßen herausgefiltert werden.<sup>5</sup>

Ähnliches ließe sich über die Untersuchungen der Staatswissenschaften an der Berliner Universität feststellen, die keine disziplinäre Matrix und ausgebildete Begrifflichkeit bot.<sup>6</sup>

Hier liegt auch die Problematik für die Diskussion – und um eine solche handelte es sich im echten Sinne – zwischen Kurt Braunreuther und Friedrich Behrens über Geschichte des ökonomischen Denkens oder Geschichte der politischen Ökonomie, die wohl unentschieden oder zumindest nicht abgeschlossen endete. Tatsächlich erwies sie sich so alternativ gestellt, als falsche Fragestellung, da beide Seiten nur in ihrer wechselseitigen Ergänzung verstanden und auch bearbeitet werden können. Heute stehen wir in der Soziologie vor ähnlichen Fragestellungen und Aufgaben: Nicht Geschichte des soziologischen Denkens und Handelns oder, sondern *und* Geschichte der Soziologie als theoretische Wissenschaftsdisziplin.

Und wenn Braunreuther 1957 forderte: »Von den Aspiranten des Hauptzweiges Politische Ökonomie sollten eine Reihe publikationsreifer, ökonomisch-historischer Besprechungen verlangt werden. Auch Diplomarbeiten und Dissertationen sowie Assistenten-Jahresarbeiten müssen einem gewissen Prozentsatz geschichtlich-ökonomischen Themen gewidmet werden – so wünschte man sich eine entsprechende Folgerung für Aspiranten bzw. Studenten der Soziologie heute.<sup>7</sup>

Zweitens war Braunreuther ein Beispiel für ein vorwärtsweisendes Aufgreifen und Behandeln der Erbe- und Traditionsproblematik – bereits im heutigen Verständnis. Die genannten Physiokraten- und Staatswissenschafts-Arbeiten, seine 1955/1956 einsetzende Beschäftigung mit Max Weber<sup>8</sup>, sein programmatischer Aufsatz aus dem Jahre 1962 über die Aufgaben der marxi-

---

5 Siehe Kurt Braunreuther: Über die Bedeutung der physiokratischen Bewegung in Deutschland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Ein geschichtlich-politökonomischer Beitrag zur »Sturm-und-Drang-Zeit«. In: Studien zu Geschichte der ... Bd. 5.

6 Siehe ders.: Zur Geschichte des Staatswissenschaftlichen Faches an der Humboldt-Universität zu Berlin im ersten Halbjahrhundert ihres Bestehens. In: Studien zur Geschichte ... Bd. 5.

7 Siehe ders.: Zur Einrichtung eines Spezialseminars über die neueste Geschichte der bürgerlichen ökonomischen Theorie. In: »Wirtschaftswissenschaft«. (1957)1. 5.

8 Siehe ders.: Bemerkungen über Max Weber und die bürgerliche Soziologie. In: »Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe. (1958)1. – Ders.: Max Weber. Soziologie – Weltgeschichtliche Analysen – Politik. Stuttgart 1956. Rezension in: »Wirtschafts-wissenschaft«. (1958)4. – Ders.: Max Weber (1894–1920) – der bedeutendste Vertreter der bürgerlichen Soziologie in Deutschland. Eine wissenschaftsgeschichtliche Studie. In: »Probleme der politischen Ökonomie«. Bd. 7. Berlin 1964.

stischen Soziologie<sup>9</sup>, die erste Analyse des von ihm als Bourgeois-Sozialisten gekennzeichneten Konzepts von Joseph Alois Schumpeter<sup>10</sup> und die Untersuchung über Lorenz von Steins spezifisch deutsche Variante eines ersten Soziologie-Konzepts<sup>11</sup>, belegen das.

Drittens schließlich ist Braunreuthers Erbe- und Traditionsverständnis im echten historischen Sinne auch in die Zukunft gerichtet. Der genannte Schumpeter-Aufsatz – dem sich zwei von ihm vergebene ökonomiehistorische Dissertationsthemen über Schumpeter anschlossen – war ein Vorgriff auf in jüngster Zeit besonders aktuelle Problemstellungen, der damals leider keine Fortsetzung erfuhr.

Joseph A. Schumpeters 1942 verfaßtes Buch »Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie« war und ist m. E. das erste Werk, in dem der Epochenübergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und die damit verbundene transsystemare Vergesellschaftung von bürgerlicher Seite konzeptionell erfaßt und bearbeitet wurde. »Bourgeois-Sozialismus« nannte Braunreuther das Konzept. Nach meinem Ermessen verlangt es inzwischen einer weiterreichenden und vertieften marxistischen Analyse. Daß Braunreuther dabei aber nicht nur einen Ökonomen und Soziologen unter vielen, sondern 1957 – ein Jahr nach dem XX. Parteitag der KPdSU – eine gewichtige konzeptionelle Problematik im Blick hatte, geht daraus hervor, daß er auch Fritz Baades Schrift »Wettlauf zum Jahr 2000« (1960) mit ihrer ökonomisch-soziologischen Koexistenz-Problematik sofort aufgriff.<sup>12</sup>

Das sollte uns ermuntern, uns an der von den anderen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen geführten Diskussion um Erbe und Tradition zu beteiligen. Es ist heute nicht der Ort, dies zu begründen und auszuführen. Auf jeden Fall hatte Braunreuther ein Erbe- und Traditionsverständnis, das dem heutigen, sich durchsetzenden, ähnlich ist: Unser Erbe ist das gesamte Erbe, aus dem wir nicht entlassen werden, sondern das wir zu bewältigen haben.

In dem einleitend genannten Akademie-Aufsatz formuliert er das auf folgende Weise: »Die tatsächliche Geschichte, die hinter uns liegt, ist als vergangene objektive Wirklichkeit nicht mehr zu verändern. Es ist einleuch-

---

9 Siehe ders.: Das Nationale Dokument und die Aufgaben der marxistischen Soziologie. In: »Wirtschaftswissenschaft«. (1962)7.

10 Siehe ders.: Der moderne Bourgeoissozialismus des Joseph Alois Schumpeter. In: »Wirtschaftswissenschaft«. (1957)3.

11 Siehe ders.: Lorenz von Stein und sein Platz in der Geschichte des bürgerlich-soziologischen Denkens in Deutschland. In: Ders.: Studien zur Geschichte der politischen Ökonomie ...

12 Siehe ders.: Ein Buch für die Koexistenz – ein Werk für den Frieden (Fritz Baade). In: »Das Hochschulwesen«. (1961)5.

13 Ders.: Probleme der Geschichte der ... S. 58.

tend, daß dies nicht von unserer Kenntnis über sie abhängt. Sie ist vergangene objektive Realität, und wir können sie nur rekonstruieren an den Spuren und an den Folgen, die sie für uns hinterlassen hat. Aber die Geschichte der Wissenschaft wird auf manchen ihrer Teilstrecken unsere Kenntnis nicht nur zu ergänzen haben, sondern sie wird hin und wieder neu zu schreiben sein, und das wird von Einfluß sein für die Geschichtsschreibung als ganzes. [...] Neue Entdeckungen auf diesem Gebiete sind übrigens auch nicht nur dem Zufall anheimgestellt, sondern sind angeregt und vorangetrieben aus der Sicht der Probleme, die eine Generation für ihre Gegenwart jeweils zu leisten hat«. <sup>13</sup>

In jedem Falle haben sich Philosophie, politische Ökonomie, Geschichtswissenschaft, Literatur- und Kulturwissenschaft sowie Psychologie in der DDR in dem Maße auch als marxistische Wissenschaftsdisziplinen formiert, profiliert und weiterentwickelt, wie sie sich von Anbeginn – seit 1945 – Schritt für Schritt mit ihrem Erbe und den Traditionen auseinandersetzen und beide für sich erschlossen:

- das der Klassiker des Marxismus als ständige Aufgabe;
- das marxistische Erbe im weitesten Sinne;
- das antifaschistische, bürgerlich-humanistische und
- für uns künftig: auch das sozialreformerische Erbe.

Der Wissenschaftliche Rat für Soziologie wird sich im Oktober damit beschäftigen. <sup>14</sup>

Wie kompliziert das für die jüngste Geschichte ist, zeigen solche Detailuntersuchungen wie Soziologie und deutscher Faschismus, Soziologie und Antifaschismus sowie zur Soziologie des Neubeginns nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone. Das belegen auch die Archiv-Unterlagen über die soziologischen Aktivitäten des Literaturwissenschaftlers Werner Krauss an der Leipziger Universität, so sein Briefwechsel in den ersten Nachkriegsjahren mit Ernst Bloch, mit dem »Behemoth«-Autor Franz Neumann und mit Herbert Marcuse in den USA und die Nennung seiner Verdienste als Soziologe zur Begründung seiner Auszeichnung mit dem Nationalpreis 1949.

Das Nicht-Annehmen und Verdrängen aufrechter bürgerlicher Antifaschisten, wie Heinz Maus und der – sogar als Mitglieder der SED über Jahre oder Monate – bei uns wirkenden Soziologen und Politologen Wolfgang Abendroth, Leo Kofler, Ernst Niekisch – die sich um eine *marxistische* Soziologie bzw. um eine konsequent *antifaschistische* Soziologie, im Falle von Heinz Maus mit einem Projekt zur Soziologie der Umsiedler 1947, ehrlich bemühten.

---

<sup>14</sup> Siehe: Soziologisches Erbe und marxistisch-leninistische Soziologie. In: »Soziologie. Informationen zur soziologischen Forschung in der DDR«. (1988)5.

Nicht zuletzt verdienen die *marxistischen* sozialökonomischen und sozialpolitischen Arbeiten von Friedrich (Fritz) Behrens, Jürgen Kuczynski, Alfred Lemnitz, Rita Sprengel, Hans Thalmann u. a. aus den ersten Nachkriegsjahren unsere Berücksichtigung und Analyse. Die Beispiele und Probleme ließen sich mühelos fortsetzen.<sup>15</sup>

Ausgangs- und Bezugspunkt ist jedoch auch hier Kurt Braunreuther. Georg Aßmann und Horst Berger behandeln die wirtschafts- und organisationssoziologischen Arbeiten Braunreuthers gesondert, sie sollen daher nur von ihren Ausgangs- und Eckpunkten einbezogen werden. Die einleitend als drittes Charakteristikum genannte besondere thematische Schwerpunktsetzung Braunreuthers auf »Wirtschaft und Gesellschaft« fußt auf dem allen Marxisten gemeinsamen Verständnis sozialer Determination und auf seiner akademischen Ausbildung und überwiegenden Lehrtätigkeit als Politökonom.

Doch trägt diese besondere Betonung zugleich und darüber hinaus seine persönliche Handschrift.

Erstens: Die intensive Beschäftigung mit der Geschichte ökonomischer Lehren ließ Braunreuther früh, die in der Theoriegeschichte seit der klassischen bürgerlichen politischen Ökonomie gegebene wissenschaftliche Verbindung von politökonomischer und Gesellschafts- resp. soziologischer Theorie erkennen. Von Adam Fergusons Theorie der bürgerlichen Gesellschaft, François Quesnays »Tableau economique« als Modell ökonomisch-sozialer Klassenbeziehungen und Adam Smiths Analysen der Arbeitsteilung über den soziologischen Gehalt der ersten Generation nachklassischer Vulgärökonomie, der Historischen und Grenznutzenschulen bis zu solchen für das 20. Jahrhundert herausragenden nichtmarxistischen Ökonomen wie Vilfredo Pareto, Joseph A. Schumpeter, Werner Sombart, Thornstein Bunde Veblen, Max Weber u.a. – war die wechselseitige Bedingtheit von ökonomischer und soziologischer Theorie ein Charakteristikum.

Parallel zu den alltagssoziologischen Erfahrungen und gesellschaftspolitischen Anforderungen kamen auf diese Weise die wissenschaftlichen Einsichten aus der Theoriegeschichte für den Stellenwert des ökonomischen im Soziologieverständnis von K. Braunreuther. Sowohl die Arbeiten zur Geschichte als auch zur aktuellen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen

---

15 Siehe u. a.: Helmut Steiner: Zur Soziologie des Neubeginns nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. In: »Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1988«. Berlin 1988. – Ders.: Soziologie in Leipzig – Erbe und Tradition. Festvortrag anlässlich des 75. Geburtstages von Prof. Dr. h. c. Robert Schulz am 21. Januar 1989 in Leipzig. In: »Informationen zur soziologischen Forschung in der Deutschen demokratischen Republik«. (1989)4.

Soziologie hatten daher schwerpunktmäßig ökonomierelevante Probleme, Themen und Konzeptionen zum Untersuchungsgegenstand.<sup>16</sup>

Zweitens: Folgerichtig lenkte er – bei seinem breiten Interessenspektrum und seiner umfassenden gesellschaftlichen Problemsicht – die Aufmerksamkeit am Beginn eigener empirischer soziologischer Forschungen und Untersuchungen im unmittelbar ökonomischen Bereich. »Jugend und moderne Technik« war das erste Arbeitsthema im Werk für Fernsehelektronik und in anderen Köpfnicker Großbetrieben. Es war eine öffentlich erörterte und deshalb aufgegriffene gesellschaftspolitische Thematik, die sich bald in wissenschaftliche Frage- und Problemstellungen auffächerte. Berufsqualifikation und Qualifikationsverhalten, Gruppenstrukturen und Kommunikationsprozesse, Verhältnis zur Arbeit und Fluktuation, Betriebsklima und Leitungstätigkeit als sozialer Prozeß kristallisierten sich als eigenständige Forschungsthemen für eine wachsende Zahl, sich um ihn gruppierende Nachwuchswissenschaftler heraus. Wenn es bis auf den heutigen Tag zu den Markenzeichen der DDR-Soziologie zählt, daß ihre Forschungen eine besondere Orientierung auf ökonomische Prozesse auszeichnete, dann hat Kurt Braunreuther mit den von ihm Anfang der 60er Jahre initiierten empirischen soziologischen Forschungen zu ökonomisch-soziologischen Themen und den auf die Soziologie orientierten Ökonomen einen gewichtigen Anteil.

Drittens: Braunreuthers ökonomisch-soziologische Analysen entwickelten und entfalteten sich in ihrer ganzen gesellschaftlichen Reichweite. Ausgehend von den betriebssoziologischen Untersuchungen erweiterten sich die Gegenstände über Probleme der Frauenarbeit und der ökonomisch-sozialen Bedingungen des gesellschaftlichen Emanzipationsprozesses bis zu soziologischen Problemen der sozialistischen Wirtschaftsführung und den Grundlagen einer betrieblichen und gesamtgesellschaftlichen Organisationssoziologie. Die alltagssoziologischen Prämissen verboten ihm dabei, die vor allem in den 60er Jahren der DDR-Entwicklung verbreiteten und favorisierten gesellschaftlichen Harmonievorstellungen. Die über Jahrzehnte erlebten und täglich erfahrenen Konflikte und Widersprüche des gesellschaftlichen Lebens finden als lebendige Beispiele, aber auch theoretisch reflektiert und verallgemeinert (sozialstrukturelle und Interessengliederung unserer Gesellschaft) Eingang in seine ökonomisch geprägten soziologischen Veröffentlichungen.<sup>17</sup>

---

16 Siehe Kurt Braunreuther: Ökonomie und Gesellschaft in der deutschen bürgerlichen Soziologie. Wissenschaftliche Studie. In: Studien zur Geschichte der politischen Ökonomie und der Soziologie. S. 261–385.

17 Siehe u.a.: K. Braunreuther (Hrsg.): Zur Kritik der bürgerlichen Soziologie in Westdeutschland. Berlin 1962. – Kurt Braunreuther / Manfred Puschmann/Helmut Steiner: Kritik der bürgerlichen Soziologie als Aufgabe der marxistischen Wirtschaftswissenschaft. In: »Wirt-



Damit will ich zugleich einige Bemerkungen zu dem vierten Charakteristikum von Kurt Braunreuther beisteuern.

Die »Lebensnähe« war wohl entscheidend für seine Anziehungskraft und Ausstrahlung auf die Studenten und den wissenschaftlichen Nachwuchs. Dabei fand die für die 50er Jahre an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin unkonventionelle Art seiner Lehrveranstaltungen nicht nur Zustimmung. Streng gegliedert zum »ordentlichen Mitschreiben« für die Prüfungsvorbereitung waren seine Vorlesungen nicht. In der Retrospektive waren sie selbst zur klassischen bürgerlichen politischen Ökonomie (William Petty, François Quesnay, David Ricardo, Adam Smith) nicht dogmengeschichtlich, sondern – wir würden heute sagen – sozialgeschichtlich angelegt. Und einmal beim *gesellschaftlichen* Erläutern und Begründen der Begriffe, ökonomischen Kategorien und Theorien angelangt, war der Endpunkt seines Erklärungszusammenhangs, mitunter auch ihm selbst, nicht vorhersehbar. Das beinhaltete stets eine Fülle von Anregungen und Denkanstößen, verletzte aber sträflichst die Vorgaben gewünschter Vorlesungsdidaktik. So kam es, daß seine Vorlesungen ob ihrer »unsystematischen Anlage« wiederholt kritisiert wurden, er aber zugleich als Kuczynski-Schüler zu einem außerordentlich begehrten Diplom- und Dissertationsbetreuer des leistungsstärkeren und politisch engagierten Teils der Studenten und Nachwuchswissenschaftler wurde.

Dabei verstand er es, weithin bekannte Groß- und Freizügigkeit bei der Themenbearbeitung und -gestaltung mit Bestimmtheit und Strenge in wesentlichen Fragen zu verbinden. So »zwang« er Manfred Puschmann und den Verfasser dieses Aufsatzes, Helmut Steiner – obwohl offiziell für Geschichte der politischen Ökonomie geführt – 1960 zur Wahl von soziologischen Dissertationsthemen, »weil man damit endlich beginnen müsse«. In den er-

---

schaftswissenschaft« (1962)2. – Dies.: Soziologie und Praxis. In: »Forum«. (1962)47. Wissenschaftliche Beilage. – Kurt Braunreuther / Helmut Steiner: Soziologische Probleme der sozialistischen Wirtschaftsführung. In: »Wirtschaftswissenschaft«. (1964)10. – Kurt Braunreuther: Über die marxistische Soziologie und ihren Beitrag zur wissenschaftlich begründeten Leitungstätigkeit. Karl Marx-Vorlesung an der DAW 1965. Berlin 1965. – Kurt Braunreuther / Günter Bohring (Hrsg.): Soziologie und Praxis. Beiträge zur Entwicklung der marxistischen Soziologie. Berlin 1965. – Kurt Braunreuther: Soziologische Probleme der Fluktuation von Arbeitskräften. Theoretische Überlegungen auf Grund von empirischen Untersuchungen. Berlin 1966. – Ders.: Zur Konzeption der soziologischen Organisationsanalyse. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe. (1966)5. – Kurt Braunreuther / Fred Oelßner / W. Otto (Hrsg.): Soziologische Aspekte der Arbeitskräftebewegung. Internationales Kolloquium Berlin 1966. Berlin 1967. – Kurt Braunreuther: Überlegungen zur soziologischen Organisationsanalyse. Berlin 1967. – Ders.: Probleme der Geschichte der bürgerlichen Soziologie. Berlin 1975.



sten Wochen und Monaten widmete er neu Hinzugekommenen besondere Aufmerksamkeit. Einmal wollte er sich überzeugen und fordernd unterstützen, daß sie einen richtigen wissenschaftlichen Arbeitsrhythmus finden und zum anderen wollte er ihre spezifischen Stärken und Schwächen kennenlernen, um sachgerecht Einfluß nehmen zu können. Er scheute sich nicht, in einzelnen Fällen nach kurzer Zeit das Thema zu verändern, wenn er den Eindruck gewann, daß sich der Kandidat mit dem in Angriff genommenen Problem nicht voll zu identifizieren vermochte. Zu den Methoden seiner erfolgreichen wissenschaftlichen Betreuerstätigkeit gehörte es, sehr früh – möglichst schon in den ersten Monaten – eigenständige, publikationsreife Ausarbeitungen zu fordern. Zum Teil bot er selbst die erste schriftliche Vorlage für eine gemeinsame Veröffentlichung mit einem seiner jüngeren Mitarbeiter, um ihnen die Furcht und Befangenheit vor der ersten Publikation zu nehmen. Die monatlichen Sonnabendvormittag-Zusammenkünfte der 1961 von ihm initiierten und von seinen beiden ersten Soziologie-Doktoranden organisatorisch betreuten ehrenamtlichen Forschungsgemeinschaft »Soziologie und Gesellschaft« entwickelte sich zu einem Diskussionsforum für Zwischenergebnisse, Thesen und Rohentwürfe bearbeiteter Dissertationsthemen. Braunreuther sah das als einen wichtigen Weg, um mittels Diskussion und kollektiver Einflußnahme die wissenschaftliche Betreuung der wachsenden Zahl von Doktoranden verantwortungsbewußt wahrzunehmen.

Georg Aßmann, Horst Berger, Heinz Borchardt, Helmut Brüser, Siegfried Mechler, Walter Nagel, Siegfried Ransch, Irmgard Steiner, Ingolf Waltenberg zählten zu diesem Doktoranden-Kreis. Zugleich nahmen auch andere, sich Anfang der 60er Jahre für die Entwicklung einer eigenständigen Soziologie in der DDR einsetzende Wissenschaftler regelmäßig an den Zusammenkünften teil (Günther Bohring, Klaus Korn, Hans Kuhrig, Herbert Wolf). Die Forschungsgemeinschaft erhielt wirksame Unterstützung durch Soziologie-engagierte Partei- und FDJ-Funktionäre in Berlin (Hans Modrow, Siegfried Lorenz). Ebenso stießen Studenten seines Lehrgebietes Geschichte der politischen Ökonomie (Manfred Lötsch, Manfred Thiel) und erste sich bei ihm in Soziologie spezialisierende Studierende (Peter Armelin, G. Pietrcynski) als Nachwuchswissenschaftler hinzu. Von Anfang an wurden erste internationale Kontakte zu soziologischen Basisgruppen in der VRP, CSSR, UdSSR und UVR angeknüpft. 1964 kam es zu organisierten Kontakten zu soziologischen Einrichtungen und Soziologen (Jan Lutynski, Wladislaw Markiewicz, Jan Sczcepanski, Adam Sarapata u. a.) in der Volksrepublik Polen.

Dabei kehrte Kurt Braunreuther nie den Professor oder den Leiter heraus. Vielmehr stellte er sich stets in einem gegebenen Diskussionszusammenhang

als Erster unter Gleichen. Das bestimmte auch sein Verhältnis zu den nachfolgenden Generationen.

Kurt Braunreuther, der sich auf Grund der ihm bis an sein Lebensende eigenen Vitalität mit den nachfolgenden Generationen stets auf unkonventionelle Art verbunden wußte, konnte die folgenden Worte über den unmittelbaren Anlaß und Zusammenhang ihrer Formulierung hinaus direkt an uns gerichtet haben: »Es kommt darauf [...] an, die Veränderungen der soziologischen Aktivitäten in den (verschiedenen) Ländern und Gesellschaften laufend zu studieren. Eine Einschätzung der einzelnen verschiedenen Gruppierungen kann bei den heutigen schnellen Veränderungen gewöhnlich nicht für sehr lange Zeit Geltung beanspruchen. Wer beispielsweise noch vor einem Jahrzehnt zur jüngsten, literarisch ausgewiesenen »Generation« gerechnet werden konnte, zählt heute u. U. schon zu den ›Arrivierten‹. Die nunmehr Jüngsten hören durchaus nicht alle auf ihre Lehrmeister, vor deren Katheder sie gesessen haben.«<sup>18</sup> Dessen sollten wir uns als Ältere, bzw. uns in jeder Generationengruppe auf spezifische Weise immer bewußt sein. Vor allem aber wollen wir im Interesse der weiteren Soziologie-Entwicklung aus den heranwachsenden Generationen in diesem Sinne würdige Kurt Braunreuther-Preisträger für Soziologie ehren.

---

18 Kurt Braunreuther: Probleme der Geschichte der ... S. 55.

**»Konzeption der Arbeitsgruppe Soziologie des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW)«**  
(Archiv-Text 1963 – im Besitz von Helmut Steiner)

Vorbemerkung:

Die nachfolgend abgedruckte »Konzeption der Arbeitsgruppe Soziologie des Instituts für Wirtschaftswissenschaften des Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW)« aus dem Jahre 1963 bezieht sich auf die in meinem Vortrag erwähnte erste offizielle Institutionalisierung der Soziologie an einer Wissenschaftseinrichtung der DDR. Im Herbst 1963 ermöglichte Fred Oelßner, damals Direktor des Instituts für Politische Ökonomie an der DAW in Berlin, Leipziger Straße 3–4 (heute: Sitz des Bundesrates) die Gründung einer eigenständigen Arbeitsgruppe »Soziologie«, die in den Bereich »Politische Ökonomie des Sozialismus« (Leitung: Gunther Kohlmei) eingegliedert wurde. Das gleichfalls im Bereich »Politische Ökonomie ...« mit seiner Arbeitsgruppe »Nutzeffekt der Arbeit (Arbeitsproduktivität)« wirkende Akademiemitglied Friedrich (Fritz) Behrens, der stellvertretende Institutsdirektor Peter Hess und Harry Maier schufen die wissenschaftspolitischen und wissenschaftsorganisatorischen Voraussetzungen für die Gründung der Arbeitsgruppe. Kurt Braunreuther – zu diesem Zeitpunkt noch Stellvertretender Direktor des »Instituts für Politische Ökonomie« an der Humboldt-Universität zu Berlin und von Fred Oelßner, Fritz Behrens und Leo Stern 1964 zur Wahl als Mitglied der DAW vorgeschlagen – konnte für die Leitung der Arbeitsgruppe »Soziologie« gewonnen werden. Ich selbst wechselte im Herbst 1963 zum Aufbau der neuen Arbeitsgruppe aus dem Bereich »Geschichte und Kritik der ökonomischen Theorien« in den Bereich »Politische Ökonomie des Sozialismus« über. Dazu kamen Manfred Thiel vom »Deutschen Wirtschaftsinstitut (DWI)«, Peter Armelin als einer der ersten ökonomischen Soziologie-Studenten und Ursula Tscherner als methodisch orientierte Psychologie-Absolventin, die aber bald wieder ausschied. An ihrer Stelle trat der noch heute außerordentlich aktive Psychologe Rainer Schubert. Und 1965 konnte mit Manfred Löttsch (Bergakademie Freiberg) und Manfred Vorweg (Friedrich-Schiller-Universität Jena) Werkverträge abgeschlossen werden. Ebenfalls 1965 wurde Hansgünter Meyer (Ernst Moritz Arndt-Universität Greifswald) eingestellt. Die weitere wechselvolle Geschichte der »Arbeitsgruppe Soziologie« hat Hansgünter Meyer in verschiedenen Veröffentlichungen aus eigenem Erleben nachgezeichnet.

Der im folgenden, im Original abgedruckte Text dokumentiert unsere damaligen Ausgangspositionen. Er widerspiegelt unser zu Anfang der sechziger Jahre gewonnenes Selbstverständnis von Soziologie. Er offenbart unsere Rezeption der internationalen soziologischen Literatur und beinhaltet unser – überwiegend von unserer ökonomischen Herkunft geprägtes und in einem wirtschaftswissenschaftlichen Institut der DAW angesiedeltes – erstes Forschungsprogramm.

Die genannten Projekte wurden mehrheitlich in Angriff genommen und zu Ergebnissen bzw. Teilergebnissen geführt. Aus verschiedenen Gründen konnten nicht alle, wie konzipiert, abgeschlossen werden. Auch konnte nur ein Bruchteil der Ergebnisse in Form von Publikationen öffentlich zugänglich gemacht werden.

Helmut Steiner

»Konzeption der Arbeitsgruppe Soziologie des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW)«  
(Archiv-Text)

Mitarbeiter: Prof. Dr. Kurt Braunreuther (mit Werkvertrag)  
Dr. Helmut Steiner  
Dr. Manfred Thiel  
Peter Armelin  
Ursula Tscherner

Thema: Die sozialen und darauf basierenden Verhaltens- und Organisationsstrukturen und deren Veränderungen als Grundlage für eine optimale Gestaltung der sozialen Kooperation sowie der Entwicklung der soziologischen Theorie der industriellen Arbeit.

Problematik der Arbeitsgruppe:

Die Anerkennung der Soziologie als selbstständige Disziplin erfordert ihre theoretische Grundlegung und die Entwicklung einer marxistischen soziologischen Theorie. Das gilt für die Soziologie überhaupt, wie auch für die Arbeits- und Industriesoziologie. Die bisherigen Arbeiten und laufenden Untersuchungen beschränken sich entweder auf abstrakte Erörterungen oder auf empirische Tatbestandsaufnahmen ohne theoretische Verallgemeinerung. Aufgabe der Arbeitsgruppe muß es sein, in ihren Arbeiten den kurzfristigen wirtschaftspolitischen Nutzen mit der langfristigen Entwicklung der soziologischen Theorie für eine höhere Effektivität der soziologischen Forschung zu verbinden.

Der gegenwärtige Entwicklungsstand erlaubt keine Einschränkung auf einen einzelnen Themenkomplex. Um die theoretischen Probleme eines Komplexes voll zu erfassen und zu analysieren, ist zumindest in einem bestimmten Maße die theoretische Grundlegung des Gesamtsystems erforderlich, das dem einzelnen Themenkomplex seine Bezugspunkte und seinen theoretischen Gesamtrahmen liefert. Es muß daher unsere Aufgabe sein, unsere Gesamtthematik aus verschiedenen zentralen Problemen der Soziologie als Disziplin zusammenzusetzen.

### Begründung der Forschungsproblematik:

Nach unseren bisherigen Erkenntnissen stehen folgende Problemkomplexe im Mittelpunkt der soziologischen Theorie überhaupt, wie auch der Arbeits- und Industriesoziologie sowie anderer Spezialsoziologien:  
die sozialökonomische Struktur und deren Veränderung,  
die soziologische Gruppentheorie,  
die theoretischen Grundlagen der soziologischen Verhaltensforschung,  
die soziologische Analyse von Organisation und Institutionalisierung.

Der Inhalt, die Aufeinanderfolge und vor allem die wechselseitigen Beziehungen dieser Komplexe wurden in Umrissen auf dem Kolloquium anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Instituts dargelegt und begründet. Alle vier genannten Komplexe kann man unseres Erachtens am besten von der Strukturproblematik her erfassen. Die zu untersuchenden Einzelthemen sollen: ein oder möglichst mehrere dieser theoretischen Kernprobleme beinhalten, untereinander im Zusammenhang stehen, um eine echte Gemeinschaftsarbeit und wissenschaftliche Kommunikation im Rahmen der Arbeitsgruppe zu ermöglichen, die Möglichkeit bieten, weitere Themen an Mitarbeiter in- und außerhalb des Instituts auch zu einem späteren Zeitpunkt lückenlos einzufügen und von unmittelbarem Interesse für die Praxis sein.

Ausgangspunkt und Mittelpunkt des nächsten halben Jahres bildet eine Mobilitätsuntersuchung in verschiedenen Industriebetrieben und in einigen Bildungsinstitutionen als Kontrollbereiche. Die gegebene soziale Struktur, ihre in den letzten Jahren und Jahrzehnten vor sich gegangenen und in der nächsten Zeit zu erwartenden Veränderungen sind einerseits Voraussetzung und bilden andererseits einen Bestandteil für weitere soziologische Untersuchungen. Es bedarf z. B. des sozialen Bezugssystems, um die formalen und informalen Gruppen, die Kommunikationsmuster, den Zusammenhang von Gruppengliederung und Gruppenleistung, von sozialer Kooperation und Leitungs- und Organisationsstruktur zu erfassen, zu analysieren und zu verallgemeinern.

Dem können weder der Umfang noch die gebräuchlichen Begriffe und Kategorien der bisherigen statistischen Erhebungen genügen. Das überlieferte Begriffssystem für »Arbeiter«, »Angestellte« und »Intelligenz« mit seinen weiterführenden Gliederungen ist hinsichtlich seiner Bestimmungskriterien unseren Bedingungen nicht adäquat. Unsere Statistik sowie jede soziologische Untersuchung bedürfen zwecks richtiger statistischer Gruppenbildung adäquater Begriffe. Diesen Anforderungen wird zu einer Zeit, da wir noch inmitten dieser umfangreichen gesellschaftlichen Veränderungen durch den

Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und durch die technische Revolution leben, eine dynamische Mobilitätsuntersuchung weit mehr gerecht als eine statische Strukturanalyse. Durch die Einbeziehung von subjektiven Reflexionen der sozialökonomischen Veränderungen in die Untersuchungen, durch die teilweise Analyse geschlossener Arbeitsgruppen sind neben den Problemen der sozialökonomischen Struktur, auch die der Verhaltensforschung, der Gruppentheorie und der Organisationsanalyse enthalten.

Mit der Leitung der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung dieser ersten Untersuchung ist Dr. Helmut Steiner beauftragt. Es wird in der Folgezeit darauf ankommen, in zahlreichen Spezialuntersuchungen die Mobilität einzelner Bevölkerung- und Berufsgruppen in verschiedenerlei Hinsicht weiterzuführen. Die Fluktuation der Arbeitskräfte als Verwirklichung ökonomischer und gesellschaftlicher Strukturveränderungen und nicht allein ihre Betrachtung unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, die allmähliche Verstärkung des Frauenanteils in den mittleren und oberen Positionen der verschiedenen Leitungspyramiden, der Einfluß des veränderten Berufs- und Sozialprestiges auf die Berufswahl der Jugendlichen, die konstitutiven Momente für die inhaltliche Bestimmung des Kriteriums »soziale Herkunft« und eine Vielzahl weiterer Themen sind Bestandteile der äußerst vielschichtigen Mobilitätsproblematik.

Ausgehend von diesen gesamtgesellschaftlichen Strukturlinien, ist ihre Untergliederung in Gruppierungen und Gruppen verschiedenster Art, Qualität und Größe ein weiterer Themenkomplex. Er schließt sich unmittelbar am vorherigen an und steht mit ihm insofern in engem Zusammenhang, als er das gegenseitige Verhältnis sozialer Makro- und Mikrostrukturen beinhaltet und auf diese Weise zur eigentlichen Kleingruppenforschung überleitet. Die Tatsache der weit langsameren Veränderungen in den sozialen Mikro- als auch in den Makrostrukturen bergen eine Vielzahl von theoretischen und praktischen Problemen in sich. Beispielsweise existieren auch nach der Liquidierung der Ausbeuterklasse als Klasse noch kleinere Gruppen mit entsprechenden Verhaltens- und Ideologiestrukturen. Umgekehrt haben sich auch nach der Machtergreifung der Arbeiterklasse noch nicht die entsprechenden neuen Verhaltensnormen in all ihren Gliedern allgemein durchgesetzt. Erst die tendenzielle Identität von sozialökonomischen Strukturlinien mit den Verhältnis- und Ideologiestrukturen in den Mikrostrukturen verleiht den Makrostrukturen die höchstmögliche Stabilität. Neben der Schaffung der materiell-technischen Basis ist diese Problematik nach der Durchsetzung des sozialistischen Eigentums die Hauptaufgabe des voll entfalteten Sozialismus. Dieses Verhältnis von Makro- und Mikrostrukturen hinsichtlich ihrer sozialökonomischen Verhältnisse, Gruppenbeziehungen und Organisationsstrukturen wird Dr. Manfred Thiel am Problem der Arbeiter untersuchen.

In diesem Zusammenhang treten die Fragen des Images bestimmter sozialer Gruppierungen auf, das von Dipl.-Psych. Ursula Tscherner bei den Angestellten in Unterscheidung und im Verhältnis zu den Arbeitern untersucht werden soll. Die Berechtigung der weiteren Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten angesichts der veränderten Tätigkeitsmerkmale der Bürotätigkeit, der Verhaltens- und Ideologiestrukturen bei Arbeitern und Angestellten, u. a. gehören zu den Problemen dieses Themas.

Daran schließt sich folgerichtig die empirische Erfassung und theoretische Verallgemeinerung der gegebenen industriellen Gruppenstrukturen folgerichtig an. Über die Erfassung der konkreten produktionsbedingten und nicht produktionsbedingten Interaktionen ist unseres Erachtens am besten eine empirische Erfassung der verschiedenen Gruppen möglich, ohne voreilig von bereits geprägten Begriffen ausgehen zu müssen. Auf diese Weise ist es möglich, die genaue inhaltliche Bestimmung des Gruppenbegriffs überhaupt sowie der Unterscheidung und Charakterisierung von formellen und informellen Gruppen vorzunehmen. Damit sind äußerst umfangreiche Detailuntersuchungen verbunden, die in ihrer Verallgemeinerung von entscheidender Bedeutung für die soziologische Theorie überhaupt sind. Auch in methodischer Hinsicht machen sich durch die notwendige Erarbeitung von Interaktionsprogrammen neue Überlegungen, Berechnungs- und Darstellungsmethoden erforderlich. Da wir diesen Komplex im Moment nicht besetzen können, er aber im gegenwärtigen Entwicklungsstadium überaus dringlich ist, haben wir ihn an Dr. Manfred Lötsch (Bergakademie Freiberg) vergeben, der hierfür noch einige dortige Mitarbeiter einsetzen kann. Die Konzeption, Abstimmung und Eingliederung dieser Untersuchungen in das Gesamtsystem geschieht durch uns.

Ähnlich verhält es sich mit einem Spezialproblem der Gruppenproblematik, das aber von großer theoretischer wie praktischer Bedeutung ist. Die Analyse des Zusammenhangs von Gruppengliederung und Gruppenleistung ermöglicht über die Bearbeitung von Sozioprogrammen die Optimierung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit. Da wir auch diese Thematik im Moment nicht besetzen können, vereinbarten wir mit dem wohl bisher profiliertesten Vertreter soziometrischer Untersuchungen in der DDR, Dr. Manfred Vorweg (Friedrich-Schiller-Universität Jena), empirische Untersuchungen und evtl. Experimente in der Industrie durchzuführen, die er bisher nur im pädagogischen Bereich angesiedelt hatte.

Jede Art von Gruppenstrukturen werden nur in entsprechenden gruppentypischen Verhaltensweisen und deren Strukturlinien sichtbar. Die theoretische Grundlegung der Verhaltensforschung bedarf einer Vielzahl von Detailuntersuchungen allein im ökonomischen Bereich, um zu echten Verallgemeinerungen zu kommen. Die Wirkung von materiellen und morali-

schen Stimuli bei verschiedenen Beschäftigten-, Berufs- und Altersgruppen, die Reaktion der Leiter auf zentrale Direktiven und vorgegebene Kennziffern, der Prozeß der allmählichen und unterschiedlichen Identifikation mit ihrer Arbeit bei verschiedenen Beschäftigtengruppen, die Analyse von Prestige, Autorität und Führung in verschiedenen Bereichen und Gruppierungen u. a. sind Voraussetzungen für eine wissenschaftliche Entscheidungstypologie und für die Analyse komplexer Verhaltensweisen, wie z. B. dem Betriebsklima.

Da wir die Vielzahl dieser notwendigen Einzeluntersuchungen im Moment nicht durchführen können, dem Betriebsklima aber eine große theoretische wie praktische Bedeutung beigemessen wird, soll Dipl.-Wirtsch. Peter Armelin seine bereits begonnenen Untersuchungen zum Betriebsklima zunächst in einem Kleinbetrieb fortsetzen, in dem die Zahl der inneren und äußeren Faktoren, die das Betriebsklima beeinflussen, auch in ihrer gegenseitigen Wechselwirkung noch übersehbar sind. Auf diese Weise soll er zunächst die Konstanten und Variablen des Betriebsklimas erarbeiten, um später an größeren Betriebseinheiten dieses Modell zu überprüfen und zu erweitern.

All diese Themen sind schließlich Bestandteil und Vorarbeiten für eine soziologische Organisationsanalyse. Sie beinhaltet die Berücksichtigung und Verarbeitung der verschiedensten Strukturlinien, von denen vor allem die sozialökonomischen Gruppen-, Kommunikations- und Verhaltensstrukturen unentbehrlich sind. Erst auf dieser Grundlage ist eine soziologische Analyse der Organisation, ihrer Strukturen und Institutionen möglich.

Insofern ist dieser Themenkomplex, der von Prof. Dr. Kurt Braunreuther bearbeitet wird, zugleich eine theoretische Verallgemeinerung und Zusammenfassung der verschiedenen Einzelkomplexe, womit eine wichtige Voraussetzung für die inhaltliche Leitung der Arbeitsgruppe insgesamt gegeben ist.

Zusammenfassend wird ersichtlich, daß alle Themen das Strukturproblem beinhalten und jeweils mehrere der eingangs genannten theoretischen Kernprobleme (sozialökonomische Struktur und deren Veränderungen, Gruppentheorie, Verhaltensforschung, Organisations- und Institutionsanalyse) in sich bergen. Dadurch ist eine echte wissenschaftliche Kommunikation und Zusammenarbeit innerhalb der Arbeitsgruppe und das kontinuierliche Einfügen von neuen Mitarbeitern möglich. Da die Untersuchungen nicht in allen sozialökonomischen oder Bevölkerungsschichten zugleich durchgeführt werden, konzentrieren wir uns entsprechend der Beschäftigungsstruktur der Industrie auf Arbeiter, Angestellte und Intelligenz (gemäß der gegenwärtigen Abgrenzung) sowie bei diesen auf die Besonderheiten der Frauen und Jugend in der industriellen Arbeit und der sie beeinflussenden Momente.



Kader:

Die Arbeitsgruppe sollte im Laufe der nächsten Jahre auf 12–15 beschäftigte Mitarbeiter erweitert werden. Da es sich hierbei um die Entwicklung einer selbstständigen Disziplin handelt, halten wir die Größe für begründet, glauben aber andererseits, daß dies die Maximalgröße für die Leitung einer Arbeitsgruppe zumindest auf unserem Gebiet ist. Dabei wird es darauf ankommen, noch Vertreter anderer Disziplinen, zumindest noch einen Psychologen und einen Mathematiker oder ausgebildeten Statistiker zu gewinnen.

Beim personellen Aufbau der Arbeitsgruppe ergeben sich zwei besondere Probleme:

1. Da Soziologen bisher bei uns nicht ausgebildet werden, diejenigen aber, die in der Ausbildung es als Spezialfach bereits belegten oder von sich aus bemühten, im Rahmen der allgemein gestiegenen Nachfrage von ihren jeweiligen Arbeitsstellen und Institutionen als solche absorbiert werden, wird man bei Neueinstellungen vorwiegend auf junge Absolventen angewiesen sein. Die damit zusammenhängenden Vor- und Nachteile sollen nicht aufgewogen werden, doch bringt dieser Umstand mit sich, daß für Prof. Dr. Kurt Braunreuther, Dr. Steiner und Dr. Thiel die Ausbildungsfunktion mit in den Mittelpunkt ihrer Arbeit rückt.

Soziologische Untersuchungen sind zum Teil nicht nur zeit- und geld-, sondern auch personalaufwendig. Die Anstellung von haupt- und nebenberuflichen Interviewern beispielsweise ist international sowohl in kapitalistischen wie in sozialistischen Ländern üblich. Zunächst wird jedoch überall von einer »kostenlosen« Reserve, den Studenten im Rahmen ihrer Ausbildung, Gebrauch gemacht. Da uns dieses »Hinterland« als Akademieinstitut fehlt, an verschiedenen Universitäten und Hochschulen verschiedene bereits ausgewiesene oder mit soziologischen Lehrveranstaltungen beauftragte Wissenschaftler sind, die oft keine andere wissenschaftliche Kommunikation, aber Studenten in der Ausbildung haben, schlagen wir mit solchen Vertretern den Abschluß von Werkverträgen vor. Kriterien hierfür müssen sein:

- a) Gewähr für ein wissenschaftlich verwertbares Ergebnis,
  - b) Themen- und Auftragserteilung durch uns im Rahmen der vorliegenden Konzeption,
  - c) klar formulierte, abrechen- und meßbare Aufgaben,
- weitere Mitarbeiter und Studenten, die er für seinen Auftrag oder auch für laufende Untersuchungen von Mitgliedern unserer Arbeitsgruppe zeitweise einsetzen kann.

Unter diesen Gesichtspunkten kommen für das Jahr 1965 der Abschluß von Werkverträgen mit Dr. Manfred Lötsch, Institut für Politische Ökonomie der Bergakademie Freiberg und Dr. Manfred Vorweg, Institut für Psycholo-

gie der Friedrich-Schiller-Universität Jena in Frage. Die erwähnten Kriterien treffen zu, beide haben bereits jetzt von uns vergebene Themen zur Bearbeitung (- bereits oben ausgeführt -) und führen darüber hinaus unsere erste Mobilitätsuntersuchung mit ihren Studenten in Freiberg bzw. Jenaer Betrieben durch. Diesen bisher rein persönlichen Vereinbarungen sollte man künftig eine verbindliche vertragsmäßige Form geben.

### Konkrete Aufgaben- und Terminstellung:

Im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der Disziplin überhaupt und unserer Arbeitsgruppe im besonderen ist es äußerst schwierig, schon klare Etappen und Terminstellungen anzugeben. Da alle Arbeiten erst vor kurzem begonnen wurden oder sogar erst jetzt beginnen, können sie in all ihrer Vielfalt und der abzusteckenden Etappen noch nicht geplant werden. Die folgenden Aufgaben sind erste grobe Richtwerte für uns, die weiter zu konkretisieren sind und denen die Themenaufeinanderfolge zu Grunde liegt:

Dr. H. Steiner:

Die sozialökonomische und gesellschaftliche Mobilität im Sozialismus.

- 1.) Erste empirische Untersuchung: Januar 1965 bei 1500–2000 Personen, vorwiegend Beschäftigte in der Industrie sowie Studenten und Schüler in Bildungsinstituten für gesamtgesellschaftliche Strukturen,
- 2.) Rechentechnische Aufbereitung und Auswertung: Februar bis Mai 1965
- 3.) Inhaltliche Auswertung: Juni bis Dezember 1965
- 4.) Aufgabe der ersten Untersuchung
  - a) Analyse der sozialen Struktur in verschiedenen Bereichen als Gradmesser für das Ausmaß der sozialen Veränderungen und der damit zusammenhängenden Probleme,
  - b) Analyse der sozialen Struktur geschlossener Bereiche (Brigaden, Meistereien, Abteilungen, Betriebsteile) als Grundlage für weiterführende Untersuchungen der Gruppenstrukturen zum Teil in den gleichen Bereichen,
  - c) Hinweise auf Merkmale und Kriterien für die notwendige Neuaufgrenzung von »Arbeitern«, »Angestellten« und »Intelligenz«,
  - d) Erarbeitung einer Methodik für allgemeine marxistische Mobilitätsuntersuchungen.

Weiterführende Aufgaben auf diesem Gebiet müssen später formuliert werden. Als erstes wird die Fluktuation der Beschäftigten als ein gesondertes Problem unter dem Mo-bilitätsaspekt speziell untersucht werden.

5.) Die Habilschrift ergibt sich aus dieser Untersuchung und ist im IV. Quartal 1965/I. Quartal 1966 fertigzustellen.

Dr. Manfred Thiel:

Das Wechselverhältnis von makro- und mikrosoziologischen Gruppen-, Verhaltens- und Ideologiestrukturen bei den Arbeitern der sozialistischen Industrie.

- 1.) Erarbeitung einer präzisen Forschungsmethodik für dieses Thema: Dezember 1964
- 2.) Inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der ersten empirischen Erhebung auf Grundlage der Erfahrungen der ersten Mobilitätsuntersuchung: Februar–April 1965
- 3.) Durchführung der ersten empirischen Erhebung: Mai–Juni 1965
- 4.) Inhaltliche Auswertung: November 1965–Mai 1966
- 5.) Habilschrift ergibt sich aus dieser Untersuchung und ist bis zum II. Quartal 1966 fertigzustellen.

Dipl.-Psych. Ursula Tscherner:

Die Auswirkungen der Büro-rationalisierungen auf die Zahl, die Tätigkeitsmerkmale, die Verhaltens- und Ideologiestrukturen der Büroangestellten.

(Arbeitsthema der Dissertation) Beginn: Februar 1965

Dipl.-Wirtsch. Peter Armelin:

Der selbständige Charakter des »Betriebsklimas« als soziale Verhaltensweisen und seine einzelnen konstitutiven Faktoren

(Arbeitsthema der Dissertation) Beginn: Oktober 1964

Prof. Dr. Kurt Braunreuther:

Das soziale Bezugssystem von Organisation und Institution.

Abschluß eines ersten Manuskripts, das die Problematik des Themenkomplexes, die notwendigen empirischen Untersuchungsprobleme und ihre richtige Aufeinanderfolge enthält oder zuläßt: Mai 1965

Sollte dem Antrag auf Abschluß von Werkverträgen mit Dr. Manfred Lötsch und Dr. Manfred Vorwerg zugestimmt werden, so können bei Dr. Vorwerg schon sehr detaillierte und bei Dr. Lötsch Rahmentermin- und -etappen angegeben werden.

In Auswertung der ersten empirischen Mobilitätserhebung bei ca. 1500–2000 Personen und deren Ergänzung durch einige kleinere Erhebungen zu diesem Komplex, z. B. im Rahmen von uns vorgegebener Diplomthemen, haben wir vorgesehen:

- Kolloquium über »Die Fluktuation der Beschäftigten unter betrieblichen und gesellschaftlichen Gesichtspunkten« Termin: Oktober 1965
- Internationales Symposium über »Die sozialökonomische und gesellschaftliche Mobilität in der sozialistischen Gesellschaft« Termin: Juni 1966

### Soziologisches Bulletin

Die Arbeitsgruppe ist nach gründlicher Diskussion der Auffassung, daß es aus verschiedenen Gründen notwendig und nützlich wäre, von unserem Institut in Zusammenarbeit mit dem Akademie-Verlag ein »Soziologisches Bulletin« herauszugeben.

Im Gegensatz zu anderen Ländern – auch der Mehrzahl der sozialistischen – fehlt in der DDR ein geeignetes soziologisches Publikationsorgan. Die stärkere Aufnahme und selbst Nachfrage soziologischer Beiträge in verschiedenen Fachzeitschriften ist hierfür kein Ersatz, da die Beiträge dem Profil der jeweiligen Zeitschrift angepaßt werden müssen.

Der gegenwärtige Entwicklungsstand der Soziologie bedarf echter Diskussionen über empirische Erhebungen und theoretische Erörterungen. Dem kann ein Bulletin eines Instituts mehr gerecht werden als eine offizielle Zeitschrift.

Ein solches Bulletin würde die Möglichkeit bieten, die Ergebnisse, Erfahrungen und Überlegungen der anderen sozialistischen Länder bei uns bekanntzumachen und damit Impulse für die eigne Arbeit geben.

Ein solches Bulletin würde die wissenschaftliche Kommunikation innerhalb der DDR, aber vor allem auch mit dem Ausland wesentlich verbessern. Der Tauschverkehr würde uns darüber hinaus den devisenfreien Bezug zahlreicher Zeitschriften und Materialien aus anderen Ländern ermöglichen.

Das Bulletin wird von unserem Institut herausgegeben, die Gesamtverantwortung für den Inhalt liegt bei Prof. Dr. Kurt Braunreuther, die Redaktion setzt sich aus den promovierten Mitarbeitern der Arbeitsgruppe zusammen, von denen Dr. Thiel als verantwortlicher Redakteur fungiert.

Bei einem Umfang von 9–10 Druckbogen sollen ab 1965 jährlich 4 Hefte im Rotaprint-Verfahren erscheinen. Sie sollen in der Regel 3–4 Beiträge enthalten, von denen mindestens einer und maximal zwei Originalbeiträge oder Übersetzungen aus sozialistischen Ländern sein sollen. 2–3 Rezensionen pro Heft sowie jeweils ein bibliographischer Teil, ein Literaturbericht o. ä. sollen das Heft vervollständigen. Um eine ausreichenden Zahl von Beiträgen bestehen keine Bedenken. Dabei wird es darauf ankommen, die soziologischen Probleme im ökonomischen Bereich in den Mittelpunkt zu rücken, ohne rein methodologische und methodische Arbeiten oder solche aus den

Grenzgebieten und andern Spezialsoziologien auszuschließen. Bei der gegenwärtig steigenden Nachfrage nach soziologischen Arbeiten bietet sich damit zugleich eine gute Möglichkeit für die öffentliche Wirksamkeit unseres Instituts.

## Die Autoren

Gustav-Wilhelm Bathke

Prof. Dr. phil. habil., geb. 1945; Lehrerstudium an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, danach Aspirant/Oberassistent in Jena; 1978–1990 Wissenschaftlicher Mitarbeiter/Abteilungsleiter am Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig; 1991–1995 Hochschul-Informationssystem GmbH Hannover, Leiter der Außenstelle Leipzig; seit 1995 Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg / Institut für Pädagogik.

Anschrift: Frankeplatz 1, Haus 3, 06099 Halle (Saale)

E-Mail: bathke@paedagogik.uni-halle.de

Walter Friedrich

Prof. Dr. phil. habil., geb. 1929; Psychologiestudium an der Karl-Marx-Universität Leipzig; 1966–1990 Direktor des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig.

Anschrift: Wächterstr. 36, 04107 Leipzig

E-Mail: WalFrie@aol.com

Wolfgang Küttler

Prof. Dr. phil. habil., geb. 1936; Geschichtsstudium; bis 1991 Leiter des Bereichs Theorie und Methodologie der Geschichtswissenschaft am Zentralinstitut für Geschichte der AdW der DDR, 1995–2001 Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte.

Anschrift: Seefelder Str. 40, 13053 Berlin

E-Mail: w.küttler@12move.de

Hansgünter Meyer

Prof. Dr. phil. et oec. habil., geb. 1929; Studium der Gesellschaftswissenschaft an der Karl-Marx-Universität Leipzig; 1965–1991 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an verschiedenen Instituten der AdW der DDR, Leiter einer Abteilung für Soziologie; 1992–1995 Mitarbeiter am WZB Berlin; 1990–1993 Vorsitzender der Gesellschaft für Soziologie der DDR bzw. Ostdeutschland.

Anschrift: Kavalierstr. 24, 13187 Berlin

E-Mail: hg.em.meyer@t-online.de

Uta Schlegel

Dr. phil., geb. 1943; Studium an der Pädagogischen Hochschule Leipzig; 1972–1990 Wissenschaftliche Mitarbeiterin/Abteilungsleiterin am Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig; 1992–1996 Mitarbeiterin bei der KSPW; seit 2001 Mitarbeiterin am Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Anschrift: Gabelsbergerstraße 13, 04317 Leipzig

E-Mail: [schlegel@hof.uni-halle.de](mailto:schlegel@hof.uni-halle.de)

Helmut Steiner

Prof. Dr. rer. oec. habil., geb. 1935; Studium der Volkswirtschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin; von 1962 bis zur Abwicklung 1992 Mitarbeiter an verschiedenen Instituten und Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften der DDR; danach Arbeitslosigkeit und Frühberentung; Mitglied der Leibniz-Sozietät.

Anschrift: Greifswalder Str. 2, 10405 Berlin

E-Mail: [helmut.steiner@merlin.in-berlin.de](mailto:helmut.steiner@merlin.in-berlin.de)





